Heft 10 Oktober 1990 6,80 DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Scheiß-Deutschland
- Streit: Grüne, PDS und Reichstagswahl
- »Essen ist voll« — Zigeuner raus!
- Linke: Öffentlichkeit und Desinteresse
- Hitlers Jungen im Kulturbetrieb

in konkret Oktober 1990

Von Konkret

An Konkret

Scheiß Deutschland von Hermann L. Gremliza

Deutschland von links von Thomas Ebermann; Rainer Trampert
Es ist Gründerzeit, Reichsgründerzeit. Deutschland, einig Vaterland siegt, und seine Linke wird sagen können, sie sei dabeigewesen

Sinn ohn´ Form
Materialien zur PDS-Kritik

Buch des Monats: »Aus dem Bodenlosen« von Wolfgang Schneider
Karl Jaspers: Freiheit und Wiedervereinigung, Piper Verlag, München 1990, 126 Seiten, 12.80 Mark

Asylanten im Paradies von Oliver Tolmein
Die Zigeuner sind Schuld an Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, hohen Kriminalitätsraten und Inflation. Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte häufen sich. Die Stadtverwaltungen richten Sammellager ein und rufen den sozialen Notstand aus. Während Grün-Alternative sich in business as usual üben, rufen Bürgerinitiativen zu Demonstrationen und Blockaden auf. Eine Reportage, die schildert, wie Essen erwacht und was in Hagen anders ist

»... wird in Kauf genommen« von Peter Hetzler
Eine der zentralen Forderungen im letzten Hungerstreik der politischen Gefangenen war die Freilassung der Haftunfähigen. Durchgesetzt wurde nur die Freilassung von Christof von Hören und die Haftverschonung für Angelika Goder zum Zweck einer Hüftoperation. Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer und Ali Jansen sind immer noch in Lebensgefahr. Jetzt drohen auch Isabel Jacob vier Jahre Knast, obwohl sie unter einer Autoimmunkrankheit leidet, die durch die Isolationshaft erst entstanden ist

Die unvermeidliche Opferwerdung der Täter von Claudia Burgsmüller

Rot-Häute von Michael Scharang
Eine Indianergeschichte, die, wie alle Indianergeschichten, ein gutes Ende verdient hätte

Vor dem End der Geschichte? von Jochen Hippler
Die Krise am Golf ist noch nicht entschärft, aber sie bietet schon heute Anlaß, über die Verlaufsformen regionaler Konflikte in der Dritten Welt noch dem Ende des Kalten Krieges nachzudenken

Gooks und Koks von Günter Amendt
»In a cop killing, rules go out the window«: Vielleicht hätte man Strategie und Taktik der US-amerikanischen Drogenbehörde DEA im Entführungsfall des mexikanischen Arztes Humberto Alvarez Machain der internationalen Öffentlichkeit auch etwas behutsamer und weniger salopp erklären können, als jener ungenannte Diplomat im Dienste des US-Außenministeriums, den das Magazin »Time« am 14. Mai 1990 zitiert. Aber eben, wenn es um Bullenmord geht, gibt es keine Gesetze mehr.

Konkret-StreitgesprächMuß die PDS in den Reichstag? von Katja Barloschky; Renate Damus; Gregor Gysi; Heiner Möller

Zum Streitgespräch trafen sich in der KONKRET-Redaktion: Katja Barloschky, früher stellvertretende Bezirksvorsitzende der DKP in Bremen, jetzt parteilos; Renate Damus, Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen; Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS; Heiner Möller, früher Redakteur des »Arbeiterkampf«, jetzt KB und »Radikale Linke«

Viersen ist überall von Ursula Kreft

Innerhalb weniger Jahre hat sich die linke Infrastruktur in der Bundesrepublik weitgehend aufgelöst. Linke Buchläden gingen pleite, linke Stadtzeitungen wurden eingestellt oder zu Anzeigenblättern umgestylt, von der grün-alternativen Bewegung blieb die Grüne Partei. Ein Überblick über die Provinzialisierung des politischen Alltags

»Mit deutschem Gruß« von Wolfgang Schneider

Daß der Filmregisseur Syberberg ein Nazi ist, wußte schon, wer es wissen wollte, als noch die »Tageszeitung« Reklame für ihn machte. Jetzt, da er's übertreibt, indem er Hitler als deutschen Künstler preist und der »jüdisch linken Ästhetik« die Zerstörung deutscher Kunst zuschreibt, versucht das deutsche Feuilleton, wenigstens dem völkischen Verlag, in dem er's darf, jenes »Ansehen« zu er halten, das er in den »Wir sind das Volk«-Redaktionen bis heute genießt

Terroratio II von Jan Philipp Reemtsma

Zweiter Teil eines Beitrags, in dem Jan Philipp Reemtsma die Frage nach der Rationalität oder Irrationalität der nationalsozialistischen Massenvernichtung durch eine Untersuchung der individuellen, staatlichen und epochenübergreifenden Logik terroristischer Handlungen zu beantworten versucht

Ein Michel? von Oliver Tolmein

Eine Antwort auf Wolfgang Pohrt, der nicht eine Justiz attackiert, die Vergewaltigern Sicherheit bietet und die Behinderte diskriminiert, sondern deren Kritikerinnen

Céline! - Céline? - Céline! von Matthias Altenburg

Muß einer, der ein guter Dichter gewesen ist, auch noch ein guter Mensch gewesen sein? Die Debatte über den französischen Schriftsteller Louis-Ferdinand Céline, die Matthias Altenburg mit seiner Empfehlung, dessen Romane zu lesen, in KONKRET 8/90 ausgelöst hat, weist auf die Frage nach den Kriterien, die unser Werturteil über Kunstwerke bestimmen: sind es ästhetische, moralische oder politische? Welche Rolle spielt dabei unser Wissen um das, was der Künstler sonst noch so alles trieb? In KONKRET9/90 reagierte Eva Groepler auf Altenburgs Empfehlung mit dem Hinweis auf den eifernden Antisemitismus Célines und darauf, daß sein Werk »heute wie damals ganz im Trend nationalistischer Erweckungen« liege. Darauf antworten Matthias Altenburg und Hermann Peter Piwitt

Céline! - Céline? - Céline! von Hermann Peter Piwitt

Muß einer, der ein guter Dichter gewesen ist, auch noch ein guter Mensch gewesen sein? Die Debatte über den französischen Schriftsteller Louis-Ferdinand Céline, die Matthias Altenburg mit seiner Empfehlung, dessen Romane zu lesen, in KONKRET 8/90 ausgelöst hat, weist auf die Frage nach den Kriterien, die unser Werturteil über Kunstwerke bestimmen: sind es ästhetische, moralische oder politische? Welche Rolle spielt dabei unser Wissen um das, was der Künstler sonst noch so alles trieb? In KONKRET9/90 reagierte Eva Groepler auf Altenburgs Empfehlung mit dem Hinweis auf den eifernden Antisemitismus Célines und darauf, daß sein Werk »heute wie damals ganz im Trend nationalistischer Erweckungen« liege. Darauf antworten Matthias Altenburg und Hermann Peter Piwitt

Dienst am Redakteur von Otto Köhler

Daß ein Nachrichtendienst eine Einrichtung ist, die mit Nachrichten dient, also Journalismus (und Journalisten) macht, belegt auf eindrucksvolle und oft groteske Weise ein Buch über die Hitler-»Tagebücher« der Illustrierten »Stern«

Platte des Monats: Monie Is In The Middle von Diedrich Diederichsen
Monie Love: Down to Earth; Chrysalis

»Wenn ich Oberhuber heißen würde« von Roland Kaufhold; Werner Rügemer
Über einen Versuch der »Zeit«, die Akzeptanz der Psychoanalyse durch eine deutschnationale Einfärbung ihres Begründers zu erhöhen

An English Man in Hamburg von Ernst Kahl; Matthias Süßebecker
Im August war Wild Billy Childish, englischer Underground-Maler, -Dichter und -Musiker auf St. Pauli, um dort zu arbeiten. Alle reden von van Gogh. Wer redet von den verlorenen Genies dieser Tage?

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/90, S. 4

Von Konkret

Daß, wo Wolfgang Pohrt hinschreibt, kein Grün mehr wächst, war bekannt. Mit seiner Analyse des »Michel-Syndroms« (KONKRET 7/90) und seinem Leserbrief (KONKRET 9/90) zu Georg Fülberths und Claudia Burgsmüllers Texten (KONKRET 8/90) hat er nun auch noch die friedlich wurzelsuchende KONKRET-Redaktion auseinandergetrieben: Schon die Frage, ob sein Leserbrief abgedruckt werden sollte, hatte die Redaktion entzweit; nur eine Notiz an dieser Stelle, in der festgestellt wurde, daß eine Minderheit der Redaktion gegen den Abdruck sei, und das Versprechen, daß der dissidierende Redakteur im nächsten Heft auf Pohrt antworten dürfe, konnte den Ausbruch einer weiteren deutschen Revolution verhindern. Oliver Tolmeins Antwort »Ein Michel?« steht in diesem Heft auf Seite 62. Ob das der Beginn einer langen, tiefen Freundschaft ist?

Was mag es in diesem Kontext bedeuten, daß im vorliegenden Heft der Abdruck von Pohrts Studie »Auf dem Weg zur inneren Einheit« unterbrochen wird und stattdessen im Innenteil ein Streitgespräch über die Teilnahme der PDS an der Reichstagswahl erscheint? Spekulanten seien entwarnt: Es bedeutet nichts- daß der Abdruck der Studie aus Aktualitätsgründen unterbrochen werden kann, war mit dem Autor verabredet. Die nächste Folge erscheint im nächsten Heft (11/90).

Daß der WDR eine öffentlich-rechtliche Sendeanstalt ist, haben wir gewußt, was das bedeutet, müssen wir jetzt nicht mehr unterstellen: Dieter Thomas, Chefredakteur des WDR-Hörfunks, hat es in dankenswerter Offenheit selbst zu Papier gebracht. »Es ist übliche Praxis, bei Mitarbeitern darauf zu achten, daß sie die Glaubwürdigkeit unserer Programme nicht beeinträchtigen«, begründete er in einem Brief an die IG Medien, wieso die Mitarbeit der Journalistin Ingrid Strobl beim Sender »nicht erwünscht« sei. »Ingrid Strobl in der jetzigen Situation« – nachdem der Bundesgerichtshof die 129a-Verurteilung durch das OLG Düsseldorf kassiert hat – »als Autorin zu beschäftigen, hätte von den Hörern falsch verstanden werden können«. Jetzt aber können wir richtig verstehen: Öffentlichkeit hat ihre rechtlichen Grenzen, und die Selbstzensur erspart den Maulkorb-Paragraphen .

Auch das ZDF ist eine öffentlich-rechtliche Sendeanstalt. Als solche ist sie zur Ausgewogenheit verpflichtet. In einem Beitrag des Magazins »Studio 1«, der die Spendensammlung »Waffen für El Salvador«, die u.a. von KONKRET unterstützt wird, attackieren sollte, wollten die Redakteure deswegen auch den KONKRET-Herausgeber zu Wort kommen lassen. Der verzichtete: »Sehr geehrte Damen und Herren, ein Freund, der – anders als ich – Ihre Sendung schon einmal gesehen hat, sagt mir, daß ich genausogut auch der Nationalzeitung ein Interview geben könnte. Dafür ist mir meine Zeit zu schade. Als Ersatz für mich schlage ich Ihnen die Herren Geißler, Schönhuber und/oder Todenhöfer vor, die Ihnen die in meinem Fall absehbaren Mühen beim Schneiden und Kommentieren des Interviews ersparen und Ihnen gewiß sagen werden, was Sie hören und senden wollen.« Gesendet haben die Magazinmacher auch ohne Interviewpartner, was sie eh wollten: den Ruf nach dem Staatsanwalt gegen uns als Waffenhändler . Daß die über vier Millionen Mark nicht in wenigen Monaten gesammelt wurden, sondern daß es dazu fast neun Jahre brauchte, hätte Gremliza zwar korrigieren können – aber andererseits wollen wir die Träumereien der ZDF-Redakteure über Stärke und Engagement der bundesdeutschen Linken in diesen Zeiten auch nicht enttäuschen.

Einen Blick in »andere Zeitungen« hat auch Hans-Martin Lohmann gewagt. Dabei ist er spät, aber immerhin, auf Detlef Hartmanns Text zu Alfred Sohn-Rethel (KONKRET 3/90) gestoßen: »Die Stalin-Fraktion des Hamburger Salon-Marxismus hat erkennbare Schwierigkeiten, mit Personen und Theorien umzugehen, die nicht in das simple Raster jener Antifa-Mythologie passen, deren Substanzlosigkeit historisch längst erwiesen ist... Hartmanns Attacke auf Sohn-Rethel ist eher ein Fall für den Psychologen denn für den Historiker des Faschismus ...« Daß Lohmanns Anti-Stalinismus darin gipfelt, daß er statt nach dem Psychiater nur mehr nach dem Psychologen ruft, haben wir jetzt kapiert, aber was ist das für ein »simples Raster jener Antifa-Mythologie, deren Substanzlosigkeit historisch längst erwiesen ist«?

Die »Volkszeitung« moniert dagegen erfrischend klar, was ihr nicht paßt: »Das KONKRET-Duo Wolfgang Schneider/Oliver Tolmein hat die 'Volkszeitung' gelesen und ist zu einem niederschmetternden Ergebnis gekommen: Auch in der VZ ist der Reformismus auf dem Vormarsch (nachzulesen in Spex 9/90). Als störend wurde ein Leitartikel von Thomas Schmid empfunden, fand sich doch dort weder die gewünschte Schwarz-(Weiß)-Malerei, noch eine ausreichende Geißelung des Feindes (Staat, Kapital usw.)... Schließlich wird auch Gysi exkommuniziert wegen Deutschtümelei. Der

Orden der Wissenden aber bleibt unbefleckt von falschem Bewußtsein in Hamburg und sonst nirgendwo, in Ewigkeit, Amen.« Wir fühlen uns verstanden und bitten, die fällige Kirchensteuer auf das Konto »Waffen für El Salvador« zu überweisen. (Kontonummer auf der Seite gegenüber).

Der Stand des Konkret-Literatur-Verlags befindet sich auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse (3.-8.10.) in Halle 5 H 101/103.

Konkret 10/90, S. 6

An Konkret

Kurzer Prozeß II

KONKRET 9/90 Leserbrief von Wolfgang Pohrt zu »Faschismus ist nicht « von Georg Fülberth und zu »Das Tabu der Rache« von Claudia Burgsmüller

Hinter dem Namen Wolfgang Pohrt verbergen sich zwei verschiedene Autoren: der eine schreibt mit einem erstklassigen Gehirn, der andere mit dem Harnstrahl. Einer von beiden nennt mich in KONKRET 9/1990 (Leserbrief) einen »ordinären Antisemiten«. Wer war es diesmal?

Antisemit ist, wer einer Menschengruppe, den Juden, negative, unveränderliche, rassenbiologisch oder sozialkulturell bedingte Kollektiveigenschaften zuschreibt. Das reicht als Definition aus. Anderes kann hinzukommen, muß aber nicht: zum Beispiel, daß er diese angeblichen Kollektiveigenschaften als die Ursachen gesellschaftlicher Phänomene, die er für schädlich hält, bezeichnet und damit die rabiate Bekämpfung dieser Menschengruppe begründet. Mein grobes Urteil Israel sei einer der aggressivsten imperialistischen Staaten der Gegenwart, kann ich gern dahingehend verhöflichen, es sei ein besonders aktives Element in der imperialistischen, insbesondere der US-amerikanischen Nahost-Strategie, die dort im übrigen auch noch andere Varianten hat, nicht nur die israelische. Daß Israels Feinde im Iran, im Irak und in Syrien mit bundesdeutschen Waffen genudelt werden, ist kein Gegenargument, sondern belegt die Binsenweisheit, daß der Drang nach Profit sich durch außenpolitische Doktrinen – in diesem Fall: der imperialistischen Bundesrepublik – nichts vorschreiben läßt.

Von dem Schmäh »ordinärer Antisemit« ist nur das Adjektiv bedenkenswert. Vielleicht bin ich ein ordinärer Mensch (ich rülpse gern) oder ein ordinärer Kritiker der israelischen Politik, oder ich habe einen ordinären Imperialismus-Begriff, der dann ebenso ordinär wäre wie der Umgang Wolfgang Pohrts des Zweiten mit dem Wort »Antisemit«. (Das Schlimmste in 9/90 ist allerdings nicht von Pohrt, sondern von mir: Im Artikel »Eher umgekehrt« schreibe ich vom »niederrheinischen Datteln«, was in Nordrhein-Westfalen Empörung verursachte, besonders am Niederrhein.)

Georg Fülberth

Marburg

Wolfgang Pohrt gefällt es nicht, daß Claudia Burgsmüller im Unterschied zur generellen Verfügbarkeit von Frauen durch Männer dafür plädiert, die normative Wirkung des Huren-Stigmas zu unterlaufen. Stattdessen tritt er gewissermaßen selbst den Gegenbeweis an und meint, decouvrieren zu müssen, daß die Autorin sich darauf verstehe, das »Gespreizte, Gezierte mit dem Gemeinen zu verbinden«. Diese üblichen Bilder des Huren-Diskurses verknüpft Pohrt mit »jener Mentalität«, wie sie in seiner Vorstellung »etwa von KZ-Aufseherinnen benötigt worden ist«, und konfrontiert uns mit seiner Allmachtsphantasie, in der an Frau Burgsmüller zur Strafe gleichsam das vollzogen wird, »was deutsche Weiber angerichtet hatten, und zwar ganz gleich ob sie als KZ-Aufseherinnen eigenhändig Menschen umbrachten und quälten, ob sie als Denunziantinnen wüteten, oder ob sie massenhaft vor lauter Hitler-Begeisterung beim Sieg-Heil-Rufen Wein- und Schreikrämpfe bekamen«.

Abgesehen davon, daß Pohrts Sprache von dem Faszinosum diktiert wird, zu dem er sich auf Distanz glaubt, transferiert er in widersinniger Weise Fragen männlicher Gewalt gegen Frauen über den Hurendiskurs in Frauen-Konzentrationslager. Prostituierte waren in nationalsozialistischen Lagern, aber nicht als Aufseherinnen dieser Lager, sondern als Gefangene. Die Verkettung von persönlicher Beleidigung, plumper Fehlleistung und banaler Monströsität ist aber nicht nur als Gedankenlosigkeit abzutun. Dieser Text sollte vielmehr als das gelesen werden, was er als Symptom transportiert: eine machtgestützte Normalität, in der man sich zur Aufrechterhaltung des Huren-Stigmas wahllos der tödlichen Bilder bedienen darf die in der Requisitenkammer dieses Jahrhunderts zu finden sind.

Theresa Wobba

Berlin

Fromme Phrasen

KONKRET 9/90 »Von ollen verkannt« Oliver Tolmein übe das Bündnis Linke Liste/PDS

Wer wie die »Radikale Linke« heroisch und erfreulicherweise folgenlos postuliert, Antifaschismus bestehe darin, den Faschisten »aufs Haupt zu schlagen«, der bringt es auch fertig, aus dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« unbeschädigt hervorzugehen. Tolmein jedenfalls, vermeintlich radikal (= an die Wurzel gehend), ist so ein Unbeschädigter, der mit seinem Gebräu aus grüner Basisideologie und »Linksradikalismus« jeder Überprüfung der eigenen Grundlagen ausweicht. Ein paar aufklärende Anmerkungen über sein implizites Verständnis von Sozialismus, Demokratie und politischem Eingreifen sind daher in aller Kürze angebracht.

1. Er schreibt, aus dem Scheitern des »realen Sozialismus« folgere die PDS nicht, daß es zuwenig, sondern zuviel Sozialismus in der DDR gegeben habe. Diese dreiste Lüge ist zugleich sehr erhellend: für Tolmein stehen Gysi u. Co rechts von Honecker u. Co, die SED war sozialistischer als die PDS. Wer derartiges meint und ansonsten über Sozialismus nur Phrasen zu bieten hat, der sollte aufhören, von Demokratie als strategischer Frage, die keiner Taktik geopfert werden dürfe, bekennerhaft herumzuschwadronieren.

2. Als vermeintlicher Basisdemokrat bejammert Tolmein, daß die Linke Liste/PDS von angeblich gelehrigen Lenin-Schülern ohne basisdemokratische Sentimentalitäten formiert wurde. Wir hatten ein Personenbündnis für die BRD vorgeschlagen, die demokratisch gewählten Organe der PDS davon überzeugt und u.a. deshalb die Organisationen DKP, MLPD etc. nicht in die Planung miteinbezogen – wie übrigens auch der KB nicht einbezogen ist. Das findet T. »autoritär« und nicht demokratisch. Ich erspare mir, die LeserInnen mit T. 's abschätziger Auffassung über Teile der genannten Vereine näher zu beglücken – seine instrumentelle Heuchelei liegt ohnehin auf der Hand – und will nur darauf aufmerksam machen, daß die Struktur seiner demagogischen Bemühung stark an die agitatorischen Methoden zur Herstellung von »Einheit« erinnert, die eine inzwischen überwundene Partei so perfekt und zugleich doch erfolglos zu inszenieren wußte. Wir wollen und können niemanden zwingen, unseren Vorstellungen zu folgen. Umgekehrt kann aber auch uns niemand eine »Einheit der Linken« aufzwingen, die wir für falsch und schädlich in ihren Auswirkungen halten und deshalb nicht wollen. Wir sind dagegen, mit »frommen Phrasen« – das lastet Tolmein der PDS an, um es selbst zu praktizieren – »gegensätzliche Interessen zu verkleistern«.

3. Tolmein »irrt«, wenn er behauptet, von der LL/PDS würden Verstöße, wie die von Teilen der Berliner PDS (nicht der Berliner PDS) in Sachen Antifa-Demo in Berlin-Lichtenberg »stillschweigend hingenommen«. Unsere Auseinandersetzung mit den entsprechenden Bezirksvertretern – öffentlich – ist zweifellos mehr »an Effizienzkriterien« orientiert als die Entlarvungspose des selbsternannten Besserwissers, der in seinem moralisierenden Diskurs Demokratie und andere nette Sachen dann einklagt, wenn es ihm in den Kram paßt, und schnell verwirft, wenn es der »Kampf« gegen die »Katastrophe« Großdeutschland erfordert.

4. Hauptfehler ist freilich folgender: Seine Mischung aus Halbbildung und radikaler Gesinnung stolz demonstrierend, ist er sich schlicht zu schade, mit den Menschen in der PDS, die abstrakt an der Überwindung des Kapitalismus festhalten, zusammenzuarbeiten und in dieser Zusammenarbeit was Besseres zu entwickeln. Das würde allerdings auch seinen »Korrekturbedarf« deutlich machen.

Michael Stamm

Sprecher der Linken Liste/PDS Berlin

Verstümmelt

KONKRET 9/90 »Erschießen, aufhängen, ausrotten«, Eva Groepler über Louis-Ferdinand Céline

Zum Thema L.-F. Céline wäre noch erwähnenswert, daß die im Handel erhältliche deutsche Ausgabe von Reise ans Ende der Nacht (Rowohlt) auf einer 1933 von den Nazis zensierten Übersetzung beruht. Dem Übersetzer, Isak Grünberg, wurde vom Piper-Verlag im Januar 1933 vorgeworfen, er »beherrsche die deutsche Sprache nicht in solchem Maße, wie es für einen Übersetzer unerläßlich ist« (Grünberg war Österreicher). Der Roman ist im Piper-Verlag nicht erschienen, ein geplanter Vorabdruck im »Berliner Tageblatt« ist (offenbar aufgrund eines Verbotes im Mai 1933) nicht zustandegekommen.

Ein paar Monate später ist im Verlag »Julius Kittl Nachfolger« ein zensierter Text erschienen, von dem sich Isak Grünberg 1934 in einem Artikel in der Sammlung (von Klaus Mann in Amsterdam herausgegeben) entschieden distanziert hat (»ein verstümmelter, mißgestalteter, verfälschter Text«). 1958 wurde eben dieser Text vom Rowohlt-Verlag neu aufgelegt und wird bis heute als Taschenbuchausgabe vertrieben.

Rita Brors

Luxemburg

Konkret 10/90, S. 8

Hermann L. Gremliza

Scheiß Deutschland

Unter den Kommentatoren ist Einigkeit, daß mit der deutschen Reichsgründung die Nachkriegszeit vorbei sei. Wie die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen, war die Geschichte aller bisherigen Staaten, und der deutschen zumal, die Geschichte von Vorkriegs- und Nachkriegszeiten. Gesetzt den Fall, die Gründung des Vierten Reichs bedeute doch nicht das Ende aller Geschichte – was wird mit ihr beginnen?

Eine Vorkriegszeit. Aber Logik n'est pas un mot allemand: Das neue Deutschland wird die Geschichte Mores lehren. Kohl und Vollmer haben seine Vergangenheit abgeschüttelt und die Deutschen zu einem Volk geformt das nichts sein will als eine friedfertige, zivilisierte Weltmacht, die rund um die Uhr (und wenn es sein muß bis fünf vor zwölf) Rücksicht auf die Sorgen seiner Nachbarn nimmt. Den letzten Beweis für die Runderneuerung der Deutschen haben die friedlichen Revolutionäre von Leipzig und aus anderen Heldenstädten geliefert, als sie Freiheit verlangten und daß ein paar alte Kommunisten in den Knast gesteckt werden. Wann hat es desgleichen je in Deutschland gegeben?

Es läßt sich tatsächlich nicht bestreiten, daß dies Volk, dem es noch nie, wenn auch in unterschiedlichem Maße, besser gegangen ist als in der BRD *und* in der DDR, mit dem Studium von Automobilprospekten zu sehr beschäftigt ist, um nicht den Eindruck zu erwecken, es sei zivilisiert, friedlich und vernünftig geworden. Nur in existenziell ausweglosen Krisensituationen, wenn also eine Fußballweltmeisterschaft gewonnen ist oder zwanzig rumänische Flüchtlinge ins Dorf kommen, blitzt durch die aufgeschlitzte Levi's des konsumfreudigen Citoyen das alte braune Sitzfleisch. Wer aber erlebt hat, welch schwerer ökonomischer Verwerfungen es bedurfte, auch nur zehn Prozent deutscher Landtagswähler zu den »Republikanern« zu treiben, kann guten Gewissens ausschließen, daß im Falle einer Weltwirtschaftskrise noch einmal fast die Hälfte der Deutschen so stimmte, wie sie es 1932 tat, jedenfalls was die 45 Prozent für sozialdemokratische und kommunistische Parteien betrifft.

»Die europäische Welt hat keine Angst mehr vor den Deutschen«, raunt die Sprecherin des jungdeutschen Ordens Die Grünen im Bundestag ihrem Kanzler zu, »weil wir, eine andere Generation, diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert haben«. Wenn der US-Kolumnist Rosenthal und der britische Minister Ridley etwas anderes behaupten, müssen sie sich entschuldigen oder zurücktreten. Wir haben nicht die deutsche Gesellschaft zivilisiert, um Ausländer, die unzivilisiert über unser Volk denken, unbewältigt davonkommen zu lassen. Als Exportweltmeister werden wir auch die Meinung, die wir uns über uns gemacht haben, auf dem Weltmarkt der freien Meinungen durchsetzen. Stand nicht auf einem Banner das die deutschen Revolutionäre trugen»Die Freiheit ist immer die Freiheit von Radio Luxemburg«? Das von Bonn verhängte Berufsverbot gegen Ridley, der die grundgesetzwidrige Meinung seiner Landsleute und der Mehrheit im britischen Kabinett ausgesprochen hatte, war ein gelungener Probelauf: Premierministerin Thatcher mußte die Anordnung vollstrecken und die Demonstration ihres Widerwillens darauf beschränken, sich ein paar Monate später in Prag bei den Tschechen und Slowaken dafür zu entschuldigen, daß ihre Vorgänger vor einem halben Jahrhundert den Deutschen (auch) nicht rechtzeitig entgegengetreten sind.

Wollen hat sie schon mögen, aber dürfen hat sie sich sowenig getraut wie alle die andern. Wenn der US-Außenminister nach Oggersheim fährt, um dort ein paar Mark für sein Militär zu erbetteln, das auch in deutschem Auftrag »unser Öl« billig halten soll, muß er sich anschließend vom Zentralorgan des deutschen Kapitals, der »Frankfurter Allgemeinen«, auslachen lassen:

Dröselt man das Drei-Milliarden-Paket auf, das der Bundeskanzler dem amerikanischen Außenminister Baker auf den Weg nach Washington mitgegeben hat, erscheint einiges in weniger dramatischem Licht: Eine Milliarde betrifft Bundeswehrmaterial; man wird einkalkulieren können daß davon einiges bei der vorgesehenen Reduzierung der gesamtdeutschen Streitkräfte in Depots gewandert wäre. Mit mehreren hundert Millionen werden Transporte finanziert – das sind Gelder, die größtenteils deutschen Firmen zugute kommen. Schließlich fließen große Hilfssummen an Ägypten, Jordanien und an die Türkei – teilweise in Form eines Schuldenerlasses, der früher oder später ohnehin unumgänglich geworden wäre.

Bush und Baker aber müssen sich artig bei den zivilisierten Deutschen bedanken, die so »freiwillig, schnell und großzügig gegeben« haben (»FAZ«). Und was hat Gorbatschow für die DDR erlöst? »Die Zahlung der Milliarden an Moskau erstreckt sich über vier Jahre; von den 7,8 Milliarden Mark, die für den Bau von Unterkünften vorgesehen sind, wird einiges in deutsche Kassen zurückfließen« formulieren die Frankfurter rücksichtsvoll, denn die Unterkünfte – Russen wohnen in Unterkünften, nicht in Häusern – werden ausschließlich von deutschen Firmen gebaut und *einiges* ist deshalb einfach *alles*.

Manche, die der gründlich zivilisierten Gesellschaft gründlich mißtrauen, beruhigen sich mit dem Gedanken, daß das Kapital international organisiert sei und der Erweiterung des nationalen Etablissements nicht bedürftig, da angrenzende Territorien sich noch besser ausbeuten ließen, wenn die soziale Entsorgung einer fremden nationalen Regierung überlassen bliebe. Mit dieser Politik hat man gegenüber den ehemaligen Kolonien gute Erfahrungen gemacht, und tatsächlich hat die Bundesbank sogar beim Zusammenbruch der DDR eine solche Lösung erwogen, die freilich den Nachteil hat, daß man bei Insubordination nicht die Polizei rufen kann, sondern Soldaten schicken muß. Besser – jedenfalls in der europäischen Welt – ist schon, wenn die nationale Staatsgewalt das Kapital vor Ort schützen kann und so weit reicht wie dieses.

Bis Chemnitz sofort, bis Königsberg später. »Am Grabe Kants wächst die Hoffnung«, schreibt die »Welt«: »In den Diskussionen über die Zukunft der Region Königsberg ist F. Wilhelm Christians, Aufsichtsratschef der Deutschen Bank der seit 20 Jahren wirtschaftliche Kontakte m die Sowjetunion unterhält, heute der wichtigste Partner der Sowjets. Sein Vorschlag: die Enklave Königsberg in eine internationale Freihandelszone zu verwandeln.« Unter den sechs Gründen, die Christians dafür angibt, gefällt der vierte besonders: »Viertens handle es sich um Gebiete, die niemals in der Geschichte zum russischen Kulturraum gehört hätten und die unter den veränderten Bedingungen eine eigenständige Identität erst entwickeln müßten.« Schon ist »der erste, wichtige Schritt für eine Wirtschaftssonderzone im Raum Königsberg (das heute Kaliningrad heißt) getan. Am 14. Juli hat das Parlament der russischen Unionsrepublik diese Idee aufgegriffen.« Und dann holen wir Danzig (das heute noch Gdansk heißt).

Nicht mit einer dicken Berta, sondern mit einem dürren Christians und vorgehaltenem Schuldenerlaß werden die Deutschen jene Teile der europäischen Welt erobern, die niemals in der Geschichte zum undeutschen Kulturraum gehörten. Und irgendwann werden sie die Grenze übertreten, jenseits derer die Schmerzen der Nachbarn mit freiwilligen, schnellen und großzügigen Gaben nicht mehr zu betäuben sind. Da aber so sicher wie auf eine Vorkriegszeit eine Nachkriegszeit, auf eine Hochkonjunktur eine Rezession folgt, über deren Wirkungen auf die zivilisierten Deutschen nur rätseln kann, wer gegen einen Umweltbus gelaufen ist, dürfte der Vorkriegszeit etwas folgen, was »von deutschem Boden« nie mehr ausgehen sollte und, bevor es nicht auf ihn zurückgekehrt war, auch noch nie ausgegangen ist.

Wäre es da nicht gescheit, vorauszugreifen auf jenen russischen Premierminister, der sich einmal für die Deutschlandpolitik seines Vorgängers Gorbatschow entschuldigen wird, und heute nur das zu tun, was man dann gern getan haben würde?

Konkret 10/90, S. 10

Thomas Ebermann; Rainer Trampert

Deutschland von links

Es ist Gründerzeit, Reichsgründerzeit. Deutschland, einig Vaterland siegt, und seine Linke wird sagen können, sie sei dabeigewesen

Der deutsche Imperialismus eilt von Sieg zu Sieg, und je skrupelloser er seine alten Träume von einem großen, mächtigen Deutschland als Machtzentrum der Welt verwirklicht, desto zwanghafter scheint der Wunsch linker 'Hoffnungsträger', an diesen Siegen teilzuhaben. Selbstverständlich bleiben die 'Hoffnungsträger' kritisch. Sie sind gegen eine schnelle Annexion, wollen das deutsche Reich anders gestalten oder geißeln Helmut Kohl, er sei ein schlechter Vertreter nationaler und deutscher Weltmachtinteressen. So rüsten sich die Grünen, das Bündnis '90, Vereinigte Linke, PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) mit Linke Liste in der BRD (Kommunistischer Bund, Leute aus dem Linken Forum in den Grünen und DKP-Erneuerer der ersten Stunde) in diversen Huckepackverfahren für die ersten gesamtdeutschen Wahlen.

Unser Traum, viele linke Frauen und Männer hätten aus der sozialdemokratischen Geschichte zumindest die kleine Lehre gezogen, in den ewigen Versprechungen, den Imperialismus in vaterländischer Absicht besser zu gestalten, keine linke Alternative zu sehen, hat sich leider nicht erfüllt.

Die erste, noch relativ bescheidene Begründung für das politische Angebot, die deutsche Wiedervereinigung und die deutsche Weltpolitik zu gestalten, statt zu bekämpfen, lautet: Beide sind menschlich. »Linke müssen doch menschlich sein«, sagte Gregor Gysi auf einer Veranstaltung, und nicht so wie Thomas Ebermann, der auf ihn wegen seines »zynischen Defätismus« einfach »unmenschlich« wirke.

Auf die Politik übertragen heißt das: »Selbst wenn die PDS in einer Koalition mit der SPD nicht mehr durchsetzen könne, als die Straßen Berlins für Rollstuhlfahrer passierbar zu machen, dann dürfe diese Chance nicht vertan werden.« Charlotte Wiedemann, aus deren Gysi-Porträt im »Stern« wir hier zitieren, fügt hinzu: »Ein Pragmatiker, humanistisch radikal«, und beweist damit die Anziehungskraft dieses humanistischen Geistes.

Radikaler Humanismus? Der enthält nach dieser Definition zunächst einmal die Bereitschaft, jede nur denkbare Schweinerei einer sozialdemokratischen Regierung mitzutragen. Nur um anzudeuten, worum es gehen könnte, seien genannt: Asylbegrenzung, Einsatz deutscher Truppen, Konfiszierung des PDS-Vermögens, vaterländische Annexion, Privatisierung genossenschaftlicher Wohnungen, die Anwendung der Notstandsgesetze...

Das zweite Element des radikalen Humanismus lautet: »Alles für die Rollstuhlfahrer«, die so, zu Objekten degradiert, auf das Interesse an überquerbaren Straßenkreuzungen reduziert werden. Insoweit wird das zutiefst inhumane Menschenbild der bürgerlichen Gesellschaft übernommen, das ähnlich zwischen den Interessen der gesunden und leistungsfähigen Bürgerinnen und Bürger und den eingeschränkten Interessen jener, die den Normen der »Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft« nicht entsprechen, unterscheidet. Der Rollstuhlfahrer, hilflos und unpolitisch, wie er nach diesem Bild zu sein hat, wäre einer Regierung, die ihm diese Wohltat zukommen ließe, zu ewigem Dank verpflichtet. In dieser Analogie wäre der Humanismus noch radikaler, würde Gysi einer Regierung angehören wollen die nur einem einzigen Rollstuhlfahrer einen rollstuhlgerechten Aufzug anböte.

Dieses Beispiel ist aber eher untypisch. Meistens geht es den Trägern der Gestaltungspolitik um die ganz große Politik. Im zurückliegenden Jahr bescherten sie uns eine Orgie von Begründungen, weshalb es falsch und sektiererisch sei, die Wiedervereinigung der deutschen Nation abzulehnen oder gar zu bekämpfen.

Dabei hatten sie die bis in den November 1989 hinein selbst noch abgelehnt. Der grüne Bundesvorsitzende, Ralf Fücks, sagte damals der »taz«: »Wir (die Grünen in Ost und West) waren uns darin einig, daß die Eigenstaatlichkeit der DDR anerkannt werden muß, wir den großdeutschen Wiedervereinigungsträumen eine endgültige Absage erteilen...« Erst zwei bis drei Monate später, als die imperialistischen Parteien der BRD offen auf Großdeutschland setzten und beweisen konnten, daß sie über ansehnliche Bataillone in der DDR-Bevölkerung verfügten, setzte der quälende Übergang der linken Hoffnungsträger zur Gestaltung des 'einig Vaterland' ein. Wir greifen aus der schier unerschöpflichen Menge der Gestaltungswünsche willkürlich einige heraus.

Irgendwann wurde Dramatik inszeniert, ob die DDR nun nach Artikel 23 oder 146 Grundgesetz einzuverleiben sei. Die PDS, für die Modrow die Losung »Deutschland, einig Vaterland« ausgegeben hatte, polemisierte gegen den Anschluß nach Artikel 23: »Ob am Anfang oder am Schluß des Prozesses, in jedem Fall wäre es ein Anschluß, und Anschluß ist Annexion und nicht Vereinigung«, sagte Gysi im Februar 1990. Wiedervereinigung solle schon sein, aber mit einer DDR, die »als souveräner, gleichberechtigter Partner am Einigungsprozeß teilnimmt«. In der BRD belästigen uns 'fortschrittliche' Staatsrechtler mit Expertisen über die Vorzüge des Artikels 146. Das Ergebnis dieser gestalterischen Mühen ist uns allen bekannt. Die herrschende Klasse in der BRD entschied sich für den Anschluß nach '23'.

Viel Wirbel wurde um die angeblich einmalige Chance entfacht, daß uns die deutsche Einheit eine erheblich verbesserte Verfassung bescheren würde, wenn man sie nur mitgestalte. Eine alldeutsche verfassungsgebende Versammlung sollte Resultate vorlegen, die dann in einer Volksabstimmung abzusegnen seien.

In der Bundesgeschäftsstelle der Grünen waren Flugblätter abzuholen, in denen das neue Grundgesetz schon als »die erste demokratisch legitimierte Verfassung« auf deutschem Boden angepriesen wurde, nachdem uns die alte leider nur 'verordnet' worden war.

Auch friedenspolitisch wurde in der deutschen Einheit nach und nach mancher Vorteil entdeckt. Richtig gestaltet, käme ein entmilitarisiertes Deutschland dabei heraus, ein neutrales, ohne Nato. Zumindest würde es keine Nato-Verbände auf dem Territorium der DDR geben. Ein verlockendes Angebot versprach sogar ein getrenntes Oberkommando in Ost und West.

Solche illusionären Spinnereien hatten Konjunktur, und gäbe es dafür einen Wanderpokal, hätten ihn diesmal die Grünen verdient. Ihr eher links besetzter Bundeshauptausschuß beschloß im September 1989, »was immer die politische Form der künftigen Kooperation zwischen der BRD und der DDR sein« werde, »Pazifismus und Realpolitik schließen sich für die BRD und die DDR nicht mehr aus. Die Entmilitarisierung der beiden deutschen Staaten ist ein realpolitisches Projekt.«

Illusionen wucherten. Noch auf dem Parteitag der PDS am 25. Februar '90 hielt Gysi das Verlangen von Helmut Kohl, die Natomitgliedschaft habe sich auf das vereinte Deutschland zu erstrecken, für so absurd, als fordere die PDS den Anschluß Großdeutschlands an den Warschauer Pakt.

Solche »realpolitischen« Spinnereien rufen erfahrungsgemäß irgendwann die wirklichen Realisten auf den Plan. In den Grünen wandelte sich so der Pazifismus in konkrete Militärplanungen für die Golf-Region, und in der PDS kommt die Anti-Nato-Position unter Druck. Die PDS ließ den Vorsitzenden ihres Arbeitskreises »Sicherheits- und Verteidigungspolitik«, Prof. Dr. Wolfgang Scheler, in ihrem Pressedienst am 19.7.90 mitteilen: »Auf den Boden der Tatsachen sollten wir uns stellen. Anstatt eine politisch aussichtslos gewordene Option. . . zu verfechten, .. . sollten wir uns lieber auf das Machbare einrichten... Unsere Ziele ... müssen in dem durch die von uns nicht mehr zu verändernden Realitäten gesetzten Rahmen in politikfähigen, realisierbaren Schritten angestrebt werden. Unter diesen Voraussetzungen sollte es für die PDS nicht unannehmbar sein, ganz Deutschland für die Übergangszeit zu einem blockfreien Europa und zum Zwecke dieses Übergangs in der Nato zu sehen.«

Außerdem entdeckte der Professor, daß die Nato eine Menge Arbeitsplätze zu bieten habe und daß die PDS, »die sich für die Belange der Menschen einsetzt«, deshalb nicht über die wachsenden »Vorbehalte der Berufssoldaten, ihrer Familien und all derer, die für militärische Zwecke arbeiten«, hinweggehen könne. Da »jede Forderung nach drastischer Abrüstung ... auf diesen Widerstand« stoße, sollte auch sie in Frage gestellt werden.

Soweit zum Einsatz der »Linken« für das stehende Heer imperialer Mächte. Aber zurück zur erhabenen Phrase.

Als Faustregel scheint zu gelten: Je offensichtlicher der deutsche Imperialismus konkret formulierte Hoffnungen zerstört – wer wußte denn nicht, daß ganz Deutschland der Nato angehören werde – , desto blumiger werden die Aussagen, wie er eigentlich sein sollte. Wenn der deutsche Imperialismus sich schon überall durchsetzt, werde es umso notwendiger, sagte die PDS in einer Presseerklärung vom 12. Juli '90, »daß das künftige Deutschland ... gerade weil es stark sein wird, eine Vorreiterrolle auf dem Gebiet der Abrüstung spielt ... sein enormes ökonomisches Potential . . . für die Völker der 3. Welt einsetzt ...«, schließlich werde »ein solches Deutschland niemanden bedrohen und einen geachteten Platz in der Völkerfamilie einnehmen«.

In schwachen Minuten, in denen wir weder zynisch noch defätistisch noch menschenfeindlich sein wollen, neigen wir zu der Forderung, daß dies alles in das Grundgesetz gehört, und zwar als 'Muß' – und nicht nur als Kann-Bestimmung.

Bliebe nachzutragen, daß die Grünen der PDS auch in der Frage, wie human und sozial der Imperialismus eingestellt sei, nicht hinterherhinken wollten. Sie sahen in ihm »ungeahnte Möglichkeiten«, weil gerade Großdeutschland »neue Chancen bietet für ein verantwortliches und solidarisches Engagement im Interesse der Länder der Dritten Welt«.

Eine Fundgrube bietet die Gestaltung der Marktwirtschaft in einem wiedervereinigten Deutschland. Wer sich vehement für die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR eingesetzt hatte und schließlich vor dem schnöden Ergebnis stand, daß aus der ehemals zehntstärksten Industrienation der Erde ein um wohlfahrtsstaatliche Hilfe bettelndes Kollektiv gemacht wurde – das geht über 90 Prozent der marktwirtschaftlich organisierten Staaten so, besonders dann, wenn die Währung und andere Schutzfunktionen für Produktivitätsunterschiede zerschlagen werden – , mußte allerlei Dinge erfinden, wie sozial ein von ihm gestalteter Kapitalismus geworden wäre.

Die linken Befürworter der Marktwirtschaft sprachen deshalb beizeiten mahnende Worte. Der PDS-Partner in der BRD, die Linke Liste, mahnte in einem Papier »zum Arbeitstreffen«: »Die Privatisierung staatlichen Eigentums und die gesetzliche Garantie von Handels- und Gewerbefreiheit darf nicht im Widerspruch stehen zu den Zielen des sozialen und ökologischen Umbaus.« Umgekehrt, antwortet darauf der gewiefte Bourgeois, dürfe der soziale und ökologische Umbau ihn bei seiner immerhin garantierten Handels- und Gewerbefreiheit nicht stören. Der Linke aber belehrt ihn: »Nicht private

Profitaneignung, sondern die Befriedigung der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung muß Ziel der wirtschaftlichen Aktivitäten sein!« Darauf antwortet der Bourgeois: »In Ordnung, auch mir persönlich war der Profit nie das Wichtigste.«

In dem Papier wird aber nicht nur festgelegt, was nicht sein darf, sondern auch konstruktiv gestaltet. Wir finden die Forderung nach einer Erhöhung des Sonderfonds »Deutsche Einheit«, »um durchgreifende Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen«. Dies sei nötig wegen der »unzureichenden Investition seitens des Privatkapitals«. Hier begegnet uns der seltsame Dualismus, zugleich den Ausverkauf der DDR und die geringe Investitionsbereitschaft zu beklagen. Für die Speisung des Fonds sollen dann die Reichen in der BRD gewaltig geschröpft werden. Ihnen droht eine Sonderabgabe zur Vermögenssteuer, die Anpassung der Besteuerung von Grundbesitz, schließlich wird eiskalt die Unternehmenssteuerreform ausgesetzt und – ohne mit der Wimper zu zucken – eine »Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen« eingeführt, neben der »Umwidmung von Unternehmenssubventionen« natürlich.

Die Grünen – bekannt für ihren ausgeprägten Sinn für Symbolik – wollen den Schmerz des Souveränitätsverlustes der DDR mit fünf Ost-CDUlern im Zentralbankrat lindern: »Als Gegengewicht zu dem vereinbarten Souveränitätsverlust der DDR in der Geld- und Währungspolitik erhält die Staatsbank der DDR provisorisch bis zur Bildung der Landeszentralbanken in der DDR fünf stimmberechtigte Sitze im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank« (beschlossen auf dem letzten Parteitag in Dortmund).

Es ist uns allen kein Geheimnis, daß die konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschläge von den westdeutschen Okkupanten nicht aufgenommen werden. Übrig bleibt das hohe Lied auf die kapitalistische Wirtschaftsreform, deren Auswirkungen beklagt werden. Die PDS bejubelt die Marktwirtschaft, »weil sie einen raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und eine hohe ökonomische Effektivität ermöglicht. Insofern ist sie das entscheidende Mittel, um hohe Leistungen zu stimulieren und auf effektive Weise Bedürfnisse der Produzenten und Konsumenten zu befriedigen und den wachsenden sozialen Ansprüchen zu genügen« (PDS-Programm).

Die Methode lebt von einer Bedingung: Die Gestalter dürfen ihre eigene Politik nicht bilanzieren. Würden sie bilanzieren, müßten sie den Bankrott ihrer Bemühungen eingestehen, das Scheitern ihrer Politik, und das würde auf die Konsequenz zulaufen: Feindschaft zu dem System mit seinen großdeutschen und imperialistischen Zielen, das ihre Gestaltungsvorschläge ausschlägt. Ihre Politik nicht zu bilanzieren, ist eine existentielle Voraussetzung für die Realpolitik, weil sich nur so das Wesen ihrer Politik, die Koexistenz von Illusion und Demagogie, fortwährend reproduzieren läßt.

Da aber die reale Gestaltung Illusion ist, andererseits die angesprochenen Menschen mal Erfolge sehen wollen, spielen solche Parteien ihren Wählerpotentialen von Zeit zu Zeit gern vor, das Hauptanliegen ihrer politischen Gegner sei, sie wahlarithmetisch zu schwächen oder sogar aus den Parlamenten zu entfernen, was nunmehr – ohne jeden Inhalt – in gemeinsamer Anstrengung verhindert werden müsse. Ohne Übertreibung läßt sich registrieren, daß PDS, Linke Liste, Grüne oder Bürgerrechtsgruppen ihre Kritik an der deutschen Einheit in den letzten Wochen auf den kümmerlichen Rest brachten: Der Wahlmodus benachteilige sie. Die Grünen ereiferten sich darüber, daß »ungeachtet ihrer Opposition gegen eine Politik des kalten Anschlusses, der mit gesamtdeutschen Wahlen besiegelt werden soll«, es jetzt darauf ankäme, »die Initiative für ein neues Wahlgesetz für gesamtdeutsche Wahlen zu ergreifen«, um gemeinsam mit den Freunden im Osten eine erfolgreiche Kandidatur zu ermöglichen.

Das grüne Kalkül läßt die Idee, für eine Wahl nicht zur Verfügung zu stehen, deren ausschließlicher Zweck die Besiegelung des kalten Anschlusses ist, nicht mehr aufkommen, denn »angesichts der faktischen Herausbildung eines gesamtdeutschen Raumes« und der durchsichtigen wahltaktischen Kalküle des Herrn Kohl »müsse man sich jetzt auf die Wahlen vorbereiten, auch wenn wir sie nicht wollen«.

Es versteht sich von selbst, daß auch das alternative Wahlgesetz der Grünen keine Beachtung fand. Ihnen gelang allerdings der Zusammenschluß mit dem Bündnis '90, was sie derart zufriedenstellte, daß sie in Großanzeigen bekannt gaben: »Der Plan von CDU/CSU/FDP«, sie und die Bürgerbewegung in die Bedeutungslosigkeit zu drängen, »ist gescheitert«. Dieser große Erfolg wiege umso schwerer, als die »Blockparteien hüben und drüben in den letzten Wochen an nichts anderes als an die Sicherung ihrer Macht gedacht haben«. Hier geht die Phantasie schon so weit mit ihnen durch, daß allein die Aussicht, ins Parlament zu kommen, die Macht der anderen beseitigt. Die PDS wiederum empfand es als Schlag gegen sich, daß die DDR-Bürgerbewegungen nicht mit ihr zusammen kandidieren wollten, und bemühte sich deshalb intensiv um Petra Kelly und den deutschnationalen Franz Alt. Das landauf-landab von Gregor Gysi verkündete Credo »die Linke muß salonfähig werden« verlangt parlamentarische Präsenz und erklärt nebenbei, weshalb PDS und Linke Liste sich von vornherein alle Streitereien um parlamentskritische und antikarrieristische Regeln – Diätenabführung, Rotation, imperatives Mandat – ersparten.

Grüne und PDS darauf reduzieren zu wollen, ihnen käme es nur auf Parlamentssitze an, wäre allerdings eine ähnliche Beschönigung, wie die leichtfertige Behauptung der Grünen, die Blockparteien hätten nur an die Sicherung ihrer Macht gedacht.

Es gehört gerade zur hohen Kunst der Realpolitik, fortwährend Widerstreitendes unter einen Hut zu bringen. Sie müssen mit dem Zeitgeist der Massen schwimmen, um nicht der teuflischen Sektiererei anheim zu fallen, und dabei sowohl den kritischen Geistern, die überwiegend das sie tragende Klientel ausmachen, gerecht werden, als auch der Herrschaft im Staat Loyalität beweisen. In besonderen historischen Situationen wird die Gestaltungsillusion als dominierende Größe der Politik von der nationalen Loyalität abgelöst. Schien vorher die deutsche Einheit eher Nebensache zu sein, weil den kritischen Geistern die angeblichen Gestaltungsmöglichkeiten verabreicht werden mußten, wird in der großen historischen Stunde die faktisch eh diskreditierte Gestaltung zur Nebensache.

Alles das, was vorher scheinbar noch bekämpft wurde, danach zumindest anders gestaltet werden mußte, wird jetzt schön. Die politische Dynamik steuerte auf diesen Punkt zu. Dennoch verlangt dieser Sprung neue Töne: Das einig Vaterland ist schön, und die eigene frühere Ablehnung wird schlicht geleugnet, im Gegenteil, die eigenen Verdienste haben das neue Vaterland und seine Weltmachtposition erst möglich gemacht.

Nach der Korrektur der alten Position noch immer der Gegnerschaft zur deutschen Einheit bezichtigt zu werden, löst dann regelrecht Entrüstung aus: »Für Helmut Kohl scheint das ganz einfach. Immer war, wer die Einheit nicht wollte, wie er sie wollte, ein Feind der Einheit. Immer war, wer die Einheit in einem anderen Tempo wollte, ein Gegner der Einheit. Und diese Demagogie hat ja nicht schlecht funktioniert« (Antje Vollmer im Bundestag, 9.8.90).

Schon einige Wochen vorher schilderte Antje Vollmer den Abgeordneten im Bundestag ihre Biographie als eine immer der deutschen Einheit verpflichtete. Bei den Grabungen der Fluchttunnel in den Ostsektor Anfang der 60er Jahre, »da waren auch Freunde von mir dabei«. Schon immer habe sie den Geist der deutschen Einheit »mit einer gemeinsamen Sprache ..., phantasievollen Kultur, mit der Last einer gemeinsamen Geschichte und mit dem unbändigen Wunsch nach Selbstbestimmung: wir sind das Volk« in sich gespürt. Und deshalb »weisen wir ... auch auf das schärfste die Demagogie zurück, Gegner dieses Staatsvertrages als Gegner der deutschen Einheit zu diskriminieren«, denn »das Gegenteil ist der Fall: Gerade weil wir der ... gewachsenen Einheit treu bleiben wollen ..., haben wir stichhaltige Gründe, gegen diesen Staatsvertrag zu sein«.

Der Sozialdemokrat hob 1915 gern seine Verläßlichkeit als Soldat hervor, wenn er nicht mehr an die Anti-Kriegsresolutionen seiner Partei vor dem Krieg erinnert werden wollte.

Die PDS ihrerseits denunzierte mit der allgemeinen und willkürlichen Abgrenzung von ihrer SED-Vergangenheit auch gleich ihre alte These von der »souveränen DDR als sozialistischer Alternative« (Gysi am 8.1.90) als Relikt der SED. Gysi auf der Tagung des Parteivorstandes: »Ich will noch etwas zur nationalen Frage sagen: Die These der *SED* von den zwei Nationen war sicherlich falsch« (»Neues Deutschland«, 28.6.90). Vierzehn Tage später, am 12.7.90, gab der Parteivorstand der PDS in seinem Pressedienst bekannt, »es kann nicht darum gehen, den Prozeß der deutschen Einheit zu bremsen oder gar aufzuhalten«, sondern vielmehr darum, »Ängsten und Unsicherheiten der deutschen Nachbarn, die wegen des hohen Tempos im Prozeß der deutschen Einheit vorhanden sind, glaubhaft begegnen zu können«.

Übrigens lag es in der Hand der SPD, daß der PDS die größte Probe ihrer nationalen Zuverlässigkeit erspart blieb. Als kurzzeitig das Gerücht aufkam, die SPD würde den 2. Staatsvertrag ablehnen, stand die PDS in den Startlöchern, um den Anschlußvertrag zu retten. Hans Modrow erläuterte vor dem PDS-Parteivorstand die komplizierte Lage (PDS-Pressedienst, 31.8.90): »Wir stehen hierbei vor einer schwierigen Situation angesichts einer aus Opportunismus zu erwartenden möglichen Ablehnung des Vertrages durch die SPD. Kommt auch mit unserer Ablehnung keine Ratifizierung des Vertrages zustande, so könnte uns vorgeworfen werden, wir seien mitschuldig daran, daß DDR-Bürger ohne Interessenschutz in den Anschluß gingen.« Schon einige Tage vorher hatte »adn« gemeldet: »Gysi hat am Dienstagabend überraschend angedeutet, daß seine Partei möglicherweise ihre Haltung zum Staatsvertrag ändere« (23.8.90).

Um in der Logik von Hans Modrow zu bleiben: Die SPD verhielt sich dann doch nicht »opportunistisch« – und die PDS? Nach unseren Beobachtungen waren die standing ovations nicht taktisch, sondern ehrlich und herzlich, die die Volkskammer-Fraktion der PDS mit Gysi an der Spitze dem Besucher Richard von Weizsäcker zollte. Ihre Ovationen waren nicht nur lauter als das zaghafte Absingen der Nationalhymne der Grünen im Bundestag, sondern auch länger als der bekannt langanhaltende Beifall, der Breschnew seinerzeit zuteil wurde.

Die Hervorhebung der eigenen Verdienste um das deutsche Vaterland und die Beschönigung seiner Zustände bedingen sich, denn wer möchte schon ein Projekt madig machen, dessen Gelingen er sich selber hoch anrechnet. Dazu Antje Vollmer im Bundestag: »Die europäische Welt hat keine Angst mehr vor den Deutschen, weil wir 1968 aufgebrochen sind, weil wir das Law-and-Order-Denken herausgeblasen haben aus diesem Land, weil wir, eine andere Generation, diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert haben.« Vollmer leugnet wissentlich, daß es in Europa und überall auf der Welt Angst vor einem wiedererstarkten Deutschland gibt. Sogar die bürgerliche Politik räumt diese Angst mit dem geflügelten Wort ein, man müsse Rücksicht auf die Ängste der Nachbarn nehmen. Vollmers Anliegen, wie auch das der etablierten deutschen Politik, ist, der vorhandenen Angst die Berechtigung zu bestreiten. Mensch muß nur einmal die Nacht der Fußballweltmeisterschaft erlebt haben, die Selbstverständlichkeit, mit der Ausländerinnen und Ausländer im Schutz des

deutschen Taumels durch die Straßen gejagt wurden – ermutigt durch regierungsoffiziellen Nationalismus, die Verschärfung der Ausländergesetze, den Wettbewerb zwischen CDU und SPD, wie das Asylrecht am effektivsten zu beschneiden sei – , um zu begreifen, daß eher wieder teutonische Verrohung angesagt ist als die Überwindung von law-and-order. Aber um gesellschaftliche Analyse geht es Antje Vollmer gar nicht. Ihr geht es nur um die Behauptung, die Regierenden seien viel weniger die Architekten der deutschen Einheit als sie und ihr Milieu: »Sie, Herr Bundeskanzler, profitieren von Veränderungen der Tiefenstruktur der deutschen Gesellschaften ... Sie haben wirklich mehr Glück als Verstand gehabt.« Der Kanzler wird wissen, daß zur Unterdrückung der *Artikulation* von Ängsten anderer Staatspolitiker manche Drohung und manche Kreditgewährung, die letzten Endes doch nur für Deutschland rentabel angelegt wurde, nötig waren.

Während Antje Vollmer dem Kanzler zwar Glück bescheinigte, zugleich aber feststellte, »die herrschende politische Klasse sei der Vereinigung nicht gewachsen« (»taz«, 10.8.90), sah Gregor Gysi die deutsche Sache durch Kohl direkt gefährdet: »Es ist ganz eindeutig: Bundeskanzler Kohl ist die Mitgliedschaft der BRD in der Nato wichtiger als die Einheit Deutschlands. Deshalb seine Forderung nach Mitgliedschaft des geeinten Deutschland in der Nato. Wenn das jedoch nicht geht, so wird es mit ihm keine Vereinigung der beiden deutschen Staaten geben. Bisher ist der Kanzler zu keiner einzigen politischen und militärischen Konzession um der deutschen Einheit willen bereit ... und das ist antinational« (Gysi auf dem PDS-Parteitag, 24/25. Februar 1990).

Niemand sollte sich von der guten Absicht – Deutschland ohne Nato-Mitgliedschaft – über den abgrundtief reaktionären Gehalt hinwegtäuschen lassen, der in dem Anspruch liegt, der bessere Sachwalter nationaler Interessen zu sein; eine alltägliche Rhetorik der PDS.

Wie weit die Konsequenzen gehen können, wenn erst die nationale Sache zur eigenen Pflicht gemacht wurde, ist unkalkulierbar. Ein Beispiel: »Maßstäbe eines erneuerten Antifaschismus könnten sein: ... Antifaschismus und ein positives Verhältnis zur Vereinigung beider deutscher Staaten, zu Deutschland, zur deutschen Heimat, zum deutschen Vaterland-geistige Auseinandersetzung mit nationalem Nihilismus und linksradikalen Negativpositionen in der Vereinigungsfrage wie mit nationalistischem Taumel« (PDS, Prof. Dr. Rolf Richter von der »Stiftung Gesellschaftsanalyse«, laut PDS-Pressedienst vom 24.8.90).

Ein zweites Beispiel: »Versuche, die deutsche Einheit gegen die Interessen anderer durchzusetzen, können nur Gegenreaktionen zum Nachteil der Deutschen hervorrufen. Eine Neuauflage des Versailler Vertrages bzw. gravierender Einschränkungen der Souveränität eines zukünftigen Deutschland wären jedoch erneut eine Quelle für neue Spannungen auf unserem Kontinent«, verkündete der Pressedienst der PDS am 12.7 .90.

Droht der europäischen Hegemonialmacht Deutschland eine Neuauflage des Versailler Vertrages? Von wem? Und wer könnte »gravierende Einschränkungen der Souveränität des künftigen Deutschland« durchsetzen? Sind hier Hemmnisse gemeint, die glücklicherweise der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegt wurden, etwa der erzwungene Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag? Oder die Beschränkung des Einsatzes deutscher Militärs im Rest der Welt? Gibt es irgendeine Einschränkung deutscher Souveränität, die beseitigt gehört? Würde Deutschland bei einer Einschränkung seiner Souveränität die besagten »gefährlichen Spannungen« zu Recht inszenieren? Hat der Versailler Vertrag Deutschland in Faschismus und Krieg getrieben, wie Legionen von reaktionären Historikern entschuldigend behaupten? Soll Deutschland ungebremste Weltmacht sein? Diese Frage wiederum stellen sich die Grünen. »Ohne das übliche grüne Lamentieren, daß das vereinte Deutschland eine Weltmacht ist«, (»taz«, 10.8.90) fragte sich Antje Vollmer öffentlich im Bundestag: »Wie gehen wir (! ! !) mit der neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht um?« Somit hätte sich das Betätigungsfeld des Gestaltens auf die ganze Welt erstreckt.

Atemberaubend schnell ist dann ja auch bei den Grünen aus der Akzeptanz Deutschlands als Weltmacht eine konkrete Debatte über taktischen Nutzen und Schaden einer militärischen Intervention deutscher Truppen am Golf geworden (nachzulesen etwa in der »taz« v. 11.8.90).

Es ist nur eine Teilwahrheit, daß die Linke der BRD angesichts großdeutscher Triumphe und dem weltweiten Sieg der Marktwirtschaft rapide zusammenschmilzt. Eine zweite Wahrheit ist, daß sich in Ausnahmesituationen klarer offenbart, was wir in 'besseren' Zeiten übersehen haben. Heute erfolgt der wahlpolitische Zuspruch zu den Grünen, wenn er aus 'unserem' Milieu erfolgt, meist über den Verweis auf einzelne Personen, die dem main-stream grüner Entwicklung nach wie vor widersprechen.

Der Zuspruch, den PDS/Linke Liste aus 'unserem' Milieu erfahren, wird häufig mit der Diffamierung der PDS durch etablierte Politik, Medien und Grüne begründet. So stellt sich der Eindruck ein, man würde die Herrschenden mit einer (kritischen) Unterstützung »mehr ärgern«. Eine seltsame Ignoranz gegenüber den programmatischen Aussagen der Linke Liste/PDS ist allgegenwärtig. Sei es ihr Versprechen, die »umfassende Krise jedweder sozialdemokratischer (!) Politik... schonungslos und *selbstkritisch«* aufzuarbeiten, sei es die Wertschätzung, die den »Freiheiten einer parlamentarischen Demokratie« gezollt wird, indem sie schlicht als »unverzichtbarer gesellschaftlicher Fortschritt« dargestellt wird, was jeden

herrschaftssichernden Aspekt leugnet, oder sei es die bemerkenswerte Aussage: »Der sozialstaatliche Kompromiß, wie er in der Bundesrepublik erkämpft wurde, bildet den Ausgangspunkt unserer Politik.« All dies erfährt auch in Teilen radikalerer Linker großzügige Nonchalance, weil es ja nebenbei antikapitalistische Spuren zu entdecken gibt, wie etwa folgende Perle: »Die Linke Liste/PDS setzt sich kritisch mit jenen Kräften auseinander, die den Vorrang der Gewinnbesteuerung bejahen.« (Alle Zitate aus dem Programm der Linken Liste in der BRD). Zugegeben, da ist eine Differenz zum wirtschaftsliberalen Grafen Lambsdorff, aber das reicht uns ebensowenig zur (wahl-)politischen Unterstützung dieses neuen kleineren Übels wie die Tatsache, daß die sozialdemokratische Internationale den Bemühungen der PDS um Aufnahme in diesen Verein ablehnend gegenüber steht.

Ganz zum Schluß noch einmal Antje Vollmer, die Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion: »Die parlamentarische Debatte ist per se auf Gewaltfreiheit verpflichtet und nötigt zum Konsens. Die außerparlamentarische Diskussion hat eine eigene – möglicherweise gefährliche und gewaltsame – Dynamik. Und ich habe große Sorge, wenn das, was in der DDR jetzt außerhalb des Parlaments passiert, wenn die Wut, die Ohnmacht, der Identitätsverlust überhaupt nicht mehr im Parlament erscheinen können. Wo landet dann diese Wut? Aus diesem Grunde (!!!) sind wir historisch klug geworden und ganz entschiedene Gegner der Fünf-Prozent-Klausel!« (Rede im Bundestag, 9.8.90).

Nahezu wortgleich Gregor Gysi in einer Volkskammer-Rede: »Mit der 5 Prozent-Klausel ... lädt hier jeder historische Schuld auf sich... Sie wissen, je größer die Hürde für eine Gruppe von Menschen ist, parlamentarisch vertreten zu sein, desto größer ist die Gefahr, daß diese den Parlamentarismus überhaupt ablehnen und sich in andere Richtungen entwickeln.«

Leicht erkennbar ist, daß A. Vollmer ohne jeden radikaldemokratischen Akzent auskommt, wenn sie ihre Ablehnung der Fünf-Prozent-Klausel mit Konfliktbewältigung und Herrschaftssicherung begründet. Dennoch mag behauptet werden, eine nicht dem Konsens verpflichtete Parlamentsarbeit sei durchhaltbar, was wir für unsere Zeit im Parlament ja schließlich selbst in Anspruch nehmen.

Aber es gibt einen wichtigeren wahren Kern an Vollmers Grundgedanken, den Johannes Agnoli von links formuliert hat: »Eine mögliche und intendierte politische Kontrolle der Krisen- und Bruchsituation in kapitalistischen Gesellschaften setzt zunächst und simpel voraus, daß die Ausdrucksfähigkeit von Emanzipationstendenzen eingebracht wird in bestimmte, institutionell vorgesehene Kanäle, so daß ... ihre Folgeerscheinungen unter Kontrolle gebracht werden können.... Oppositionelle Artikulationsmöglichkeiten sollen also keineswegs eliminiert, vielmehr ihre Ungebundenheit und Unvorhersehbarkeit blockiert werden, um sie in genau bestimmte, rechtlich festgelegte, im optimalen Fall verfassungsrechtlich normierte Formen und Grenzen zurückzuholen.« Diese Überlegungen Agnolis sind nicht nötig, um die Wahlprojekte Grüne und PDS/Linke Liste abzulehnen. Sie werden jedoch sehr wichtig sein, wenn es um die Aufarbeitung eher linksradikaler Konzepte des (auch) parlamentarischen Weges geht, für die Leute wie wir lange gestanden haben.

Konkret 10/90, S. 14

Sinn ohn´ Form

Materialien zur PDS-Kritik

Sie ist unausgewogen zusammengestellt, kommentiert wird in ihr völlig einseitig – und das ist gut so: Die PDS-Broschüre, die die Minderheitenströmung des KB herausgegeben hat, versucht die Gysi-Begeisterten in alternativen und linken Kreisen mit ein paar Gedanken und vielen Fakten zu konfrontieren. Daß die PDS einen wesentlichen positiven Beitrag zur Neuformierung der Linken darstellen könne, steht nach Lektüre der »Materialien zur Kritik der PDS« denn auch in Frage. Die 64 Seiten sind dennoch nicht nur für entschiedene PDS-Kritiker interessant zu lesen. Die Broschüre liefert nämlich vor allem eine Fülle von Orginal-Ton: Texte, Reden und Artikel, von PDS-Politikerinnen und -Politikern, die hierzulande oft unbekannt und immer schwer zu bekommen sind, z.B. die Rede Andre Bries auf der PDS-Erneuerungskonferenz im Juli. Die Redaktion hat die meisten Texte und Zitate nur mit einer knappen Kommentierung versehen. Eingeleitet wird die Broschüre allerdings durch eine längere, streckenweise recht scharf formulierte Analyse: Ihr Thema ist der linke Nationalismus und der DDR-Patriotismus der PDS. Ausführlich werden dessen historische Wurzeln in der Politik der SED und der KPD freigelegt. Das Resümee: Geschichte wird in der PDS heute sehr selektiv aufgearbeitet – unter dem Druck des sich restaurierenden Deutschlands erfolgt bezüglich der nationalen Frage sogar ein Rückgriff auf stalinsche Positionen zu »Deutschland«, die allerdings modernisiert werden. Die PDS setzt nicht mehr auf die Verknüpfung von nationaler Frage und Klassenkampf sondern versucht, ihre Position für ein vereinigtes Deutschland mit einer Politik des sozialen Interessenausgleiches zu verbinden. Neben dieser Analyse und etlichen PDS-Dokumenten zur »nationalen Frage« werden Texte zu Abrüstung, der wankelmütigen Haltung zur Nato-Mitgliedschaft, zur Atompolitik sowie zu grundsätzlichen Fragen, wie z.B. der Option einer »sozialistischen Realpolitik«, nachgedruckt. Dabei versuchen die Herausgeber zu zeigen, daß die Politik des vermeintlichen sozialen Interessenausgleichs de facto eine fortschrittliche Politik verhindert: wenn z.B. die Akzentuierung der Belange der Berufssoldaten gegen eine sofortige Abschaffung der deutschen Armee gewendet wird. Nachgedruckt werden auch eine Reihe von kritischen Artikeln, die in der »MOZ«, im »ak« und in KONKRET zur PDS bereits erschienen sind.

Bestellt werden kann die PDS-Broschüre über: H. Möller, c/o Kommunistischer Bund, Schulterblatt 58, 2 Hamburg 36. Sie kostet 6 Mark

Konkret 10/90, S. 16

Wolfgang Schneider

Buch des Monats: »Aus dem Bodenlosen«

Karl Jaspers: Freiheit und Wiedervereinigung, Piper Verlag, München 1990, 126 Seiten, 12.80 Mark

»Auf jeden Fall ist das der größte Schlag, der bisher gegen den deutschen Nationalismus geführt worden ist. Und er könnte zu einer klaren Scheidung der Lager führen, wobei sich schnell herausstellen wird, daß die sogenannten Rechten und die sogenannten Linken in dem gleichen Lager sind.«
Hannah Arendt, Brief an Karl Jaspers, 22. August 1960

Von Karl Jaspers hat die deutsche Linke nie etwas wissen wollen. Seine philosophischen Werke, die ihn zum Begründer und – neben Heidegger – wichtigsten Repräsentanten des deutschen Existentialismus machten, hat sie als Manifestationen des »profaschistischen Nihilismus« (Ernst Bloch), als Ausdruck eines »parasitären Subjektivismus« (Georg Lukács) abgetan, der die klassischen Ideale »echter Menschlichkeit ... für die Ideologie und Praxis des deutschen Faschismus empfänglich« gemacht (Georg Klaus/Manfred Buhr) und somit dazu beigetragen habe, »die Widerstandskraft bürgerlicher Intellektueller gegen den Faschismus zu schwächen« (Philosophenlexikon, DDR 1982).

Auch seine politischen Schriften, die zwischen 1945 und 1967 entstanden, haben unsere Linksintellektuellen rechts liegen lassen. Dabei haben sie das Bändchen über »Die Schuldfrage«, in dem Jaspers 1946 zwar eine deutsche Kollektivschuld – im Sinne »krimineller Schuld« – bestritt, aber auf der »politischen Haftung« *aller* Deutschen für die Verbrechen des nationalsozialistischen Staates bestand, ebenso konsequent ignoriert wie der nazifizierte mainstream, dafür aber zwölf Jahre später seine von den Kalten Kriegern beifällig aufgenommene Abhandlung über »Die Atombombe und die Zukunft des Menschen« einhellig als Nato-Propagandaschrift verdammt.

Schon 1960 jedoch, als Jaspers zunächst in einem Fernsehinterview und schließlich in einer 5-teiligen Artikelserie in der »Zeit« die Deutschen dazu aufforderte, ihren »politisch und philosophisch irrealen« Anspruch auf Wiedervereinigung fallenzulassen, waren sich Rechte und Linke wieder einig – in der empörten Ablehnung eines Vorschlags, den die einen als Verzicht auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches die anderen als Absage an die lichte Zukunft eines sozialistischen Gesamtdeutschland verstanden: Alte und neue Nazis beschimpften Jaspers als »Vaterlandsverräter«, »Handlanger des Kommunismus« und »politisches Schwein«; Adolf Arndt, der Kronjurist der SPD, warf ihm »blutleere(!) Illusionen« vor; die »Süddeutsche Zeitung« wähnte bereits »Deutschland in Auflösung«; und das »Neue Deutschland« bekräftigte den Standpunkt der Kommunisten, demzufolge lediglich »der Militarismus der Bundesrepublik« beseitigt werden müsse, damit »der Weg zur Konföderation, zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und schließlich zur Wiedervereinigung« beschritten werden könne.

Erst seine Untersuchung der Frage »Wohin treibt die Bundesrepublik?«, die Jaspers 1966 verfaßte, hat die Linke immerhin wohlwollend zur Kenntnis, keineswegs aber, wie ihre politische Entwicklung zeigte, sonderlich ernst genommen. Unter dem Eindruck der Debatten über die Verjährung der NS-Verbrechen, der Vorbereitung der Notstandsgesetze und der Kanzlerschaft eines ehemaligen Nationalsozialisten (Kiesinger), die, durch ihren Eintritt in die Große Koalition, auch von der SPD getragen wurde, kündigte Jaspers darin an, er »werde das Unheil des gegenwärtigen Zustandes zeigen«, und er hat Wort gehalten. War er über 20 Jahre davon ausgegangen, daß »ein Weiterleben nach dem Nazistaat ... eine sittlich-politische Revolution« in Deutschland voraussetze, den »uneingeschränkten Willen zum Abbruch der Kontinuität zu dem Verbrecherstaat«, so stellte er nun fest, daß »die Deutschen nicht dastehen als die Männer und die Frauen, die gewillt sind, nach dem Fürchterlichen, was sie angerichtet oder was sie geduldet haben, wirklich ein neues Staatswesen zu gründen«, daß sie vielmehr abermals unterwegs seien »von der Parteienoligarchie zum autoritären Staat; vom autoritären Staat zum Diktaturstaat; vom Diktaturstaat zum Krieg«, indem sie sich von »einer durch Parteibürokratien ernannten Gruppe von Karrieristen« regieren ließen und, statt endlich die Kriegsfolgen bedingungslos anzuerkennen, mit Blick auf die verlorenen Ostgebiete und die DDR an »Rechtsansprüchen« festhielten, die einzig der »Verschleierung des Willens zu künftiger neuer Gewaltanwendung« dienten: »Rechtsansprüche sind dort, wo sie nicht hingehören, Kampfakte, die den Willen zur Gewalt, um das 'Recht' durchzusetzen, nur verbergen wegen der derzeitigen Ohnmacht des Fordernden.« »Die Bundesrepublik gefährdet den Frieden«, schlußfolgerte Jaspers und beklagte das »unbegründete Vertrauen« der Alliierten, die »ihre Rechte zum Eingriff im Falle des Notstandes aufgeben wollen ... Sie haben 1933 vergessen.«

Jaspers vergaß 1933 nie. Ordinarius für Philosophie an der Universität Heidelberg seit 1922, war er im Jahr der nazistischen Machtübernahme sofort aus der Universitätsverwaltung ausgeschlossen worden. 1937 wurde er entlassen, 1938 mit Publikationsverbot belegt. Entgegen dem Rat seiner Freunde wollte er weder emigrieren noch sich von seiner jüdischen Frau trennen, und als er 1941 dann doch bereit war, eine Einladung der Universität Basel zu nutzen, um Deutschland zu verlassen, lehnte er das Angebot ab, als die Behörden seiner Frau die Ausreise verweigerten. Karl und Gertrud Jaspers beschafften sich Zyankali, um sich dem Zugriff der Gestapo, mit dem sie immer wieder rechnen mußten,

durch Selbstmord entziehen zu können. Auf den 14. April 1945 hatten die Behörden schließlich ihre Deportation in eines der Vernichtungslager festgelegt. Am 30. März wurde Heidelberg von den Amerikanern besetzt.

Trotz alledem ist die Tatsache, daß die intellektuelle Linke weder zu Beginn der 60er Jahre, als die Wirtschaftswunder-BRD angesichts der ersten Krisensymptome zur 'formierten Gesellschaft' erstarrte, noch später jemals auf die Jasperschen Diagnosen der moralischen und politischen Befindlichkeit der Bundesdeutschen sich hat einlassen wollen, natürlich ebenso wenig auf einen Zufall wie auf ein Mißverständnis zurückzuführen, sondern auf das irritierende Nebeneinander von reaktionären Dummheiten und klugen Einsichten, das jene Texte prägt – und auf das habituelle Unvermögen der deutschen Linken, herauszufinden, welches von beiden fürs Verständnis der deutschen Nachkriegsgesellschaft wesentlich ist.

Sicher, Jaspers war ein eifernder Antikommunist – gleichwohl kritisierte er das KPD-Verbot; er war Anhänger einer Totalitarismustheorie, derzufolge die Sowjetunion »als Staat totaler Herrschaft der Herrschaftsform nach nicht anders als der nationalsozialistische Staat« beurteilt werden durfte – aber was spricht eigentlich dagegen, wenn man den Terror von Staats wegen als Wesensmerkmal totaler Herrschaft begreift?; sein Atombombenbuch bot kaum mehr als eine philosophische Überhöhung des 'Lieber tot als rot'-Bekenntnisses – und steht doch moralisch wie intellektuell weit über jenem Plagiat, das 25 Jahre später der Ex-Maoist André Glucksmann davon anfertigte und als »Philosophie der Abschreckung« auf den Markt brachte; Jaspers glaubte auch nach 1945 noch an eine positive »Substanz deutschen Wesens«, die allein gefährdet wäre, »wenn die Russen uns beherrschen« – die sich ihm aber gleichwohl, »nachdem Deutschland den größten Exzeß im Nationalismus vollzogen hat«, erst in der »Willensentscheidung, auf den nationalstaatlichen Souveränitätsanspruch zu verzichten«, zu beweisen hätte; er hoffte auf eine »Selbsterziehung« der Deutschen, die dafür sorgen sollte, daß ihr künftiges Verhalten nicht abermals »ruinös für sich und die anderen« werde – dennoch hat er auf der Fortdauer der alliierten »Einschränkung unserer Souveränität« bestanden: »Sie allein schützt uns ... gegen jene Mächte in uns, die im Hitlerstaat ausbrachen«; er kultivierte abstruse Ängste, etwa jene, »das Terrorregime der Sowjetzone« könnte auf die schleichende Entvölkerung seines Territoriums mit der »Ansiedlung von Millionen Chinesen« reagieren – und konnte damit doch sein Entsetzen angesichts einer Gesellschaft, die »aus dem Bodenlosen« zu leben schien, in dem sie die Opfer ihrer Verbrechen hatte verschwinden lassen, nicht kaschieren: »Der neue Staat (hat) etwas Unheimliches, Ungewisses in sich.... Trotz allen Glanzes fühlt man sich wie auf einem Sumpfe gehend«; er lobte Adenauers Außenpolitik, weil sie dafür gesorgt habe, daß die Deutschen in der Welt wieder etwas galten – und zitierte vom verehrten »abendländischen Staatsmann« einzig eine Passage, in der dieser dem Ausland zu verstehen gegeben hatte, daß den Deutschen auch weiterhin nicht zu trauen sei: »In unserem Volk steckt etwas drin, es will mehr und mehr und mehr haben. Es gibt kein unzufriedeneres Volk. Mir wird es eng ums Herz, wenn ich daran denke, was einmal aus dem deutschen Volk werden soll, wenn das nicht anders wird.«

Wenn Theodor W. Adorno somit auch recht hatte, als er in seiner Analyse des Heideggerschen »Jargons der Eigentlichkeit« die existentialistische Phraseologie der philosophischen Arbeiten Jaspers' gleich mit abfertigte, so ist damit der Jasperschen Gesellschaftskritik noch keineswegs das Urteil gesprochen; wenn das realsozialistische Philosophenlexikon moniert, daß Jaspers die »Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen wie Bedürfnisse der werktätigen Massen unbekannt« gewesen seien, weil er »elitär« gedacht und »der 'Masse' in der 'modernen' Gesellschaft ablehnend gegenüber« gestanden habe, so bleibt doch immerhin offen, ob diese »elitäre« Haltung nicht womöglich die Voraussetzung einer Erkenntnisleistung sowohl als der Ernsthaftigkeit eines moralischen Anspruches gewesen ist, die auch nur zur Kenntnis zu nehmen die werktätigen Massen sich standhaft weigerten; wenn schließlich dasselbe Nachschlagewerk vermutet, daß Jaspers »notwendig in Enttäuschung und Resignation (endete)«, weil er »jeden Kontakt zu den fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft mied«, so stellt sich die Frage, wo denn jene fortschrittlichen Kräfte damals steckten, die bereit gewesen wären, aus der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und der deutschen Nachkriegsgeschichte Konsequenzen zu ziehen, die der Radikalität auch nur nahe gekommen wären, mit der der konservative Philosoph sie beispielsweise in seiner Textsammlung »Freiheit und Wiedervereinigung« formuliert hatte.

Aber was heißt schon 'damals' ! Wer dieses Bändchen, das 30 Jahre nach seiner Erstveröffentlichung endlich neuaufgelegt worden ist, heute liest, wird feststellen müssen, daß die Argumente gegen die Wiedervereinigung, die Jaspers darin zusammengetragen hat, nicht nur gültig geblieben sind, sondern auch von einer Linken nicht eingeholt werden können, die nicht erst seit dem Fall der Mauer – wie das Plakat der Linken Liste/PDS zur ersten gesamtdeutschen Wahl verkündet – »Auf dem Weg nach Deutschland« ist. Dabei sind die historischen, moralischen, politischen und juristischen Überlegungen, die Jaspers veranlaßten, eine Politik strikt abzulehnen, die sich unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten zum Ziel gesetzt hatte, alles andere als spektakulär oder schwer zu begreifen. Im Grunde sind sie ganz selbstverständlich: »Die Würde des vernünftigen Menschen liegt darin, daß er sich eingesteht, was geschehen und was getan ist. Die Würdelosigkeit bloßen Lebens liegt darin, einen Strich unter das Vergangene zu machen, zu vergessen und weiterzuleben aus dem bloßen Anspruch gegenwärtigen Daseins. Die Würdelosigkeit steigert sich, wenn die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit in Forderungen an andere endet.«

»Ein Volk« aber, setzte Jaspers immer wieder gegen die nationalen Ansprüche aller politischen Gruppen in der Bundesrepublik, »das durch seinen Staat angegriffen, alles Recht verletzt hat und besiegt ist, hat kein Selbstbestimmungsrecht in bezug auf die territorialen Grenzen seines Staats« – wie es denn überhaupt zwar unmöglich sei, »das Grundrecht eines Volkes auf Freiheit« zu verwirken, »das Recht auf den Umfang eines nationalen Staats« dagegen sehr wohl »verspielt« werden könne. »Für uns Deutsche bleibt nichts übrig als die territorialen Folgen, die geschehenen Austreibungen und Umsiedlungen, die Spaltung hinzunehmen, wenn wir nicht, nachdem wir seit 1933 Ursache der Weltkatastrophe geworden sind, nun Ursache der Menschheitsvernichtung werden wollen«, denn »was uns geschehen ist, das ist kein Strafgericht Moskaus und des Westens. . .. Was geschehen ist das ist Resultat der Gewalt. Und für den Einsatz dieser letzten Gewalt haftet der Staat, der es tat, und mit ihm haften alle Staatsangehörigen.... Die Deutschen haben diesen Staat sich errichten lassen, ihm gehorcht und sind haftbar . . . für die Handlungen dieses Staats und müssen die Folgen auf sich nehmen.«

Die Forderung nach Wiedervereinigung aber ist für Jaspers der prägnanteste Ausdruck der Tatsache gewesen, »daß ich das, was geschehen ist, nicht anerkennen will«, und in der Verbissenheit, mit der die Deutschen die Konstituierung eines neuen großdeutschen Staates für »unabdingbar« erklärten, hat er die Rückmeldung jener Ansprüche erkannt, die sich bereits 1933 Bahn gebrochen hatten und es nun, 1960, immer noch nicht gewesen sein wollten: »Ein anderer sogenannter 'Unwiderstehlicher Drang' Deutscher hat einst in nationalistischen Schlagworten (wie 'Volk ohne Raum', 'ein Volk, ein Staat, ein Führer', 'Deutschland erwache, Juda verrecke' und vielen anderen) Deutschland und der Welt die Katastrophe gebracht.«

Das alles wollte der Piper Verlag im Jahr der Wiedervereinigung so nicht stehenlassen. Er hat es daher für zweckmäßig gehalten, den »größten Schlag, der bisher gegen den deutschen Nationalismus geführt worden ist« (Hannah Arendt), abzuwehren dadurch, daß er den Jasperschen Texten ein Vorwort des deutschen Nationalisten Willy Brandt voranstellte. Es ist, keineswegs überraschend, eine Verhöhnung des 1969 verstorbenen Philosophen draus geworden. Denn auf knapp vier Seiten hat der Ehrenvorsitzende der deutschen Sozialdemokratie nicht nur seine Begriffsstutzigkeit demonstriert, sondern ein chauvinistisches Traktat formuliert, das für die 'Entspannungspolitik' der sozialliberalen Koalition »die Nähe zu wesentlichen Jasperschen Postulaten« zu reklamieren versucht und Jaspers gleichwohl wie einen dummen Jungen abkanzelt, dessen Kritik an der Geschichte des deutschen Nationalstaats haltlos und dessen Warnungen vor den Folgen der Wiedervereinigung übertrieben gewesen seien. Anerkennung der »innerdeutschen Grenze«? Das habe »unsereins« nur aus taktischem Kalkül und vorübergehend in Erwägung gezogen. Kritik an der Nationalstaatsfixierung »der Männer vom 20. Juli 1944«? Das seien doch »deutsche Patrioten« gewesen, die sich »gegen die unsägliche Schande auflehnten, die Freveltäter über Volk und Vaterland gebracht hatten«. Verzicht auf nationalstaatliche Souveränität – »gleichsam als Haftung für das, was NS-Deutschland anrichtete«? Das führe bloß zur »abwegigen Formel«, »das Wissen um Auschwitz verbiete die deutsche Einheit«. Im übrigen dürfe gerade die nationale Komponente des Nationalsozialismus nicht für seine Verbrechen verantwortlich gemacht werden. Im Gegenteil: »Das Schlimme am sogenannten (!) Nationalsozialismus war ... eben auch, daß er sich in hohem Maße am eigenen Volk verging, also anti-national war.«

»Wie 1933 bedrohliche Erscheinungen und Handlungen, in ihrer Bedeutung nicht genügend erkannt, vorausgegangen waren«, hatte Jaspers 1960 geschrieben, »so könnte es zwar in allem Besonderen anders, aber in Analogie dazu noch einmal geschehen.« Das Brandtsche Vorwort zur Neuausgabe von »Freiheit und Wiedervereinigung« ist ein Beleg für die fortdauernde Gültigkeit

Konkret 10/90, S. 20

Oliver Tolmein

Asylanten im Paradies

Die Zigeuner sind Schuld an Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, hohen Kriminalitätsraten und Inflation. Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte häufen sich. Die Stadtverwaltungen richten Sammellager ein und rufen den sozialen Notstand aus. Während Grün-Alternative sich in business as usual üben, rufen Bürgerinitiativen zu Demonstrationen und Blockaden auf. Eine Reportage, die schildert, wie Essen erwacht und was in Hagen anders ist

»Bislang ist es nicht viel mehr als ein schlimmes Gerücht: Haben Anwohner aus Überruhr durch Zahlung von insgesamt 5.000 Mark rechtsradikale Skins animiert, Anschläge auf die Asylbewerber-Unterkunft in der Klapperstraße zu verüben?«

Drei Tage bevor die Essener Lokalzeitung »NRZ« dieses »schlimme Gerücht« kolportierte, hatten rechtsextreme Skinheads die Flüchtlinge in der Klapperstraße angegriffen und Fensterscheiben eingeschmissen. Drei Wochen später sagt Dieter Bohrhardt, der Leiter des ermittelnden Politischen Kommissariats am Telefon: »Das Gerücht hat keinerlei Bestätigung erfahren. Nach unseren Informationen hat es eine Person, die schon mehrfach in dieser Beziehung aufgefallen ist, gezielt gestreut, um die Leute zu verunsichern.« Im übrigen gebe es keinen Anlaß zur Beunruhigung: Es habe seit Ende Juli keinen Übergriff mehr auf das Wohnheim in der Klapperstraße gegeben.

Ob das Ermittlungsverfahren eingestellt sei, will ich tags darauf von der Staatsanwaltschaft wissen. Oberstaatsanwalt Kerl behauptet, von einem Ermittlungsverfahren wegen des Vorfalls nichts zu wissen: »Und Ihnen Auskunft zu erteilen, würde einen übermäßigen Arbeitsaufwand darstellen. Ich kann doch nicht über jedes Verfahren, wo irgendjemand irgendjemandem mal fünfhundert Mark in die Hand drückt, der Presse die Akten raussuchen.« Daß er dazu nach nordrheinwestfälischem Pressegesetz verpflichtet ist und daß es um fünftausend und nicht um fünfhundert Mark geht, interessiert ihn so wenig wie der Brief von neun Oberstadtdirektoren an den Ministerpräsidenten Rau, in dem es heißt: »So hat zum Beispiel in Essen die Polizei Erkenntnisse, daß in einem Stadtteil jugendliche Skinheads von Teilen der Bevölkerung angeworben wurden, damit sie Unterkünfte überfallen.« – »Für Stellungnahmen des Oberstadtdirektors sind wir nicht verantwortlich. Ich habe jetzt wirklich keine Zeit.« Sein Vorgesetzter, der Leitende Staatsanwalt Preen, ist gar nicht zu erreichen: »Wenn Sie kein Aktenzeichen haben, können wir Ihnen keine Auskunft erteilen, und Herr Preen wird sich zu diesem Fall sowieso nicht äußern. Ich kann Sie bestenfalls mit Oberstaatsanwalt Kerl verbinden«, bescheidet mich der Wachtmeister in der Vermittlung.

Die Klapperstraße in Essen-Überruhr ist eine gutkleinbürgerliche Wohngegend: Reihenhaus an Reihenhaus; direkt neben der heute als Flüchtlingsunterkunft genutzten Schule ist gerade ein halbes Dutzend freistehender Eigenheime bezugsfertig geworden, Nippes in den Fenstern, Butzenscheiben, getrocknete Blumensträuße über der Tür und ein gewienerter neuer Audi davor zeigen, daß es die Bewohner ordentlich lieben. Als ich mit zwei Frauen, die, ihre kleinen Kinder an der Hand, einen Plausch halten, über die Flüchtlinge und die angeblich gezahlten fünftausend Mark reden möchte, erhalte ich eine schroffe Abfuhr: »Als ob es nicht schon schlimm genug wäre, daß die Zigeuner hier sind, jetzt treibt sich hier auch noch die Presse dauernd rum.«

Am Büdchen am Anfang der Straße geht es mir nicht besser und in der Bäckerei erfahre ich nur, daß die Polizei dort wegen der 5000 Mark jedenfalls nicht ermittelt hat. Der katholische Kaplan, der direkt neben der Schule wohnt, schaut mich nur entgeistert an, als ich von ihm wissen will, ob die Polizei mit ihm gesprochen habe und ob er Zeit hat, ein paar Fragen zu beantworten: »Sie haben vielleicht Nerven!« Unangemeldete Frager schätzt er nicht, und Zeit hat er heute und morgen keine. Keine fünfhundert Meter weiter wird das Eigenheim-Idyll durch einen Hochhaus-Komplex gestört. Ein älterer Mann, der gerade spielende Kinder von seinem Auto verscheucht, hat immerhin eine Antwort parat: »Ich brauche keine fünftausend Mark sammeln, ich kann da schon selber dazwischenhauen.«

Die Flüchtlinge teilen sich in zwei Gruppen, als ich auf den Schulhof komme: Die Frauen und Kinder ziehen sich mit ein paar Männern ins Gebäude zurück, ein halbes Dutzend Männer kommt im Pulk auf mich zu. Ihnen gehe es gut hier, radebrecht ein etwa Vierzigjähriger, und die Umstehenden nicken bedächtig. Ob die Polizei mit ihnen wegen der an die Skins gezahlten 5.000 Mark gesprochen hat? Nein, nein, keine Polizei, und mit »Punks« haben sie keine Probleme. Alles sei gut, alles sei gut, wiederholt, unterstützt von seinen kopfnickenden Freunden, der Mann. Es klingt beschwörend.

Auf dem Weg zurück fällt mir ein älteres Backsteinhaus mit verwitterter Fassade auf: Etwas verblichen, aber noch gut sichtbar, prangt darauf eine mehrere Meter große Anti-Atom-Sonne, an den Fenstern kleben ein paar beschädigte Sticker: »Mach meinen Kumpel nicht an!« ist kaum mehr zu lesen. Ein freundlicher Alternativer in Jogginghose und Birkenstocksandalen öffnet, entschuldigt sich für seine Halsschmerzen hat deswegen auch Zeit und lädt mich auf einen Kaffee in den Garten ein – von der 5.000 Marks-Geschichte hat er aber auch nur gehört: »Zuzutrauen wäre es den Leuten.« Die Polizei war nicht bei ihnen, mit den Nachbarn haben sie nicht drüber gesprochen, zu denen haben sie keinen Kontakt, zu den Flüchtlingen auch nicht. Die kämen ab und zu mal her, um Werkzeug zu holen. Ob sie nicht mal überlegt hätten,

etwas gegen den Fremdenhaß und die Übergriffe hier zu tun? »Wir sind hier doch auch isoliert, für sowas fehlt uns das Umfeld.«

Tags darauf will ich von Polizeihauptkommisar Bohrhardt wissen, warum der Oberstadtdirektor von Essen Erkenntnisse der Polizei weitergeben kann, die seiner Aussage zufolge nicht existieren, und warum sein Kommissariat die Ermittlungen gegen die Skinhead-Anwohner-Connection anscheinend nur vom Schreibtisch aus geführt hat. Für Presseauskünfte ist Herr Bohrhard heute nicht mehr zuständig, er verweist mich an die Pressestelle – und die weiß von keinem Brief des Oberstadtdirektors und gibt prinzipiell keine Auskunft am Telefon.

Die nachlässige Routine der Ämter und das allgemeine Desinteresse, mit denen das »schlimme Gerücht« behandelt wird, stehen in bemerkenswertem Widerspruch zu den in diesen Tagen öfter zu lesenden, selbstsicheren Beteuerungen ehemaliger 68er, die deutschen Verhältnisse hätten sich zivilisiert oder normalisiert. Was im restaurierten Deutschland »Normalisierung« heißt, ist beispielhaft in dieser letzten August-Woche in Essen zu beobachten:

Kein Tag vergeht ohne Leserbriefe und Artikel in den Lokalzeitungen, die den Zustrom neuer Flüchtlinge beklagen. Daß derzeit vor allem rumänische Roma Zuflucht in der BRD suchen, mobilisiert zusätzliche Vorurteile und bringt die Menschen besonders in Rage. In den Essener Stadtteilen Kray, Stadtwald, Schonnebeck, Bredeney, Leythe, Freisenbruch und Kettwig haben sich zumeist Anfang August innerhalb weniger Tage Bürgerinitiativen gebildet, die gegen die Unterbringung von Asylsuchenden protestieren. Wenn sie dem Sozialdezernenten in Flugblättern und auf Reden vorhalten, sie seien bereit, Notunterkünfte zu tolerieren, er habe ihnen aber »deutschstämmige Aussiedler« »versprochen« und stattdessen Zigeuner geschickt, ist das noch die humanere Variante. Während ein unbefangener Beobachter weder in der gut besuchten Fußgängerzone, noch in den Stadtteilen auf den ersten Blick besonderes bemerkt, wissen die Bürgerinitiativen von »unerträglich aggressiver Bettelei« zu berichten, von Massen-Diebstählen, »völlig verdreckten Stadtteilen«, kurz: Alles sei unerträglich geworden.

Es gibt Bürgerversammlungen, spontane Blockaden von Grünflächen, auf denen Wohncontainer gebaut werden sollen, Demonstrationen und Veranstaltungen. Am letzten Donnerstag im August versammeln sich nachmittags fünfhundert Deutsche und bestimmt drei Dutzend Schäferhunde, Dobermänner und Rottweiler auf dem Gelände der Flüchtlingsunterkunft in der Grimbergstraße, um bei einer WDR-Live-Sendung Flagge zu zeigen. Zwei Stunden später treffen sich etwa dreihundert Mitglieder des Polizeisportvereins, um eine Kundgebung gegen die vorübergehende Belegung ihrer Turnhalle mit Flüchtlingen abzuhalten. Abends um acht versammeln sich siebenhundert Menschen, um Widerstand gegen die Errichtung von Wohncontainern in der Schellstraße anzukündigen.

»Liebe Mitbürger! Unsere Arbeit geht weiter ! In zahlreichen Stadtteilen Essens sind bereits Zigeuner untergebracht. Die davon betroffenen Bürger erfahren eine jahrtausendealte Realität: Zigeuner besitzen eine eigene, uralte Lebensart, die sie gegenüber Fremden durchzusetzen wissen. Alle sind erregt, haben Angst.« Kontaktadresse für die »Bürgerinitiative 'Essen ist voll'«, deren Flugblatt in tausender Auflage in der Stadt kursiert, ist Herr Schauenburg: ein aufgeräumter, fülliger Mann in Designer-Klamotten, der mir herzhaft lachend versichert: »Ein Ausländerfeind bin ich nicht!« Er liebe fremde Kulturen, und sozial denke er auch: »Etwaige Überschüsse werden körperbehinderten Kindern in Rumänien zur Verfügung gestellt«, steht unter der Spendenkontonummer des Flugblatts von Herrn Schauenburgs Bl »Essen ist voll«. Ihm gehe es um seinen Stadtteil und die Demokratie: Den Bewohnern des Essener Südens einfach »Zigeuner vor die Nase zu knallen«, ohne Bürgerbeteiligung – das gehe nicht. Herr Schauenburg ist auch Naturfreund: Gerade im Ruhrgebiet sei es unmöglich, daß jedes Fleckchen Grün mit Asylanten-Containern »belastet« wird. Deswegen dürften auf gar keinen Fall hundert Roma auf dem Grundstück in der Schellstraße, einen knappen Kilometer Luftlinie von der Villa Hügel entfernt, untergebracht werden. Roma sind, verfolgt man Wortwahl und Engagement der Anti-Flüchtlings-Kampagne in Essen, der »Schadstoff der Saison«, niemand ruft deutlich »Ausländer raus«, aber jeder erwartet die Entsorgung des »Zigeuner-Problems«. Deutschland hat, kaum ist das Reich restauriert, schon einen ersten Sündenbock.

Direkt neben dem für die Notunterkunft ausgeguckten Gelände befinden sich eine Waldorfschule, ein Altenheim der Anthroposophen und ein anthroposophischer Kindergarten . Die Autos auf dem Schulparkplatz zeigen die friedfertige und umweltverträgliche Gesinnung ihrer Fahrerinnen und Fahrer: Friedenstauben, Greenpeace-Regenbögen, »Ein Herz für Kinder«-Strichmännchen und »Ich bremse auch für Tiere«-Sticker. Drei Mädchen, die über den Parkplatz laufen, wirken auf den ersten Blick, wie man sich Waldorf-Schülerinnen vorstellt: gutgekleidet, nett, offen, kein bißchen schüchtern und entwaffnend ehrlich: »Wir finden das ehrlich gesagt total beschissen, daß die Zigeuner hierher kommen.« Zigeuner – »Roma sind das«, verbessert Sabine ihre Freundin Sonja – lärmen nämlich, »und lernen ist eh schon schwer genug«, ergänzt Sabine. »Außerdem müssen wir alles niet- und nagelfest machen«, weiß Eyla, und Sonja hat gehört, daß es mit der Hygiene »bei denen« auch so eine Sache ist, »außerdem vergewaltigen die Frauen« – das hat den dreien eine Freundin aus Freisenbruch erzählt: »Da ist das schon oft vorgekommen.« An der Schule sind sich deswegen alle einig: Keine Zigeuner in die Schellstraße. »Das mindert ja auch das Image von der Schule.«

Der Vorsitzende des Waldorf-Schulvereins, Herr Reuter, hat andere Gründe, die ihn aber zu den gleichen Konsequenzen führen: »Die Waldorf-Schulen haben eine große soziale Verpflichtung. Wenn jetzt hundert Roma auf dem Grundstück

nebenan untergebracht würden, dann würden wir uns selbstverständlich um die kümmern, ihnen helfen, wo wir können, sie hätten ja auch einen Anspruch, ihre Kinder eventuell bei uns einzuschulen – die wissen ja nicht, was eine Privat-Schule ist. Und wir würden dann auch gerne Roma-Kinder bei uns aufnehmen. Aber das geht natürlich nicht – unsere Lehrer sind jetzt schon überlastet. Zudem wäre das auch ein erhebliches finanzielles Problem.« Herr Reuter hat tausend Ideen, wie man den Flüchtlingen helfen müßte und tausendundeinen Grund, warum das überhaupt nicht zu leisten ist: »Deswegen wäre es wirklich unmenschlich, die Unterbringung der Roma dort zuzulassen. Das Grundstück ist auch viel zu klein.«

Nach zwei Tagen mit den Reuters, Schauenburgs, den Schülerinnen und Schülern, BI-Sprechern und Anwohnern habe ich die Wahl: zwischen dem offenen Rassismus der unzivilisierten Deutschen oder dem ökologisch und sozial verbrämten Rassismus der »zivilisierten«.

»Wir wissen, daß wir den Bürgern Ungeheures zumuten, es tut uns leid, daß wir sie in diesem Ausmaß belästigen müssen«: Sozialdezernent Herber, der früher Pastor war und noch Anfang August Mitmenschlichkeit gepredigt hatte, nimmt nun Volkes Stimme als Gottes Stimme. Im Büro der Grün-Alternativen Liste finden sich stapelweise Flugblätter für den »Schutz der Heisinger Aue«, für Arbeitszeitverkürzung und gegen die A 52 – die Auseinandersetzung um Flüchtlinge, Fremdenhaß und das Asylrecht scheint dagegen nur die grüne Ratsfrau Christine Weinbörner zu beschäftigen, die unermüdlich von Veranstaltung zu Veranstaltung rennt, dafür von den aufgebrachten Bürgern diffamiert wird – dem verzweifelten Bemühen um Gehör und Anerkennung aber längst wesentliche Positionen geopfert hat. Auf die Frage, ob es in Essen eine Antifa-Gruppe gebe, die zu dem Thema arbeitet, reagiert Christine Weinbörner unvermittelt mit einer heftigen Attacke dagegen, »daß wir immer rückwärts gucken und uns mit der Kollektivschuld der Deutschen auseinandersetzen«. Sie sucht positive Perspektiven, will darüber aufklären, daß die Roma »gar nicht so sind«. Einer der taktischen Schachzüge, auf die sie stolz ist, ist ein Antrag zur Asylpolitik in Essen, den Grüne und SPD zusammen durchgesetzt haben, in dem unter anderem steht: »Die Verbesserung der Lebensbedingungen von Asylanten kann mit Aussicht auf Erfolg nur verwirklicht werden, wenn zukünftig nicht durch die stetig wachsende Zahl dieser Personengruppe ein gesellschaftlicher Konsens immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich wird.«

Das ist exakt die Sichtweise der Bürgerinitiativen, denenzufolge die 700.000 Einwohner-Stadt Essen durch 7.000 Flüchtlinge bereits überlastet sei. In Essen, wo die SPD mit absoluter Mehrheit regiert, die Grünen bei den Kommunalwahlen knapp zehn Prozent kassieren konnten und die »Republikaner« nichteinmal angetreten sind, regt sich kein grundsätzlicher Widerstand gegen die Verrohung des politischen Klimas: Der Flüchtlingsrat meldet sich zwar gelegentlich kritisch zu Wort, kann aber vor Ort kaum präsent sein. Dort agieren bestenfalls kirchliche Initiativen, die einer politischen Auseinandersetzung ausweichen und die »Versöhnung der Interessen« im kleinen Maßstab suchen, indem sie z.B. organisieren, daß Roma die von ihnen benutzten Parkanlagen säubern, um so dem Vorwurf, sie verdreckten die Gegend, entgegenzutreten. Je aggressiver und entschlossener die Bürgerinitiativen auftreten, desto tiefer ducken sich die wenigen, die anders denken.

Hagen, eine knappe Autostunde von Essen entfernt, ist mittlerweile offensichtlich das Vorbild für Essens Kommunalpolitiker. Die Hagener Stadtverwaltung hat verfügt, daß rumänische Roma möglichst weit von den Wohngebieten entfernt in einem Zeltlager konzentriert werden. Jeweils etwa dreißig Personen sind in riesige olivgrüne Bundeswehrzelte gepfercht, auf dem Lagerplatz ist Kies aufgeschüttet, an der einzigen Zufahrt, die durch eine Schranke gesichert ist, sitzen ein Hausmeister und jemand von der Wach- und Schließgesellschaft. Ende August knallt die Sonne auf den ungeschützten Platz: Es gibt darauf weder Bäume noch Gras. In den Zelten herrschen tagsüber drückende vierzig Grad, nachts ist es empfindlich kalt. Die knapp zweihundert Roma, die hier zusammengetrieben worden sind, bekommen keine Sozialhilfe, sondern sogenannte Naturalleistungen: Mittags teilt das Rote Kreuz Tag für Tag das gleiche warme Essen und eine Ration Brot und Aufschnitt für den Abend aus. Auf die Ernährungsgewohnheiten der Roma wird keine Rücksicht genommen. Einem versuchten Hungerstreik begegnete man mit Repressalien: Die Stadt drohte den Familien, ihre Kinder wegzunehmen. Die hygienischen Verhältnisse sind katastrophal: Zehn chemische Toiletten und zehn Duschen müssen ausreichen. Die Hagener Lokalzeitungen schüren unterdessen Stimmung mit Titelzeilen wie: »Zwei rumänische Kinder vermutlich an Hepatitis erkrankt/Tbc-Verdächtiger in Klinik eingeliefert: Auch Zeltstadt stößt auf Protest«. In Berichten wird immer wieder über angeblich auftauchende gefährliche Krankheiten und über Läuse und Krätze geschrieben. Turnhallen, in denen die Roma kurzzeitig untergebracht waren, wurden anschließend öffentlichkeitswirksam desinfiziert, die Polizei ist angewiesen, bei Kontakt mit den Roma Aids-Handschuhe zu tragen.

Das Bundesamt für die Anerkennung von Asylbewerbern in Zirndorf hatte, in Absprache mit der Stadt und dem Bundesinnenministerium, geplant, mit den Flüchtlingen, die nach Hagen gekommen waren, einen beispielhaft kurzen Prozeß zu machen: Innerhalb von nur zwei Tagen wurden von den an sich nicht zuständigen Leuten der Außenstelle in Dortmund in mündlicher Verhandlung, ohne Rechtsbeistand für die Betroffenen, die Asylanträge sämtlicher Roma »geprüft«, durchschnittlich hatten sich die Sachbearbeiter also pro Person, inklusive der Übersetzungszeit, zwanzig Minuten Zeit genommen. Kurze Zeit später wurden die Ablehnungsbescheide zugestellt. Innerhalb von vierzehn Tagen, beruhigten die Hagener Zeitungen die Bevölkerung, sollte die Abschiebung durchgeführt sein. In dieser Situation intervenierte eine kurz zuvor gegründete Initiativ-Gruppe »Pro Roma« und nahm Kontakt mit den Flüchtlingen auf: »Wir

haben dann, als wir sicher waren, daß sie das wollten, Rechtsanwälte aufgetrieben, die in der Lage waren, fristgerecht Widerspruch gegen die Ablehnungsbescheide einzulegen und ein ordnungsgemäßes Verfahren zu ermöglichen.«

Das klingt einfacher als es ist: Die Widerspruchfrist beträgt sieben Tage. Als ich nach Hagen komme, sitzt dort an einem wackligen, mit Kommentaren und Papieren überladenen Tisch vor einem der Zelte ein Anwalt, neben sich einen erst vor kurzem aus Rumänien eingetroffenen Aussiedler als Übersetzer. Seit dem frühen Morgen bespricht er im Detail Fluchtgründe und formuliert Anträge. Andreas Gampert von »Pro Roma« berichtet, daß es schon schwierig war, überhaupt Anwälte zu finden. Bei über dreißig Kanzleien im Ruhrgebiet haben sie vergeblich angerufen. »Und Anwälte zu suchen ist eigentlich nicht unsere Aufgabe.«

Der Grat zwischen Solidaritätsarbeit und Sozialarbeit, weiß Gampert, ist schmal – aber ohne die aufschiebende Wirkung der Widersprüche bräuchten er und die anderen »Pro Roma«-Initiatoren an weiteres gar nicht zu denken. Jetzt geht es dem halben Dutzend Leute, zu denen linke Buchhändler ebenso gehören wie eine grüne Ratsfrau und unorganisierte Linke, darum, das fremdenfeindliche Klima nicht erdrückend werden zu lassen. Eine von etlichen Organisationen unterzeichnete Anzeige, in der Sozialhilfe, menschenwürdige Lebensbedingungen und das Bleiberecht für die Roma gefordert werden, sollte ein erstes Signal in der Öffentlichkeit sein. Die »Westfälische Rundschau« und die »Westfalenpost« haben den Abdruck abgelehnt.

Als ich mit Andreas nach Hause gehe, um noch ein paar Informationen über die am Abend im örtlichen Kulturzentrum angesetzte Diskussionsveranstaltung zu bekommen, wird uns dort schon die nächste Hiobsbotschaft mitgeteilt: Die Commerzbank Hagen, bei der »Pro Roma« das Spendenkonto eingerichtet hat, hat das Konto nach einem Artikel über die Initiative im »WP«-Lokalteil gekündigt. »Mit antifaschistischen Gruppen können wir uns nicht identifizieren«, teilt der Geschäftsstellen-Leiter der Bank mit. Tags darauf ist das nur noch seine »private Meinung«. Der offizielle Grund für die Kündigung ist jetzt, daß Spendenkonten von einem Notar treuhänderisch verwaltet werden müßten. Bei Ady Köhn, parteiloses Mitglied der grünen Ratsfraktion, die in dem gleichen Artikel als Vertreterin von »Pro Roma« zitiert wird, laufen unterdessen Drohanrufe ein: »Zigeuner-Flittchen« ist noch eine der freundlicheren Beschimpfungen.

Aber die »Pro Roma«-Initiatoren sind nicht nur plötzlich mit einem spürbaren aggressiven deutschen Nationalismus konfrontiert, auch in der kleinen linken Szene in Hagen reißt die unerwartete Situation Gräben auf. »Die Lebensgewohnheiten der Roma sind von unseren so verschieden, daß es sinnvoll ist, sie in gemeinsamen Unterkünften unterzubringen«, behauptet beispielsweise die grüne Ratsfrau Hildegunde Kingreen in der örtlichen Zeitung ihrer Partei und sinniert in bravem Sozialarbeiter-Deutsch: »Wenn man die Roma auffordern will, bestimmte in unserer Kultur unerwünschte Verhaltensweisen wie Betteln oder Stehlen zu unterlassen, muß man ihnen auch eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben bei uns anbieten.« Vor allem die Forderung nach einem »Bleiberecht« für die Roma in Hagen ist umstritten: »Eine nicht fertig gedachte und kaum begründbare Forderung nach 'Bleiberecht in Hagen' ist erstens eine kommunale Reduzierung, negiert das Gesamtproblem der BRD-Politik mit ausländischen Menschen und ist keine ernsthafte Lösung«, schreibt beispielsweise der ehemalige Hagener DKP-Vorsitzende Jochen Marquardt in einem Leserbrief an die »Westfälische Rundschau«.

»Bleiberecht pro und contra« ist auch Thema des nächsten Hagener »Politcafes«, eines Treffens von Linken und Alternativen. Daß die Kommunen tatsächlich überlastet seien, wird auch bis weit in die oppositionellen Kreise hinein eingesehen. »Wenn Ihr Bleiberecht fordert, dann müßt Ihr auch sagen, wie das gehen soll« – die in Gedanken vollzogene realpolitische Verwaltung von Mißständen ist längst kein Privileg grüner Ministeraspiranten mehr, »Sachzwänge« gelten auch bei staatskritischeren Leuten mittlerweile als veritable Argumente. Aber auch, daß Roma nach dem Asylrecht als Flüchtlinge anerkannt werden wollen, mögen manche nicht akzeptieren: zu sehr unterscheiden sie sich in Verhalten und Ansichten z.B. von geflüchteten Schwarzen aus Südafrika. Daß viele Roma betteln, wird zwar nicht offen moralisch verurteilt, beweist einigen aber doch, daß es »denen doch vor allem darum geht, besser zu leben« – und ob Armutsflüchtlinge hierzulande selbstverständlich akzeptiert werden sollen, ist schon wieder umstritten: »Wir können die Probleme der Dritten Welt doch nicht in Deutschland lösen.« »Ich mag schon kaum mehr über das Thema reden«, höre ich im Buchladen »Quadrux«, der auch als Kommunikationszentrum dient, »Leute, mit denen du jahrelang zusammengearbeitet hast, vertreten plötzlich ganz merkwürdige Positionen.«

Am Abend, im Kulturzentrum Pelmkeschule, sind die Fronten nochmal für wenige Stunden klar: Etwa hundertfünfzig Leute sind zu der von »Pro Roma« initiierten Veranstaltung gekommen – für Hagen eine kleine Sensation. Die erste Podiumsrunde hat kaum begonnen, da verlieren die ersten deutschen Männer bereits die Geduld, weil die Flüchtlinge über ihre Situation auf rumänisch berichten und die Übersetzerin nicht simultan dolmetscht: »Das hätten die Zigeuner doch vorher aufschreiben können. Die haben doch Zeit genug.« »Wenn man in ein fremdes Land reist, dann lernt man doch vorher die Sprache«, zischelt eine Frau. Paul, ein alter Antifaschist, übertönt die Zwischenrufer und bringt sie zum Schweigen: Der Reflex, sich dem Lauteren, dem Stärkeren und der Mehrheit unterzuordnen, funktioniert auch in dieser Umgebung. Die Stimmung bleibt gereizt: Die Berichte und Analysen von Andreas Gampert von »Pro Roma« und von Klaus Bufe vom NRW-Flüchtlingsrat werden noch geduldig angehört, jede Äußerung der Roma jedoch wird durch

erbitterte Zwischenrufe unterbrochen. Das knappe Dutzend Hagener, das gekommen ist, um sich aktiv zum Deutschtum zu bekennen, kann alles ertragen, nur nicht, daß Fremden das Recht zugesprochen wird, ihre eigene Situation zu schildern.

Die Diskussion selber ist ein Dokument des täglichen Wahnsinns in der BRD: Ein alter Katholik, der die Flucht von Ost nach West als Strafe der heiligen Mutter Gottes sieht, verblüfft die Linken, die ihm gerade noch das Wort entziehen wollen, als er inmitten seiner Predigt die Enteignung von Hagener Villenbesitzern fordert, »denn wir haben hier Platz für Menschen in Not, und dieser Platz steht ihnen zu«; ein akkurat gekleideter älterer Herr fordert Aufklärung »über die einzig entscheidende Frage«, ob die Roma Rentenversicherungsansprüche stellen können und wollen, verteidigt zwischendurch einen der rechstextremen Redner – »für mich ist dieser Herr kein Rassist, sondern ein Deutscher« – und spendet am Schluß zwanzig Mark für die »Pro Roma«-Initiative; eine Rednerin empört sich darüber, daß die Roma mit der Gemeinschaftsverpflegung nicht zufrieden sind, »unser Essen schmeckt doch ganz normal, das ist doch nicht gewürzt«; eine längere Debatte entbrennt darüber, ob es den Roma nun anzukreiden sei, daß sie mithilfe von Schleppern in die BRD kamen, ob ein Dolmetscher für zwei Stunden täglich eine ausreichende Kommunikation der Flüchtlinge mit Deutschen gewährleiste und ob denn in Rumänien heute nicht Demokratie herrsche. Unempfindlichkeit und höhnischen Reaktionen auf die Schilderung von Diskriminierung und Verfolgung der Roma in Rumänien prägen das Klima der Diskussion, auch wenn sie davon nicht dominiert wird. Die Männerriege, die den Roma deutsche Sitten beibringen oder sie rausschmeißen will, kann sich schließlich doch nicht durchsetzen und verläßt nach Stunden vergeblicher Pöbeleien den Saal, die Unterschriftenliste für die Bleiberechtsinitiative wird gegen Schluß immer länger, und für den erneuten Versuch, eine Anzeige zu schalten, kommen einige Spenden zusammen.

Als man kurz vor Mitternacht unter sich ist, entbrennt die Auseinandersetzung erneut in den eigenen Reihen: »Undifferenziert für alle Flüchtlinge Bleiberecht zu fordern«, hält einer lauter werdend einer Freundin vor, »ist bloß moralisch, das hat mit Links-Sein nichts mehr zu tun«; »Ich finde es völlig unzureichend, daß wir uns so auf das Asylrecht beschränken, schließlich vertreten wir doch, daß Leute, auch wenn sie nicht in dieses Schema passen, ein Recht darauf haben, hier zu bleiben: Grenzen auf, müßte es heißen«; »Wenn hier noch mehr Roma kommen, schürt das den Rechtsextremismus, das können wir uns nicht leisten«; »Wir können doch nicht gegen offene Grenzen sein, nur weil wir uns fett in unserem Wohlstand einrichten wollen«; »Den Flüchtlingen geht es hier doch nicht besser als in den Ländern, wo sie herkommen.«

Je tiefer in die Nacht hinein die Diskussion reicht, desto grundsätzlicher gerät der Streit: Die langandauernde Erfolglosigkeit des eigenen politischen Handelns und der Siegeszug der Rechten, das aufkeimende Bewußtsein, daß man mittlerweile selbst etwas zu verlieren hat, und Ratlosigkeit bilden eine Mischung, die betäubt und in die Resignation treibt. Andere sehen, daß gerade jetzt, da sich Deutschland zu der kritischen Masse entwickelt, die zu verhindern ein wesentliches Ziel der politischen Arbeit der letzten Jahre war, ein Rückzug ins Private unerträglich ist.

Nachtrag: Anfang September hält Ady Köhn den Verantwortlichen vor, sie betrieben hier Politik in der Tradition der nazistischen Roma-Vernichtung; es kommt zum Eklat: Die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und der Republikaner ziehen, einträchtig empört, aus dem Sitzungssaal aus. Kurz darauf wird das Lager in Hagen nach etlichen Tagen Dauerregen aufgelöst, die zum Teil mittlerweile erkrankten Leute werden in andere bereits vorhandene Unterkünfte gepfercht. In der gleichen Woche droht die CDU in Nordrhein-Westfalen ein Volksbegehren zur Asylpolitik an, damit das Land nicht mehr als »das letzte Asylanten-Paradies in Europa« von den Roma heimgesucht werde.

Konkret 10/90, S. 26

Peter Hetzler

»... wird in Kauf genommen«

Eine der zentralen Forderungen im letzten Hungerstreik der politischen Gefangenen war die Freilassung der Haftunfähigen. Durchgesetzt wurde nur die Freilassung von Christof von Hören und die Haftverschonung für Angelika Goder zum Zweck einer Hüftoperation. Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer und Ali Jansen sind immer noch in Lebensgefahr. Jetzt drohen auch Isabel Jacob vier Jahre Knast, obwohl sie unter einer Autoimmunkrankheit leidet, die durch die Isolationshaft erst entstanden ist

Isabel Jacob

In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni 1985 wurde in Hannover ein Anschlag auf die Messe-AG verübt, bei dem einer der mutmaßlich Beteiligten, Jürgen Peemöller, durch eine Explosion ums Leben kam. Weil Isabel Jacob seine Freundin war, wurde sofort Haftbefehl gegen sie erlassen. Sie stellte sich nach drei Tagen in Begleitung ihres Anwalts. Es wurde Anklage wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beteiligung an der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion erhoben. Isabel Jacob kam in Isolationshaft.

Nach ein paar Wochen traten bei ihr die ersten Krankheitssymptome auf. Die Augen schwollen an und wurden so lichtempfindlich, daß sie sie während des Hofgangs bei Sonnenschein nicht mehr öffnen konnte. Sie sah alles verschwommen oder doppelt, bekam Kreislaufstörungen, Durchfall, und nahm in einem halben Jahr zehn Kilo ab. Eine ärztliche Untersuchung ergab, daß sie an Morbus Basedow, einer Autoimmunschwäche, erkrankt war.

Morbus Basedow ist eine Krankheit, bei der der Körper Antikörper gegen die eigene Schilddrüse produziert. Dadurch wird der Körper mit Schilddrüsenhormonen überschüttet, die verschiedene Körperprozesse steuern, wie beispielsweise den Eiweiß-, Fett- und Energiestoffwechsel, den Mineralienhaushalt und die Körpertemperatur. Die Folge dieser Hormonüberflutung ist, daß alle Körperzellen bis zur Erschöpfung überarbeitet sind. Das drückt sich physisch und psychisch in einem Wechsel von scheinbar grenzenloser Energie und Müdigkeit aus. Bei Isabel Jacob kommt hinzu, daß sie durch Morbus Basedow an endoktrinen Augenveränderungen des Stadiums IV erkrankt ist. Würde sich diese Erkrankung weiter verschlechtern, kämen im Stadium V eine zusätzliche Hornhautbeeinträchtigung bei Schlußunfähigkeit der Augenlider, im Stadium VI Sehausfall bis zur Erblindung hinzu.

Im März 1986 wurde das 129a-Verfahren gegen sie eingestellt. Übrig blieb die Anklage wegen des Sprengstoffanschlags. Der Haftbefehl wurde u.a. aufgrund ihrer Krankheit schließlich aufgehoben, – ein externer Arzt hatte energisch klargestellt, daß Morbus Basedow nicht unter Gefängnisbedingungen behandelt werden kann. Isabel Jacob wurde aus der Haft entlassen.

Im April 1987 begann ihr Prozeß, in dem sie – ohne, daß sich das Gericht sonderlich um die Beweislage gekümmert hätte – zu viereinhalb Jahren Knast wegen Beteiligung an dem Messeanschlag verurteilt wurde. Eine Revision dieses Urteils wurde im Februar 1990 abgelehnt . Am 6. 4. 1990 erhielt sie eine Ladung, um ihre Haftstrafe anzutreten, obwohl in den medizinischen Gutachten von 1986 ihre Haftunfähigkeit festgestellt worden war.

Isabel Jacob war seit ihrer Haftentlassung permanent in fachärztlicher Behandlung. Eine Schilddrüsenoperation brachte zwar vorläufige Besserung, jedoch keine Heilung. Das ist auch nicht erstaunlich, ist doch einer der entscheidenden Faktoren, die diese Krankheit auslösen, der Streß. Auf eine griffige Formel gebracht, kann man sagen: Was Zucker für einen Zuckerkranken ist, ist Streß für den Basedow-Kranken. Niemand kann sich entspannt behandeln lassen, wenn ihm vier Jahre einer Haftform bevorstehen, die, wie die behandelnden Ärzte sagen, gerade der Auslöser dieser Krankheit war. In den Worten von Prof. Dr. med. Pfannenstil, Nuklearmediziner und Schilddrüsenspezialist: »Jeder Patient mit einer Schilddrüsenüberfunktion braucht eine ruhige und verständnisvolle Umgebung mit wenig Lärm und Aufregungen. Längere Ruhepausen mit viel Schlaf und Spaziergängen im Wechsel wirken sich meist günstig aus« (»Ärztlicher Rat für Schilddrüsenkranke«, 1985).

In einem Gutachten über Isabel Jacob, ausgestellt am 9. April 1990 von dem Psychologen und Nervenarzt Dr. med. Rosenkötter heißt es: »Die Basedow-Krankheit besteht noch. Sie ist in der Haft aufgetreten, und es besteht die unmittelbare Gefahr, daß sich diese Krankheit unter den seelischen Belastungen einer Haft bis hin zur Todesgefahr verstärken kann.«

Es gibt in der BRD nur ganz wenige Ärzte, die für die Behandlung der Basedowschen Krankheit kompetent sind. Am 10. April 89 beantragte der Anwalt Jacobs, Dieter Adler, die Haftfähigkeit seiner Klientin durch Prof. Pfannenstil prüfen zu lassen. Nicht zuletzt deshalb, weil sie u.a. von diesem seit Jahren medizinisch betreut wird. Die Staatsanwaltschaft in Hannover beauftragte daraufhin die Gefängnisärztin von Preungesheim mit der Erstellung dieses Gutachtens, einerseits um Kosten zu sparen, andererseits, weil sie sich von einer Gefängnisärztin am ehesten eine Bescheinigung der Haftfähigkeit erhoffte.

Isabel Jacob ging daraufhin in die Niederlande. Sie lebte dort legal unter einer, auch der Staatsanwaltschaft Hannover bekannten Adresse und ließ sich weiterhin von Fachärzten betreuen.

Inzwischen stand die Preungesheimer Gefängnisärztin vor einem Problem: Als Ärztin war ihr natürlich klar, daß Isabel Jacob haftunfähig ist. Als Staatsbedienstete wußte sie, was für ein Gutachten von ihr erwartet wurde. Als Privatmensch erkannte sie, nachdem sie eines Tages ihr Wohnhaus mit Parolen besprüht vorfand, daß sie wesentlich ruhiger würde leben können, wenn sie sich einfach aus der Affaire zöge. Sie lehnte die Erstellung des Gutachtens ab und begründete diese Entscheidung mit mangelnder medizinischer Kompetenz.

Die Staatsanwaltschaft Hannover reagierte daraufhin mit der Weisung an einen Amtsarzt in Rüsselsheim. Dieser Allgemeinmediziner des Gesundheitsamtes sollte nun die so komplizierte Basedowsche Krankheit begutachten. Isabel Jacob wurde aufgefordert, dazu in die BRD zu kommen. Sie lehnte ab.

Inzwischen hatte Niedersachsen eine rotgrüne Koalition bekommen. Einer der für Isabel Jacob zuständigen Staatsanwälte, der Leiter der politischen Abteilung, Borchers, hatte sich in den letzten Jahren durch seine Einseitigkeit in politischen Verfahren auch Kritik von früher oppositionellen, jetzt aber regierenden Politikern zugezogen. Seine Strafversetzung wurde gefordert. Um weitere Aufregung um seine Person zu vermeiden – und die wäre fällig gewesen, hätte er angesichts der Verfahrenslage einen Haftbefehl gegen Isabel Jacob erlassen und ihre Auslieferung betrieben – gab er dem Antrag der Verteidigung auf Erstellung eines Gutachtens durch Prof. Pfannenstil statt. Isabel Jacob kehrte in die BRD zurück.

Die Untersuchungen begannen Ende Juli. Das Ergebnis liegt inzwischen vor. Darin erklärt Prof. Pfannenstil, daß eine erfolgreiche Behandlung der Krankheit eine Situation voraussetze, in der die Patientin psychisch und physisch keinerlei Streß unterworfen sei. Eine Bewertung der Haftfähigkeit oder Haftunfähigkeit nimmt Prof. Pfannenstil jedoch nicht vor. Er sieht seine Aufgabe lediglich darin, als international anerkannter Schilddrüsenspezialist die medizinischen Bedingungen darzustellen, die für eine Heilung erforderlich sind, und die in den umfangreichen medizinischen Gutachten, die 1986 zur Entlassung Jacobs geführt hatten, bereits beschrieben wurden.

Welche Schlußfolgerungen die Staatsanwaltschaft aus diesem Gutachten zieht, ist zur Zeit noch unklar. Die Erfahrungen der haftunfähigen politischen Gefangenen zeigen jedoch, daß der Staat sich bei der Verfolgung und Vernichtung von Widerstand weder an die von ihm selbst geschaffenen Gesetze, noch an von ihm selbst in Auftrag gegebene Gutachten hält.

Ali Jansen (JVA Butzbach)

Ali Jansen war von 1970 bis 1981 wegen Mitgliedschaft in der RAF inhaftiert. 1988 wurde er erneut verhaftet, weil er an einem Brandanschlag auf die Renault-Niederlassung in Rosbach bei Frankfurt beteiligt gewesen sein soll. Der Anschlag stand in Zusammenhang mit dem damaligen Hungerstreik der Gefangenen aus der Action Directe in Frankreich. Ali Jansen wurde zu sechs Jahren Haft wegen Brandstiftung verurteilt. Die Strafe kann sich um einige Jahre erhöhen, wenn die Bundesanwaltschaft im anstehenden Revisionsverfahren eine zusätzliche Verurteilung nach Paragraph 129a durchsetzen kann.

Ali Jansen ist seit 1981 asthmakrank. Im Knast hat sich die Krankheit kontinuierlich verschlechtert. Die Gefängnisärztin Frau Dr. Sauer im Oktober 1988: »...in nicht vorhersehbaren Abständen kommt es bei dem Untersuchungsgefangenen zu anfallsweise auftretender Atemnot, die unbehandelt auch zum Tode führen kann.« Allein 1989 hatte er fünf lebensbedrohliche Anfälle – vier davon nachts. Wie das aussieht, zeigt ein Beispiel vom 9. April 1989: Um 6.00 Uhr morgens wurde Ali Jansen von einem Anfall geweckt. Er drückte sofort den Alarmknopf und verlangte dringend einen Arzt. Die Antwort: »Melden Sie sich bei der Essensausgabe beim Sanitäter.« Ali Jansen drückte den Alarmknopf noch mehrmals, konnte aber nicht mehr reden, weil er bereits akute Erstickungsanfälle hatte. Nach zweieinhalb Stunden, um 8.30 Uhr, kam ein Sanitäter.

Sein ehemaliger Hausarzt schrieb daraufhin am 24. April 89 an das Gericht: »Zu dem Krankheitsbild läßt sich sagen, daß sofortiges und effektives Handeln unabdingbar ist. Im Status Asthmaticus ist jederzeit ein letaler Ausgang möglich und kommt auch heute immer wieder vor, wenn nicht schnelle Hilfe erfolgt... Ist erst einmal das Stadium erreicht, in dem die Atemnot soweit fortgeschritten ist, kann nur noch Hilfe unter maximaler Therapie – wie sie auf Intensivstationen betrieben wird – lebensrettend sein. Begreiflicherweise spielen in solchen Momenten Sekunden eine Rolle. Wenn ich jetzt die Berichte meines Patienten lese, wie lange er in der Untersuchungshaft warten muß, bis bei einem beginnenden Status Hilfe kommt, dann bin ich zutiefst erschüttert... Es ist ein glücklicher Zufall, daß Herr Jansen noch am Leben ist... Aufgrund obengenannter Zusammenhänge bitte ich darum, . . . Herrn Jansen mit einer Person seines Vertrauens zusammenzulegen... Anderenfalls muß man davon ausgehen, daß in der letzten medizinischen Konsequenz der Tod von Herrn Jansen in Kauf genommen wird.«

Der Tod von Ali Jansen wird in Kauf genommen. Seine lebensnotwendige Zusammenlegung mit einem Gefangenen seines Vertrauens, von seinen Anwälten mehrfach beantragt, wird ihm, egal, ob er soziale oder politische Gefangene vorschlägt, mit der stereotypen Begründung verweigert, er habe kein Recht, sich auszusuchen, mit wem er auf einer Zelle liege.

Nach all den Erfahrungen aber, die politische Gefangene mit von der Anstaltsleitung vorgeschlagenen Gefangenen gemacht haben, ist klar, was ein solcher Vorschlag bedeutet: Entweder Du akzeptierst, daß ein uns genehmer Gefangener dich auch noch in der Zelle bespitzelt und alles, was Du schreibst, sagst oder tust an uns weitergibt, oder Du erstickst irgendwann an einem Anfall. Verständlich also, daß Ali Jansen, der weiterhin allein in einer Zelle sitzt, seit Monaten nicht mehr richtig schläft, um nicht im Tiefschlaf von einem Anfall überrascht zu werden. Dieser Schlafmangel fördert wiederum die Krankheit, nicht ihre Heilung.

Sonnenberg, Wannersdorfer, Rössner und andere

Daß akute Todesgefahr dazu eingesetzt wird, um Gefangene zur Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz gefügig zu machen, erleben andere Gefangene bereits seit Jahren: Günter Sonnenberg (JVA Bruchsal) war schon haftunfähig, als er 1977 mit fünf Stecksplittern einer Polizeikugel im Kopf verhaftet wurde. Aufgrund der Hirnverletzungen mußte er erst wieder Lesen und Schreiben lernen. Trotzdem hockt er seit 1977 in Isolationshaft und muß zusätzlich mit epileptischen Anfällen fertig werden, die durch die vom Knast verordnete Medikamentenabhängigkeit hervorgerufen werden.

Claudia Wannersdorfer (JVA Aichach) hat ebenfalls in der Isolationshaft erstmals epileptische Anfälle bekommen, sieben davon in den letzten zwei Jahren. Obwohl der Neurologe Dr. Lieven diese Anfälle auf die Haftbedingungen zurückführt, wird sie weder entlassen (auch ihr 2/3-Antrag wurde abgelehnt), noch mit einer Gefangenen ihres Vertrauens zusammengelegt. Sie kann ebenso wie Günter Sonnenberg in ihrer Isozelle jederzeit an einem epileptischen Anfall sterben.

Auch Bernd Rössner (JVA Straubing), seit fünfzehn Jahren in Isolationshaft, hat die lange Haftzeit haftunfähig gemacht. Der Hungerstreik 1989 zwang den Staatsschutz dazu, seinen Gesundheitszustand begutachten zu lassen. Ein Gutachter des Justizministeriums fand Bernd Rössner »regelvollzugsuntauglich«. Drei von der Bundesanwaltschaft bestellte Gutachter kamen exakt zu dem gleichen Befund. Rössner wurde dennoch nicht entlassen, weil der Streik inzwischen zuende und der Druck von außen nicht mehr stark genug war. Und das, obwohl ein wie Bernd Rössner zu »lebenslänglich« verurteilter Gefangener in der Regel ohnehin nach fünfzehn Jahren entlassen wird.

Die Beispiele zeigen, daß dem Staatsschutz die körperliche Zerstörung der Gefangenen nicht reicht – dieser Punkt ist bei einigen von ihnen auch längst überschritten. Solange noch ein Funke Widerstandsgeist in den Köpfen der Gefangenen existiert, solange ist das Vollzugsziel nicht erreicht. Werner Hoppe wurde 1979 erst entlassen, als er unterschrieb, daß er am bewaffneten Kampf nicht mehr teilnehmen werde. Die Tatsache, daß er nach sieben Jahren Isolationshaft so krank war, daß er nur noch durch künstliche Ernährung am Leben erhalten werden konnte, reichte für seine Entlassung nicht aus.

Isolationsfolter wirkt lange über die Haftzeit hinaus. Andreas Vogel, der zehn Jahre Isohaft hinter sich hat, ist seit seiner Haftentlassung vor vier Jahren ausdrücklich als durch die Haftbedingungen arbeitsunfähig geworden krank geschrieben und lebt von Sozialhilfe. Wer jemals versucht hat, eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zu bekommen, die das Sozialamt vier Jahre lang akzeptiert, kann sich vorstellen, was das bedeutet.

Man kann davon ausgehen, daß nicht nur die bisher genannten, sondern im Prinzip alle Gefangenen, die bereits einige Jahre der Isolationsfolter unterworfen sind, haftunfähig sind. Psychosomatische Krankheiten, körperliche Zerstörung und Identitätsverstümmelung sind keine etwa nur ausnahmsweise auftretenden Folgen der Isolationshaft. Sie sind ihr Sinn. Sie sind der einzige Grund, weshalb sie angewandt wird. Die Forderung nach Haftverschonung für Isabel Jacob und nach Entlassung der Haftunfähigen bedeutet deshalb in logischer Konsequenz auch: sofortige Zusammenlegung aller anderen Isolationsgefangenen, entsprechend ihren Forderungen im Hungerstreik 1989.

Konkret 10/90, S. 29

Claudia Burgsmüller

Die unvermeidliche Opferwerdung der Täter

Lieber verschiebe ich die noch gar nicht begonnene öffentliche Rede über die Rache vergewaltigter Frauen, ehe noch am falschen Thema die Diskussion über die Mittäterinnen eröffnet wird. Die, die »es« mit dem Täter tun, sind in erster Linie Angehörige des einen Geschlechts, das sich weithin in Männerbündelei übt, öffentliche Solidarität mit den Tätern aufrecht erhält, statt sich in klaren Analysen und konkretem Handeln zu entsolidarisieren und Verantwortung zu übernehmen. Natürlich ist auch eine gesellschaftliche Gruppe von Männern zu beobachten, die auf die Forderungen von Frauen reagieren und ihr Verhalten gegenüber Frauen verändern. Ihre Versuche jedoch, sich gegen Gewalt, z.B. sexuelle Gewalt von Männern zu engagieren, sind spärlich geblieben. Die Auseinandersetzung von Männern mit Männergewalt wird nach wie vor kaum geführt.

Dies konstatieren nicht nur Feministinnen, die in ihrer eigenen Arbeit mit den Opfern sexueller Gewalt die Beschäftigung mit den Tätern beharrlich verweigert und unablässig zu entsprechenden Männerinitiativen aufgerufen haben. Es sind die Initiatoren der wenigen Versuche selbst, die öffentlich die geringe Resonanz auf Angebote an Männer beklagen, über Männergewalt zu reden oder Selbsthilfeangebote für schlagende Männer anzunehmen. Die Hamburger »Männer gegen Männergewalt« wären darunter zu nennen, ebenso wie U. Albrecht, der nach einer Befragung von Universitätsangehörigen in Berlin beklagte, das Aufdecken von sexuellen Übergriffen auf Frauen im Universitätsbetrieb provoziere dort weder einen öffentlichen Skandal noch führe es zu einer Diskussion über die Zusammenhänge von Täter- und Mittäterschaft unter Männern.

Als Strategie werde weiterhin gewählt, das Problem zu verharmlosen bzw. zu individualisieren. Nicht nur die ganz gewöhnlichen Männer auf der Straße führen allerorten Alkoholgenuß, Eifersucht, beruflichen Streß als *Ursachen* für männliche Gewalt an, sondern ebenso die Gruppe der professionellen Helfer (Sozialarbeiter, Therapeuten...). Auch viele, die mit Straftätern arbeiten, arbeiten am liebsten mit dem Konzept der *Viktimisierung (zu* Opfern machen), wenn sie die Kindheit oder Erfahrungen der Täter, selbst mißbraucht worden zu sein, in den Vordergrund stellen und so zum Verschwinden bringen, welche Entscheidungen die Männer selbst getroffen, wie sie auf eigenen Entschluß gehandelt haben. Jörg M. Fegert meint, nur so sei offenbar die Auseinandersetzung mit dem »normalen« Täter (Väter, Ehemänner, Freunde) erträglich. Tabuisierung, Distanzierung und Relativierung werden also eingesetzt, um angstmachende eigene Anteile an den Verbrechen nicht realisieren zu müssen. Er plädiert neben der Entsolidarisierung für ein Reflektieren potentieller oder auch realisierter Täteranteile auch des männlichen Therapeuten.

Die Mehrheit der Männer ist allerdings weit davon entfernt, sich mit derlei zu beschäftigen. Einige Forscherinnen (Metz-Göckel u.a. 1985) gehen soweit, zu behaupten, daß die von ihnen befragten Männer für sich das Problem männlicher Gewalt an Frauen mit der Existenz von Frauenhäusern quasi als institutionell gelöst betrachteten und Frauenhäuser zur eigenen moralischen Entlastung benutzten.

Es verwundert nicht, daß nunmehr in der zukünftig ehemaligen DDR Strategien gegen Männergewalt verwirklicht werden, wie sie »hier« Mitte der 70er Jahre begonnen wurden: die Initiierung von Frauenhäusern als Schutzräume für die von konkreter Gewalt Betroffenen. Eine Wiederholung, die zu bejubeln mir schwer fällt, da sie ihre gesellschaftspolitische Funktion inzwischen erfüllt hat: aufmerksam zu machen auf das Ausmaß an Gewalt in Beziehungen. Selbstverständlich sind diese alternativen Lebensräume für Frauen weiterhin notwendig, doch kommt ihnen längst nicht mehr das verändernde Potential zu, das sich die Frauenbewegung einst von diesen Projekten erhoffte. Sie haben die Gewaltausübung nicht aufhalten können, da sich der erforderliche, begleitende Diskurs der Männer über Männergewalt nicht entwickelt hat. Sie sind Zufluchtsorte für die Unterprivilegierten geblieben, die zudem einen sozialen Abstieg erleben, wenn sie ihre häusliche, vertraute Umgebung verlassen müssen.

Deshalb mehren sich in letzter Zeit wieder die Forderungen, die klare Sanktionen für die Täter fordern: Schaffung von Männerwohnungen und Männerhäusern für diejenigen, die mißhandelt oder sexuell mißbraucht haben, sowie zusätzlich eine gerichtliche *Go-Order,* die den Täter zum Verlassen der Wohnung verpflichtet. Anglo-amerikanische Beispiele werden hier diskutiert und eigene Arbeitserfahrungen ausgewertet, nach denen z.B. immer noch die mißbrauchten Mädchen als sexuell verwahrlost stigmatisiert werden, die zu ihrem eigenen Schutz die »väterliche« Wohnung verlassen, in ein Heim ziehen müssen.

Sanktionen, die erdacht und umgesetzt werden müssen, weil ein grundlegender Mangel existiert: Dem größten Teil der Täter mangelt es an einem Unrechts- bzw. Schuldbewußtsein hinsichtlich der Tat und der angerichteten Schädigungen. Eine schwedische Untersuchung von inhaftierten Sexualstraftätern ergab, daß ein Drittel der Vergewaltiger bedauerte, die Frau, die später ihr Opfer wurde, getroffen bzw. sich mit der »falschen« Frau abgegeben zu haben. Daß diese Verdrängung dessen, was tatsächlich geschah, und andere Rationalisierungsstrategien umso erfolgreicher sind, je geringer die

Verurteilung durch andere Männer ausfällt – seien es Nachbarn, professionelle Helfer oder Institutionsvertreter – steht außer Zweifel.

Bewegen wird sich erst dann etwas, wenn den Tätern *»Gesichtsverlust«* droht, Verlust ihres Selbstwertes, ihrer Lebensqualität, ihres Prestiges. Uns liegen allerdings auch heute noch keinerlei Aussagen darüber vor, wie denn der psychisch und sozial unauffällige Täter, der Gewalt an Frauen ausübt, eine kritische, selbstreflexive Haltung zu seinem Tun gewinnen kann. Für bisher bloß potentielle Vergewaltiger, zumindest für einige wenige Männer unter den »neuen«, scheint der Weg über eine Enttabuierung der eigenen Lust an der Macht zu verlaufen.

Konkret 10/90, S. 30

Michael Scharang

Rot-Häute

Eine Indianergeschichte, die, wie alle Indianergeschichten, ein gutes Ende verdient hätte

Anfang Juli besetzten Wiens Autonome, zu Weltruhm gelangt durch ihre enge Verbundenheit mit dem Wiener Opernball, ein recht großes und ungenutztes Gebäude der Kommunistischen Partei Österreichs. Die Kommunisten streckten den Besetzern die Hand zwar entgegen, wollten ihnen dann aber nur den kleinen Finger reichen. Als die Besetzer tatsächlich nach der Hand griffen, wurde sie erschrocken zurückgezogen. Nicht nur wurde nun nicht mehr verhandelt, es drohte sogar eine Räumung.

In dieser Situation boten sich Elfriede Jelinek, Peter Turrini und ich als Vermittler an, was akzeptiert wurde; es wurde uns auch das Gebäude für die beiden Sommermonate in Pacht gegeben.

Die Verhandlungen gediehen, doch am Ende des Sommers wurde im Jenseits, dort wo das Zentralkomitee zu tagen pflegt, eine Entscheidung getroffen, wie sie nur ahistorische Materialisten treffen können: Die Geschichte wurde zurückgedreht auf Anfang Juli, an den Ausbruch des Konflikts, damit sie dort noch einmal beginne.

Nur will sie das nicht. Und so ist heute nicht nur alles offener denn je, es scheint auch der geeignete Augenblick zu sein, Dichtung und Wahrheit, die sich um dieses Ereignis ranken, streng auseinanderzuhalten und sich statt auf wahre Dichtung auf gedichtete Wahrheit zu konzentrieren.

Mit anderen Worten: Ich erzähle euch jetzt eine Indianergeschichte, eine, die, wie alle Indianergeschichten, ein gutes Ende verdient hätte und die doch von Glück sprechen kann, daß ihr Ausgang im Unterschied zu den meisten Indianergeschichten noch, noch! im Ungewissen liegt:

Beim Nordabhang des Wienerbergs handelt es sich, wenn auch das Wort Nordabhang unwirtlich klingt, um eine sanft abfallende Hügellandschaft mit saftigem Weideland und guten Jagdgründen. Dort lebt, nicht weit vom Fußgängerreservat Favoritenstraße entfernt und nahe bei den Wielandwasserfällen, seit Urzeiten der Stamm der Kommumantschen .

Zuerst wohnte er in Höhlen, dann in Zelten, doch wegen der eisigen Stürme – *einen* Nachteil hatte die Nordhanglage ja doch – entschloß er sich, ein winterfestes und sturmsicheres Bauwerk zu errichten.

Der Stamm der Kommumantschen machte aber nicht nur wegen dieses Bauwerks von sich reden, sondern auch wegen seiner Wißbegierde. Immer wieder kam es vor, daß er Stammesangehörige in ferne Länder schickte, damit sie von dort Kunde geben. Und so wurde auch einmal einer ins ferne England gesandt, mit einem Goldklumpen für die Überfahrt und einem ordentlichen Stück Speck als Zehrung, eigens dafür luftgetrocknet an einer heiligen Stätte namens Kreisverkehr.

Der junge Kommumantsche kehrte zurück mit der Nachricht, daß die Engländer ebenfalls großen Wert auf winterfestes Wohnen legen und daß sie diese Neigung in die Worte fassen: My home is my castle, auf deutsch: Mein Haus ist mein Kastell.

Die Stammesangehörigen waren von dieser Redewendung äußerst angetan, denn sie schien ihnen wie für ihr Bauwerk geschaffen. Und so schrieben sie die Redewendung umgehend auf die Mauern, hinter denen sie fortan noch heimeligere Stunden bei rituellen Handlungen verbrachten, die sie mit geheimnisvollen Namen wie Herangehensweise, Orientierung oder Einschätzung versahen, und bei denen sie sich, wenn sie mitunter in Ekstase fielen, zu historischen Knotenpunkten verschlangen.

Bald darauf, und zwar in den Jahren 56 und 68, wüteten in dem Stamm fürchterliche Seuchen. Viele Stammesangehörige wurden vom Tod dahingerafft, andere, dadurch in Panik geraten, kapitulierten kopflos vor den Weißen oder aber sie flüchteten in den Süden zu den Euro-Kommumantschen. Die meisten Opfer allerdings zog die im Stamm ausgegebene Losung nach sich, wegen Ansteckungsgefahr nicht nur jeden Kränkelnden, sondern auch alle, die vielleicht einmal kränkeln könnten, auszustoßen.

So brauchte es seine Zeit, bis der Stamm wieder auf die Beine kam, und erst im letzten Winter sah er sich in der Lage, in einer Neumondnacht neue Oberhäuptlinge zu wählen. Das hatte nach den Riten des Stammes zur Folge, daß zur nächsten Sonnenwende auch neue Unterhäuptlinge gewählt werden mußten. Also versammelten sich zu Sommerbeginn alle Stammesangehörigen an der heiligen Stätte namens Haus der Begegnung und ließen ihr Bauwerk leer zurück.

Das konnte dem jungen kriegerischen Stamm der Autonomantschen nicht verborgen bleiben, befand er sich doch seit langem auf der Suche nach einem winterfesten Quartier. Zwar war er einigemale am Südabhang des Wienerberges in leerstehende Lehmhöhlen eingedrungen, er wurde aber daraus jedesmal von den Soz-Demomantschen vertrieben, einem in der Steinzeit bedeutenden Stamm, der damals inmitten der Heiligenstädter Jagdgründe eine heilige Stätte namens Karl-Marx-Hof errichtet hatte, der sich später aber in eine wilde Horde verwandelte, die nur noch dem Ziel nachhing, leerstehende Lehmhöhlen vor einer Benutzung zu bewahren.

Die Autonomantschen, ursprünglich ein Tiroler Bergstamm, der während der Eiszeit auf einem wandernden Gletscher bis zum Wienerberg gelangte, hatten, ständig überfallen und vertrieben, schon jahrhundertelang als Nomaden gelebt, als sie, den nächsten Winter vor Augen, in das Bauwerk der Kommumantschen eindrangen.

Als diese von der Wahl der Unterhäuptlinge zurückkehrten und sahen, daß sich in ihrem Bauwerk, das sie für ein Kastell und somit für uneinnehmbar gehalten hatten, ein fremder Stamm in jenen Kammern, die von den Hausherrn nicht genutzt wurden, breitgemacht hatten, gruben sie sofort nach dem Kriegsbeil, fanden es aber nicht; vierzig Jahre hatte man es nicht gebraucht, und niemand konnte sich erinnern, wo genau es nach dem Oktoberstreik des Jahres 50 vergraben worden war. Ein Unwetter, das zu dieser Zeit niederging, erschwerte außerdem die Suche.

Der Sturm hatte zur Folge, daß der winzige Stamm der Schriftomantschen, der sich mit dem Abfassen und Aufsagen von Klageliedern, Schmähreden und Spottgesängen durchfrettete, Wind von dem drohenden Krieg bekam, sofort auf den Wienerberg eilte und dort ein derart markdurchdringendes Gezeter anhub, daß die beiden Stämme sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärten, wenn nur die Schriftomantschen mit dem Gezeter aufhörten.

So traten denn die Stämme in Verhandlungen ein und hatten daran zeitweise sogar ihre Freude. Mit Hingabe mischte einer dem anderen vor dem Rauchen der Friedenspfeife Schießpulver in den Tabak; und jauchzte die Runde auf, wußte man, daß es beim Essen wieder einmal einem gelungen war, dem andern die Suppe zu versalzen. Auch pochte jeder Stamm auf ganz absurde Eigenheiten. Riß ein Autonomantsche einem Stuhl ein Bein aus, wofür die Schriftomantschen das Wort Übermut geprägt hatten, bestand er auch noch darauf, daß es sich nicht um Übermut, sondern um seine Ästhetik handle. Und stolperte ein Kommumantsche mit seinen frisch geputzten Stiefeln über eine Bierflasche, die von einem Angehörigen des gegnerischen Stammes auf dem Treppenabsatz vergessen worden war, behauptete er, eben seien zwei verschiedene Kulturen aufeinandergestoßen .

Leider hatte es mit diesen kleinen Bosheiten und großen Wichtigtuereien nicht sein Bewenden. Dahinter schwelte ein wirklicher und noch dazu tragischer Konflikt. Die Autonomantschen waren, wie bei Nomaden üblich, immer auf den Beinen und geisterten Tag und Nacht durch jenes Bauwerk, in dem die Kommumantschen ihre Ruhe haben wollten. Das trieb letztere zur Raserei. Sie wußten aber auch sehr genau, wie sie ihrerseits die Autonomantschen zur Verzweiflung bringen konnten: durch Sitzungen.

Das Leben der Kommumantschen fand wie das Leben vieler seßhafter Stämme seinen höchsten Ausdruck in der Sitzung. So schaffte ein gestandener Kommumantsche spielend hundert Sitzungen an einem Tag. Die Kommumantschen luden also den eingedrungenen Stamm fortwährend zu Sitzungen ein, wohl wissend, daß Nomaden über kein Sitzfleisch verfügen, und warfen ihm dann mangelnde Sitzungsergebnisse vor. Ein leerer Vorwurf übrigens, denn Meisterschaft in Sitzungen erreicht nur, wer als Ergebnis eine nächste Sitzung anstrebt.

Und so hält man immer noch bei diesem Stand der Dinge, der nur insofern nichts Schlechtes verheißt, als man immer noch bei diesem Stand der Dinge hält. Doch schon drängt es die Schriftomantschen, die Ereignisse in Tontafeln zu ritzen, in freier Erfindung und fernab der Wahrheit. Denn ihrer Meinung nach soll es nicht der gegenwärtigen Generation vorbehalten sein, nichts aus der Geschichte zu lernen. Auch künftige Generationen sollen diese Möglichkeit haben.

Konkret 10/90, S. 32

Jochen Hippler

Vor dem End der Geschichte?

Die Krise am Golf ist noch nicht entschärft, aber sie bietet schon heute Anlaß, über die Verlaufsformen regionaler Konflikte in der Dritten Welt noch dem Ende des Kalten Krieges nachzudenken

Die Beendigung der Blockkonfrontation durch den weitgehenden Rückzug der Sowjetunion aus der Dritten Welt und ihre zunehmende Zusammenarbeit mit den USA und den westeuropäischen Ländern haben die Rahmenbedingungen für Konflikte in der Dritten Welt weitgehend verändert. Viele Kommentatoren haben daraus den Schluß gezogen, daß eine gemeinsame Politik von USA und UdSSR solche Konflikte in der Zukunft weitgehend eindämmen oder verhindern würde. Sogar ein »Ende der Geschichte«, also eine dauerhafte Stagnation, ist bereits prophezeit worden. Aus einer solchen Sichtweise erscheint der gegenwärtige Konflikt am Golf als der letzte der »alten Epoche«, der die Muster einer neuen internationalen Zusammenarbeit und das gemeinsame Konfliktmanagement der Großmächte aber schon sichtbar werden lasse.

Vertreter dieser These übersehen, daß die Konflikte in der Dritten Welt durch die Konkurrenz der Supermächte in der Vergangenheit zwar instrumentalisiert und geprägt, gegebenenfalls auch angeheizt, aber nicht verursacht wurden. Wer den Grund aller Krisen in der Dritten Welt in der Politik der Großmächte sucht, unterschätzt das beträchtliche Konfliktpotential innerhalb dieser Regionen und betrachtet die Bevölkerungen und Politiker der Dritte-Welt-Staaten nur als passive, zu eigenständigem Handeln unfähige Objekte. Zudem überschätzt man damit die Fähigkeit der Großmächte, soziale Gruppen, Bewegungen und Staaten der Dritten Welt nach Belieben zu manipulieren. Die gegenwärtige Krise am Golf läßt die Grenzen und die neuen Möglichkeiten der Großmacht USA sichtbar werden.

Sehen wir uns zuerst die regionalen Besonderheiten dieses spezifischen Konflikts an. Der Irak hat es in den letzten zwanzig Jahren geschafft, eine ausschließlich und skrupellos an den Zielen des nationalen Eigeninteresses orientierte Politik zu betreiben. In diesem Zusammenhang hat er sich punktuell in die Strategien der Supermächte einbeziehen lassen: etwa im Rahmen des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion (1972) oder bei der Kooperation mit den USA und westeuropäischen Ländern gegen den Iran in der Schlußphase des Golfkrieges. Solche Verbindungen mit den Großmächten – zu denen auch die intensive Militärkooperation mit Frankreich gehört – hinderten den Irak allerdings nicht daran, auch eine massiv gegen diese Mächte gerichtete Politik zu verfolgen, wenn ihm dies angebracht erschien. So wurde ohne Rücksichten auf sowjetische Empfindlichkeiten die Kommunistische Partei des Irak blutig liquidiert, ohne Rücksicht auf die US-Politik Israel mit C-Waffen bedroht – zu einem Zeitpunkt, als die US-Administration gerade Kontakt mit Bagdad zu knüpfen begann. In erstaunlichem Maße ist es dem Irak gelungen, Großmächte und den Ost-West-Konflikt für sich zu nutzen, und die Instrumentalisierung der eigenen Politik durch die USA und die UdSSR relativ gering zu halten. Auch auf diese Weise gelang der Baath-Partei die Stabilisierung ihrer Macht und des Staatsapparates, und so konnte der Aufstieg des Irak zur eigenständigen, regionalen Großmacht durchgesetzt werden.

Damit ist die zweite Dimension des Konflikts bereits angesprochen. Das gemeinsame Ziel von USA, Sowjetunion und westeuropäischen Ländern (unter französischer Führung) bestand während des Golfkrieges darin, den Sieg einer der beiden Kriegsparteien zu vermeiden. Keine sollte zur regionalen Vormacht werden, beide sollten durch den Krieg geschwächt werden und auf äußere Hilfe zum Wiederaufbau angewiesen sein. Aus diesem Grund (und der Angst vor den islamischen Fundamentalisten) wurde der Irak in der Schlußphase des Krieges von Ost und West gemeinsam unterstützt: er schien 1986/87 die unterlegene Kriegspartei.

Genau diese Einschätzung erwies sich schon 1988 als falsch: Durch eine Anspannung und Mobilisierung aller Reserven gelang es dem Irak, in einer Serie größerer Schlachten von April bis August 1988, den Iran militärisch entscheidend zu schlagen. Damit war der Irak entgegen den Interessen fast aller äußeren und regionalen Mächte zur Vormacht am Golf geworden. Das Spezifische an der darauf folgenden irakischen Politik bestand darin, sich nicht mit dem Erreichten zufriedenzugeben, sondern einen weiteren, entscheidenden Schritt zur Stärkung der eigenen Position zu gehen: durch die Eroberung Kuwaits. Diese Offensivpolitik lag ausschließlich im Interesse der irakischen Führung, sie war mit keiner der Großmächte abgestimmt und durchbrach damit in gewissem Sinne jene Logik internationaler Politik, die in der Ära des Kalten Krieges vorherrschte. Gestützt auf nichts anderes als auf das eigene Militär stellte sich die irakische Führung einer internationalen Koalition entgegen, die aus den beiden Supermächten, Westeuropa, den Ländern der Region, zahlreichen weiteren Staaten und der UNO bestand.

Allerdings wäre es ziemlich voreilig, den gegenwärtigen Konflikt »Irak gegen den Rest der Welt« für prototypisch für zukünftige Konflikte zu halten. Die Golfkrise hat die Möglichkeit einer engen Kooperation zwischen USA und UdSSR in Regionalkonflikten demonstriert, sie hat die Möglichkeit einer neuen, erweiterten Rolle für die UNO angedeutet. Diese neuen Möglichkeiten werden aber in Zukunft kaum regelmäßig ausgenutzt werden können: Es wird in jedem Fall darauf ankommen, welche spezifische Interessensstruktur vorliegt. Daß die neuen politischen Möglichkeiten sich im aktuellen Fall

tatsächlich realisieren ließen, liegt an der Kombination einiger untypischer Faktoren, die in dieser Form schwerlich noch einmal zusammenkommen werden. Erstens gibt es kaum jemanden, der oder die sonderliche Sympathie für das irakische System hegte. Sozioökonomische und militärische Erfolge haben nicht vergessen lassen, daß der Irak eines der blutigsten Regime der Region ist, haben auch die Giftgasangriffe gegen Teile der eigenen Bevölkerung nicht ungeschehen gemacht. Zweitens war die Besetzung Kuwaits so offensichtlich ein Akt völkerrechtswidriger Aggression, daß eine Parteinahme für den Irak nicht eben leichter wurde. Drittens handelt es sich bei der irakischen Führung um ein Regime, daß immer versucht hat, einen ausschließlich an den Eigeninteressen orientierten Kurs zu verfolgen. Unabhängigkeit von äußerer Einflußnahme, eine rücksichtslose Machtpolitik auch gegenüber sowjetischen und westlichen Interessen sind Kennzeichen irakischer Politik. Viertens wurde die Bedeutung dieses eigenständigen Kurses als Störfaktor für die Großmächte dadurch verstärkt, daß der Irak über die Mittel verfügt, eine solche Politik auch durchzuhalten: ein starkes Militär, teilweise moderne Waffensysteme einschließlich der Verfügungsgewalt über Massenvernichtungswaffen, riesige Ölreserven, die als Finanzquelle noch Jahrzehnte zur Verfügung stehen, und hochqualifizierte Führungskader an der Spitze. Fünftens hat das offene Vorherrschaftsstreben des Irak ihn inzwischen selbst von seinen früheren regionalen Verbündeten entfremdet, die sich unter den Schutz der Großmächte flüchteten. Und sechstens hat der Irak durch die Androhung eines Vergeltungsschlags mit C-Waffen gegen Israel auch seine Machtansprüche gegen einen engen westlichen Verbündeten kundgetan. Erst die Kombination dieser Faktoren hat es vermocht, die gegenwärtige, umfassende Koalition anti-irakischer Kräfte zusammenzufügen.

Die USA und ihre Mitstreiter am Golf befinden sich – und das ist ein entscheidendes Element des gegenwärtigen Konfliktes – in einer politisch, wirtschaftlich und militärisch überwältigend starken Position. Von der politisch-juristischen Legitimation bis zur militärischen Hardware ist die Überlegenheit der Koalition über den nahezu isolierten Irak offensichtlich. Das Besondere an dieser Situation ist, daß diese Überlegenheit sich trotzdem nicht einfach in eine erfolgreiche Militäroperation oder einen politischen Sieg ummünzen läßt. Früher bestanden die Handlungsrestriktionen der Supermächte in der Dritten Welt sehr oft in möglichen Aktionen der jeweils anderen Supermacht. Heute – wo beide und fast die ganze Welt eine gemeinsame Front gegen den Irak aufgebaut haben – entdecken sie, daß es zahlreiche und einschneidende weitere Handlungsrestriktionen gibt, die ihre Aktionsfähigkeit einengen.

Worin bestehen aber die Schwierigkeiten, aus der offensichtlichen Überlegenheit einen Sieg zu machen? Zum einen wären die US-Verluste bei einem offenen Landkrieg gegen den Irak zweifellos beträchtlich. Auch wenn die USA militärisch eindeutig überlegen sind, so verfügt ihr Gegner doch über Möglichkeiten, ihnen schwere Schläge zu versetzen. Der Irak besitzt Raketen unterschiedlicher Reichweite (zwischen 300 und 2000 km), er verfügt über eine exzellente Artillerie (im Gegensatz zu seinen eher veralteten Panzern und einer für die USA wenig eindrucksvollen Luftwaffe), er hat eine inzwischen professionell geführte und kampferprobte Armee, die ihre Stärken gezeigt hat, und er besitzt C-Waffen in großem Umfang, die gegen überraschende Luftangriffe tief verbunkert gelagert sind. Neuesten Informationen aus sowjetischer Quelle zufolge wird der Irak darüber hinaus nicht erst in einigen Jahren, sondern schon in den nächsten Monaten über Atombomben verfügen. Dies alles bedeutet nicht, daß die USA und ihre Verbündeten den Irak nicht entscheidend schlagen könnten – es impliziert aber, daß ein solcher Sieg mit ungeheuer hohen Kosten an Menschen und Material verbunden sein könnte. Und genau dies würde die Popularität des Aufmarsches am Golf (Zustimmung von 81 Prozent der amerikanischen Bevölkerung) rapide beeinträchtigen.

Außerdem würde ein offener Landkrieg für die USA beträchtliche wirtschaftliche Risiken bergen, und zwar auf zweierlei Weise. Ein Krieg würde für die USA Kosten von täglich bis zu I Mrd. Dollar verursachen (der Truppenaufmarsch kostet etwa 1,5 Mrd. Dollar pro Monat). Solche Beträge würden die ohnehin desolate Haushaltslage in den USA katastrophal verschärfen und wären auch durch verstärkte Bettelaktionen Washingtons bei befreundeten Regierungen nicht annähernd zu decken. Darüber hinaus hätte ein Krieg eine weitere massive Erhöhung der ohnehin schon drastisch gestiegenen Ölpreise (von 18 auf 30 Dollar pro Barrel) zur Folge. Ein Krieg würde die Ölexporte aus Saudi Arabien und den anderen Golfstaaten vermutlich stark beeinträchtigen (irakische SCUD-Raketen sind auf Saudische Ölfelder gerichtet). Dies hätte voraussichtlich einen verheerenden Effekt auf die Volkswirtschaften Japans, der USA und anderer Länder.

Weiterhin würde ein US-Angriff gegen den Irak aus amerikanischer Sicht die große Gefahr in sich tragen, die gesamte Region zu destabilisieren. Die reaktionären Regimes der arabischen Halbinsel sind in Folge der Krise ohnehin nicht mehr in unveränderter Form zu stabilisieren, gleichgültig welche Verlaufsform der Konflikt nehmen wird. Eine (erfolgreiche) Generalattacke der USA (mit direkter oder indirekter Unterstützung westeuropäischer Länder, Israels und konservativer arabischer Regime) würde die Lunte an das Pulverfaß legen und vermutlich die politische Szenerie in einigen Ländern der Region völlig neu gestalten. Jordanien ist hier nur das offensichtlichste und bekannteste Beispiel, aber auch Länder wie Syrien und Saudi Arabien würden vermutlich in einen Strudel geraten, dessen Sogwirkung sich schwer abschätzen läßt. Eine solche Entwicklung aber würde die Ziele der US-Intervention – Stabilisierung der Region zum eigenen Vorteil – fraglich werden lassen.

Schließlich sind die US-Geiseln im Irak ein hemmender Faktor für die US-Politik, obwohl deren Protagonisten beständig darum bemüht sind, seine Bedeutung herunterzuspielen. Rücksicht auf die eigene Öffentlichkeit wird bestimmte

militärische Optionen gegen Ziele, in denen sich Geiseln aufhalten, behindern.

Diese Handlungsrestriktionen bedeuten nicht, daß es im und am Golf nicht zu militärischen Auseinandersetzungen kommen wird. Sie legen nur nahe, daß die US-Regierung die Eröffnung eines offenen Landkrieges nur sehr vorsichtig in Erwägung ziehen wird. Wenn es eine Möglichkeit gibt, einen großen Landkrieg ohne Gesichtsverlust zu vermeiden, wird sich die US-Regierung darum bemühen und eher zu Luftangriffen oder ähnlichen Operationsformen greifen. Vorsicht ist um so mehr angebracht, als die breite anti-irakische Koalition einen offensiven Krieg des Westens vermutlich nicht unbeschadet überstehen würde.

Es ist bemerkenswert, daß der Golfkonflikt außerhalb des Rahmens des klassischen Ost-West-Gegensatzes stattfindet, trotzdem aber einer Supermacht wie den USA in ihrer Interessendurchsetzung engere Grenzen gezogen sind, als viele erwartet haben. Selbst das gemeinsame Konfliktmanagement von USA und Sowjetunion unter westeuropäischer Assistenz und bei Absegnung durch die UNO ist keine Garantie für eine erfolgreiche und glatte Lösung.

In der Zukunft, das läßt sich aus den aktuellen Erfahrungen schließen, werden wir unterschiedliche Formen von Regionalkrisen in der Dritten Welt erleben:

1. Bürgerkriegssituationen innerhalb einzelner Länder, bei denen äußere Mächte in unterschiedlichem Maße eine Rolle spielen können. Beispiele hierfür sind Liberia, der Kampf der indischen Sikhs oder die Kämpfe in Äthiopien.

2. Konflikte zwischen Staaten der Dritten Welt (z.B. Grenzkonflikte, Konflikte mit wirtschaftlichem, religiösem oder ethnischem Hintergrund). Der Kashmir-Konflikt gehört in diese Kategorie, ebenso wie der frühere Krieg zwischen Somalia und Äthiopien.

3. Konflikte, bei denen vor allem äußere Mächte in lokale Auseinandersetzungen intervenieren oder für diese verantwortlich sind. Die US-Intervention Panamas oder die Bombardierung Libyens sind solche Fälle, desgleichen die französische Politik im Tschad oder die frühere Politik der UdSSR in Afghanistan. Diese Kategorie wird auch nach dem Ende des Kalten Krieges nicht verschwinden, aber andere Formen annehmen.

4. Konflikte, die aus dem Zerfall der alten, starren Weltordnung des Ost-West-Gegensatzes resultieren, insbesondere solche, die um die Erringung von Vorherrschaftspositionen in bestimmten Regionen der Dritten Welt geführt werden. Hier ist der gegenwärtige Konflikt geradezu das Paradebeispiel.

Diese verschiedenen Formen regionaler Krisen lassen sich natürlich nicht starr voneinander trennen, sondern gehen fast immer ineinander über. Ihre letztgenannte Variante wird vermutlich – neben der der Großmachtintervention – die eskalationsträchtigste und gefährlichste der Ära nach dem Kalten Krieg. Aufstrebende Mächte der Dritten Welt, durch das Zerbrechen der Bi-Polarität schlechter zu kontrollieren, verschaffen sich bereits heute hochmoderne Waffensysteme und Massenvernichtungsmittel. Gegen solche Staaten wird die neue Kooperation der Großmächte nur begrenzt hilfreich sein – das ist eine der Lehren des aktuellen Golfkonfliktes. Zukünftige Konflikte entlang dieser Linie werden allerdings kaum wieder so übersichtlich verlaufen wie heute: ein Outlaw gegen den Rest der Welt. Wenn es einer neuen Regionalmacht gelingen wird, mit Hilfe seiner A- oder C-Waffen Großmachtpolitik zu betreiben und zugleich die Bildung einer umfassenden Gegenkoalition zu verhindern, dann hätten die Großmächte noch geringere Aussichten auf eine Disziplinierung als in der gegenwärtigen Krise.

Konkret 10/90, S. 36

Günter Amendt

Gooks und Koks

»In a cop killing, rules go out the window«: Vielleicht hätte man Strategie und Taktik der US-amerikanischen Drogenbehörde DEA im Entführungsfall des mexikanischen Arztes Humberto Alvarez Machain der internationalen Öffentlichkeit auch etwas behutsamer und weniger salopp erklären können, als jener ungenannte Diplomat im Dienste des US-Außenministeriums, den das Magazin »Time« am 14. Mai 1990 zitiert. Aber eben, wenn es um Bullenmord geht, gibt es keine Gesetze mehr.

Enrique Camarena, ein im mexikanischen Guadalajara stationierter Agent der DEA, wurde am 7. Februar 1985 am hellichten Tag und in unmittelbarer Nähe des US-Konsulats von mexikanischen Polizeibeamten entführt. Die Entführer handelten im Auftrag des örtlichen Drogenkartells. Camarena wurde von seinen Kidnappern 24 Stunden lang systematisch gefoltert. Beamte der DEA, die Camarenas Leiche sahen, berichteten, er sei nicht getötet, sondern geschlachtet worden.

Das Entsetzen war groß auf beiden Seiten des Rio Grande. Und doch ließ sich die damalige mexikanische Regierung nicht davon abhalten, auch nachträglich noch gegen die illegale Agententätigkeit des Ermordeten zu protestieren. Auch die Führung der US-Drogenbehörde erkannte die Bedeutung des Verbrechens über den Fall Camarena hinaus. Nicht außenpolitische Verwicklungen, um deren Lösung sich andere zu kümmern hatten, sondern die Sicherheit ihrer weltweit postierten Agenten machte den DEA-Chefbeamten Sorge. Unter solch grausamen Umständen war noch keiner von ihnen bei einem Einsatz ums Leben gekommen. Das verlangte nach einer Antwort.

»Operation Leyenda« war die Antwort. Die unter diesem Namen operierende Sondereinheit, deren einzige Aufgabe es ist, jeden, der mit der Folterung und Ermordung Camarenas zu tun hatte, vor Gericht zu bringen, verzeichnete im April dieses Jahres, fünf Jahre nach dem Mord, einen in vielerlei Hinsicht spektakulären Fahndungserfolg. »Unbekannte« nahmen den in Guadalajara praktizierenden Frauenarzt Humberto Alvarez Machain fest und übergaben ihn auf dem Flugplatz von El Paso an Beamte der US-Staatsanwaltschaft. Eine späte aber beeindruckende Antwort und ein erstes praktisches Beispiel für die neue Rechtsauffassung der US-Regierung: In einem Anfang Oktober 1989 vorgelegten Rechtsgutachten wurde US-amerikanischen Geheimdienstagenten zugestanden, Verdächtige im Ausland festzunehmen, ohne die betreffende Regierung zu informieren oder gar um Erlaubnis zu bitten.

Die DEA lehnt es ab, den Verlauf von Machains Festnahme und die Umstände seiner Auslieferung öffentlich zu erörtern. Für die mexikanische Regierung scheint der Fall klar: Ihr Staatsbürger Machain wurde unter Anleitung der DEA von Kopfgeldjägern gekidnappt und unter noch ungeklärten Umständen von mexikanischem Territorium in die USA verschleppt. Dafür sollen die Entführer 100.000 Dollar kassiert haben.

Der Kampf gegen Drogen dürfe nicht zum Vorwand genommen werden, »die Gesetze und das Territorium anderer Länder zu verletzen«, fordert daraufhin der mexikanische Präsident Carlos Salinas und pocht auf die uneingeschränkte Respektierung der mexikanischen Souveränität. Auch Mexikos Generalstaatsanwalt Alvarez Del Castillo sieht die »bilaterale Zusammenarbeit im Kampf gegen Drogenhandel gefährdet«. Doch die DEA zeigt sich unbeeindruckt. Neunzehn verdächtige Personen stehen auf der Fahndungsliste von »Operation Leyenda«, gegen fünf von ihnen soll demnächst vor einem US-Gericht Anklage erhoben werden. Allerdings gestaltet die Anklageerhebung sich schwierig, weil die mexikanische Seite sich sogar weigert, gegen zwei der Hauptverdächtigen auch nur zu ermitteln. Von DEA-Fahndern der Tatbeteiligung verdächtigt werden unter anderen die ehemaligen Direktoren des mexikanischen FBI, Manuel Ibarra Herrera, und der mexikanischen Interpol, Miguel Aldana Ibarra, beide zur Tatzeit noch im Amt.

An eine Auslieferung der beiden in die USA sei nicht zu denken, erklärt ein Sprecher der mexikanischen Regierung. In umgekehrter Richtung ließ der US-Staatsanwalt wissen, er sehe keinen Umstand, der die USA veranlassen könnte, Machain freizulassen oder mexikanischen Behörden zu übergeben. Machain wird sich also einem US-Gericht und dem Vorwurf stellen müssen, den DEA-Agenten Enrique Camarena mit Hilfe von kreislaufstabilisierenden Spritzen so behandelt zu haben, daß dieser physisch in der Lage war, ein vierundzwanzigstündiges Verhör unter Folter durchzustehen.

Das sind schreckliche Details, die in der US-amerikanischen Öffentlichkeit ihre Wirkung nicht verfehlen. Die DEA kann, was selten genug vorkommt, für »Operation Leyenda« auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung bauen. Dies könnte sich ändern, wenn man in den USA das im März dieses Jahres erschienene Buch »Deep Cover« von Michael Levine zur Kenntnis nimmt. So von innen heraus hat noch niemand die inkompetente und inkonsequente Arbeitsweise der US-amerikanischen Drogenbehörde dargestellt wie der frühere *group supervisor* und international tätige *undercover agent* Levine. Sein Buch ist der Erinnerung an Enrique »Kiki« Camarena gewidmet.

»Deep Cover« handelt nicht eigentlich von Camarena und den grausamen Umständen, die zu seinem Tode führten, doch wird man am Ende verstehen, warum Enrique »Kiki« Camarena sterben mußte. Camarena war verheiratet und Vater von drei Kindern. Er wurde im Alter von 37 Jahren ermordet. »Sein Verbrechen: einen Auftrag im Krieg unserer Regierung gegen Drogen auszuführen, einen Auftrag, an den er glaubte.«

Auch Michael Levine glaubt an seinen Auftrag und zwar ungebrochen bis zum Schluß seiner Laufbahn. Levine glaubt an die Chancen der Polizeiarbeit im Kampf gegen Drogen, und seine Wut gilt denen, die ihn und seine *brothers* in den Straßen von San Francisco oder im Jungle von Bolivien daran hindern, effektiv zu arbeiten. Seine Wut gilt den *suits,* wie Angehörige der oberen Führungsebene im Streetfighter-Jargon der DEA genannt werden, den Anzügen, die sich als bürokratische Hindernisse einer zielstrebigen Polizeiarbeit in den Weg stellen. Seine Wut gilt den Politikern, die einen Krieg führen, »ohne ihn gewinnen zu wollen«,und die »mehr junge Leben als jemals zuvor opfern werden, es sei denn irgendjemand hindert sie daran«.

Levine ist bereit, diesen Job zu übernehmen im Namen von vielen jungen Polizeibeamten, die in diesem Krieg noch ihr Leben lassen werden, im Namen auch seines dreiundzwanzigjährigen Sohnes, der als *street cop* in New York Dienst tut, und in Erinnerung an den eigenen Bruder, der sich »irgendwann in den frühen Morgenstunden des Z7. Februar 1977 das Leben nahm und damit eine neunzehn Jahre dauernde Schlacht mit bzw. gegen Heroin beendete«.

Mit diesen wenigen Andeutungen versucht Levine sich moralisch abzusichern, denn im Folgenden wird er nicht nur Institutionen angreifen, sondern auch Namen nennen und sich somit des Kameraden-Verrats schuldig machen. Levine begibt sich freiwillig von drinnen nach draußen, er verläßt den Schutz einer straff organisierten *ingroup,* in der alle, die nicht DEA-Agenten sind, *assholes* genannt werden. Damit sind auch Politiker und DEA-Bürokraten gemeint, ja sie sind »in einem wirklichen Krieg gegen Drogen mehr der Feind als jeder Drogenhändler es jemals sein wird. Sie, wie die Politiker und Generale zur Zeit des Vietnam-Krieges, spielen nicht mit ihrem eigenen Leben, sie riskieren das von anderen. Ihr Hauptinteresse ist die öffentliche Aufmerksamkeit, ihre private Karriere sowie die Finanzierung ihrer Wahlkämpfe und ihrer Verwaltungsapparate. Es sind die, welche die Worte eines Frontsoldaten am meisten zu fürchten haben.« Das ist Levines Vorgabe: »Wir« befinden uns in einem Krieg, er will diesen Krieg gewinnen; andere nicht.

Levine rollt die Geschichte von »Operation Trifecta« auf, seinem letzten großen Fall als *undercover agent* im Dienste der DEA.

»Operation Trifecta« begann im Spätsommer 1987 und wurde mit dem Plädoyer des Staatsanwaltes und der Festlegung des Strafmaßes für sieben Angeklagte im August 1989 abgeschlossen. Operationsgebiet waren Bolivien, Panama, Mexico und die USA, Operationsziel die Identifizierung von Produktionsstätten, deren Zerstörung, die Beschlagnahme von mehreren Tonnen Kokain, die Überführung eines Geldwäschers sowie die Festnahme aller Tatbeteiligten einschließlich ihrer Helfershelfer in politischen Ämtern und militärischen Rängen. Federführend waren die Drogenbehörde DEA und der US-Zoll. Ihnen standen neben einem Stab erfahrener Mitarbeiter und allen technischen Hilfsmitteln zur Beweissicherung auch 10 Millionen Dollar Vorzeigegeld zur Verfügung.

»Operation Trifecta« war nicht nur ein großer Fall, es war, in Levines eigenen Worten, »der größte und bizarrste Fall in der Geschichte der Strafverfolgung.« *Big, bigger, biggest,* dieser superlativistische Größenwahn zieht sich durch die ganze *inside story,* die Levine auf über 300 Seiten ausbreitet. Wären beispielsweise er und seine Kollegen in Panama kurz vor Ende der Operation bei der Jagd auf Remberto, den Geldwäscher, erfolgreich gewesen, dann hätten sie sich in den Medien für die Festnahme des größten panamesischen Geldwäschers feiern lassen können. Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte ihnen allerdings einer der *suits* diesen Teil des Jobs, das Sich-Feiern-lassen, abgenommen. Doch Remberto, der Geldwäscher, den Levine nebenbei auch mit Noriega in Verbindung bringt, entwischt seinen Verfolgern und schrumpft dabei auf »one of the biggest money-launderers« in Panama.

Dreiundzwanzig Jahre als Frontkämpfer geheimer Dienste – das prägt. Levine kommt aus seiner Berufsrolle nicht mehr raus. Die *suits* klagt er an, in ihrem »Hunger nach Publizität« ganze Fahnungsaktionen zu manipulieren, um der Pressemeute ein mediengerechtes *show-down zu* servieren, br selbst aber weiß nur zu genau, wie man die Medien zu bedienen hat – nämlich mit »the biggest and most bizarre under cover case in history« . Glaubt nichts von dem, was die Medien bringen, denn die sind total manipuliert von der DEA und der Zollbehörde, warnt Levine. Glaubt kein Wort von dem, was euch die Regierung über ihren Krieg gegen Drogen erzählt, alles Betrug. It's a fraud. Alle lügen, alle manipulieren, alle übertreiben, alle denken nur an ihre eigene kleine persönliche Agenda. Warum aber sollte man einem, der so auftrumpft wie Levine, mehr vertrauen als denen, aus deren Stall er kommt?

»Es war das erste Mal, daß wir tatsächlich das Kartell unterwandert und direkte Kontakte zu den Kartellbossen hatten«, resümiert Staatsanwalt Steve Nelson. Daran gemessen war »Operation Trifecta« ein Fehlschlag, obwohl sie mit Verhaftungen, einem Gerichtsverfahren und saftigen Strafen für sieben Angeklagte abschloß. Keiner der tatbeteiligten Kartellbosse, Politiker und Militärs ging den Fahndern ins durch Korruption und Verrat längst löchrig gewordene Netz.

Levine macht für diesen Fehlschlag die Konkurrenzbeziehung der beteiligten Dienste, die Mediengeilheit der *suits,* die Sensationslust der Medien, die Weichheit der Politiker und die Korrumpierbarkeit mexikanischer und panamesischer Dienststellen verantwortlich. Dafür liefert er auf den ersten Blick überzeugende Beispiele. Doch beruht die Überzeugungskraft dieser Beispiele auf einem suggestiven Darstellungstrick. Für jede seiner Episoden konstruiert Levine

Gegensatzpaare nach dem Muster von gut und böse: Der Agent gegen die *suits,* der *streetfighter* gegen den Bürokraten, die Drogenbehörde gegen den Zoll, die USA gegen den Rest der Welt, der saubere *cop* gegen den schmierigen Bullen.

Doch mit Korruption und Karrierismus, mit Dilettantismus und Mittelknappheit allein ist nicht zu erklären, warum »Operation Trifecta« ein ganz ordinärer und alltäglicher Fahnungsfall wurde. »Operation Trifecta« kollidierte mit »Operation Snowcap«, einer zeitgleich sich auf zwölf Länder erstreckenden paramilitärischen Aktion mit dem Ziel, die Drogenproduktion in Zentral- und Lateinamerika an ihrer Wurzel zu treffen. »Operation Snowcap« hatte absolute Priorität in den Planungen der DEA, sie ist eine der beiden Säulen von Bushs Drogenpolitik. Das ist eine politische Entscheidung. Gegen sie rebelliert Levine wie auch sein kürzlich als Chef der New Yorker DEA unter Protest zurückgetretener Kollege Robert Stutman. Beide sind konservative Kritiker der offiziellen Drogenpolitik, beiden ist dieser Krieg nicht kriegerisch genug. Konsequenterweise sprechen sie vom »sogenannten Krieg« gegen Drogen. Stutman illustriert seine Kritik am Beispiel der Budgetierung des laufenden Drogenkrieges, für den nur ein Neuntel dessen investiert werde, »was wir für ein Vietnamkriegsjahr zahlten«.

Es geht, wie in jedem Krieg, um das Primat der Politik. Selbst wenn man die Drogenpolitik der USA für falsch und aussichtslos hält und »Operation Snowcap« für ein gefährliches Abenteuer, muß man einräumen, daß die Prioritätensetzung der *suits* politisch legitimiert ist, während hardliner wie Levine und Stutman ausschließlich militärisch-operative Kategorien in die Diskussion einführen. Noch ist offen, ob beziehungsweise wann diese militärischen zu politischen Entscheidungskriterien werden.

Die *suits* waren zufrieden mit dem Ausgang der Operation. Es war ihnen gelungen, bolivianische und mexikanische Kartellmitglieder über die Grenze nach San Diego zu locken und sie dort auf US-amerikanischem Territorium festzunehmen. Sie hatten eine Mietvilla so mit Überwachungselektronik gespickt, daß jedes beweiskräftige Verkaufsgespräch und alles, was auf eine kriminelle Verschwörung schließen ließ, audio- und videomäßig festgehalten werden konnte. Auch die Presse kam voll auf ihre Kosten. »Was zählt«, sagt Levine, »sind die Medien und öffentliche Auftritte, die Aufklärung von Drogendelikten und das Leben von Agenten bedeuten nichts.«

Zumindest das Fahnungsfinale von »Operation Trifecta« bestätigt diese ungeheuerliche Anschuldigung. Nach Abschluß des Pseudodeals, mit Levine als »Luis« in der Rolle eines von potenten US-Geldgebern beauftragten Einkäufers, wurde die Abordnung des bolivianischen Kartells und dessen mexikanische Helfershelfer auf getrenntem Weg zurück zur Grenze transportiert. Unter dem Vorwand, den Gästen eine letzte Einkaufsmöglichkeit vor dem Rückflug bieten zu wollen, fuhren die von Agenten gesteuerten Fahrzeuge den Parkplatz eines Kaufhauses an: »In dem Augenblick, als die Wagen anhielten, waren sie auch schon umstellt von einer ganzen Armee von Agenten, denen eine noch größere Armee von Presseleuten und Fotographen folgte... Gott, es mußten so um die fünfzig Fotographen draußen gewesen sein, darunter auch Kamerateams des Fernsehens . Sie alle hatten sich aufgebaut, um auf uns zu warten«, berichtet einer von Levines Kollegen.

Einmal mehr gerät Levine aus der Fassung. Sein Beruf ist *undercover agent.* Ein Bild in der Zeitung bringt einen *suit* nach oben, einen Agenten kann es ganz nach unten bringen, ins Grab. Noch war »Operation Trifecta« nicht abgeschlossen. Im Wettlauf mit den Meldungen der Nachrichtenagenturen machte sich das *Trifecta undercover team* nach Panama auf, um wenigstens noch Remberto, den Geldwäscher, zu fassen. Die Agenturen waren schneller als die Agenten. Remberto war unauffindbar in »Noriega-Land« untergetaucht.

In die USA zurückgekehrt und um ein Mißerfolgserlebnis reicher, hatte Levine erneut Grund, die Fassung zu verlieren. Er mußte nämlich zur Kenntnis nehmen, daß die *suits* nicht nur jenes spektakuläre Parkplatzshow-down für die Medien inszeniert hatten, sie hatten auch mitten in der laufenden Ermittlungsarbeit und hinter dem Rücken der eingesetzten Agenten einem Kamerateam der NBC gestattet, die mit *high* tech-Installationen vollgestopfte Villa zu filmen. Auf Vorrat fürs Archiv, wie es hieß. Die Brutalisierung des Drogenhandels nimmt dramatisch zu, die ganze Szene ist von Korruption und mit Verrätern durchsetzt. Damit ist auch das Risiko von Agenten gestiegen. Jeder Agent im Einsatz versucht deshalb, den Kreis der Mitwisser so klein wie möglich zu halten. In dieser Situation ein kommerzielles Fernsehteam in den Kreis der Mitwisser einzubeziehen, hält Levine für unverantwortlich.

Es bleibt abzuwarten, welche Nach- und Rückwirkungen die Veröffentlichung dieser Skandalchronik auf die DEA selbst haben wird. Die *suits* werden reagieren müssen. Aus ihrer Sicht liegt der Zeitpunkt der Veröffentlichung von Levines Report äußerst ungünstig, denn die DEA steht unter enormem Erfolgsdruck, und die Medien in den USA sehen sie längst auf der Verliererstraße. So könnte die DEA als »Frontkämpfer«-Organisation mitten im laufenden Krieg gegen Drogen in eine schwere innere Krise geraten. Verschiedene Rücktritte in jüngster Zeit und die Art ihrer Begründung deuten darauf hin, daß sich Widerspruch artikuliert und Widerstand gegen die DEA-Führung formiert.

Auch die noch laufende »Operation Snowcap« sieht sich massiver interner Kritik ausgesetzt. Der Tenor stimmt mit der von Levines Kritik überein. Das Leben von Agenten zählt nichts: »Sie werden in den Jungle von Bolivien geschickt mit wenig Ausbildung oder überhaupt keiner Vorbereitung, mit schlechter Ausrüstung und schlechter Führung, ohne Sicherheitsvorkehrungen, ohne medizinische Versorgung und ohne Motivation oder eine Vorstellung, was eigentlich ihr

Auftrag ist; nur wenige sprechen oder verstehen die spanische Sprache.« Levine kolportiert das Gerücht, zur Ausstattung von »Operation Snowcap« gehörten auch eine Anzahl *body bags,* vorgesehen für die Rückführung von Leichen, und er zitiert in diesem Zusammenhang einen Vietnam-erfahrenen Kollegen: »It reminds me of how the Nam began, back in the sixties.«

Der ständige Rückgriff auf Vietnam in der US-amerikanischen Diskussion ist verständlich, wenn auch irreführend. Verständlich, weil viele DEA-Frontkämpfer Vietnam-Veteranen sind, irreführend, weil ein Krieg in Lateinamerika dem neuen Konzept der low intensity-Kriegsführung folgen wird. Nicht Vietnam, sondern El Salvador ist das Vorbild bzw. die Horrorvision.

Eine Korrektur der bisherigen Strategie der DEA scheint unumgänglich, doch sie wäre fatal: mehr Training, bessere Ausrüstung, mehr Sicherheit und weniger *body bags* für DEA-Agenten, mehr Holzsärge für bolivianische und peruanische Kleinhändler und Bauern. Sollten die DEA-suits, weil sie sich in internen Kämpfen aufreiben, nicht fähig sein, die Agentur an die Erfordernisse eines Krieges anzupassen, steht die US-Army bereit. Das Militär hat nach anfänglichem Zögern die neue Aufgabenstellung akzeptiert und zugleich ausgeweitet. Man könne, erklärte ein Sprecher des US-Außenministeriums, »in Peru nicht gegen Drogen vorgehen, ohne die Guerilla (Leuchtender Pfad) zu bekämpfen« .

Konkret 10/90, S. 39

Katja Barloschky; Renate Damus; Gregor Gysi; Heiner Möller

Konkret-Streitgespräch
Muß die PDS in den Reichstag?

Zum Streitgespräch trafen sich in der KONKRET-Redaktion: Katja Barloschky, früher stellvertretende Bezirksvorsitzende der DKP in Bremen, jetzt parteilos; Renate Damus, Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen; Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS; Heiner Möller, früher Redakteur des »Arbeiterkampf«, jetzt KB und »Radikale Linke«

KONKRET: In seinem Vorwort zu dem Buch »Wir brauchen einen dritten Weg« schreibt Gregor Gysi: »Nichts davon ist am Ende, nicht die Aufarbeitung der SED-Vergangenheit, nicht die Diskussionen um moderne Sozialismusvorstellungen und realistische Kapitalismuskritik, das Verhältnis zum Parlamentarismus und außerparlamentarischen Kampf, nicht die Bemühungen, Demokratisierung und Pluralität innerhalb der Partei dauerhaft zu verankern«, und dann, als die Logik des Gedankens die Erklärung förmlich zu erzwingen scheint, daß in dieser Lage ein Mitmachen bei der Gründung des Deutschen Reichs nicht möglich sei, folgt der Absatz: »Die Zeit drangt. Lange bevor sie an neuen Ufern angelangt sein kann, muß sich die PDS nun an gesamtdeutschen Wahlen beteiligen.« Warum muß sie ?

Gysi: Es geht einmal um die Befindlichkeit der Mitglieder und Anhänger der PDS. Die meisten Parteien in der DDR werden in bundesdeutschen aufgehen, DDR-Spezifisches wird kaum übrigbleiben. Ich halte es nicht nur für die sozialen und kulturellen Interessen, sondern auch für die psychische Situation der Bürgerinnen und Bürger in der DDR für ganz wichtig, daß sie das Gefühl haben, in den Bundestag zieht auch etwas DDR-Spezifisches ein, nämlich die PDS. Und zum Zweiten geht es um den Bundestag selbst: Eines der schockierendsten Erlebnisse des ganzen Anschlußprozesses war für mich der Umstand, daß es keine wirkliche Opposition im Deutschen Bundestag gab . Das fand seinen klassischen Ausdruck in dem Satz von Oskar Lafontaine, daß die deutsche Einheit nicht länger eine Privatsache Kohls sein dürfe, der Kanzler müsse die Opposition einbeziehen. Eine Opposition, die darauf wartet, daß sie vom Kanzler einbezogen wird, ist keine. Das sind zwei wichtige Gründe.

Damus: Wenn Gysi sagt, daß die SPD keine wirkliche Opposition im Bundestag ist, hat er natürlich recht. Ihre Unterschrift unter den Staats- und Einigungsvertrag ist skandalös. Aber ich würde doch beanspruchen, daß die Grünen im Bundestag klar für die Interessen der DDR und gegen den kalten Anschluß optiert haben und insofern an diesem Punkt eine deutliche Opposition darstellen. Und daß nichts DDR-Spezifisches erhalten bliebe, wenn die PDS nicht im Bundestag wäre, stimmt ja nun so auch nicht, denn die Grünen werden ja zusammen mit den Oppositionsbewegungen des Herbstes 89 in den Bundestag einziehen.

Herr Gysi hat einmal gesagt, es gebe ein Bedürfnis nach PDS. Das ist in der Tat ein Problem. Bei Linken in der BRD gibt es, gleich wie kritisch man dem realen Sozialismus gegenüberstand, die Reaktion: Also der Kapitalismus – das kann doch nicht alles gewesen sein. Diese Befindlichkeit gibt es. Und es gibt Leute wie Dorothee Sölle, die in all ihrer Naivität deshalb für die PDS optieren.

Möller: Es ist falsch zu sagen, es habe keine wirkliche Opposition gegeben. Die Opposition im Bundestag hat sich so verhalten, wie es sich für eine parlamentarische Opposition in diesem System »gehört«. Es ist nichts neues, weder das Verhalten der SPD noch das der Grünen. Das Problem ist für mich, daß es keine Opposition gegen das Gebilde Deutschland gibt. Deshalb ist es für mich auch kein akzeptables Ziel, die Befindlichkeit der DDR-Bürger dadurch zu verbessern, daß man ihnen das Gefühl vermittelt, in diese Einigung zu einem neuen Großdeutschland einbezogen zu werden.

Barloschky: Ich finde es legitim, daß die PDS kandidiert, auch die Begründungen, was die Interessen oder Befindlichkeiten der DDR-Bürger angeht, kann ich nachvollziehen, und ich hätte auch nichts dagegen, wenn es mehr Konkurrenz der »Linken« im Bundestag darum geben würde, wer nun mehr Opposition macht.

Eine ganz andere Frage ist: Muß diese PDS sich an den Wahlen beteiligen? Ich wünschte, die PDS-Mitglieder würden das selber mit nein beantworten. Das, was da jetzt versucht werden soll, nämlich das Zusammenschmieden verschiedener linker Kräfte in und aus beiden Deutschlands, geht mir mindestens zu schnell. Ich sage deshalb mindestens, weil ich mir nicht mal sicher bin, ob das überhaupt die richtige Richtung ist, in der die Auseinandersetzungen innerhalb der Linken weitergehen müssen. Ich bin mir unsicher, ob eine Partei die richtige Organisationsform ist, ich glaube vielmehr, daß andere Bewegungsformationen notwendig sind, die die politische Kultur der Zukunft werden bestimmen müssen. Sie tun es noch nicht, aber sie müssen. Ich fürchte, daß die Formierung einer Partei die Debatte zwischen den linken Kräften eher erschwert oder sogar blockiert. Mir werden zuwenig Fragen gestellt und schon wieder zuviele Antworten gegeben. Wenn es jetzt zur Begründung der PDS/Linke Liste heißt, »der Sozialismus« müsse für den Bundestag kandidieren, wird schon wieder etwas vorausgesetzt, was eigentlich zur Debatte stehen müßte.

Gysi: Die Befindlichkeit und die Interessen der DDR-Bürger sind natürlich sehr unterschiedlich, das ist schon wahr, aber das Ganze, wie es gelaufen ist, hat ja auch etwas von einem Handstreich an sich, wenn auch von einem erfolgreichen,

jedenfalls für die, die ihn vollzogen haben, und ich würde deshalb auch nicht unterschätzen, welche Bedeutung es haben kann, daß eine relativ DDR-spezifische Partei in diesen Bundestag mit einzieht. Ich lebe ja nun in diesem Land, und ich erlebe, wie alles beitreten muß, ohne Ausnahme. Wenn die Liberalen sich vereinigen, heißt das, daß unsere Liberalen ihren Beitritt erklären und bei 130.000 Mitgliedern mit 200 Delegierten vertreten sind, die FDP mit 400 Delegierten bei 60.000 Mitgliedern. Überall wird ganz klar gemacht, wer hier das Sagen hat. Und wenn die Grünen noch ein paar Leute auf ihre fast schon fertigen Listen nehmen – aus immerhin drei Bewegungen und einer Partei – , kann man sich schon denken, wie spezifisch die DDR da vertreten ist. Bei uns werden, wenn wir denn einziehen, auch Linke aus der Bundesrepublik in der Fraktion sein. Aber natürlich wird das, was aus der DDR kommt, bei uns dominieren.

Ob der Sozialismus einziehen soll in das Parlament? Ich neige vielleicht zur Utopie, aber es hat alles seine Grenzen. Was man machen kann in einem Parlament, ist: Fragen stellen, öffentlich machen, Zusammenhänge erklären. Das können Linke immer noch ganz gut, und sowas wie ein Internationaler Währungsfond und die Weltbank und die ganze Steuergesetzgebung in der Bundesrepublik – wem fällt da eigentlich noch auf, was für wen wie beschlossen wird, wenn es nicht öffentlich gemacht wird? Dazu kann man auch das Parlament nutzen.

Ich halte die Frage, was die Bewegung der Zukunft sein wird, für sehr berechtigt. Aber wir brauchen meines Erachtens beides: eine Vision und Realpolitik. Und Realpolitik heißt: Was sind im Augenblick die Bewegungen, wie laufen sie ab in Deutschland, will man darin ein Stück Wirksamkeit erlangen und, wenn ja, in welcher Form? Unser Versuch, eine Mischung aus Partei und Bewegung zu installieren, ist vielleicht für die gegebene Zeit keine schlechte Variante. Die Partei soll dafür sorgen, daß bestimmte Organisationsstränge funktionieren, und für Bewegungen wollen wir uns über die Arbeitsgemeinschaften weit öffnen. In den Arbeitsgemeinschaften wird auch gewählt, wird entschieden, werden Dokumente erarbeitet, und es kommt überhaupt nicht darauf an, Mitglied der PDS zu sein; allein in der Arbeitsgemeinschaft junger Genossinnen und Genossen sind ein Drittel nicht Mitglieder in der PDS.

Ich gehe auch davon aus, daß es mehr Fragen gibt als Antworten, aber gleichzeitig bleibt für mich die Vision eines demokratischen Sozialismus notwendig und auch lebenswert im Sinne eines Prozesses der ständigen Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, einschließlich der wirtschaftlichen und auch der Eigentumsverhältnisse. Ich will das nicht überbewerten, aber mit der PDS/ Linke Liste würde da schon etwas Neues in den Bundestag einziehen. Was die Grünen betrifft: Natürlich gab es da ablehnende Stimmen zu dem einen oder zu dem anderen Punkt, aber die Gesamtrolle der Grünen in diesem Anschlußprozeß, der hat mich zumindest enttäuscht.

Damus: Die PDS muß in den Bundestag, denn wenn sie nicht in den Bundestag einzieht, ist sie weg vom Fenster, weil sie eben keine Bewegung ist. Aber was ist denn eigentlich links an dieser Partei, was heißt denn demokratischer Sozialismus? Wenn man ihr Programm zu den März-Wahlen liest, dann ist da von sozialer Marktwirtschaft die Rede, obwohl es da immerhin in einem nicht-kapitalistischen Lande möglich gewesen wäre, ein bißchen mehr dazu zu sagen. Jetzt heißt es sozialistische Marktwirtschaft, weil man jetzt verbalradikal sein kann.

Gysi: Das erste war ein Druckfehler...

Damus: Nee, das war kein Druckfehler. In dem Augenblick, wo man nicht in der Verantwortung ist, nun als Linke auf den Putz zu hauen, und in dem Augenblick, wo man in der DDR noch Möglichkeiten hatte, einen dritten Weg zu gehen, die Marktwirtschaft anzuleiern und die parlamentarische Demokratie zu feiern und sonst nichts – das ist doch unglaubwürdig. Was links an dieser Partei sein soll, ist mir absolut schleierhaft. Ich sehe ein sozialdemokratisches Programm mit blaßgrünen Tupfern.

Ich bin auch nicht der Meinung, daß es einen Zusammenschluß der linken Kräfte in der BRD geben müßte, obwohl ich selbst mich zu den undogmatischen Linken zähle. Ich finde grade den Ansatz der grünen Partei, sich um Probleme zu gruppieren und nicht um Ideologien, also um die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, diesen Ansatz finde ich richtig, und schlichtweg überholt finde ich den Ansatz um eine Ideologie herum, die sich ja sozial gar nicht mehr festmachen kann in unserer Gesellschaft – wir haben diese sozialen Milieus nicht mehr. Deshalb wünsche ich mir sehr viele Linke in den Grünen, aber ich halte eine linke Partei heute für überflüssig, und die Programmatik der PDS beweist mir das.

Möller: Die Frage, ob die PDS ins Parlament gehört, möchte ich nicht mit ja oder nein beantworten, weil sich für mich die Frage einfach etwas anders stellt. Selbstverständlich hat sie das Recht, für den Reichstag zu kandidieren, und natürlich ist sie eine linkere Partei als die Grünen – daß die Grünen nicht ideologieträchtig seien, ist weißgott ein Gerücht. Ich sehe aber die parlamentarischen Möglichkeiten, von denen Gysi spricht, wesentlich skeptischer, gerade aufgrund unserer Erfahrungen mit den Grünen. Das künftige Parlament wird im wesentlichen eine Fortsetzung des Bundesparlaments sein, und entsprechend wird es funktionieren. Daran würde eine neue fünf oder sechs Prozent-Fraktion nichts ändern.

Mir geht es um den Charakter dieser Wahl: Es handelt sich hier um eine Reichsgründungswahl, die nicht einmal mehr normal-bürgerlich-demokratischen Gepflogenheiten entspricht. Das war kein Putsch, wie es vielfach bezeichnet wurde, denn sowohl die parlamentarisch vertretenen Parteien als auch die Bevölkerung beider Staaten haben in ihrer Mehrheit diesen Prozeß nicht nur geduldet, sondern ihn über Wahlen auch bestätigt. Der Charakter der Wahl wird ganz stark

bestimmt von den Auswirkungen des Systemzusammenbruchs in den Staaten des realen Sozialismus, einer prokapitalistischen Entwicklung, der im Augenblick erkennbar keine sozialistische Alternative, weder als ausformulierte Theorie noch als politische Bewegung, gegenübersteht. Die Mehrheit der Leute will die kapitalistische Entwicklung. Das war mir für die DDR in dieser massiven Form nicht immer klar. Hinzu kommen, in der DDR mehr als in der BRD, nationalistische Tendenzen. Aber der nationale Taumel ist nicht die Regel. Die Regel ist der nationale Konsens, der auch die Grünen und auch die PDS erfaßt.

Angesichts der historischen und der gegenwärtigen Erfahrungen halte ich den Trend zu Deutschland und zu einer deutschen Nation für etwas, das man nicht oppositionell dadurch besetzen kann, daß man Pro-Deutschland-Opposition macht. Ich kann mir eine Opposition nur als Opposition gegen Deutschland vorstellen, als Widerstand gegen diese Entwicklung, auch wenn er sich nur auf marginale Teile der Bevölkerung beziehen kann. Bei dieser Reichsgründungs-Wahl sind alle gesellschaftlichen Widersprüche, ob sie ökologische sind oder soziale, vom nationalen Konsens überdeckt. Man sieht das auch am Niedergang der entsprechenden Bewegungen, von der Friedensbewegung bis hin zur Gewerkschaftsbewegung, die speziell in der BRD Schwierigkeiten hat, auch nur noch für ihre normalen tariflichen Zielsetzungen zu mobilisieren. Vor diesem Hintergrund halte ich Parlamentsbeteiligung als einen wesentlichen Ansatz für linke und sozialistische Politik für verfehlt, für eine Auslieferung der Linken an eine Entwicklung, die sie überhaupt nicht mitbestimmen können, vor allem dann, wenn sie sich in der Frage des einigen nationalen Deutschlands nicht abgrenzen, sondern im Gegenteil diese nationale Entwicklung sogar als im Prinzip positiv, nur in der Verlaufsform zu kritisieren, mitübernehmen, wie die PDS dies tut. Dies ist nicht die Zeit für eine pseudoreale Politik, die auch real nichts bewirkt. Die Linke hat eine schwere Niederlage erlitten. Will sie, wie die PDS, dennoch ins Parlament, muß sie sich opportunistisch an Massenstimmungen anpassen, und diesen Opportunismus sehe ich bei der Linken Liste/PDS angelegt.

Aus dieser Gesamteinschätzung ergibt sich für mich, daß ich bei dieser Wahl wichtigere Aufgaben für Linke sehe, wissend, daß wir da keinen massenhaften Einfluß bekommen. Ich halte es für wichtiger, die zukünftigen Perspektiven des Widerstands zu diskutieren, als die Linken in den nächsten Wahlkampf zu scheuchen. Das richtet sich nicht speziell gegen die PDS, aber von der muß ich mich einfach deswegen besonders abgrenzen, weil sie für die Linken, mit denen ich bisher diskutiert habe, der Hoffnungsträger geworden ist.

Barloschky: Ich frage mich, warum das für mich so gespenstisch ist, warum mich diese Wahlen eigentlich einen Scheißdreck interessieren. Die sozialistischen Kräfte im weitesten Sinne stehen vor einem Scherbenhaufen, historisch und meist auch persönlich, was ihre eigene Biografie, was ihr Selbstverständnis anbelangt – die Frauen aus dieser sozialistischen Bewegung doppelt und dreifach, weil sie ihre eigenen Interessen in dieser Bewegung nicht vertreten, nicht erkannt und nicht formuliert haben, oder doch nur in sehr angepaßter Form. In dieser Situation habe ich erstmal das Bedürfnis, zu erkennen, wer eigentlich die Subjekte sein sollen, die die Entwicklungsrichtung der Menschheit und die zugespitzten Widersprüche unserer Zeit in den Griff kriegen können – wenn es denn die Klasse, die im vorigen Jahrhundert dazu ausersehen war, nicht mehr sein kann.

Ich erwarte von niemandem, weder von den Grünen, noch von der PDS, daß er zum nächsten Wahltermin beantwortet, mit welcher Strategie, mit welchen Kräften, mit welchen Menschen, in welcher politischen Formation diese Dinge angegangen werden sollen. Aber ich erwarte, daß alles unterbleibt, was Verständigungsprozesse hemmt, die in dieser Richtung notwendig sind. Das gilt für organisatorische Blockaden, das gilt aber auch für den Versuch, über die entscheidenden Fragen nicht mehr zu reden, weil der Kernpunkt auf einmal die Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalismus ist. Wie beispielsweise die Radikale Linke die Auseinandersetzung mit dem Nationalismus organisiert, das lenkt nur von den Debatten ab, die jetzt zu führen wären.

Gysi: Ich finde es gar nicht überzeugend, zu sagen, wir stehen vor einem Scherbenhaufen, und das Erste ist, daß man sich nun erstmal nicht an Wahlen beteiligt...

Barloschky: Beteiligt euch doch, aber tut es nicht mit dem Anspruch, daß ihr die linke Opposition seid, die den demokratischen Sozialismus bringt.

Gysi: Die Zeit, in der es ein Monopol irgendeiner Partei oder Bewegung für linke Politik gab, ist vorbei. Man muß einfach akzeptieren, daß linke Politik sehr differenziert ist. Deshalb weiß ich auch nicht, ob der Zusammenschluß linker Bewegungen so eine wichtige Geschichte ist. Wichtig ist, daß man trotz unterschiedlicher Positionen zu bestimmten Aktionen zusammenfinden kann. Wir wollen uns hier einordnen in ein linkes Spektrum.

Die ganze Diskussion geht daran vorbei, daß die Erfahrung Linker in der DDR und in der Bundesrepublik sich gravierend unterscheiden. Ihr habt hier 40 Jahre lang Bundestag gehabt und dazu natürlich eine klare Meinung. Wir hatten 40 Jahre unsere Volkskammer. Es ist ein anderer Ausgangspunkt, wenn man in einem Wirtschaftssystem gelebt hat, das nicht nur nicht effizient war; sondern durch einen permanenten Mangel an einfachsten Angeboten im Dienstleistungs- und im Warenbereich gekennzeichnet war, und das läßt sich aus der Ferne auch schwerer beurteilen, das muß man eben durchlebt haben. Wieviel Zeit Leute damit verbracht haben, einfachste Dinge zu besorgen – da entsteht natürlich zur Frage der

Effizienz einer Wirtschaft eine andere Beziehung als dort, wo die Effizienz immer gegeben war und man längst mit den Gedanken darüber hinaus ist und sich fragt: Was bewirkt eigentlich das Ganze, was kommt dabei heraus wie kommt das zustande, wie ist das Verhältnis zur Dritten Welt usw. Man muß diese unterschiedlichen Erfahrungen einfach berücksichtigen, um zu verstehen, wie welche Aussagen zustandegekommen sind, und gleichzeitig zu sehen, wie die sich entwickeln. Von der sozialen Marktwirtschaft zu sozialistischer – das ist nicht Zunahme von Verbalradikalismus, sondern von Erkenntnis.

Die Linken in der Bundesrepublik haben ein ganz anderes Wissen auf den Gebieten Ökologie und Feminismus als auch die gutwilligsten Linken in der DDR, weil es nur wenige Möglichkeiten gab, sich damit zu beschäftigen. Also auch der Kenntnisstand ist ein geringerer. Dafür bringen wir natürlich wieder andere Erfahrungen ein, zum Beispiel einen Haufen Negativerfahrungen. Ich höre manchmal Vorstellungen, wo ich nur sagen kann, das laßt mal lieber bleiben, das ist schon mal versucht worden, das geht schief. Wir bringen auch Erfahrungen ein aus der Zeit der runden Tische, der Zeit einer dreigeteilten Macht zwischen so einer Art Parlament, der Regierung und dem runden Tisch, einer unmittelbaren Demokratie, die leider wieder aufgegeben worden ist.

Ich habe den Vorwurf gehört, was sich da in der Bundesrepublik in der Linken Liste zusammenschließt, sei nichts Neues. Vielleicht bringt das Zusammengehen mit der PDS eben doch etwas Neues. Nicht alles, was von uns programmatisch gesagt wird, kann bei euch Zustimmung finden, das verstehe ich. Eine andere Frage ist doch, ob ich das deshalb sofort ad absurdum führe oder ob ich sage, das ist eine Sache, über die es sich lohnt nachzudenken, an der man sich beteiligen oder die man kritisch begleiten kann.

Was die Frage Deutschland betrifft, den Nationalismus und die Anpassung an Massenstimmungen: Wir treten als eine Oppositionspartei an, verstehen uns auch so, schielen nicht auf Koalitionen, können gar nicht schielen, weil ja kein Partner vorhanden ist. Wir wissen also von vornherein, daß wir eine Minderheit ansprechen und keine Mehrheiten, zumindest gegenwärtig.

KONKRET: Aber die deutsche Einheit spielt auch bei der PDS eine große positive Rolle.

Gysi: Das ist eine andere Frage. Dazu sage ich noch was . Aber Frau Damus hat gesagt, sie wünsche sich bei den Grünen so viele Linke wie möglich. Nach meinem Eindruck sind die Linken bei den Grünen in letzter Zeit zurückgedrängt worden. Und was ich da so gehört habe über die »Weltmacht Deutschland«, zur Bejahung der Nato und daß Ökologie nur im Kapitalismus möglich sei, hat mich bestürzt, und es hat mich dann auch bestürzt, daß die Ausgrenzung der PDS von der CDU bis zu den Grünen funktioniert. Früher hätten die Grünen gesagt: Was die andern machen, machen wir nicht mit, das ist uns zu billig, den Weg gehen wir nicht mit. Heute gehen sie ihn mit. Natürlich etwas differenzierter formuliert als die anderen, aber im Prinzip mit der gleichen Richtung. Das hat nicht nur etwas mit uns zu tun, sicherlich auch, sondern es hat auch damit zu tun, daß die Grünen eine etablierte Partei sind, die sich auch in dieser Frage nicht allzu sehr von den anderen Parteien im Bundestag abheben will.

Zur Deutschland-Problematik: Ich bestreite nicht, daß das ein schwieriger Punkt ist. Man muß die konkrete Situation sehen: Das Modell des sogenannten real existierenden Sozialismus ist, wie ich meine: zurecht, in der DDR gescheitert. Wir haben zunächst versucht, ein Angebot zu machen in Richtung Demokratisierung, demokratischer Sozialismus, Bewahrung einer besseren DDR. Das war unter den gegebenen Verhältnissen und Möglichkeiten, nachdem nun auch noch in Panik die Grenzen geöffnet wurden, ohne Chance. Hinzu kam die ökonomische und sonstige Schwäche der UdSSR. Andererseits gibt es ja im Vergleich zum real existierenden Sozialismus im Kapitalismus der BRD durchaus fortschrittlichere Seiten: Die Demokratie ist hier bestimmt nicht so, wie ich sie mir vorstelle, aber sie ist auf jeden Fall weiter, als sie bis zum Herbst 89 in der DDR war.

So, und jetzt kam nicht von der Partei, sondern von der Regierung, einer Koalitionsregierung, der Regierung Modrow, eine Erklärung, die den »Weg zur deutschen Einheit« über eine Konföderation vorschlug und verschiedenste Strukturen, die einen überschwenglichen Nationalismus und eine Weltmacht-Geschichte durch Neutralität und Abrüstung verhindern sollten. Das ist nicht gelungen, auch deshalb, weil die Wahlergebnisse es nicht mehr zuließen. Dennoch es ist wichtig, daß auch in dem Anschlußprozeß, soweit es eben irgendwie möglich ist, die Probleme deutlich gemacht und Interessen vertreten werden. Und da würde ich mich nicht ausklinken wollen, dafür gibt es zu viele Interessen von Bürgerinnen und Bürgern der DDR, und ich sage voraus, daß die zum Teil psychisch krank werden, weil die Art des Anschlusses sie überfordert. Das wird noch schlimme Folgen haben.

Aber das, was es in dieser Zwischenzeit an neuen Ansätzen gab, was zwar leider zerstört, kaputt gemacht und verspielt worden ist, das ist natürlich im Bewußtsein drin. Da ist noch einiges, woran man anknüpfen kann. Ich weiß nicht, welche Bedeutung das im Jahr 1991 hat, vielleicht hat es erst eine Bedeutung im Jahr 1992 oder im Jahr 1993, aber ich bin ganz sicher, daß es eine Bedeutung haben wird. Ich habe das Gefühl, daß auch in der Bevölkerung der BRD etwas Unruhe ist über die Gesamtheit dieser Entwicklungen, daß die Prozesse auch nicht so einstimmig ablaufen, wie man sich das vorstellt. Und wenn man dann noch das Internationale sieht, und zwar sowohl das Verhältnis zur Dritten Welt als auch die Fragen,

die im Zusammenhang mit Europa stehen, dann meine ich schon, daß es eine Partei geben sollte, die wir ja erst zu einer modernen, linken, sozialistischen, demokratischen Partei machen wollen, aber eine Partei, die diese Dinge auch deutlich benennt. Die sich eben zum Beispiel eindeutig gegen die Nato-Mitgliedschaft wendet, die sich eindeutig gegen dieses Weltmachtstreben wendet, die eindeutig auch auf die entsprechenden Gefahren hinweist, und wenn sie das auch im Parlament artikuliert, ist das kein Nachteil. Dabei kann sie unmöglich stehen bleiben. Aber es stärkt sie, wenn sie auch im Parlament ist. Und wenn man sieht, woher sie kommt und wie sie sich im Laufe der Monate entwickelt hat, dann müßte es meines Erachtens auch für Linke in der Bundesrepublik möglich sein, sie als Projekt anzunehmen und auch darüber nachzudenken, wie man das weiterentwickeln kann, anstatt aufgrund irgendwelcher Aussagen, die einem nicht gefallen oder die man für den Zeitpunkt für falsch hält, sofort keinen weiteren Gedanken mehr daran zu verschwenden.

Damus: Mich wundert, mit welcher Naivität Sie ein System kritisieren, in dem Sie immerhin Mitglied der Partei gewesen sind. Man muß doch mal die Frage stellen: Was hat der Leninismus/Marxismus mit dem Stalinismus zu tun? Ich finde, die PDS leistet eine Aufarbeitung der Vergangenheit noch nicht mal in Ansätzen, und dieser Befreiungsschlag: der reale Sozialismus hatte nichts mit Sozialismus zu tun, bringt keine Befreiung, sondern nur Verdrängung.

Sie sagen, die Linken würden bei den Grünen zurückgedrängt. Darauf kann man ja und nein antworten. Ich finde es nicht richtig, wenn Sie dazu die Ausführungen zur Weltmacht Deutschland zitieren, dann müßten Sie auch meine Gegenstellungnahme zitieren. Was Sie zitieren, sind Positionen, die ich als neokonservative Positionen bezeichnen würde, die von Aufbruch-Leuten in die Partei reingebracht werden...

Möller: Das sind nicht irgendwelche Leute...

Damus: Das ist richtig. Sie sind zwar nicht im Bundesvorstand, aber in der Fraktion vertreten; auf der Bundesdelegiertenkonferenz wird der Bundesvorstand eine Resolution vorlegen zur Nato-Frage, um diese Iran/Irak-Diskussion noch einmal aufzunehmen und auch diese »zivilisierte Weltmacht Deutschland« – also makabrer gehts gar nicht. Wir betreiben keine Ausgrenzungspolitik, sondern wir betreiben eine Abgrenzung: Solange die PDS nicht in den grundsätzlichen theoretischen Annahmen den Marxismus/Leninismus verurteilt hat, ist sie in meinen Augen nicht glaubwürdig.

Gysi: Auf der Klausurtagung und auf der Erneuerungskonferenz, die wir jetzt zwei Tage gemacht haben, da ging es unter anderem genau um dieses Verhältnis. Wir haben uns sowohl mit dem Leninismus auseinandergesetzt, als auch überhaupt mit allen Ismen, und wir haben uns auch zu Marx geäußert. Man kann nicht sagen, daß wir uns nicht damit auseinandersetzen, man könnte höchstens sagen, daß wir uns damit falsch oder nicht hinreichend auseinandersetzen.

Wenn Sie sagen, da gebe es zwar Leute in Ihrer Fraktion, die solche Dinge äußern, aber das sei nicht die grüne Partei als Ganzes, wird das schon stimmen. Aber es kommt doch darauf an, ob solche Äußerungen die Schmerzgrenze einer Bewegung überschreiten oder nicht. Die Diskussion in der PDS ist ja auch sehr breit, aber Äußerungen für die Nato gibts eben nicht.

Möller: Doch. Euer Sicherheitsexperte Scheler hat im Juli gefordert, – da hast du dich noch von ihm abgesetzt – , ihr müßtet die Realitäten anerkennen und dazu könnte gehören, daß sich Gesamtdeutschland auf den Boden der Nato stellen müßte...

Gysi: Nein, ein bißchen differenzierter wars schon: Er hat gemeint, daß man die Nato nur auflösen könne von innerhalb der Nato, daß man sie also ad absurdum führen müsse. Ich habe darauf geantwortet, das möge zwar schlau gedacht sein, es sei aber vom Ansatz her falsch.

Barloschky: Für mich steht die Glaubwürdigkeit von politisch handelnden Menschen auf dem Spiel, wenn ich sehe, mit welcher Geschwindigkeit Genossinnen und Genossen von mir in der Lage sind, binnen eines dreiviertel Jahres ihre alten Gewißheiten gegen neue einzutauschen. Das diskreditiert den Weg, den ihr geht, Gregor, und macht es mir zur Zeit unmöglich, ihn mitzugehen, wiewohl ich einen Teil eurer Debatten richtig finde – wie die der Grünen, und doch werde ich einen Deubel tun, mich da zu organisieren, solange von dort solche deutschnationalen Töne kommen. Deshalb versuche ich, mich mit Menschen zusammenzutun an meinem Arbeitsplatz, in bestimmten Auseinandersetzungen vor Ort, um sozusagen überregional und auch global Bewegungsformen zu entwickeln, Widersprüche auszutragen, die es mir eher möglich erscheinen lassen, Bewußtsein zu verändern.

Gysi: Was heißt denn das überhaupt: »glaubwürdig« ? Weißt du, was du damit sagst ? Daß du sagst, glaubwürdiger wäre es, sie würden alte SED-Positionen vertreten? Natürlich gibt es da einzelne, bei denen du früher gar keine Nachdenklichkeit gespürt hast und die sich jetzt besonders weit aus dem Fenster hängen – da geht es mir dann nicht anders als dir. Aber das gilt weder für die Leitung der PDS noch insgesamt für diese Partei. Der große Trennungsstrich sind die zwei Millionen, die gegangen sind. Wenn jetzt wirklich 2,3 Millionen eine gänzlich veränderte Haltung einnehmen würden, das wäre natürlich schon ein beachtlicher historischer Vorgang.

Barloschky: Gregor, ich habe überhaupt nicht über die PDS in der DDR geredet, sondern über meine Genossen und Genossinnen hier, die jetzt in der Linken Liste mitmachen. Ich bin 18 Jahre in der DKP gewesen, die allermeiste Zeit als Funktionärin; ich war im wesentlichen nicht Opfer, sondern Täterin, die eine bestimmte Schuld auf sich geladen hat, zu der ich mich verhalten muß. Aber als ehemalige DKP-Funktionärin jetzt schon wieder zu wissen, was die nächste Neuorientierung ist, mir eine Mitgliedskarte besorgen und schon wieder einen Wahlkampf organisieren – das geht nicht. Ich muß mich erstmal auf den Hosenboden setzen, die Hausaufgaben machen, überlegen, was ich gemacht habe die letzten zig Jahre, warum ich das wohl gemacht habe, wieso ich nicht schon früher auf andere Gedanken gekommen bin – und nicht schon wieder in vorderster Front den nächsten Wahlkampf organisieren.

Gysi: Das ist aber euer Problem und am wenigsten unser Problem.

Barloschky: Du akzeptierst, daß die alten DKP-Stalinisten da schon wieder mit rummischen dürfen?

Gysi: Ich finde die Frage nicht korrekt. Diese Linke Liste/PDS ist deshalb zustande gekommen, weil wir ein Organisationsbündnis ablehnen. Die Kritik aus den Reihen der DKP an diesem Projekt richtet sich genau dagegen, daß nur Einzelpersonen aufgenommen werden, die in der jeweiligen Gruppe Akzeptanz finden.

Damus: Katja, du sagst, die Linke stehe vor dem Scherbenhaufen. Ich hatte innerlich auch so ein kurzes Gefühl, obwohl ich mich 20 Jahre mit dem DDR-Sozialismus wissenschaftlich rumgeschlagen habe. Warum steht man eigentlich vor einem Scherbenhaufen, wenn ein System zusammenbricht, das nichts mit dem Sozialismus zu tun hat? Dieses Gefühl gabs in der Bundesrepublik nicht nur bei den Linken, und das gabs auch in der grünen Partei. Das machte die Frage des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten so schwierig. Aber wieso? Wieso kann denn die Tatsache, daß eine Diktatur endlich endet, die ihre eigene Systemgrundlage aufgefressen hat, dieses Gefühl auslösen? Wieso kann man es nicht auch als eine Chance begreifen, daß dieses starre: Kapitalismus versus sogenannter realer Sozialismus nun aufgelöst ist? Es gibt Chancen bezogen auf Abrüstung, es gibt Chancen, daß Mittel in andere Bereiche reinfließen, es gibt Chancen, den Kapitalismus ungeschminkt verantwortlich zu machen, weltweit. Dadurch, daß der reale Sozialismus weg ist, wird der Kapitalismus in ganz andere Legitimationszwänge geraten als vorher.

Zur Frage der Parlamentsbeteiligung: 1979 war ich mächtig gegen die Gründung der Partei der Grünen, aus bekannter Parlamentskritik, und an dieser Parlamentskritik hat sich auch nichts geändert. Nur die Frage ist, was ist die Alternative? Was kann sie denn sein? Und ich denke, daß man doch im Parlament sein muß, daß auch ein systemoppositioneller Ansatz nicht anders kann als zu versuchen, sich reformerisch umzusetzen, und insofern das Parlament als Tribüne braucht und vielleicht in Zukunft auch mal anders nutzen kann.

Den Vorwurf, wir seien im gesamtnationalen Konsens, möchte ich doch von mir weisen. Die Grünen haben enorme Schwierigkeiten gehabt mit dieser auf uns zugekommenen, nicht gewollten Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Aber über die Wahlen vom 18. März kann man nun mal nicht hinwegsehen. Die DDR-Bevölkerung hat die DM gewählt, und man mußte überlegen, wie man auf dieser Basis weiter argumentieren kann. Man kann nicht ewig und drei Tage die Zweistaatlichkeit vertreten, wenn sie nunmal passé ist, sondern man muß versuchen, innerhalb dieses Gebildes dann noch das herauszuholen, sozial, ökologisch, demokratisch, was möglich ist. Also wir haben, so lange es immer nur ging, uns dagegen geäußert. Aber die Wahlen vom 18. März haben dieser Position den Boden unter den Füßen schlicht weggezogen.

Möller: Ich würde schon beim »ewig und drei Tage« bleiben. Ob es politisch etwas bewirkt? Ich dreh den Spieß mal um: Ob die Illusionen über die Chancen auf Veränderungen der jetzigen Situation durch Mitmachen etwas bewirken, scheint mir noch viel zweifelhafter.

Barloschky: Dann können wir nur sagen: Es gibt keine Chancen und Hoffnungen, es ist eben alles Scheiße, und deswegen ziehen wir uns jetzt zurück und finden das alles doof. Oder du kannst sagen, und das finde ich richtiger: Ausgehend von den Dingen, so wie sie sind und nicht so wie wir sie gerne hätten, werden wir, die wir an dieser Welt was verändern wollen, erkunden, in welcher Art und Weise wir eingreifen können. Deswegen finde ich sowohl in der Frage des Parlamentarismus als auch in der Deutschland-Frage die Positionen von Renate und von Gregor richtig und nachvollziehbar und halte eine Position, die verlangt, daß du erst mal gegen Deutschland bist, und das ist sozusagen die Eintrittskarte dafür, auf irgendeine Weise progressiv wirken zu können, für falsch und unpolitisch.

Das ist eine Haltung, die kein Stück weiterführt. Wobei weniger der 18. März dieser Haltung den Boden entzogen hat, als die bisherige Politik in der DDR. Und daraus entsteht auch für mich ein Stück weit dieser Scherbenhaufen, wobei ich feststelle, daß eben nicht nur diejenigen davorstehen, die sich bisher auf den real existierenden Sozialismus, bei aller Kritik und aller Auseinandersetzung, die man dann so hatte, aber das, finde ich, zählt heute alles nicht mehr, also nicht nur diejenigen, die sich positiv auf den real existierenden Sozialismus bezogen haben, sondern ja ganz offensichtlich auch alle anderen, die grundsätzlich Gegner des vorherrschenden Kapitalismussystems sind.

Ich stimme Renate und Gregor völlig zu, daß es notwendig ist, reformerisch zu grundsätzlichen Veränderungen zu kommen. Ob die Praxis der Grünen im Bundestag das nun ist, ich finde nicht, daß es das ist, und obs nun die Praxis der

PDS sein wird, die sozial gebunden ist an beharrende Kräfte, sowohl ihrer Mitglieder- wie ihrer Wählerschaft – das ist auch in Ordnung, aber es hindert mich daran, mit fliegenden Fahnen zu dieser Konstellation überzugehen. Sie ist gebunden an beharrende Kräfte, wo doch angesagt ist, sich auf diejenigen Kräfte zu stützen, und zwar ausschließlich auf diejenigen Kräfte, die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß, aufgrund ihrer Denk- und Änderungsfähigkeit in der Lage sind, die tatsächlichen Zukunftsfragen anzugehen. Ich weiß, Gregor, das hast du auch geschrieben in deinem Vorwort, daß die PDS sich auch auf diese Kräfte stützen wird, und ich nehme auch zur Kenntnis, im Gegensatz zu dir, Renate, daß zumindest Teile der PDS sehr wohl an den Fragen arbeiten, von denen du behauptest, daß sie es nicht tun.

Möller: Deine Minimalansprüche an Politik, Katja, kann ich einfach nicht teilen. Du hast gesagt, man muß davon ausgehen, was die Realität ist und was man durchsetzen kann. Ich denke, es muß erlaubt sein, auch davon auszugehen, was wünschenswert ist, und das zu konfrontieren mit dem, was machbar, was durchsetzbar ist. Ich behaupte nicht, hier besser zu wissen als irgendjemand anders, wo es langzugehen hätte, sondern ich sage nur, daß die, die behaupten, sie wüßten, wie es laufen sollte, eine katastrophale politische Entwicklung fördern.

Hier ist mehrfach von den positiven Chancen gesprochen worden, die in der jetzigen Entwicklung liegen. Und ich staune, zu was für Schlußfolgerungen das in der Politik führt . Da versucht der Udo Knapp von den Grünen militärische Weltmacht zu spielen, und diejenigen Grünen, die sich von ihm abgrenzen wollen, machen eine Anzeige in der »taz« zur Situation im Golf, und da lese ich dann, die Grünen seien gegen militärische Interventionen, sie unterstützten aber das UNO-Embargo, und dann heißt es: »Die Handlungsalternative heißt nicht militärisches Eingreifen oder Appeasement.« Sondern dazwischen: »Der hochverschuldete Irak muß durch ein konsequentes und allumfassendes Embargo in die Knie gezwungen werden«. Das ist, mit vermeintlich pazifistischen Worten, eine Aufforderung zur Gewalt gegen den Irak. Die Grünen bemühen sich gar nicht, die Kompliziertheit von Widersprüchen in den imperialistischen Interessen in dieser Region überhaupt mit in Erwägung zu ziehen, und das kommt daher, daß der von mir konstatierte Zusammenbruch, die Niederlage der Linken im weitesten Sinne – ich bin ja nie Realsozialist gewesen, aber ich fühle mich als Teil dieser Niederlage – in einer illusionären Art und Weise gewendet wird, was beispielsweise die Entwicklung der Weltwidersprüche angeht. Das befördert eine imperialistische, ja sogar Nato-zentristische Sichtweise.

Man stellt fest – das hast du gemacht, Katja – , der Ost-West-Konflikt ist weg, also gibt es neue Chancen, und man sieht nicht, daß es neue Konflikte gibt und Umverlagerung der Interessen stattfinden, die sich gegen andere Gegner richten, gegen schwächere Nationen. Der Irak, bei aller mörderischen Politik, die er im Inneren gegenüber den Kurden betreibt, und bei allen expansionistischen Zielen, ist *auch* ein Opfer des Imperialismus. Das wird nicht mit-thematisiert, da wird bloß mit dem Begriff »neuer Chancen« sich Sand in die Augen gestreut. Das werfe ich natürlich auch der PDS vor, die dauernd von den »historischen Chancen« spricht, die sich durch das vereinigte Deutschland für die europäische Einigung und den Weltfrieden ergeben.

Da muß eine nationale Verblendung eingetreten sein, die nicht mehr erkennt, wie die Widersprüche sich verlagert haben und liegen. Die psychologische Situation bei euch, Gregor, besteht doch darin, daß ihr als Partei immer Mehrheit sein wolltet, obwohl ihr es nicht gewesen seid. Das charakterisiert beispielsweise Modrows Plan »Deutschland, einig Vaterland«. Sein Bemühen war ja noch davon getragen, soviel wie möglich von DDR-Interessen, wie er sie definiert hat, hinüberzuretten, obwohl das Kräfteverhältnis schon längst ganz anders war. In der PDS ist diese Illusion überhaupt noch nicht verarbeitet worden, sondern die Attitüde, mitgestalten zu wollen, verantwortlich gestalten zu wollen, und sei es als »konstruktive Opposition«, hat sich bis heute erhalten. Ich verstehe schon auch euer Bemühen, die sozialen und psychischen Schicksale in der DDR abfedern zu wollen, aber dieses Bemühen muß sich ja vor Augen halten, daß das Folgen sowohl des alten Systems als auch der Einheit sind. Und wenn ihr glaubt, das realpolitisch darüber abfedern zu können, daß ihr diesen heutigen Prozeß Richtung Kapitalismus als Minderheit mitgestaltet, dann halte ich das für eine neue Illusion.

Ich glaube, daß man sich erlauben darf, diese Prozesse zu diskutieren und zu kritisieren und sich auch dazu zu bekennen, nicht mit Lösungen dienen zu können. Ich kann nicht verhindern, daß diejenigen, die Illusionen verfolgen und das als reale Interessenspolitik verkaufen, mir gegenüber meinen, im Vorteil zu sein. Die Realität des Vereinigungsprozesses hat alle ihre Illusionen bisher widerlegt. Wenn ihr euch von eurer positiven Haltung zu diesem Vereinigungsprozeß nicht löst, sondern bloß immer wieder Hoffnungen schürt, ihr könntet diesen Prozeß, den andere führen, beeinflussen und zum Besseren wenden, werdet ihr keine Kraft der Opposition.

Gysi: Ich würde gerne nochmal etwas zur Niederlage des Sozialismus sagen. Ich datiere die Niederlage der Linken in Europa auf das Jahr 1933. Davon hat sie sich bisher nie wirklich erholt. Der Sieg des deutschen Faschismus war der eigentliche Tiefpunkt der gesamten linken Bewegung. Es ist ihr nicht gelungen, das verbrecherischste System, das es je gegeben hat, zu verhindern. Das hatte natürlich Konsequenzen, bis zum Weltkrieg, seinem Ende und dem, was dann als sogenannter Ostblock, als sozialistisches Weltsystem entstand und auch wie es entstand, unter welchen Vorzeichen es entstand, und nach welchem Modell es entstand. Das ist ja nicht von innen heraus entstanden, sondern von außen.

Das alles waren auch Konsequenzen dieser Niederlage. Das macht ja auch die ganze Komplexität im Verhältnis zur DDR aus. Worin bestand denn die Grundakzeptanz der DDR bei Leuten, die nicht aus irgendwelchen Karrieregründen in der Partei sein mußten? Es gab eine Grundakzeptanz, und die hatte mit dem Gefühl zu tun, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Die DDR war eben nicht das Land, das die südafrikanischen Rassisten förderte; sie war das Land, das eher zur Abrüstung bereit war als die BRD; sie war das Land mit den geringeren sozialen Unterschieden. Dagegen standen ernsthafte Einschränkungen und Verletzungen der individuellen Freiheit und Demokratie, und nun bestand die Hoffnung, daß man das irgendwann miteinander verbinden könnte: die Vorzüge der DDR mit der Effizienz marktwirtschaftlicher Mechanismen und Demokratie, aber ohne Kapitalismus.

Ob das Herangehen richtig oder falsch war, ist eine ganz andere Frage. Es änderte sich grundsätzlich im Standpunkt und im Nachdenken ab dem Zeitpunkt, ab dem klar war, daß wir den Kapitalismus, so wie er real existiert, pur bekommen. Dann kannst du nicht mehr selektiv vorgehen, da gehts nicht um Elemente, sondern dann kriegst du das Ganze und dann mußt du dich damit als Ganzes auch prinzipiell auseinandersetzen. Und nun meine ich, bei allen Verbrechen des sogenannten real existierenden Sozialismus, das größte Verbrechen der Gegenwart ist immer noch die Ausbeutung der Dritten Welt, der tausendfache Mord, das tausendfache Elend, der tausendfache Hunger zugunsten eines kleinen Teils dieser Erde. Deshalb ist für mich die Niederlage des real existierenden Sozialismus nicht nur die Niederlage dieses Systems, sondern es läutet die Krise der Industriegesellschaft überhaupt ein.

Wir messen diesen globalen Fragen eine so große Bedeutung bei, daß wir eben nicht ausgehen von der Klassenfrage, sondern von den globalen Menschheitsfragen. Über die kommen wir auch zu den anderen Fragen, zumindest partiell, zurück. Aber die globalen Menschheitsfragen als Ausgangspunkt zu wählen, macht die Widersprüche, in denen wir leben und die sich verschärfen werden, besonders deutlich. Da muß auch die Kapitalismuskritik ansetzen, weil alle Reformen, die es gegeben hat, diese Widersprüche nicht abgebaut haben, sondern ganz im Gegenteil. Die soziale Schere innerhalb der Industriestaaten wie im Verhältnis zur dritten Welt öffnet sich immer weiter. Die erste Welt fängt ja auch nur deshalb an, sich ein bißchen dafür zu interessieren, weil sie ökologisch von den Auswirkungen betroffen ist. Für uns ist der Zusammenhang zwischen Ökologie und sozialer Frage ganz entscheidend. Wer versucht, ökologische Probleme zu lösen, ohne die sozialen zu lösen, wird sie nicht lösen. Das führt letztlich zu antikapitalistischen Positionen.

KONKRET: Die globalen Fragen werden, nachdem wir sie erstmal anders genannt haben, doch wieder Klassenfragen?

Gysi: In gewisser Hinsicht werden sie das, ja. Oder besser: Sind sie es.

KONKRET: Gysi hat gesagt, er datiere die Niederlage der Linken auf 1933. Man könnte sie auch auf den 4. August 1914 datieren, als der Abgeordnete Haase von der SPD im Deutschen Reichstag sprach: »Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung (gemeint ist die imperialistische Politik) mit allen Kräften bekämpft. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der zur Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel... Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.«

Heute halten wir an einem ähnlichen Punkt. Wir haben vor der Entwicklung gewarnt. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Vierten Reichs. Und wir bewilligen.

Möller: Luxemburg und Liebknecht haben nein gesagt – und waren nicht politikfähig. Die SPD-Mehrheit war sehr politikfähig.

KONKRET: Man sagt, das sei nicht vergleichbar – wenn wir uns aber ansehen, wie dieses neue Deutschland in Europa und in der Welt heute dasteht, und wenn man das vergleicht mit den Denkschriften der Deutschen Industrie zwischen 1936 und 1944 betreffend die Kriegsziele, dann wird man sehen, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg doch noch gewonnen hat.

Damus: Auf wann datieren wir die entscheidende Niederlage der Linken? Gysi sagt 1933, Sie sagen 1914. Wenn man, wie ich, die Sozialdemokraten nicht zur Linken rechnet, kann man sagen: Die Niederlage der Linken hat in dem Augenblick begonnen, da es der kommunistischen Internationale gelungen ist, die nationalen Parteien unter die sowjetischen außenpolitischen Interessen zu subsumieren, und das beginnt spätestens 1923, da haben wir die Sozialfaschismus-These usw.

Daß 1990 Menschen von einer Diktatur die Schnauze voll haben oder daß Sozialdemokraten 1914 einem Krieg zustimmen – das läßt sich wirklich nicht vergleichen. Da würde ich mich mächtig wehren. Wenn man sagt, Deutschland hat den Krieg gewonnen, dann kann man auf alle Fälle sagen, Westdeutschland hat jetzt in der Tat enorm den Krieg gewonnen, es boomt nun noch auf Kosten der DDR-Wirtschaft, und mir wären gewiß vier oder fünf Deutschländer noch lieber als zwei.

Aber es ist auch ein unheimlich statisches Denken. Die Aufteilung der Welt zwischen zwei Supermächten und die jeweilige Tötung innergesellschaftlicher Opposition mit dem Verweis, daß sie dem Gegner in die Hände arbeitet, hat eine Statik hervorgerufen, die gesellschaftlich gar nichts mehr verändern ließ . Immer war man mit diesem Argument konfrontiert. Und deshalb denke ich, daß der Zusammenbruch eines Systems, dem keiner nachtrauert, kein solches Problem hervorrufen

darf, nur weil man den Kapitalismus nicht will, den ich auch nicht will. So haben zwei feindliche Brüder gemeinschaftlich die Herrschaft aufrechterhalten. Diese beiden haben sich doch gegenseitig erhalten und gegenseitig die Opposition unterdrückt, und deshalb sehe ich, trotz der schmerzlichen Tatsache dieses 80 Millionen-Volks mitten in Europa, jetzt eine Chance der Veränderung in Gesamteuropa.

Heiner hat sich vorhin bezogen auf ein Inserat der Grünen in der »taz« zum Irak. Heiner, da hast du aber wirklich nur den letzten Satz gelesen. Vorher heißt es nämlich: »In der UNO müßte auch das weitere Vorgehen in diesem Konflikt koordiniert werden. Wir lehnen das Säbelrasseln der USA und ihrer Verbündeten und ihre kriegsrechtliche militärische Interventionspolitik ab.«

Möller: Wer ist denn die UNO – angesichts der schwierigen defensiven Lage der Sowjetunion? Wer bestimmt denn da, wer hat überhaupt noch eine Chance auf ein Veto?

Damus: Ich bestreite ja gar nicht die Auswirkungen des Imperialismus insgesamt, aber genauso hast du angesprochen das Problem der Kurden, du hast angesprochen das expansionistische Verhalten des Irak, und ich denke schon, daß dem entgegengetreten werden muß.

Barloschky: Der Streit, den du jetzt nochmal provoziert hast mit dem Zitieren der Sozialdemokratie 1914, besteht in zweierlei. Erstens grundsätzlich in der Frage, ob es notwendig und richtig ist, mit dem Wort »politikfähig« in die gegenwärtigen Auseinandersetzungen einzugreifen, oder ob das immer die Gefahr birgt, sich anzupassen an die Realität und sie dann apologetisch zu übernehmen: Weil das nunmal so ist, machen wir es halt auch mit, damit wir dann auch ordentlich eingreifen können. Tatsächlich ist es aber überhaupt nicht dieselbe Sache, sich um eine politische Eingriffsmöglichkeit in die gesellschaftlichen Entwicklungen zu bemühen und diese gleichzeitig zu akzeptieren. Also ich finde schon, daß grade die Aufgabe der Linken darin besteht, Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu üben, Positionen auch dann zu verneinen, wenn sie fünfmal von der Mehrheit der Bevölkerung so bestimmt worden sind, und gleichzeitig zu versuchen, Strategien zu entwickeln, die es ermöglichen, diese Realität zu überwinden.

Was Deutschland angeht, sehe ich es auch so, daß der Anschluß der DDR die Kräfteverhältnisse zunächst einmal massiv negativ verändert, daß die Gefahren riesengroß werden. Trotzdem müssen wir diese Niederlage als Realität akzeptieren, anstatt so zu tun, als ob wir 1988 hätten und nicht 1990. Die Möglichkeit, die Zweistaatlichkeit zu verteidigen, gibt es nicht mehr.

Möller: Es gab 1914 auch nicht die Möglichkeit, die Kriegsbegeisterung zu verhindern.

Barloschky: Man kann immer nur die Richtung angeben – also: Ich bin gegen den Krieg und deswegen werde ich gegen den stimmen und wenn ich mutterseelenallein in der Gegend rumstehe. Bei der Frage des Anschlusses dieses diktatorischen Systems an diesen Teil hier, der seinerseits diktatorisch, nämlich unterdrückend in der Welt wirkt, ist die Frage der Richtung aber eine ganz andere. Die Alternative, die es gibt, ist die Überwindung der Nationalstaatlichkeit, ist der Kampf gegen den Einfluß des bundesdeutschen Kapitals, ist der Widerstand gegen die Politik, die von diesem Kapital und von dieser herrschenden Politik gemacht wird. Die Alternative ist nicht, wir wollen wieder zurück zur Zweistaatlichkeit. Das kann nicht Grundlage des Widerstandes gegen dieses Großdeutschland sein.

Möller: Ich finde schon, daß man sich angucken sollte, ob es Übereinstimmungen in historischen Situationen gegeben hat und wo es Unterschiede gegeben hat, und da gibt es schon eine interessante Übereinstimmung zwischen 1914, 1933 und 1989/1990. Das waren drei Punkte in der historischen Entwicklung, an denen Deutschland den Durchbruch zur Weltmacht und Weltbeherrschung versucht hat. Das ist das Übereinstimmende bei erheblichen Unterschieden in den Verlaufsformen. 1914 ist für die Linke eine Niederlage gewesen, in Form des Zusammenbruchs der zweiten Internationale, Zustimmung zu den Kriegskrediten; 1933 ist für die Linke eine Niederlage gewesen in Form des Siegs des Faschismus, auch bei Wahlen – Deutschnationale und Nazis haben 52 Prozent bei den letzten Wahlen 33 erreicht; 1989/1990 war ein demokratischer Übergang zu Großdeutschland und zur Weltmacht.

Und auch das ist eine Übereinstimmung: Allen diesen unterschiedlichen Formen der Entwicklung zur deutschen Weltmacht lag ein nationaler Massenkonsens zugrunde. 1914 war es der Kriegschauvinismus, 1933 der Faschismus, und 1990 wird es ein in bürgerlich-demokratischen Wahlen geschaffener nationaler Konsens sein. Ich weiß nicht die weiteren Verlaufsformen, ich weiß nicht, ob und wie militärisch sie werden. Ich weiß nur, daß die Macht des Kapitals und der Industrie von der neuen Entwicklung überhaupt nicht angeknackst ist, daß der jetzige Prozeß von einem selbstbewußten bundesdeutschen und demnächst gesamtdeutschen Kapital getragen wird, und da hilft auch keine Mitbestimmung oder ähnliches drüber hinweg.

Konkret 10/90, S. 48

Ursula Kreft

Viersen ist überall

Innerhalb weniger Jahre hat sich die linke Infrastruktur in der Bundesrepublik weitgehend aufgelöst. Linke Buchläden gingen pleite, linke Stadtzeitungen wurden eingestellt oder zu Anzeigenblättern umgestylt, von der grün-alternativen Bewegung blieb die Grüne Partei. Ein Überblick über die Provinzialisierung des politischen Alltags

Vor kurzem besuchte ich mal wieder eine dieser Diskussionen unter Linken, wo Linke Liste, Radikale Linke und ökologisch-feministische Erneuerung auf der Tagesordnung Hochzeit machen. Die Debatte lief wie üblich, die meisten gaben Bekenntnisse ihrer Ratlosigkeit, einige jammerten, andere knirschten mit den Zähnen, und bald kam, was zur Zeit so sicher kommt wie das Amen in der Kirche: Ein Linker erhob sich vom Stuhle und sprach: »Wir sind in einer historisch entscheidenden Situation, denn die Linke ist in Bewegung geraten.«

Tatsächlich gibt es heftige Bewegungen: Von Ort zu Ort bewegen sich rastlose Linke, zu Treffen und Kongressen. Wer mit Zeitsouveränität und genügend Geld gesegnet ist, kann Reise-Linker werden und wochenlang auf Debattenfahrt gehen. Der Reise-Linke pendelt von Diskussion zu Diskussion zwischen den Hautstädten der Bewegung, und in Ganz-Berlin, in Hamburg, in Frankfurt, überall sieht er viel Bewegung, dank anderer Reise-Linker, die sich ebenfalls von Tagung zu Tagung bewegen. So kann der Reise-Linke den Eindruck gewinnen: Es geht voran, dies ist der Aufbruch der Linken im ganzen Land, überall regt sich eine lebendige »linke Szene«.

Leider verschwindet der Eindruck spätestens dann, wenn die Tagung zu Ende ist, wenn die Prominenten Richtung Autobahn verschwunden sind. Dann sitzen sie am Kneipentisch, ein paar Linke aus der Stadt, und sie reden privat und ehrlich. Hast Du gehört von der Demo in Wuppertal gegen 218? Nein, wußte ich nicht, wieviel waren da? Ungefähr 50 Leute, traurig war das. Ja, weißt Du schon, daß die Türken hier ihren linken Buchladen jetzt auch zumachen? In solchen und ähnlichen Gesprächen steckt die Wahrheit über den linken Alltag, und dabei geht es zunächst um Gefühle: um das beklemmende Gefühl vieler Linker, abgeschnitten zu sein von Informationen, vom Kontakt, vom Austausch der Ideen. Diese Kleinstadt, das ist eben tiefste Provinz hier, sagt Markus aus Viersen am Niederrhein. Nur: Wie in der Provinz arbeiten die Linken in fast allen Städten. Viersen ist überall.

Im Ruhrgebiet zum Beispiel, wo rund 5 Millionen Menschen wohnen, wird an vielen Orten Politik gemacht unter Bedingungen, die an die frühen 60er Jahre erinnern. Sicher, Diskussionsveranstaltungen finden statt, und kürzlich kamen sogar Gysi und Modrow nach Essen zum Auftritt vor tausend Leuten. Es gibt außerdem viele kleine politische Zirkel, da trifft man sich, in privater Atmosphäre. Aber zwischen dem privaten Kreis der politischen Freundinnen und Freunde einerseits und der Diskussion im großen Saal andererseits – war da nicht noch was dazwischen? Zum Beispiel: linke Buchläden in jedem Provinznest, oft mehrere in einer Stadt, alternative Kneipen und linke Kulturzentren, natürlich selbstverwaltet, da hockten das Friedensforum und das Antifa-Plenum und das Komitee Volkszählungsboykott, und freitags war Rock-Nacht angesagt. Es gab eine Jugendzentrumsbewegung und besetzte Häuser, autonome Info-Läden und jene berüchtigte Mischung aus Kaffeebude, Flugblatt-Lager, Druckerei und Organisationszentrale, die meist »Büro« hieß. Auf Soziologisch: Die Linken, egal ob organisiert oder nicht, verfügten über eine dezentrale, funktionstüchtige Infrastruktur, die trotz aller Zersplitterung zumindest für einen linken Diskurs sorgte, manchmal sogar für eine gemeinsame politische Praxis. Diese Infrastruktur ist in vielen Städten zerfallen, sie löste sich auf in aller Stille oder brach zusammen in Konkursen und Streiterei. Wo Reste dieser Infrastruktur erhalten sind, haben sie häufig ihre frühere Funktion verloren.

Anscheinend hat sich die Infrastruktur innerhalb weniger Jahre aufgelöst, und eine Provinzialisierung der Linken scheint die natürliche Folge zu sein. In Duisburg zum Beispiel, wo die linke Infrastruktur so tot ist wie ein tiefgefrorener Kabeljau, begann der Zusammenbruch vor rund drei Jahren. Das linke Jugend- und Kulturzentrum »Eschhaus«, ein Stützpunkt der Autonomen und Treffpunkt vieler Linker verschiedener Couleur, störte die Stadtverwaltung, denn das Haus stand in einem zukünftigen Nobelviertel. Als das Zentrum abgerissen war, zerfiel die lokale »autonome Szene«. Der linke Buchladen, Anfang der 70er Jahre von »undogmatischen Linken« gegründet, mußte geschlossen werden, nachdem der Geschäftsführer Selbstmord begangen hatte. Die Bert-Brecht-Buchhandlung, Teil der Buchladenkette der DKP, verschwand im Konkurs des Partei-Apparats. In anderen Städten verlief der Zusammenbruch weniger dramatisch, in anderen Formen. Neben den lokalen Besonderheiten kann man jedoch zahlreiche Gemeinsamkeiten entdecken, zum Beispiel in der Geschichte vom Aufstieg und Niedergang vieler linker Buchläden.

Die ersten linken Buchläden wurden Anfang der 70er Jahre gegründet, meist von der sogenannten studentischen Linken. Bevölkert von einer »Buchladen-Szene« galten die Läden als Institutionen: Ausgangspunkt politischer Arbeit, Informationsbörse der verschiedenen Fraktionen. Linke Bücher zu verkaufen war aber schon damals kein einträgliches Geschäft, trotz des Booms der linken Literatur in den 70ern. Tatsächlich existierten viele Läden nur dank der Opferbereitschaft ihrer Belegschaft. Denn die Linken waren noch überzeugt, Motor oder wenigstens Teil eines revolutionären Kampfes zu sein. Aus dieser Gewißheit entstand eine politische Praxis mit drei entscheidenden Elementen: persönliches Opfer, intensives Studium der Klassiker und langfristiger Einsatz im Kollektiv. Das Ideal dieser politischen

Praxis war der Berufsrevolutionär mit Durchhaltevermögen, der fähig ist, für die Politik und von der Politik zu leben. Ein Engagement im Buchladen oder in anderen Kollektiven der linken Infrastruktur, wie »Büros« oder Zeitungen, erschien daher als notwendiges Opfer, das zugleich persönlichen Nutzen brachte: das Gefühl, ungeheuer wichtig zu sein für die Revolution, für den Klassenkampf, für den Sozialismus.

Schon Ende der 70er Jahre begann die Krise der Buchladen-Szene. Linke Gruppen, die Träger der Buchläden waren, lösten sich auf. Noch bevor die theoretische Gewißheit verlorenging, wechselten viele Linke das Aktionsfeld. Während das Proletariat die Hoffnungen weiterhin enttäuschte, wurden Friedensbewegung und Bürgerinitiativen zu neuen Bezugspunkten. Damit änderte sich vor allem die politische Praxis. Im Vordergrund stand nun die »Aktion« in kleinen Bereichen, der kurzfristige, aber totale Einsatz der ganzen Person an wechselnden politischen Fronten. Die Sympathien der »linken Szene« schwankten zwischen Latschdemos und einem militanten Angriff auf Bauzäune und Bannmeilen. Das Ideal dieser politischen Praxis war der flexible Guerillero, der in »Aktionen« lernt und das System entlarvt, wo immer sich eine Gelegenheit bietet.

Die linken Buchläden versuchten, die neuen Bedürfnisse der Kundschaft zu befriedigen. Die Blauen Bände und andere Theorieschinken verstaubten im Antiquariat, und Belletristik, vormals ein Stiefkind in den Läden, rückte in die vorderen Regale. Spezialliteratur für die neuen »Bewegungen« (Frieden, Anti-AKW, Ökologie) war kurzfristig gefragt, aber von politischen Konjunkturen abhängig. Viele linke Buchhändler und Buchhändlerinnen mußten sich eingestehen, daß Esoterik-Literatur zur sichersten Geschäftsgrundlage geworden war.

Schließlich standen fast alle linken Buchläden vor folgender Situation: Die Unterstützung durch organisierte Zusammenhänge war verloren; das früher exklusive Sortiment ähnelte mehr und mehr dem Angebot kommerzieller Buchhandlungen; die Belegschaft war nicht mehr bereit zur Selbstausbeutung. Damit wurde sichtbar, daß die Buchläden abhängig waren von einem ökonomischen Schonraum. Die Läden, die ursprünglich als Element der Infrastruktur einer »Szene« dienen sollten, waren tatsächlich beschützte Nischen. Ohne den Schutz ihrer alten »Szene« waren sie nicht lebensfähig. Denn sie konnten keine politischen Impulse geben, und alle Versuche, mit Hilfe eines Buchladens politische Aktivität anzustoßen, mußten scheitern. So gab es für Buchladen-Kollektive und GmbHs nur eine Alternative: aufgeben oder kommerzialisieren. Doch die Chancen, mit einer ganz normalen Buchhandlung am Markt zu bestehen, waren in vielen Orten gering. Oft fehlte das Knowhow, der Laden war zu klein, der Standort ungünstig.

In ein ähnliches Dilemma gerieten einige Jahre früher die alternativen Stadtteilzeitungen und regionalen Szene-Blättchen. Fast alle sind verschwunden, der winzige Rest teilt sich in zwei Lager. Die einen verwandelten sich in professionelle Hochglanz-Magazine mit ausführlichem Veranstaltungskalender, zugeschnitten auf ein vor allem kulturell interessiertes Publikum, das politische Artikel von linken Journalisten durchaus goutiert, sofern Enthüllungen und etwas Nervenkitzel geboten werden. Die anderen machen noch immer das, was linke Zeitungen früher zu machen hatten. Sie wirken heute wie kuriose, exotische Fossilien, wie Museumsstücke für die linke Jugend, die wissen will, wie es damals war, als eine vielfältige lokale »Szene« noch das Bedürfnis hatte, Nachrichten auszutauschen. Nachträglich ist damit ein alter Dauerstreit in den Redaktionen entschieden: Stadtzeitungen können immer nur Ausdruck vorhandener Bewegung sein, sie sind kein Instrument, um Bewegung dort zu erzeugen, wo sich nichts mehr rührt.

Auch andere linke Projekte haben nur dadurch überlebt, daß sie sich in kommerzielle Einrichtungen verwandelten. Linke Zentren haben sich zu kommunalen Kulturzentren gemausert, sie erhalten Gelder von der Stadt und ABM vom Arbeitsamt. Zwischen Bauchtanz-Kursen und kreativen Trommel-Workshops haben auch politische Sachen ein Plätzchen, das ist nicht verboten, so engstirnig sind die meisten Kulturämter gar nicht, denn dort sagt man heute, etwas Opposition gehöre als belebendes Element zur urbanen Kultur. Auch die linken Kinos bringen längst stinknormale Filme, und in ehemals linken Kneipen werden die Zecher nicht mehr durch Flugblätter und Spenden-Aufrufe (»Solidarität und Waffen für XY«) belästigt.

Etwas länger hielten Einrichtungen durch, die an funktionierende Apparate gebunden waren. Die DKP zum Beispiel unterhielt bis zuletzt zahlreiche Büros und Stadtteilzeitungen, Buchläden und Zentren. In ökonomisch geschützten Nischen existierten bis Ende vergangenen Jahres die Akzent-Buchhandlungen der DKP, die es sich lange Zeit sogar leisten konnten, linke Literatur nur nach Maßgabe der Parteiräson in die Regale zu stellen. Diese Sortimentspolitik änderte sich zwar in den letzten Jahren, einige DKP-Läden wurden auch für andere Linke attraktiv, aber nach dem Zerfall der Partei waren die meisten Läden bankrott. Die gesamte Infrastruktur der DKP erwies sich als Zombie, künstlich belebt mit Geld der Partei, ausgerichtet auf die Kampagnen der Partei.

Eine weitere Überlebensform für einige Projekte der ehemals linken Infrastruktur war die Institutionalisierung. Diesen Weg gingen vor allem solche Projekte, die zum Bereich »Soziale Dienstleistungen« gehören, zum Beispiel »Kinderläden«, autonome Jugend-Projekte (Betreuung von Drogenabhängigen, von Trebegängern etc.), Frauenhäuser und Frauenzentren. Unter den linken Gründungen hatten sie von Anfang an eine Sonderstellung, denn sie bezogen sich weniger auf die »linke Szene«, sondern vielmehr auf allgemeine gesellschaftliche Probleme und Bedürfnisse. Exemplarisch ist die Entwicklung der Frauenhäuser. Während sie früher von Ratsherren feindselig betrachtet, sogar als »Brutstätten feministischen Terrors«

bezeichnet wurden, werden sie heute überall akzeptiert, manche Häuser haben sich mit Hilfe der Stadt etablieren können. Um diesen Erfolg zu erreichen, mußten sie sich vollständig von der oppositionellen »Szene« lösen und auf jede politische Aktivität verzichten, die den Rahmen sozialer Dienstleistung überschreitet. In einigen Städten waren die Frauen sogar gezwungen, die Verbindung zu den Grünen zumindest offiziell abzubrechen. Die meisten sozialen Institutionen sind heute nicht-linke Zusammenhänge. Die Linken, die in solchen Projekten linke Politik machen wollen, müssen Einzelkämpfer sein.

Ist die linke Infrastruktur zusammengebrochen, weil es eine »linke Szene« gar nicht mehr gab, die sie benötigte? Warum gibt es dann aber so viele Leute, die der Infrastruktur nachtrauern und versichern, man müsse sie neu errichten? Brauchen wir heute ganz andere Infrastrukturen? Die Linke der 70er Jahre schuf sich eine Infrastruktur, die zugeschnitten war auf die Vorstellungen einer revolutionären Lebensperspektive: morgens um sechs mit Flugblättern die Gunst des Proletariats erobern, mittags zur Demo gehen, abends in der Kneipe kritischer Kritiker sein. Das war die Zeit, als jeder noch auf jede Frage eine Antwort hatte und der Streit allenfalls darüber entbrannte, welche Antwort die richtige sei. Eine solche Politik schafft sich die Struktur, die sie braucht. Doch spätestens, als die Examensprüfung näherrückte, die Revolution aber auf sich warten ließ, kamen einige Leute ins Grübeln.

Die grün-alternative Linke der 80er Jahre ließ ihr revolutionäres Subjekt weitgehend in Ruhe und klinkte sich ein in die Vielzahl der Bürgerbewegungen, die zum Teil eine eigene Infrastruktur hervorbrachten oder sich der alten Strukturen und Apparate bedienten. Ein Teil dieser Linken ersetzte die alten Gewißheiten durch neue und fand seine Heimat in der Grünen Partei. Bei anderen verwandelten sich die Gewißheiten in Fragen.

Von der grün-alternativen Bewegung blieb die Grüne Partei übrig, mit einer Infrastruktur, die auf die Bedürfnisse der Delegierten in Räten, Parlamenten und Ausschüssen ausgerichtet ist. Der Grüne Ratsherr, verstrickt im Planfeststellungsverfahren zum Bebauungsplan 275/90, versüßt sich die frustrierende Kleinarbeit mit Ideologie: Er darf sich als »parlamentarischer Arm« der Bewegung fühlen. Leider ging der Körper verloren, aber der »Arm« lebt, konserviert im Formaldehyd der Pfründe, und er ist in der Lage, durch finanzielle Brosamen aus Stiftungen und Öko-Fond einige Initiativen und linke Projekte an sich zu binden.

Mit dem Ende der Bewegungen und mit dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus' ist für viele Linke jede Gewißheit verflogen. Für sie reduziert sich Politik auf ein großes Fragezeichen. Die freischwebenden Skeptiker, die früher nur müde belächelt wurden, sind in der Mehrheit. Jeder weiß, wenn er auch sonst nichts mehr weiß, daß alles falsch war, und er beschwört die theoretische Debatte, die nun geführt werden müsse, obwohl er sie selten führt, jedenfalls nicht mit den früheren politischen Konkurrenten.

Worüber sollen die Linken denn diskutieren? Über das Ende des Sozialismus? Über die Fehler der früheren Politik? Wenn solche Bedürfnisse vorhanden sind, dann lassen sie sich besser in Privatzirkeln befriedigen. Da ist der Küchentisch produktiver und angenehmer als der Diskussionssaal, denn das große Fragezeichen sorgt nicht automatisch für dieselben Fragen. Wenn ganz viele Bücher und Diskussionsansätze »spannend« werden für die fragenden Linken, dann ist nichts mehr spannend für alle.

Von den Linken verschiedener Herkunft, von den Traditionellen über die linken Grünen bis zu den Autonomen, kommt dieselbe Klage: Die »Szene« ist zerfasert. Selbst in einer Stadt wie Köln, wo es immer eine riesige Menge politischer Gruppen und Initiativen gab, ist die Provinzialisierung unübersehbar. Viele Gruppen sind geschrumpft bis auf einen exklusiven kleinen Kreis. Falls überhaupt neue Leute auftauchen, haben sie es oft schwer: unverbindliches »Reinschnuppern« in politische Arbeit ist nicht gern gesehen. In vielen Städten haben sich noch bestehende linke Gruppen abgeschottet, wer mitarbeiten will, hat Glaubensbekenntnisse abzulegen. Im Extremfall dient politisches Engagement als Vorwand: Die Gruppe wird zum privaten Klüngel, zum Ort der Selbstbestätigung.

In Duisburg hat der Zufall die vereinzelten Linken im Mai dazu gebracht, sich auf der Straße zu versammeln. Ungefähr 30 junge Autonome wagten, was in der Stadt seit langem niemand gewagt hatte, sie besetzten ein Haus, in Sichtweite einer Szene-Kneipe. Kaum hingen die schwarz-roten Laken aus den Fenstern, strömte das Publikum herbei: Ex-DKPler, Alt-Autonome, altgediente ML-Kader und Grüne, dazu Studenten und Studentinnen, Presse, Rundfunk und Fernsehen. Die Besetzer guckten aus den Fenstern, das Publikum starrte nach oben – die Solidarität war überwältigend, aber folgenlos. Man hatte sich wenig bis nichts zu sagen. Im Biergarten der Szene-Kneipe saß das Publikum auf Logenplätzen und kommentierte Auftritt und Abzug der Männer mit den grünen Wannen. Im Morgengrauen wurde geräumt, ohne Zeugen. Die Besetzer haben vorübergehend Unterschlupf gefunden, in einem Zentrum, das früher zur DKP-Szene gehörte.

Konkret 10/90, S. 52

Wolfgang Schneider

»Mit deutschem Gruß«

Daß der Filmregisseur Syberberg ein Nazi ist, wußte schon, wer es wissen wollte, als noch die »Tageszeitung« Reklame für ihn machte. Jetzt, da er's übertreibt, indem er Hitler als deutschen Künstler preist und der »jüdisch linken Ästhetik« die Zerstörung deutscher Kunst zuschreibt, versucht das deutsche Feuilleton, wenigstens dem völkischen Verlag, in dem er's darf, jenes »Ansehen« zu er halten, das er in den »Wir sind das Volk«-Redaktionen bis heute genießt

»Von Momenten der Geschichte, die eine große Intensität besaßen, Faschismus und Judenvernichtung eingeschlossen, geht eine Faszination aus, ja sie erfüllen mit Wehmut Momente, die wohl unwiederbringlich sind, was manche begrüßen, andere bedauern: energiegeladene Momente von einer dramatischen Intensität, die für immer verloren scheint. Automatisch wendet man sich ihnen mit Sehnsucht zu.«
Jean Baudrillard

»Die erste aller Verehrungen ist, daß wir beginnen, den Untergang zu verehren.«
Gerd Bergfleth

»Wer fragt, warum Deutschland, das Kulturvolk in der Mitte Europas, zu solchem fähig war wie in seiner letzten Vergangenheit, so muß man antworten, gerade dieses Land mußte es sein, das vernachlässigtste unter den Völkern der Welt, die Menschen, die ihr Leben opfern der Ewigkeit der Kunst.... Sie wurden gebraucht zur Unheimlichkeit der historischen Tat, denn der Weltgeist geht über Leichen und die Kunst verbraucht die Welt. . . . Am Ende schüttelt der Adler den Staub von den Flügeln und fliegt der Sonne entgegen ..., sich erneuernd zu neuen Taten.«
Hans Jürgen Syberberg

I

Es gibt nur einen Grund, sich mit Syberbergs neuem Buch überhaupt zu beschäftigen, und das sind die empörten Reaktionen, die seine Veröffentlichung im bundesdeutschen Feuilleton hervorgerufen hat. Sie sind nämlich geeignet, das tatsächliche Ausmaß der Akzeptanz zu vertuschen, der sich chauvinistisches und antisemitisches Gedankengut im deutschen Kulturbetrieb seit Jahren schon sicher sein kann, und den eigenen Beitrag zur Forcierung einer Entwicklung zu verleugnen, an deren vorläufigem Ende mit der Wiederherstellung eines großdeutschen Reiches auch die faschistischen Visionen wieder blühen.

»In seltener Eintracht«, schreibt die »Volkszeitung« am 14. September, habe sich die veröffentlichte Meinung »von links bis rechts ... mit dem Aufschrei der Empörung alle erdenkliche Mühe« gegeben, »Syberberg als einen abseitigen Spinner zu brandmarken« – als gäbe es nicht, statt der postulierten Eintracht, eine öffentliche Diskussion des Syberbergschen Buches, in der Zustimmung und Ablehnung sich durchaus die Waage halten (während etwa mit »FAZ« und »Spiegel« ausgerechnet jene beiden Blätter Syberberg als primitiven Kulturchauvinisten, pubertären Großmachtträumer oder schlicht als »Nazi« annoncierten, die sich in der letzten Zeit um die Pflege des Kulturchauvinismus und der Großmachtphantasien in Deutschland besonders verdient gemacht hatten, reagierten die Wiener Zeitschrift »Profil«, die Münchner »Abendzeitung« und die Hamburger »Zeit« wohlwollend, ja begeistert auf »Syberbergs Tief-, Hoch- und Unsinn«, weil der nämlich »direkt ins unvernünftige Herz« gehe (»Zeit«»; »kein Wort« hätte Hellmuth Karasek im »Spiegel« Nr. 36/90 über den »54jährigen Filmemacher abseitiger Exerzitien« verloren, »wäre sein Buch bei einem obskuren Nazi-Verlag erschienen« und nicht im »angesehenen Matthes & Seitz Verlag«, der sich nun, wie Frank Schirrmacher in der »FAZ« ergänzte, klar darüber werden müsse, »daß er seinem Ansehen durch diese Publikation schweren Schaden zugefügt hat« – als läge das wahre Problem nicht in der Tatsache, daß dieser Verlag im Jahr 1990 »gerade unter linken Intelligenzlern« (»VZ«) noch immer ein Ansehen zu verlieren hat, ja, daß er überhaupt jemals eines hat gewinnen können.

Nicht die Empörung also über ein Pamphlet, das »alles in den Schatten stellt, was der rechtsradikale Abhub sonst an Abwegigem zu äußern pflegte« (»FAZ«), bringt die Wahrheit über den Gemütszustand der bundesdeutschen Intelligenz im Jahr der Wiedervereinigung zum Ausdruck, sondern jene prinzipielle Übereinstimmung mit dem ideologischen Gehalt der Syberbergschen Notate, die sich in den Verteidigungsschriften seiner Verehrer ebenso offenbart wie im allgemeinen Vergnügen, das der Betrieb auch weiterhin an einem Verlagsprogramm finden wird, das sich in der Tirade »Vom Unglück und Glück der Kunst in Deutschland nach dem letzten Kriege« bloß ein weiteres Mal präzise erfüllt hat. Diese Tirade aber geht so:

Bis 1945 habe in Deutschland »Schönheit als höchste Freiheit« gegolten, sei die deutsche Kunst »im Geiste jener Leidenschaft, die das Erhabene anstrebt, frei vom demokratischen Fortschritt dieses Jahrhunderts«, den Prinzipien »Schöpfertum, Ewigkeitsanspruch, Unnahbarkeit und Genietat« verpflichtet gewesen sowie einer »Ästhetik von Blut und Boden . . ., die das Gewachsene einer ländlichen Kultur meint«. »Gerade unter Hitler«, »einem genialischen Medium des

Weltgeistes«, dem »letzten politischen Geschichtsträger« deutschen Kunstwollens, einem »Künstler«, der »seine Kunstansprüche in diesem Staat des Untergangs gestaltete« und »den Krieg als sein größtes Kunstwerk sah«, sei »diese Kunst der Anschauung ... zur Realität des Lebens und zu einem gemeinsamen Weltentwurf jener Mehrheit der Massen« geworden, »als einzige Mehrheitskunst, die nicht das Volk darstellte, sondern sie war, um was es gehen müßte, nämlich die Einheit von Dargestellten durch Nation und Volk selbst«.

Mit der Niederlage des Dritten Reiches aber sei die »Übergabe der Kunst an die Kunstfeinde des Gemeinen« erfolgt, und in der darauf sich gründenden »Kultur der Umerziehung« »verfiel die Schönheit dem Tabu ..., den Gegenwelten des Schönen waren alle Tore geöffnet, grinsend und marktbeherrschend, frech.... Die Feinde der Natur hatten gewonnen und mit ihnen eine Ästhetik, die alle natürlichen Gesetze und Regeln ausgrenzte, verhöhnte, in Gestalt, Worten, im Innern der Gefühle« – denn »das Blut-und-Boden-Tabu war in Wirklichkeit . . . ein Angriff auf Wurzeln und Leben«. Das »Abseitige, Dunkle, Kranke ... triumphierte frech . . . Die Hölle feierte den Sieg ohne Feier, im Kotzen vor sich selbst.« Aus »Rache« – zwecks »Verkrüppelung des Herrenmenschen« – hätten die Sieger »nun Kunst als Geschäft des häßlichen und höhnenden Krüppels« etabliert und den Deutschen eine »Ästhetik des Kleinen« und »Kranken«, »des Niedrigen, der Verkrüppelung, des Schmutzes« oktroyiert: Von nun an »(beherrscht) das Häßlichkeitsgebot ... Leben wie Kunst, und die Ratte wird zum Symbol des Interessanten ... Judas wird wichtiger als sein Gott und Meister«; kurz: »Nach dem 45 der Lügen-Befreiung«, die in Wahrheit »ein Verbrechen« und eine »Vergewaltigung« der Deutschen gewesen sei, habe sich »blut- und bodenlos die Kunst der Eunuchen der Macht« ausgebreitet: »Den Krüppel für die Kunst und für die Werbung den Helden.«

Dieser »Sieg des Gemeinen« sei aber nur möglich gewesen durch jene »unheilige Allianz für eine Kunst ohne Volk«, die die überlebenden Juden und Linksintellektuellen nach 1945 gebildet hätten, um die Krüppel-Ästhetik ihrer Vordenker Adorno, Bloch, Benjamin, Marcuse und Kracauer durchzusetzen, denn was »die Kunst in Deutschland nach dem letzten Kriege jagte, war der Fluch der Schuld, die sich als Werkzeug der Einschüchterung von links anbot, da sich die Linken als schuldfrei verstanden und weil Hitler die Juden verfolgt hatte, nun in unseliger Allianz einer jüdisch linken Ästhetik gegen die Schuldigen bis zu Langeweile und alles kulturelle Leben lähmenden Lügen, so . . . daß die anscheinend (!) glückliche Befreiung von der Diktatur die Linken brauchte von Seiten der Juden und die Juden brauchte von Seiten der Linken im Europa des Westens.... Wer mit den Juden ging, machte Karriere.... Wie konnten Juden das ertragen, es sei denn, sie wollten nur Macht.«

Hatten sie denn noch immer nicht kapiert, was die Deutschen ihnen zwischen 1933 und 1945 beizubringen versuchten?: »Unter Hitler hatten die durch den orientalischen Gott blutig unterdrückten und christianisierten Völker Europas nach langem latenten Warten endliche Rache genommen ... am falschen Gott, dem des Alten Testaments. So lange schlafen Mythen der Völker in den Seelen der Menschen, bis sie ausbrechen . . ., bis brutal sich das Schweigen durchbricht zur Geltung der Tat, die alle überrascht. Und erstaunt sind die Freunde der Demokratien dann über die Brutalität des Aufbruchs.« Ein solcher aber stehe womöglich unmittelbar bevor, denn »wir leben in der jüdischen Epoche der europäischen Kulturgeschichte, die wir dabei sind, ... apokalyptisch unser jüngstes Gericht zu erwarten«. Die Juden sollten sich daher schleunigst klarmachen, »daß die oft aufgezählten ... intellektuellen Verdienste und deren gern genannte Eigenheiten ihrer Wissenschaft und Kulturleistungen und Kunst ... natürlichen Widerstand wecken, wie immer Macht Widerstand provoziert, dessen Unterdrückungen durch einen Bonus der Leiden (!) zu einem Knäuel von Problemen führen muß, an dem niemand gelegen sein kann«. Da sie nun mal »die Last der Welt ... in ihrem schlimmsten Zustand« trügen, hätten sie auch »die Verantwortung« und würden »den Zorn um so mehr auf sich« ziehen, »wenn der Bonus der Leiden nichtverzeihenden Erinnerungszwang bedeutet, wo alle wachsende Zukunft verstellt wird«.

Gerade in Deutschland aber sei die Zukunft wieder mächtig am wachsen: »Die Erhebung der Menschen im östlichen Restdeutschland« habe nun endlich die »Freiheit von den Befreiern«, ein »Erwachen aus namenloser Gefangenschaft« gebracht, »Deutschland aus widernatürlicher Zwangsherrschaft der Niederlagen befreit« und die »Knuten der Vergangenheitsschuld, wie sie seit 40 Jahren das Leben abgetötet«, abgeschüttelt: »Wie Schuppen fällt es da von den Gliedern der okkupierten Sinne, der kolonialisierten Gefühle.« »Tränen wie im Traum und Wahnsinn« seien in Deutschland wieder geflossen, verkündet Syberberg und schwärmt: »Nur Hitler konnte solche Gefühle wecken, nur zu seiner Zeit sah man Menschen so ... Die Wunde ist geschlossen .. . und zum erstenmal wieder ein Held, Freiheit rufend vor dem Volk, das im Antworten sich findet.« – »So wird die Masse aufgehen in dem Kunstwerk Volk.«

Zwar stehe »unsere Befreiung noch bevor«, erklärt Syberberg und meint die BRD, »das vernutzte und ausgelaugte (Deutschland) des Westens, ohne Authentizität«, noch immer »in finsteren demokratischen Zeiten« verharrend – »wo wäre ein westlicher Gorbatschow, der den Abschaum beseitigt...« – , aber schon »(zittern) die Abdecker Deutschlands ... mit Recht vor der Gefahr, die Verkrüppelungsästhetik ihrer Pfründe zu verlieren«. Die deutsche Jugend habe sich nämlich entschieden, »für die Freiheit des Landes ihrer Väter in den Kampf zu ziehen«, »für Freiheit und Deutschland, in allen tief eingebrannt das Gebilde, wie ein altes Reich«. Um das es ja schließlich auch geht, und nicht etwa nur in den »Grenzen von 1937, die zum Krieg führten«, sondern in denen von 1914: »Die Patria ist da, wo die Gräber der Väter sind.«

Noch allerdings ist es nicht ganz so weit, und Syberberg, der in Gedanken den 'Lebensraum im Osten' längst wieder besetzt hat – »es geht uns nicht um die Menschen, die zufälligen, sondern um das Land« – muß sich vorerst mit der Rückeroberung einiger Begriffe begnügen: Statt von »Fortschritt, Sozialismus, Kapitalismus« könne nun endlich wieder von »Heimat, Reich, Nation, Provinzen, Deutschland« die Rede sein, freut er sich und sinniert: »Die Einheit Deutschlands, Schlesien, Schönheit, Gefühl, Begeisterung. Vielleicht sollte man Hitler neu bedenken.«

So rinnt das über 200 Seiten: ein monotones Gebrabbel, festgehalten in einer Sprache, der sich beinahe Satz für Satz ablesen läßt, welche Gewalt ihr angetan werden mußte, ehe sie sich zwingen ließ, Maximen zu fixieren, mit denen auch die Bücherverbrennung von 1933 und die »Endlösung« von 1942 vorbereitet und ermöglicht worden sind – und eben deshalb sind Syberbergs Sätze in der Tat kein bloß »abstruses Geschwätz«, sondern »verbrecherisch«: »Man weiß heute, daß Blut an ihnen klebt, man muß wissen, wohin sie geführt haben« (Karasek).

Natürlich weiß das auch Syberberg. Er, der die Nachkriegs-»Idylle dieses entdämonisierten Deutschlands« beklagt und die Entwicklung der Atombombe nur deshalb bedauert, weil nunmehr der Soldat »im Kriegsfall nicht mehr das Weiße im Auge des Feindes sehen« könne, macht daher aus seinen Vernichtungswünschen gar keinen Hehl. Ausmerzung des Häßlichen, Kranken, Schwachen, Niederen, des Abschaums? Das ist eben, wenns gut geht und der Mensch sich des frevelnden Eingriffs enthält, der natürliche Lauf der Dinge: »Damit die Menschheit weiterzieht, mußte wie in Wellen, mal hier, mal dort geopfert werden . . . Wie vom Gelege des Fisches nur wenige durchkommen ...«, so diesmal, am Ende der Zeiten, das Syberberg infolge jüdischer Machenschaften nahe herbeigekommen sieht, vielleicht nur ein einziger – vielleicht nur er selbst. In Wahrheit nämlich träumt er – den Horizont der NS-Ideologie radikalökologisch sprengend und darin jenen rechtsradikalen Aktivisten verwandt, die Wolfgang Pohrt im Rahmen seiner Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990« interviewte – wie von einem »Reich ohne Grenzen« so auch von grenzenloser Vernichtung: von einer entvölkerten Welt. Seine »Utopie Deutschlands« hat er ins Bild einer »Naturgemeinschaft Deutschland« gefaßt, die »als Sozietät aus Pflanzen, Tieren und Menschen« auf letztere sehr gut auch verzichten könnte, denn »dumpf und entblößt, aufgedunsen und vertrottelt oder eindimensional verbildet ... verunreinigt der heutige Mensch die Welt«. Besser, es gäbe ihn nicht.

Und das soll das Manifest eines »engagierten Antifaschisten« sein, das als »faschistoid zu etikettieren« man »schon sehr bescheuklappt sein« müsse, wie der Verleger Axel Matthes in ganzseitigen Anzeigen zwei Verteidiger Syberbergs, André Heller und Günther Nenning, zitiert? Es ist an dieser Überzeugung nur dreierlei interessant: erstens ihre Veröffentlichung und ausführliche Darstellung in einigen als seriös geltenden Blättern (»Zeit«, »Profil«)- zweitens die Geschwindigkeit, mit der der ehemalige Sozialdemokrat und militante Grüne Nenning sich zum veritablen Ökofaschisten gemausert hat (und wer sich von der momentan tiefbraunen Färbung dieses Polit-Chamäleons überzeugen will, lese nach, was es unter der Überschrift »grenzenlos deutsch« in dem vor wenigen Wochen erschienenen Buch »Gedanken zu Großdeutschland« des rechtsradikalen Arun-Verlags über die »Nation als Geburtengemeinschaft, als Herkunftsgemeinschaft, als Quelle von Wärme, als Hinweis auf Wurzeln« und über das »Blut als etwas, das einen Zusammenhang von Familie quer durch die Geschichte etabliert, von der eigenen Familie bis zur Völkerfamilie«, von sich gegeben hat); drittens aber und vor allem die Tatsache, daß sich in ihr nur wiederholt, was vor gut fünf Jahren aus genau dem gleichen Anlaß schon mal genauso klang.

II

1984 hatte der Verlag Matthes & Seitz eine Aufsatzsammlung (»Zur Kritik der palavernden Aufklärung«) herausgebracht, die auch einige Texte des deutschen Privatgelehrten Gerd Bergfleth enthält. Bergfleth, Herausgeber der Werke George Batailles und Übersetzer Jean Baudrillards, Cicerone mithin der 'postmodernen' französischen Philosophie und vom Verlag, zu dessen Lieblingsautoren er zählt, als »Metaphysiker« vorgestellt, treibt darin »Vernunftkritik«, um den Anspruch des »Irrationalen« – »alles Affektive, Natürliche, Lebendige« – gegen seine »rationalistische Vergewaltigung« zu verteidigen. Wir müssen, meint er, »den Boden der Aufklärung verlassen, wenn wir zu einer Erneuerung gelangen wollen«, die aber könne einzig mit Hilfe einer »Subversion der Vernunftherrschaft durch die menschliche Natur« gelingen. Gegen die Welt des Verstandes sei daher »die ganze Fülle der menschlichen Natur« – »Traum, Wahnsinn, Erotik, Leidenschaft« – zu setzen, mit einer intellektuellen und existentiellen Radikalität, die nicht nur der Vernunft das »Selbstopfer« nicht erspare. Denn »aller Rausch und Taumel entspringt in dieser *inne*ren Nacht, in der der Tod residiert – der absolute Souverän des Lebens«- »erst der Untergang treibt die unendliche Erregung hervor, die wir in der Leidenschaft erfahren. Und es wird geraten sein, die Leidenschaft möglichst unmittelbar mit diesem Untergang zu verknüpfen.«

Wo ein deutscher »Metaphysiker« der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Tod als absoluten Souverän des Lebens preist, stellt sich die Frage, ob er in Wahrheit nicht, statt vom Tod, vom Töten schwärmt. Bergfleth hat sie in seinem Text »Die zynische Aufklärung« beantwortet. In ihm wird die Notwendigkeit der »Erneuerung« mit der besonders rigiden Form der »Domestikation der Natur des Menschen« begründet, die die Deutschen nach 1945 über sich ergehen lassen mußten. In den 60er und 70er Jahren nämlich, erläutert Bergfleth, »als alle anderen Traditionen durch die Erfahrungen des Dritten

Reiches diskreditiert schienen«, »hat die Linke ... eine Tradition europäischer Aufklärung erneuert, wie sie in dieser Stärke und Einseitigkeit noch nie auf deutschem Boden zur Herrschaft gelangt ist.... Den entscheidenden Faktor der Linkswende« habe dabei »die zurückgekehrte deutsch-jüdische Intelligenz (gebildet), die eine letzte Chance erhielt, Deutschland nach ihren weltbürgerlichen Maßstäben umzumodeln – ein Prozeß, der so vollständig gelang, daß für zwei Jahrzehnte von einem eigenständigen deutschen Geist nicht mehr die Rede war«. Daher müsse es »endlich erlaubt sein, das Verhältnis von Deutschen und Juden unbefangen zu untersuchen ... Zu dieser Unvoreingenommenheit gehört ..., daß man nicht in alle Ewigkeit mit moralischem Zeigefinger auf die drohende Antisemitismusgefahr hinweist, sondern in einer Art Gegenbilanz (!) danach fragt, was der Prosemitismus der Linken anrichtet. Denn die universal ausgerichtete Weltbürgerlichkeit, wie sie das heimatlose Judentum notgedrungen vertritt, hat auch ihre Kehrseite, die in der Auslöschung (!) des jeweils Individuellen besteht. Es ist auffällig, daß das aufklärerische Judentum in der Regel keinen besonderen Sinn für das besitzt, was deutsche Eigenart ist, etwa die romantische Sehnsucht, die Verbundenheit mit der Natur oder die nicht auszurottende Erinnerung an eine heidnisch-germanische Vergangenheit. Und wie die Lehrmeister, so die linken Gesellen«, die – einem »Judentum« gehorchend, das »wie die Aufklärung weltbürgerlich orientiert« sei – die Ausbildung eines »gesunden Patriotismus« in Deutschland verhinderten, so daß der Deutsche »dank der linken Reeducation, die seine Kriegsniederlage erst vollständig macht, zum Gastarbeiter im eigenen Land geworden (ist)«.

Bemerkenswerterweise hat dieses Pamphlet – wie fünf Jahre später das Syberbergsche – in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine kontroverse Debatte ausgelöst. In der Hamburger Zeitschrift »Spuren« beispielsweise charakterisierte Hans Joachim Lenger Bergfleths Erguß als »faschistischen Text« und den Autor selbst als »Jungfaschisten«, der schreibe, »als hätte er bei Streicher volontiert«, mit »fanatischem Ernst« und »sprachlich mit deutschem Gruß«. Lenger entzifferte Bergfleths Gerede von Rausch, Leidenschaft und Untergang, seine Assoziierung des »weltbürgerlichen Judentums« mit »Auslöschung« als Hypostase jener »Präsenz des organisierten Todes«, die »prägendes Moment« des Faschismus sei, »welches das System in einen wahren Todesrausch steigert und seine gesamte Politik ästhetisch auflädt« (diese Ästhetik wird Syberberg fünf Jahre später ausformulieren). Bei Bergfleth habe »'deutsche Methaphysik' den Sturmriemen fester (ge)schnallt«. – »Der deutsche Spießer wird wieder wild« und möchte den »antisemitischen Pogrom anheizen«.

Auch damals erhob sich, obwohl Lenger selbstverständlich vollkommen recht hatte, sofort Widerspruch. Zwar formuliere Bergfleth mitunter so, daß seine Sätze »nur mit Mühe von Antisemitismus zu unterscheiden« seien, hieß es in einer Replik, dennoch sei er »der geschworene Antifaschist«, wovon schon »seine stille Existenz, die unendlichen der Musik und dem Schreiben gewidmeten Nächte zeugen«. Der Verlag Matthes & Seitz stellte sich ebenfalls hinter die »vernunftkritischen Überlegungen« seines Autors und druckte im nächsten Verlagsprospekt eine Polemik des Jungfaschisten gegen seine Kritiker, in der er ankündigte, auf seinem »eigenen Weg« noch weitergehen zu wollen. Und die »Zeit« veröffentlichte unter der Überschrift »Literarische Expeditionen ins Ungesicherte« eine Eloge auf den Verleger Matthes, in der auch »die umstrittenen Texte des Tübinger Privatgelehrten Gerd Bergfleth« erwähnt wurden: »Was, bitte schön, kann sich ein Verlag Besseres wünschen?« »Dieser Verlag«, begeisterte sich das Blatt, »ist ein einziges phantastisches, romantisches Selbstgespräch«, denn »Matthes verlegt keine Rechthaber«.

Vor wenigen Monaten hat Bergfleth in einer seiner unendlichen der Musik und dem Schreiben gewidmeten Nächte ein »Deutsches Manifest« verfaßt, das die »Staatsbriefe« 2/90, eine Anfang dieses Jahres gegründete Zeitschrift für die rechtsradikale Intelligenz, veröffentlichten. Darin hat er seine Untergangs- und Auslöschungsphantasien aus gegebenem Anlaß und abermals sprachlich mit deutschem Gruß in ein politisches Programm übersetzt, das geeignet erscheint, sie zu realisieren. »Vor die Wiedergeburt ist der Untergang gesetzt«, schrieb er 1984; 1990 sieht er die Chance gekommen, die Wiedergeburt des »Deutschen Reiches« ins Werk zu setzen. Daß sie mit einer Katastrophe zusammenfallen muß, ergibt sich aus seinen wie aus ihren Prämissen. Ein Auszug:

»Die Volksbewegung der DDR stellt das wahre Deutschland dar, das die Westdeutschen verraten haben – verraten an eine kapital-liberale Ökonomieseuche, die den Volkskörper zerfressen hat, an einen Technikkult, der das Land verwüstet, und an weltbürgerliche Lebenslügen, die darauf angelegt sind, die Zerstörung des deutschen Volkscharakters zu vollenden. Der Liberalismus ist die Spitze des europäisch-atlantischen Nihilismus . Ein Unvolk wie die westdeutsche Gesellschaft von Raffern, die alle Gemeinschaftskräfte zertrümmert und sämtliche Traditionen über Bord wirft, ... ist zum Aussterben verurteilt. Darum ist die gemeinschaftsstiftende Volkserhebung der DDR das größte deutsche Ereignis seit dem Kriege.... Der Augenblick der Wiedervereinigung besagt: Das Volk hat sich seine Einheit gegen die Teilstaaten errungen, und es wird sich den Staat schaffen, der seiner Eigenart und Überlieferung gemäß ist. Eine bloß staatliche Vereinigung, ein politischer Zusammenschluß von BRD und DDR, womöglich im Rahmen des 'europäischen Hauses' war weder volksmäßig authentisch noch national souverän. ... Die größten Widerstände gegen eine nationale Wiedergeburt finden sich heute in Westdeutschland, das entgegen dem Anschein viel tiefer von der Fremdherrschaft geprägt ist als die DDR, so tief, daß das Bewußtsein der Volkszugehörigkeit weitgehend verlorengegangen ist. Wie diese selbstzufriedene Saturiertheit, diese würdelose Unterwerfung, diese opportunistische Anbiederei aufzuheben sind, das wird die schwierigste Aufgabe der nächsten Jahre sein. Denn die Wiedergeburt der Nation setzt eine volksmäßige Erneuerung voraus, die den Westdeutschen

noch bevorsteht. Erst wenn dieses Unvolk sich gegen seine technokratisch-amerikanistische Knechtung erhebt, wird es reif sein, sich als freies Volk mit dem freien Volk der DDR zu vereinen. Die Volkserhebung der DDR ist der erste Akt einer nationalen Erhebung aller Deutschen, an deren Ende die Einheit der Nation stehen wird: das Deutsche Reich. «

III

Herausgeber der »Staatsbriefe« ist Hans-Dietrich Sander, seit mehr als zehn Jahren einer der emsigsten Publizisten des rechtsradikalen Spektrums und Verfasser eines Buches über die »geschichtliche Lage des Judentums«, aus dem sich ergibt, daß »das verstreute, säkularisierte Judentum ... der prädestinierte Vorläufer« der »Moderne« gewesen ist und diese »aus sich heraus« »radikalisierte« und »dämonisierte« – ein verhängnisvoller, weil die Apokalypse heraufbeschwörender Prozeß, dem allein die Deutschen noch etwas entgegenzusetzen hätten: »Die chaosträchtige Moderne kann nur von deutschem Boden aus aufgehoben werden ... Hier ist der größte Fundus der Kritik am Weltzustand herangewachsen« (wie die Ausrottung del europäischen Träger dieser katastrophischen Entwicklung während des 2. Weltkriegs ja bereits praktisch bewiesen hat).

Einziger Zweck der »Staatsbriefe« sei, wie ihr Herausgeber erklärt, »die Wiederbelebung der deutschen Reichsidee«, ein Projekt, dem Sander seit dem Fall der Berliner Mauer reelle Chancen einräumt: »Die Stunde der Deutschen ist eine Stunde des Reiches, das von der Weltgeschichte am Ende des Regiments der raumfremden Mächte wieder in seine alten Rechte und Pflichten zurückgerufen wird.« Zwar hätten die Deutschen nach 1945 gezwungenermaßen »ihre eigene Art aufgegeben, ihren Volksgeist, ihre Sitten, ihr Rechtsempfinden, ihre soldatischen Tugenden«, jetzt aber gehe es darum, »mit der Schärfe des deutschen Geistes . .. die dümmliche Arroganz der Nachkriegsgewinnler und Nachkriegssektierer zu zerschlagen . . ., um aus der deutschen Erde . . . die niedergetretene Reichsidee herauszukratzen« und endgültig »das Deutsche Reich als europäische Ordnungsmacht« zu installieren, denn »die europäischen Gemeinschaften, die das Reich ersetzen sollten, haben nichts zustande gebracht, was das entstehende Vakuum füllen könnte«. Daß die europäischen Staaten dabei auf ihre Souveränität zu verzichten und sich dem deutschen Herrschaftsanspruch zu unterwerfen hätten, hält Sander für ganz natürlich, denn »ein Selbstbestimmungsrecht der Völker setzt Substanzen voraus, die ethnisch und historisch nicht in jedem Fall gegeben sind. Völker, die in ihrer Selbstbestimmung versagen, geraten deshalb immer wieder unter die Oberhoheit stärkerer Völker.« Und dagegen würden nun selbst Amerikaner und Russen nichts mehr tun können: »Zu einem dritten Weltkrieg«, beruhigt der Befürworter einer deutschen »Rekolonisierung des Ostens« und eines abermals rassisch motivierten Anspruchs der Deutschen auf die Weltherrschaft womöglich noch ängstliche Gemüter, »sind die abtretenden Supermächte nicht mehr in der Lage.«

Auch Hans-Dietrich Sander gehört zu den Autoren des Verlags Matthes & Seitz. In dem 1986 erschienenen Band »Die göttliche Linke«, der die Abrechnung des ehemaligen Protagonisten des Pariser Mai, Jean Baudrillard, mit der französischen Linken enthält, findet sich ein Aufsatz, in dem Sander nicht nur den mittlerweile sehnsuchtsvoll der Judenvernichtung zugewandten französischen Soziologen als »philosophischen Terroristen« lobt und »das Wiederauftauchen deutscher Tiefe« bei Gerd Bergfleth feiert, sondern in dem er auch seinerseits die 68er Bewegung einer grundsätzlichen Kritik unterzieht. Es sei zu fragen, schreibt er, ob diese Bewegung »nicht von jenseits des Atlantik instrumentalisiert worden ist«. In der Bundesrepublik nämlich habe »der himmlische Mai ... eine nationale Besinnung (verhindert), indem er dem verbleichenden Geist des undifferenzierten Antifaschismus neues Leben einhauchte. Die deutschen Linken« hätten aufgrund ihrer »antifaschistischen Fixierung« einfach nicht begriffen, »daß sie nur ein Strategem der Besatzungsmächte zur Niederhaltung des deutschen Volkes fortsetzten«. Dabei sei ihre »instinktive« Ablehnung der Bonner Republik aus reiner Quelle gesprudelt – »aus dem verbotenen, verdrängten Geist der deutschen Volksgemeinschaft. Allein die Linke hätte nach 1945 die zukunftsmächtigen Institute des Dritten Reiches, vornehmlich in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, retten können«, denn »entgegen der Kriegspropaganda hatten die Alliierten das Dritte Reich nicht hauptsächlich seiner negativen, sondern seiner positiven Züge wegen zerschlagen«.

»Aus einem latenten Mörderkollektiv« komme der Satz: »Wir haben das liberale oder linke Gejammer satt«, mit dem 'der geschworene Antifaschist' Bergfleth seine »Kritik der palavernden Aufklärung« eröffnete, schrieb Jan Philipp Reemtsma vor fünf Jahren. Es ist, wie unter anderem der Kniefall der Wochenzeitung »Die Zeit« vor der faschistischen Hetzschrift Syberbergs und das Wohlwollen zeigen, das der bundesdeutsche Kulturbetrieb einem obskuren Nazi-Verlag bewahrte, inzwischen eher noch größer geworden.

Konkret 10/90, S. 56

Jan Philipp Reemtsma

Terroratio II

Zweiter Teil eines Beitrags, in dem Jan Philipp Reemtsma die Frage nach der Rationalität oder Irrationalität der nationalsozialistischen Massenvernichtung durch eine Untersuchung der individuellen, staatlichen und epochenübergreifenden Logik terroristischer Handlungen zu beantworten versucht

»Der rumänische Wärter, der sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet hatte, ... war in einer Ecke des Waschraums und briet mit Margarine Kartoffeln. Er hatte sich auf einen Schemel gesetzt, er lächelte, das gleiche Lächeln wie damals, als er die Kameraden, die in der Miete Kartoffeln gestohlen hatten, um sie im Of en zu braten, verpfiff.... Er war froh, daß er seine Wahl getroffen hatte. Er brauchte das Mißtrauen seiner Herren nicht mehr zu fürchten. Er war auf der Seite des Guten. Die Schläge, die die Kerle bekamen, härteten endgültig dieses Bewußtsein, das Gute zu verkörpern. Man kann nicht Schläge bekommen und recht haben, man kann nicht schmutzig sein, Abfälle fressen und recht haben.«
Robert Antelme: Das Menschengeschlecht, München 1987

Natürlich darf man den Unterschied zwischen einem »normalen« staatsterroristischen System und einer Politik der Massenvernichtung nicht verwischen. Die zitierten Analysen Löwenthals treffen auf ein staatsterroristisches Regime wie das gegenwärtige chilenische oder das argentinische unter der Militärregierung zu, sie treffen zu für das Deutschland der ersten Jahre der Nazi-Diktatur. Sie treffen auch zu für bestimmte Aspekte des Terrors innerhalb der Konzentrations- und Vernichtungslager, aber sie erklären nicht unmittelbar die Massenvernichtung selber. »Der Weg zur totalen Beherrschung«, schreibt Hannah Arendt, »durchläuft viele Zwischenstationen, die vergleichsweise normal und noch verstehbar sind. Einen Angriffskrieg wird man nicht im entferntesten als beispielloses Ereignis bezeichnen; Massaker unter der Zivilbevölkerung des Feindes oder gar an einem vermeintlich feindlich gesonnenen Volk sind, wenn man die Geschichte betrachtet, fast an der Tagesordnung; Ausrottung von Eingeborenen im Kolonisationsprozeß und bei der Errichtung von neuen Siedlungen gab es in Amerika, Australien und Afrika- Sklaverei ist eine der ältesten Einrichtungen der Menschheit, und Staatssklaven, die zur Ausführung öffentlicher Arbeiten eingesetzt werden, stellten einen der Hauptpfeiler des Römischen Imperiums dar. Sogar das aus der Geschichte politischer Träume wohlbekannte Streben nach Weltherrschaft ist kein Monopol totalitärer Regimes.... So kriminell und scheußlich diese verschiedenen Richtungen totalitärer Herrschaften auch sind, sie haben eines gemein, was sie von dem Phänomen unterscheidet, mit dem wir es hier zu tun haben: im Unterschied zu den Konzentrationslagern sind sie an einen erklärten Zweck gebunden, sie gereichen den Herrschenden zum Vorteil, wie etwa der gewöhnliche Raub dem Räuber. Die Motive dabei sind klar und die Mittel im Hinblick auf den Zweck tauglich, das heißt nützlich in der gängigen Bedeutung des Wortes. Die außergewöhnliche Schwierigkeit, die beim Versuch entsteht, die Institution Konzentrationslager zu verstehen und in die Menschheitsgeschichte einzuordnen, kommt genau daher, daß dieses Nützlichkeitskriterium fehlt. Gerade diese Leerstelle ist mehr als alles andere für die merkwürdige Atmosphäre der Irrealität verantwortlich, welche diese Einrichtung und alles was damit zusammenhängt umgibt.«~

Auch darauf, daß die deutschen Konzentrationslager politische Vorläufer haben, weist Arendt hin 2; diesen setzt sie die ersten deutschen gleich: »Die frühen Nazilager waren schlimm genug, aber man konnte ihre Einrichtung noch nachvollziehen: sie wurden von der SA mit bestialischen Methoden betrieben und hatten einen offenkundigen Zweck. Angst und Schrecken sollten verbreitet, herausragende politische Persönlichkeiten sollten getötet, die Opposition ihrer Führer beraubt, deren mögliche Nachfolger ein für allemal abgeschreckt . . . werden.« So sehr sich aber auch die »politischen« Konzentrationslager von den »irrationalen« Vernichtungslagern unterscheiden, es sind doch diese in jenen als Potential vorhanden: »Im Rahmen totalitärer Herrschaft erscheint das Vernichtungslager als die konsequenteste Form des Konzentrationslagers. Die Vernichtung widerfährt menschlichen Wesen, die bereits praktisch 'tot' sind.« Dieser Hinweis ist entscheidend, wird von Arendt aber nicht weiter ausgeführt und steht merkwürdig verbindungslos im Aufsatz.

Sehr ähnlich, aber weiterführend, ist der Hinweis Leo Löwenthals, wie ein Zusammenhang zwischen der Logik terroristischer Handlungen und der scheinbaren A-Logik einer Massenvernichtung-um-ihrer-selbst-willen gedacht werden kann. Er zitiert aus einem Augenzeugenbericht: »Da die Gefangenen nach Nummern und nicht nach Namen sortiert wurden, waren Irrtümer, die Entsetzliches zur Folge hatten, leicht möglich. Wenn der 'Blockschreiber' versehentlich eine Nummer mit der Eintragung 'tot' versehen hatte, die in Wirklichkeit sich auf einen noch Lebenden bezog – ein Irrtum

der in einer solchen Situation extremer Sterblichkeitsziffern leicht unterlaufen konnte – , wurde dieser Fehler dadurch korrigiert, daß man den Nummernträger umbrachte.« Und er zitiert weiter: »Es war ein ständiges Kommen und Gehen und Tod ohne Ende. Ich lernte es, jeden lebendigen Menschen als eine zukünftige Leiche zu betrachten.«3 Das ist mehr als die bloße Antizipation eines mit größter Wahrscheinlichkeit »ausweglosen Schicksals« – *das* ist der Tod bekanntlich für jeden, und selbst wenn die Regel des Todes der Mord wäre, würde man nicht jeden Lebenden als »Toten auf Abruf« bezeichnen. In Auschwitz war die »Lebensform« aber *tatsächlich* das Sterben. Und zwar so sichtbar, daß ein Mörder in seiner Tat einen Prozeß gleichsam nur abkürzte, der »ohne ihn« bereits in Gang gekommen war. »Was mich wirklich störte«, sagte der

Bruder des »Standortarztes« von Auschwitz, Wirths, zu R.J. Lifton, »war, daß er mir dauernd erzählte, daß diese Menschen da eines natürlichen Todes gestorben seien«.4

Es handelt sich hier wiederum um die Extremform einer taterleichternden Strategie, die für viele terroristische Handlungsweisen typisch ist, die Stigmatisierung des Opfers »vor« der Tat. Die Formel, auf die man den Sinn der Stigmatisierung bringen kann, ist: Ein Mensch wird deshalb gequält, weil er zuvor schon gequält, bzw. getötet, weil er zuvor zum Moriturus zugerichtet worden ist. Die Formen der Zurichtung im Konzentrationslager sind bekannt: das Ersetzen des Namens durch die Nummer, das Abrasieren der Haare, das Unmöglichmachen, in hygienischer Hinsicht für sich zu sorgen. Der Häftling wird schnellstmöglich in die Nähe der Assoziation zu Dreck, Abfall, Leiche gebracht, er soll zu jemandem, möglichst zu einem Etwas werden, das man beseitigen muß 5. Robert Antelme hat in seinem Buch »Das Menschengeschlecht« diese Prozedur mehrfach beschrieben, den Versuch der SS, die Zugehörigkeit der Häftlinge zur Spezies Mensch zu dementieren; ein Beispiel: »Manchmal kommt ein SS-Mann auf die Krankenstube. Er geht an den Leuten vorbei, und wenn ein Kranker von besonderer Magerkeit ist, fragt er den Arzt, was ihm fehlt. In der Regel weiß der das nicht so genau. Der SS-Mann und der Arzt sehen sich dann den *allzu mageren* Kerl eingehend an, und es hat den Anschein, als sähe ihn der Arzt zum ersten Mal. Der SS-Mann sagt traurig und diesmal mit leiser Stimme: *Scheiße.* Der Arzt nickt mit dem Kopf.«

Gemäß ideologischer Normen wird einer dann getötet, wenn die Ideologie sagt, dies sei rechtens. Gemäß der Logik des Terrors wird derjenige getötet, der sowieso schon 'tot' ist. Gemäß der Logik des Terrors darf derjenige gequält werden, bei dem die Tatsache, daß er bereits gequält worden ist, zeigt, daß es rechtens geschah. Es ist dies der Sinn des »ersten Schlages«, dessen Wirkung auf das Opfer Jean Améry beschreibt: Der Schlag zeigt ihm, daß die Konventionen, nach denen der Zugriffsmacht des Anderen wenigstens durch die Grenze der Körperoberfläche Grenzen gesetzt sind, nicht mehr gelten 6. Er zeigt das dem Opfer wie dem Peiniger. Der erste Schlag ist nicht der Beginn der eigentlichen Tortur, sondern eine Initialstigmatisierung: letzt ist der Gefangene ein bereits Geschlagener. Es beginnt darum der erste physische Gewaltakt, die erste Erniedrigung in der Regel möglichst früh. Der Häftling wird geschlagen, dann gefragt. – Erklären kann man auf diese Weise eine Tatbereitschaft, nicht die Neigung zur Tat. Daß aber die Neigung ihre wesentliche Ursache in der Bereitschaft hat, ist ein Spezifikum von Handlungen repressiver Gewaltsamkeit.

*

»Der spanische Arzt ist rasch ein ziemlich vollkommener Typ in der Aristokratie des Kommandos geworden. Das Kriterium dieser Aristokratie – wie überhaupt aller Aristokratie – ist die Verachtung. Und wir haben gesehen, wie sie sich vor unseren Augen mit der Wärme, dem Komfort und dem Essen herausgebildet hat. Jene verachten – und dann hassen, sobald sie Ansprüche stellen – , die mager sind und einen Körper mit verdorbenem Blut dahinschleppen, jene, die man gezwungen hat, vom Menschen ein solches Bild darzustellen, daß es eine unerschöpfliche Quelle des Ekels und des Hasses ist.

Die Verachtung der Aristokratie für die Häftlinge ist ein Klassenphänomen, das gerade erst entworfen wird, und zwar in dem Sinne, daß sich innerhalb einer vorübergehenden Gemeinschaft eine Klasse herausbildet und manifestiert, die verteidigt werden muß; doch diese Verachtung kann nicht ebenso souverän sein wie die der SS, denn diese Aristokratie muß kämpfen, um sich oben zu halten. Kämpfen heißt, die anderen arbeiten zu lassen, heißt sie bespitzeln, heißt auch, ihnen die *Schonung zu* verweigern. Die Verachtung stellt sich erst nachträglich ein, um den Kampf zu rechtfertigen, sie tritt erst dann an die Stelle des Hasses auf den möglichen Störenfried, wenn die Schlacht gewonnen ist, wenn die Lage sich endgültig konsolidiert hat....

Aber da ist noch etwas anderes, und das ist vielleicht noch wichtiger. Seine Angst macht ihn verrückt. So wie manche Deutsche in Buchenwald geradezu in eine magische Raserei gerieten, wenn sie vom Krematorium sprachen, so offenbart der Arzt seine Psychose, wenn er vom Blut spricht. Er sagt 'Bludd'; seine Augen werden unruhig, treten leicht aus den Höhlen, und er zeigt beim Lächeln die Zähne.«

Robert Antelme: Das Menschengeschlecht

*

Der »erste Schlag« stigmatisiert nicht nur das Opfer und erleichtert dem »Nachfolgetäter« seine Tat, sondern definiert eine Grenze und fügt die Gemeinschaft auf der einen Seite dieser Grenze eng zusammen. »Blutkitt« nennt Leo Alexander in seiner Einleitung zur US-amerikanischen Ausgabe von Mitscherlich/Mielkes »Medizin ohne Menschlichkeit« diesen Vorgang im Gerinnungsstadium. Er ist der Grund dafür, daß sich der Terror potentiell unabschließbar fortzeugt und sein Fernziel in der Vernichtung des realen oder phantasierten Gegners hat.

Der merkwürdig automatischsich-aus-sich-selbst-fortzeugende Vorgang der Menschenvernichtung, das Zwanghafte darin, findet seine Erklärung in der einfachen Überlegung, was denn wäre, wenn die Mörder »zwischendurch« aufhörten.

Himmler hat diese Überlegung in einer Rede jenen SS-Angehörigen nahegebracht, denen es plausibel war, männliche Juden zu ermorden, aber doch nicht Frauen und Kinder. Himmler wies auf die Fortexistenz potentieller Rächer hin. In der Tat ist nichts plausibler als diese Angst. Der »erste Schlag« stiftet nicht nur die Kumpanei der Schlagenden, sondern er stiftet in dieser die Angst vor den Geschlagenen.

Die Rechtfertigung für den Schlag gewinnt der Schlagende aus dem Zustand des Geschlagenen, auf den er zeigen kann. Der zweite Schlag ist so gerechtfertigt, er ist aber auch notwendig, bevor der Geschlagene sich vom ersten erholt. Das »einzig sichere« Ende der Schlagfolge, das für den Schlagenden akzeptabel ist, ist der Tod des Geschlagenen. Das Ende eines Folterlagers in einem Akt der Massenliquidierung ist nicht unbekannt. Wir stoßen hier wieder auf das »Verarbeiten« terroristischer Handlungen, nun allerdings auf der Seite der Exekutoren des Terrors (bzw. derer, die sich mit ihnen identifizieren). Die Meinungen (Theorien) über die »Natur« der Terrorisierten sind eben nicht nur Rechtfertigung vor der Tat, sondern durchaus *Tatfolgen.* Die theoretische Zurichtung des Gequälten läßt die quälende Handlung in die Welt passen.

Zweifellos wirft die Übertragung dieser Mechanismen auf zeitlich wie räumlich größere soziale Prozesse mehr Probleme nicht nur terminologischer Art auf, als in diesem Aufsatz gelöst werden können. Zudem ist in der Geschichtsschreibung, auch dort, wo sie nicht primär verfassungsgeschichtlich und außenpolitisch orientiert ist, die soziale Prägungskraft terroristischer Handlungen vernachlässigtes Gebiet, so sehr, daß man zwar versucht sein könnte, an die Wirksamkeit ähnlicher Ursachen zu denken wie bei der Historiographie des Nationalsozialismus, nichtsdestoweniger aber sich für Gedankenmodelle wie das hier vorzustellende auf nur wenig gesichertes Wissen beziehen kann.

Den deutschen Massenmord am europäischen Judentum pflegt man – nachdem er, wie um ihn aus der eigenen Nähe zu entfernen, als »Rückfall ins finsterste Mittelalter« bezeichnet worden war, in der Regel aus der nunmehr rassenbiologischen Begründung des Antijudaismus zu erklären. Es kommt, je nach theoretischer Ausrichtung, meist noch ein zweiter, dritter und vierter Faktor ins Spiel, etwa der moderne bürokratisierte Staat, Massenbewegungen als Träger antisemitischer Radikalisierungen, und manchmal wird auf die ökonomische Konkurrenz hingewiesen, die im unteren Kleinbürgertum sowie proletarisch und subproletarisch nach dem Zuzug vor allem polnischer Juden nach Deutschland entstanden sei'. Diese Theorien gehen davon aus, daß es für eine Erklärung der nationalsozialistischen Massenmorde förderlich sei, das Moment der Diskontinuität zwischen den christlichen (mittelalterlichen) und den nationalsozialistischen (neuzeitlichen) Massakern zu betonen. Ohne die Unterschiedlichkeiten zu *leugnen,* möchte ich aber das Moment der Kontinuität betonen und gerade die Phase der »Assimilation«, die die Diskontinuitätstheorien gleichsam als historische »Wasserscheide« interpretieren, als »Scharnier« verstehen. Um diesen Gedanken plausibel zu machen und um zu verdeutlichen, was er mit der »Logik des Terrors« zu tun hat, muß ich das historische Terrain wechseln und auf das Schicksal der spanischen Juden zu sprechen kommen, das mir in mehr als einer Hinsicht paradigmatisch für die Dynamik des Antijudaismus als eines durch Terror erzeugten und sich durch die eben skizzierte Logik des Terrorismus fortzeugenden Phänomens zu sein scheint 8.

Am 2. Januar 1492 ziehen die reyes catolicos, Ferdinand von Aragon und Isabella von Kastilien, in Granada ein; der erste und längstdauernde Kreuzzug der Geschichte, die Reconquista, ist beendet. Am 2. August sticht Columbus in See nach Westen, mit einem Dolmetscher für Arabisch und einem für Hebräisch an Bord. Am 31. März desselben Jahres stellt das katholische Königspaar die spanischen Juden vor die Alternative, sich taufen zu lassen oder das Land binnen vier Monaten zu verlassen. 150.000 Juden verlassen Spanien. 50.000 lassen sich taufen. Diese Regierungsmaßnahme ist der Kulminationspunkt einer Entwicklung des spanischen Antijudaismus, der sich gegen Ende der Reconquista – im Zuge also eines zunehmend siegreichen Christentums – immer mehr radikalisiert hatte. Die »spontanen« wie kirchlich gelenkten Maßnahmen reichen vom Pogrom mit Zwangstaufen bis zur legendären »Disputation von Tortosa«, die zwei Jahre gedauert hat und zum Schauplatz theatralisch inszenierter Konversionen wurde. Diese antijüdische Politik führte dazu, daß neben den »offiziellen Juden«, den nicht-konvertierten, eine Gruppe getaufter Juden existierte, die an ihrem Glauben und ihren Sitten festhielten, die Marranen. Die Einführung der Inquisition in Kastilien dient vor allem dem Zweck, diese Marranen zu überführen. 1483 wird der später dann berüchtigte Tomas Torquemada Inquisitor von ganz Spanien. Die keine zehn Jahre danach stattfindende Ausweisung der gläubigen Juden aus Spanien wird explizit auf den Ratschlag der Inquisition zurückgeführt: Die öffentlich bekennenden Juden encouragierten die Marranen.

Die Ausweisung der 150.000 führt dazu, daß es in Spanien keine »sichtbaren Juden« mehr gibt. Die Marranen werden systematisch ausgespäht 9, verfolgt, gekennzeichnet, ausgeraubt, eingekerkert oder umgebracht, keine hundert Jahre später sind sie verschwunden. Das phantasierte »jüdische Problem« existierte aber weiter und gewann mit steigender Brutalität der Maßnahmen, es im Sinne der christlichen Majorität zu lösen an Plausibilität. Die Frage nach dem »Warum?« nun kann eigentlich nur der rätselhaft finden, der meint, die Kirche, der spanische Staat, die führenden wie die folgenden Antijudaisten hätten sich systematisch vor dem Gedanken (oder dem Gefühl) schützen können, daß das Straflosbleiben ihres Tuns eine bloße Machtfrage sei. Der Zwangskonvertierte ist ja nicht nur religiös gesehen ein »unsicherer Kantonist«, wie man so sagt, sondern er könnte einer sein, der von der Ideologie und ihren Exekutoren verständlicherweise besonders wenig hält. Ist er noch als »ehemaliger Jude« am Datum der Taufe erkennbar, so sind es seine Kinder nicht mehr, die aber

durchaus auch Grund, oder doch wenigstens Anlaß, zum Ressentiment haben könnten. (Ich verweise noch einmal auf die Rede Himmlers und seine Warnung vor der zweiten, rächenden Generation.) Der Gedanke, auch ein wirklich Bekehrter, ein Converso (d.h. ein Marrane, dem man es nicht beweisen kann), könnte sich rächen wollen, oder seine Kinder könnten dies wollen, zwingt die Mörder und Kontrolleure zu einer Änderung des Konzeptes, nach dem die Zuschreibung des Prädikats »jüdisch« erfolgt. Jude ist nunmehr, wer von einem getauften Juden abstammt. Nichts anderes besagen die »Nürnberger Gesetze«; das Gesetz über das »Berufsbeamtentum« ist präformiert in diversen Zulassungsbeschränkungen spanischer Institutionen (kirchlicher wie profaner) für »jüdisch-stämmige« Spanier.

Der Gedanke, daß es eine »jüdische Rasse« gebe, ist kein Produkt biologistischer Soziallehren oder überhaupt Folge eines »Rasse-Paradigmas« des neunzehnten Jahrhunderts. Das »Spanien der Inquisition« hat – als Folge seiner Bekehrungs- und Austreibungspolitik und um die Urheber potentieller Vergeltung ausfindig machen zu können – das Konzept der *limpieza de sangre* (Reinheit des Blutes) entworfen, demzufolge Jude ist, wer von Juden abstammt. Poliakov schreibt über einen damaligen Rassenideologen, Escobar del Corro: »Nach seiner Meinung ist die Beziehung zwischen Leib und Seele ganz und gar starr, sittliche Eigenschaften werden in der gleichen Weise durch Vererbung weitergegeben wie leibliche Merkmale. Dieser Christ verkündigte, ... daß die Conversos, unabhängig von dem, was sie taten, unheilbar befleckt seien. Diese Anschauung vom Menschen führte ihn dazu, sich über das Unheil Spaniens zu beklagen, das bis an das Ende der Zeiten dieser jüdischen Ansteckung ausgesetzt bleibe, 'indem es von den Sabbatbeobachtern und ihrer Nachkommenschaft beherrscht werde'.«

Die Gleichsetzung von »Juden« (= Spanier jüdischen Glaubens) und »ihrer Nachkommenschaft« (= Spanier christlichen Glaubens mit Vorfahren jüdischen Glaubens) traf die Inquisition durch Pflege der Genealogie. Sie sammelte und ergänzte Stammbäume und legte so Verzeichnisse Verdächtiger an. »Es steht fest, daß durch die Zwangsvorstellung von der Reinheit des Blutes ein verkappter Bürgerkrieg aufrechterhalten wurde«, schreibt Poliakov. Gleichzeitig galten die exilierten Juden als Urheber einer antichristlichen Weltverschwörung; es wurde z.B. behauptet, die Juden seien die Urheber der antikatholischen Reformation.

Das spanische Beispiel kann man als Belehrung verstehen: Die Persistenz des Antijudaismus ist nicht ein Rätsel angesichts »jüdischer Assimilation«, sondern diese erklärt jene, und zwar weil die terroristisch Handelnden und ihre Erben wußten, was sie getan hatten. – Wer als »versöhnter Büßer« der Ermordung durch die spanische Inquisition entgangen war, mußte, gelegentlich oder immer, den »sambenito« tragen, ein grobgewebtes Gewand mit Symbolen siegreichen Christentums darauf oder Höllenverheißungen. Das Gewand wurde nach dem Tod des Trägers in der Kirche ausgestellt oder an verschiedenen Orten des betreffenden Sprengels exhibiert; »damit die Kinder dieses Orts und ihre Kinder zur Kenntnis nehmen sollten, daß dieser Verstorbene ehrlos gewesen sei und daß deshalb auch seine Nachkommen verworfen und verdächtig bleiben mußten«. Die Nachkommen eines Trägers des sambenitos hießen bald »sambeniti« – ein Bericht aus dem Jahre 1602 beschreibt den Grundmechanismus: »Die Sambeniti sind eine Art von Menschen, die einen unsagbaren, besonderen Haß gegen den König, die Krone, die Regierung, die Gerechtigkeit und gegen jedermann ohne irgendeinen Unterschied hegen. Es handelt sich dabei um Menschen, die von Personen abstammen, die von der Inquisition verurteilt wurden.... Diese auf die Nachkommenschaft sich auswirkende Verurteilung führt dazu, daß diese Menschen nicht nur von allen Wohltaten und Vorteilen, die anderen gewährt werden, ausgeschlossen werden, sondern daß sie auch mit einer ewigen Ehrlosigkeit gezeichnet und bedeckt sind.... Sie sind zu jeder Art von Rebellion bereit.... Doch das sehr strenge Durchgreifen der Justiz und der Inquisition macht ihnen jede Art von Äußerung in dieser Hinsicht unmöglich« (zit. n. Poliakov). – Der Antijudaismus als Folge antijüdischer Handlungen, aufgrund der Angst vor Rache nämlich, ist in Shakespeares »Merchant of Venice« ausgebildet und damit immerhin zu einem literarischen Zentralmotiv geworden.

Läßt sich eine Terror ausübende Gruppe von dieser Logik bestimmen – und sie hat gute Gründe, das zu tun – , und wird sie nicht daran gehindert, kann sie ihren Terror nicht beenden, es wäre denn durch eine »Endlösung«. Diese Endlösung unterläge wieder der Himmlerschen Maxime, es müßten »wirklich alle« sein, damit kein Rächer übrig bliebe.

*

»Schon von Weitem erblicke ich ein Flammenmeer. Im 'arischen' Stadtteil herrschte Ruhe. Aber sie wirkte eisig und trügerisch. Natürlich benahmen sich die Polen nicht gerade herzlich uns gegenüber, aber was mir da aus den Gesichtern der Vorübergehenden, besonders der Frauen, entgegenschlug, entsetzte mich. Mag sein, daß ich etwas angetrunken war, aber ich bemerkte doch viele, zu viele Blicke in Richtung auf das Getto. Die Augen der Polen waren voll Trauer, die Gesichter von einer steinernen Ruhe. Ich mag solche Masken nicht. Eine Bemerkung Dr. Hahns fiel mir ein: 'Alle Polen sind jetzt, in diesem Krieg, Schauspieler. Man darf ihnen kein Wort glauben, sondern muß stets darauf achten, ob sie nicht etwas gegen uns im Schilde führen! Die schleifen ihre Messer so leise, daß nicht einmal der liebe Gott sie hören kann ! ' So drückte sich Dr. Hahn aus. Auf dem Rückweg ins Getto überlegte ich, daß uns nichts anderes übrig blieb, als alle Bäume im feindlichen Wald zu fällen, sämtliche Wurzeln auszuroden und die erreichbaren Samen zu sterilisieren.«
Kazimierz Moczarski: Gespräche mit dem Henker, Frankfurt 1982

*

Dennoch hat, so wäre einzuwenden, allein das nationalsozialistische Deutschland einen so beschaffenen Versuch gemacht, die Opfer der eigenen Verfolgung auch wirklich endgültig zu vernichten. Das ist insofern kein Einwand, als der Hinweis auf die spezifische »Rationalität« terroristischer Handlungen nicht die Behauptung impliziert, diese gelte allein. Es gibt immer »Umstände«, nach denen es mehr oder weniger wahrscheinlich ist, daß sich eine solche »Handlungslogik« auch durchsetzt bzw. andere Handlungsmotivationen dominiert. Ohne andere »Umstände« in ihrer Bedeutung zu sehr herabzumindern, möchte ich nur darauf verweisen, daß gerade der »Umstand« des deutschen Expansionskrieges sicher eine besonders wichtige Rolle für die Radikalisierung der Terror-Rationalität zur Massenvernichtung gespielt hat.

Die Terror-Rationalität der renaissance-spanischen antijüdischen Politik bestand, um dies noch einmal verkürzt zu wiederholen, darin, sich von »unsichtbaren Juden« bedroht zu fühlen, worauf zunächst die »greifbaren« sichtbaren Juden mit der expliziten Begründung, sie seien die Unterstützer der unsichtbaren, sämtlich – mit Ausnahme der Bekehrungswilligen – ausgewiesen wurden. Dann versuchte man, die »Unsichtbaren« (= die nicht-mehr-Juden, aber doch zweifelhaften Christen), sichtbar zu machen, und zwar durch Abstammungsnachweise bzw. durch die erwähnten generationenübergreifenden Stigmatisierungen. Die so sichtbar Gemachten wurden minderprivilegiert, überwacht, mannigfaltig geschädigt, oft ermordet. – Der deutsche Progreß zur Vernichtung machte erst »alle Juden« sichtbar, und zwar durch Definitionen, wer einer sei. Dies führte zu einer ähnlichen Unterscheidung wie in Spanien, nämlich der zwischen »Juden« und »Abkommen« bzw. »Mischlingen«. Das Schicksal der »Mischlinge« (nicht »Voll-Juden«, aber doch keine eindeutigen »Arier«) war Minderprivilegierung, Überwachung, mannigfaltige Schädigung? zuweilen Ermordung. Die »eigentlichen Juden« wurden, wie die spanischen, enteignet, beraubt und in die Emigration getrieben. Emigration ist dann keine befriedigende Lösung, wenn es den Ausweisenden um »Weltherrschaft« geht. Es droht die Perpetuierung des Problems bzw. die Frage nach seinem Ende. Eine Emigration unerwünschter Bevölkerungsgruppen ist keine »End-Lösung« für den, dessen Ziele auf totale Expansion gerichtet sind. Anders gesagt: Jedes Emigrations- oder Deportationsziel, das er dann noch vorträgt, heißt etwas wie: Aus-derWelt-schaffen, ist eine Metapher für die Vernichtung. Der zweite deutsche Griff nach der Weltmacht führte dazu, die Emigration (Deportation) zur Metapher für die Vernichtung zu machen und so den prototypisch am spanischen Beispiel beschriebenen Prozeß terrorlogisch zu einem »Ende« führen zu wollen.

Der Übergang von der Emigration zur Extermination ist der »Madagaskar-Plan«, ein bizarres Vorhaben, das man »eigentlich nicht ernstnehmen kann«, das aber dann verständlich wird, wenn man es als Metapher für den Vernichtungsvorgang selbst, also als eine Art metaphorisches Probehandeln versteht.

Raul Hilberg referiert eine Notiz Ribbentrops über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Bonnet: »1.) Die Judenfrage. Nachdem ich Herrn Bonnet erklärt hatte, daß ich mit ihm offiziell nicht über dieses Problem sprechen könne, sagte er, er wolle mir nur privatim sagen, wie sehr man in Frankreich an einer Lösung des Judenproblems interessiert sei. Auf meine Frage, welches Interesse denn Frankreich habe, meinte Herr Bonnet, erstens wolle man keine Juden aus Deutschland mehr aufnehmen, und ob wir nicht irgendwelche Maßnahmen treffen könnten, damit sie nicht mehr nach Frankreich kämen, und zweitens müßte man in Frankreich zehntausend Juden irgendwie loswerden. Man denke hierbei tatsächlich an Madagaskar. Ich erwiderte Herrn Bonnet, daß wir alle unsere Juden loswerden wollten, daß die Schwierigkeit aber darin läge, daß kein Land sie aufnehmen wolle.«l0

Hilberg nennt den »Madagaskar-Plan« das »bei weitem ehrgeizigste Projekt des Jahres 1940«, was es zweifellos war, aber eben genau wegen seiner »Ehrgeizigkeit« *als Auswanderungsplan* war es auch verrückt. Denn was hätte es bedeutet, alle europäischen Juden, Millionen von Menschen, auf Schiffe zu verfrachten, nach Madagaskar zu transportieren? Und was hätte es bedeutet, sie dort »anzusiedeln«? Und was hätte es bedeutet, dafür zu sorgen, daß sie dort auch blieben? Wer den »Madagaskar-Plan« ernstlich durchdenkt, kommt sehr schnell zu dem Schluß, daß »Madagaskar« bedeutet hätte, die Insel zu einem riesigen Konzentrationslager zu machen, in dem die Überlebenschancen minimal gewesen wären 11. Die Deportation selbst hätte aus enteignetem jüdischen Vermögen finanziert werden sollen, wer aber hätte die Bewachung der Insel (sie sollte von der Kriegsmarine durchgeführt werden) finanziert? Eine auf Zwangsarbeit der Deportierten gegründete Niederlassung der IG-Farben? – Der »Madagaskar-Plan« wäre nur dann nicht »verrückt« zu nennen, wenn er auf diese genannten Konsequenzen gezielt hätte. Dann aber wäre er nicht, wie Hilberg meint, »der letzte größere Versuch, 'die Judenfrage' auf dem Wege der Auswanderung 'zu lösen'« gewesen, sondern das erste ausgearbeitete Gedankenmodell einer Massenvernichtung .

Es kommt hinzu, daß Madagaskar 1897 (also nur 40 Jahre vor dem referierten Gespräch Ribbentrop-Bonnet) Schauplatz eines Massakers zur Niederschlagung eines anti-französischen Aufstands gewesen war. Die Zahl der Ermordeten beträgt ca. 100.000, weitere 300.000 bis 700.000 kommen in der Folge um. In der Hauptstadt des Aufstandes wird die gesamte Einwohnerschaft, etwa 5.000 Menschen, an einem Tage ausgerottet. Zumindest in der Rede eines Franzosen dürften 1938 die Erwähnung der Insel und der Gedanke an Massenmord recht eng beieinander gewesen sein. 12

Es hätten »die Dienststellen der Sicherheitspolizei, des Auswärtigen Amts und des Generalgouvernements große Hoffnungen und Erwartungen« an den Madagaskar-Plan geknüpft, schreibt Hilberg, und »als sich das Projekt zerschlug, wurde die gesamte Vernichtungsmaschinerie von einem Gefühl der Unsicherheit ergriffen«. Es ist aber nicht die Unsicherheit von Menschen, die nun nicht wissen, was werden wird, sondern die solcher, die es »eigentlich« genau wissen, aber vor dem »nächsten Schritt« noch einmal innehalten. Es heißt in einem Schreiben an Eichmann: Man habe »in zahlreichen Gesprächen im Amt des Reichsstatthalters Greiser Lösungen erörtert, die zwar 'teilweise phantastisch' klangen, aber 'meiner Ansicht nach durchaus durchzuführen' seien. Zum Beispiel erwäge man, ein Lager für 300.000 Insassen, ausgestattet mit Schneidereien, Schuhmachereien usw. zu errichten. Ein solches Lager sei leichter zu bewachen als ein Ghetto, stelle aber auch nicht der Weisheit letzten Schluß dar.« Zweifellos nicht. Aber dieser Plan ist natürlich um kein bißchen »phantastischer« als der »Madagaskar-Plan«. Er bedeutet »lediglich« die Transformation des Ghettos in ein Konzentrationslager, die durch den Wegfall der Planungen für Schneide- und Schustereien perfekt wäre. Worum es eigentlich geht, spricht der Brief dann auch aus: »'Es besteht in diesem Winter die Gefahr', so Höppner weiter, 'daß die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen« (zit. n. Hilberg) . Angenehmer. Billiger und zielgerichtet. Man kann den Madagaskar-Plan als eine Metapher für die Transformation des Vertreibungs- in den Vernichtungsgedanken verstehen. Und dieser ist durch jenen geschaffen. – Eichmanns Charakterisierung der »stockenden« Emigration nach dem »Fließbandprinzip« in Berlin: »Es war ein Hängen und Würgen. Tendenz lustlos, möchte ich sagen. 13«

Dan Diner referiert Louis de Jong: »Ein Begreifen von Auschwitz angesichts Auschwitz' sei mit dem Versuch vergleichbar, offenen Auges in die Sonne zu starren. Das Opfer, der Mensch, ausgestattet mit ihn schützenden und dem Leben und Überleben zugewandten Abwehrmechanismen, mußte sich dieser grauenerregenden Realität entziehen.« Der Terror setzt dem Terrorisierten oder dem indirekt Bedrohten »kognitive Barrieren« entgegen. Es sind diese, ich wiederhole, einmal grundsätzlicher Art, weil Erkenntnisbefund und Erkenntnismotivation direkt einander widersprechen. Es sind diese kognitiven Barrieren aber auch zu verstehen als Bestandteile der terroristischen Handlungen selbst.

Der Streit, welcher Rationalität die nationalsozialistischen Massenvernichtungen gefolgt sind, gleicht partiell gelingenden Verarbeitungsformen schwerer Traumatisierungen. Partiell gelingend, weil sie dem Traumatisierten erlauben, mit und trotz des Traumas weiterzuleben, aber um den Preis kognitiver Deformationen. Sowohl die Massenvernichtung einem ihr selbst externen Zweck zuzuschreiben, wie auch sie als »irrational schlechthin« und als Einbruch des grundsätzlich Unfaßlichen in den Weltlauf aufzufassen, ermöglicht, den Blick von der spezifischen Dynamik, deren Ergebnis sie ist, abzuwenden. Es gehört zum Durchsetzungspotential terroristischer Handlungen, daß man sie »nicht für möglich« hält. Wer ihre Logik in »normalen« Zweck-Mittel-Beziehungen sucht, mit dem Ziel, sie zu antizipieren, sucht dort, wo Licht ist, nicht dort, wo der verlorene Schlüssel liegt.

Der Terror zerstört jenes »Mindestmaß an antizipatorischem Vertrauen«, das dazu gehört, sich in nicht-terroristischen Handlungen zurechtzufinden. Das »zweckrationale Bewußtsein« geht davon aus, daß Handeln einer Zweck-Mittel-Logik folgt, in der nicht »alles möglich« ist. »'Normale Menschen wissen nicht, daß alles möglich ist,' sagte einer der Überlebenden von Buchenwald« (Hannah Arendt). Der Terror schafft eine Welt aus Handlungen, die mit solchem Bewußtsein nicht mehr zu ordnen sind. Es sind Handlungen, die für sich genommen keinem erkennbaren Zweck dienen, da nicht erkennbar ist, warum sie geschehen, wie sie geschehen, wann sie geschehen, wo sie geschehen und wem sie geschehen. Es sind Handlungen, die darum geschehen, weil solche Handlungen zuvor geschehen sind. Daß sie einzusehen sind aus dem Motiv, möglicher Vergeltung zu entgehen, macht sie rekonstruktiv zwar einerseits zu (zweck)rationalen, andererseits aber auch zu irrationalen Handlungen, verdanken sie sich doch nicht dem Beweis eines Komplotts etwa, sondern dem Verdacht, der wiederum grenzenlos ist, und für den das gänzliche Fehlen von Indizien der beste Beweis sein kann. Schließlich entzieht die Logik des Terrors sich wegen ihrer grundsätzlichen Unendlichkeit allen (zweck)rationalen Einsichten, nur eben nicht der Einsicht in die spezifische »Rationalität« des Terrors selbst, der sein »logisches Ende« in der Massenvernichtung findet.

Man verstehe nicht falsch: Das »logische Ende« ist nicht das, was mit Notwendigkeit eintritt, darum steht es in Anführungszeichen. Gemeint ist nur der Endpunkt einer Entwicklungs- bzw. Handlungslogik, die so, wie man sie in all ihrer Konsequenz beschreiben kann, nicht Wirklichkeit werden muß. Ihr, wie allen anderen »Handlungslogiken«, stehen entgegen: Gegenwehr, Überredung, Überzeugung, Zufälle, »querlaufende« Handlungskonsequenzen usw. Die Geschichte ist an jedem Ort, an dem man steht, nach vorne offen. Blickt man zurück und erkennt Abläufe, die als Verhängnisse zu beschreiben man nicht umhinkommt, so besagt das allein wenig gegen die – in diesem Falle aber eben nicht Wirklichkeit gewordene – Möglichkeit, daß »auch alles hätte anders kommen können«; es ist aber nicht anders gekommen.

Das Titelwort »Terroratio« versucht, ein Phänomen zu fixieren, das auf drei Ebenen beschreibbar ist (und in diesem Aufsatz beschrieben wurde), auf der individuellen, auf der des Funktionierens eines (staatlichen) Terrorsystems und auf einer durchaus epochenübergreifenden, geschichtsbildenden. Auf der individuellen Ebene sollte beschrieben werden, wie ein Mörder aus Gründen, die einzig seiner Tat selbst entsprechen und darum von den Motiven der ersten, der Initialtat,

vollständig sich emanzipieren können (nicht müssen), zum Wiederholungstäter werden kann, und verwiesen wurde auf das sehr wenig rätselhafte Motiv der Angst vor Vergeltung. (Die psychologische Seite dieses Motivs ist die verbreitete Reaktionsweise, daß der Geschlagene nicht Mitleid, sondern Angst, der von uns Geschlagene Angst und Haß hervorruft.) Bereits auf dieser Ebene ist die Frage nach der »Rationalität«, also der Zweck-Mittel-Beziehung dieser Handlungen, ein Problem. Die zweite Ebene ist das Funktionieren terroristischer (Staats-)Systeme . Für solche Systeme ist es »rational« (d. h . es entspricht dem Ziel einer effektiven Exekutierung der terroristischen Maßnahmen), »irrationale« Handlungen zu begehen, weil ihre Unberechenbarkeit auf diese Weise steigt und die Möglichkeit, konsistente Gegenstrategien zu entwickeln, minimiert wird. Auf der dritten Ebene schließlich zeigt sich, wie sich der Mechanismus einer »Verfolgung ohne Grund« herausbilden kann, indem eine durch Verfolgung in die Anpassung getriebene Gruppe unter dem potentiell immerwährenden Verdacht steht, die Anpassung nur zum Schein vollzogen zu haben und im Geheimen Feindseligkeiten zu hegen und zu begehen. Auch hier kann sich der »Grund« der fortwährenden Verfolgung vom ursprünglichen »Motiv« (welcher Art dies im einzelnen Falle auch gewesen sein mag) vollständig ablösen. – Alle drei Ebenen kann man verstehen, wenn man die »Logik« terroristischen Handelns versteht – individuell, staatlich, epochenübergreifend. All dieses Handeln aber wirkt für den, der es nach Maßgabe anderer Handlungsrationalitäten rekonstruieren will, rätselhaft, desorientierend. Darin wiederum liegt ein »psychologischer Vorteil« des terroristisch Handelnden.

Der Aufsatz macht den Versuch, den deutschen Massenmord an den europäischen Juden auf diesen drei Ebenen und aus ihrem Zusammenwirken zu deuten. Er sollte zeigen, wie es vorstellbar ist, daß ein Kollektiv, das über Jahrhunderte hindurch verfolgt wurde, irgendwann nur noch deshalb Objekt fortwährender Verfolgung ist, weil sie fortwährt; daß gerade die Assimilation des verfolgten Kollektivs an das Verfolgende dieses zu besonders mörderischem Verhalten motiviert (und im Falle der Deutschen war irgendwann die Vertreibungspolitik keine den Welteroberungsplänen mehr anzupassende Verfolgungsmethode) . Der Aufsatz sollte die Parallele solcher epochenübergreifenden »Trends« zu individuellem Handeln deutlich machen und darauf hinweisen, daß bereits in den Lagern, deren Zweck nicht die Vernichtung eines Teiles der Bevölkerung gewesen ist, sondern die Ausübung von Terror gegen eine Minderheit zur Disziplinierung der Mehrheit, ein »Latenzklima« bestand, das die Bereitschaft zur »Endlösung« durch Massenmord zunächst noch unausgesprochen enthielt.

Die »Terroratio« widerspricht anderen Handlungsrationalitäten, sie kann sich aber sehr wohl mit ihnen punktuell verbinden. Die hier vorgeschlagene Deutung der nationalsozialistischen Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung Europas soll also zunächst kein von anderen zur Erklärung herangezogenes anderes Handlungsmotiv bestreiten; es soll allerdings behauptet werden, daß der Gesamtvorgang auf solche Motive nicht reduziert werden kann und daß jene Beschreibungen der »Vernichtungspolitik«, die von ihrer »Irrationalität«, ihrer »Unverstehbarkeit« ausgehen, näher an das Zentrum des Problems führen als die Erklärungen, die zunächst die solidere historische Forschungsgrundlage darzubieten scheinen.

Anmerkungen

1) Hannah Arendt: Die vollendete Sinnlosigkeit; in: dies.: Nach Auschwitz, Berlin 1989, S. 9f – Noch einmal: Man sollte dieses Gefühl der Irrealität nicht unbedingt als etwas ansehen, das nur das Resultat ungenügender historischer Information ist, sondern umgekehrt gerade dieses Gefühl als eine wesentliche historische Information verstehen lernen.

2) Die auch von ihr geteilte Meinung, Konzentrationslager hätte es das erste Mal im Burenkrieg gegeben, sie seien mithin eine britische Erfindung, ist falsch.

3) Leo Löwenthal: Individuum und Terror; zitiert aus: Dan Diner (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt 1988

4) Robert Jay Lifton: Ärzte im Dritten Reich (im Original präzise: The Nazi-Doctors), Stuttgart 1988, S. 460

5) Die zwanghafte Assoziation Dreck/Ungeziefer ging so weit, daß die Asche der Verbrannten, mit Insektenvertilgungsmittel versetzt, über die. Auschwitzer Sümpfe gestreut wurde.

6) Jean Améry: Die Tortur, in: ders.: Jenseits von Schuld und Sühne, Stuttgart 1977

7) Vertreter des letzten Arguments sollten sich des Umstandes bewußt sein, daß es von Treitschke stammt.

8) Ich folge Léon Poliakovs »Geschichte des Antisemitismus«, Worms 1977 ff

9) Es sind Methoden überliefert wie Umfragen bei Metzgern, um Familien zu ermitteln, die kein Schweinefleisch essen; Observation der Städte vom Kirchturm aus, um die Schornsteine zu zählen, die am Sabbat nicht rauchen; Kontrolle des Verbrauchs an Olivenöl (der christliche Spanier kochte und briet mit Schweinefett – et nos mutamur in illis, es gibt den historischen Fortschritt, da und dort).

10. Raul Hilberg: .Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt/Olten/Wien 1982, S. 280

11) Madagaskar galt als ausgesprochen »ungesund«. Bei der Eroberung der Insel durch Frankreich starben tausende von Kolonialsoldaten an Tropenfieber.

12) Ein zweites Massaker, dem eine ähnlich hohe Zahl zum Opfer fällt, findet in Madagaskar übrigens 1947 statt.

13) Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem, München 1986, S. 98

Eine Kurzfassung dieses Aufsatzes hat Jan Philipp Reemtsma auf einer Tagung über »Wissenschaft und Massenvernichtung« vorgetragen, die das Hamburger Institut für Sozialforschung im Juni 1989 durchführte.

Konkret 10/90, S. 62

Oliver Tolmein

Ein Michel?

Eine Antwort auf Wolfgang Pohrt, der nicht eine Justiz attackiert, die Vergewaltigern Sicherheit bietet und die Behinderte diskriminiert, sondern deren Kritikerinnen

In Faschismusanalysen von BRD- und DDR-Linken, die selten nur eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus waren, wurde (und wird) über die Bedeutung des Antisemitismus, die Vernichtungspolitik gegenüber Behinderten, aber auch die terroristische Durchsetzung patriarchaler Herrschaft wenig nachgedacht: Bestenfalls werden sie als Aspekte des Faschismus en passant erwähnt. Georg Fülberth hat das in KONKRET 8/90 auf die banale Formel gebracht: »Rassismus, Sexismus und Neo-Eugenik sind typisch für faschistische und nichtfaschistische Staaten« – gerade so, als ob »Rassismus« ein starrer unveränderlicher Zustand sei oder »Neo-Eugenik« ein festgelegtes Denk- und Handlungsschema, das in der BRD das gleiche wie in den USA bedeute, 1939 die gleichen Konsequenzen zeitige wie 1990.

Wolfgang Pohrt ist gegen die ökonomistische Verengung der Faschismus-Analyse gefeit: Die besondere Anfälligkeit der Deutschen für einen neuen Faschismus zu untersuchen, ist Ziel seiner sozialwissenschaftlichen Studie »Der Weg zur inneren Einheit«. Fragebogen und erste Auswertung der Test-Version sind eine unangenehme, aber gerade deswegen wichtige Herausforderung, weil sie zum Ziel haben, »die Wiederholung jenes Antifaschismus aus der Weimarer Zeit, welcher die Ressentiments seiner Gegner in die eigene Propaganda übernahm«, zu verhindern. Gemessen an diesem hehren Anspruch ist erstaunlich, was Pohrt in seiner Analyse des »Michel-Syndroms« (KONKRET 7/90) und in einem Leserbrief (KONKRET 9/90) zu Claudia Burgsmüllers Text »Tabu der Rache« (KONKRET 8/90) über potentielle Faschisten und tatsächliche Nationalsozialistinnen zu sagen weiß.

Daß bei Deutschen ein »Michel-Syndrom« zu konstatieren ist, will der Sozialwissenschaftler Pohrt aus den Antworten auf Satz 9 seiner F-Skala ablesen können: »Wichtiger als äußere Schönheit ist, daß jemand echte Persönlichkeit besitzt«. Die überwiegend zustimmenden Antworten auf diesen Satz offenbaren, Pohrt zufolge, »die allgemein verbreitete Neigung, mit Ressentiments auf Eindrücke zu reagieren, die Bewunderung und Freude hervorrufen müßten.« Pohrt hat auch ein Beispiel parat: »Erinnert werden darf in diesem Zusammenhang an die publizistische Entrüstungswelle, die vor einigen Jahren über eine Urlauberin hereinbrach, die gegen den Reiseveranstalter auf Schadensersatz klagte, weil in ihrem Hotel gleichzeitig eine Behindertengruppe logiert hatte. Die Kommentatoren sprachen von Menschenverachtung und hatten kein Verständnis dafür, daß jemandem der Urlaub gründlich verdorben ist, wenn er zwischen Rollstühlen und Beinamputierten frühstücken soll.« Pohrts Sprache ist aufschlußreich: Einer Naturgewalt gleich ist »die Entrüstungswelle« über die Urlauberin »hereingebrochen«, sie selbst erscheint als das wehrlose Opfer einer unbeeinflußbaren Macht; Hilfsmittel und die Menschen, die sich ihrer bedienen, Objekte und Subjekte, »Rollstühle« und »Beinamputierte«, werden von Pohrt in eins gesetzt und bilden das entmenschlichte Ambiente, in dem die Bewunderer »äußerer Schönheit« um ihren gerechten Urlaubsgenuß gebracht werden. »Wenn bei einer Gruppe einerseits die Ansicht dominiert, man dürfe sich beim Anblick massenhaft auftretender Krüppel nicht gruseln...«, fährt Pohrt fort und mobilisiert damit jetzt offen das Ressentiment und die Wahnvorstellung, die er zu thematisieren vorgibt.

Ein Blick zurück ins Jahr 1980 ermöglicht zu zeigen, wie Pohrt, um eine effektvolle Attacke formulieren zu können, lieber nicht genau wissen will, worüber er schreibt. Die deutsche Urlauberin fühlte sich in Griechenland von einer Gruppe schwedischer Behinderter gestört. Pohrt, der in seinem »Weg zur inneren Einheit«, Teil I, hellsichtig bemerkt hat, daß Deutsche im Ausland »wenn nicht als Eroberer, so doch fordernd (auftreten)«, interessiert sich beim »Frankfurter Behinderten-Urteil« für diesen Aspekt gar nicht: wahrgenommen wird nur, was die vorgefertigte Polemik bestätigt. In Pohrts Kurzreferat des Prozesses werden Menschen mit Behinderung nur noch als »Defekt« wahrgenommen: »Beinamputierte«. Diese Reduktion korrespondiert mit einem summierenden, kalten Blick, dem alle Menschen mit Behinderung eins sind: »Krüppel«. Tatsächlich ging es in dem Frankfurter Verfahren aber – was an sich egal wäre – sowenig um »Beinamputierte« wie um »massenhaft auftretende Krüppel. . .«: In einem Hotel mit 540 Betten hat die Klägerin mal 25, mal 30 und mal 40 Behinderte ausgemacht, die »tobten und schrien«, geistig behindert und aggressiv gewesen sein sollen – tatsächlich waren es 20 Menschen, die meisten davon spastisch gelähmt; das ist bemerkenswert, nicht weil spastische Lähmung »besser« ist als eine geistige Behinderung, sondern weil es die Diskrepanz zwischen Wahn und Realität sichtbar macht. Die »Entrüstungswelle«, an die sich Pohrt erinnert, schwappte keineswegs so einheitlich: Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« z.B. verteidigte das Urteil in mehreren Artikeln; zwar empörte sich öffentlich neben der »Zeit« und der »Frankfurter Rundschau« auch der hessische Sozialminister, der für eine integrationsfeindliche Politik verantwortlich ist, der entschiedenste Protest wurde aber von Behinderten selbst initiiert und getragen (die dann auf einer Demonstration auch, diesmal tatsächlich als »massenhaft auftretende Krüppel«, einige Leute zum »Gruseln« gebracht haben dürften).

Pohrt vermengt das alles, den konsequenten und den scheinheiligen Protest, die Nicht-Empörung und die Empörung, und rührt sich so die Diagnose eines faschistoiden Sozialcharakters zusammen, mit dem verglichen das Ressentiment des

Richters Tempel und der Klägerin als »Fähigkeit zur Identifikation« humanistische Weihen erfahren. Faschistoid erscheint so die Charakterstruktur derer, die sich mit offener Diskriminierung hier nicht abfinden wollen; die, die sich zum Vorurteil bekennen, die, wie auch manche deutsche Alternative, dazu stehen, daß »massenhaft auftretende Krüppel« sie in ihrer Befindlichkeit stören, erscheinen dagegen als frei vom »Wahnsystem nach dem Schema: Wir sind umzingelt von Feinden«. Indem Pohrt eine Kategorie wie »Schönheit«, ohne sie zu reflektieren, ins Zentrum seiner Spekulationen rückt und durch die beispielhafte Nennung von Sylvester Stallone, Madonna oder Isabelle Adjani jeden Zweifel darüber ausräumt, daß er damit bestenfalls bloß die Norm-Vorstellungen der bürgerlichen Warenwelt reproduziert (schlimmstenfalls denkt man an den »Schönheits«-Kult deutscher Nationalsozialisten), wirft er die Frage nach dem Verhältnis seiner Theorie zur Realität der herrschenden Verhältnisse auf.

Der Leserbrief, in dem Pohrt Claudia Burgsmüller vorwirft, sie gebe »ein lebendiges Beispiel für jene Mentalität, wie sie etwa von KZ-Aufseherinnen benötigt worden ist«, liefert dafür einige bedrückende Hinweise. Zur Erinnerung: Claudia Burgsmüller hat in KONKRET 8/90 am Beispiel eines Prozesses wegen Vergewaltigung aufgezeigt, wieso patriarchale Macht im Strafprozeß 1990 ebenso wirkt wie 1905, und sie hat in diesem Zusammenhang festgestellt (mehr nicht), daß es ein Tabu gibt, über Rache zu sprechen.

In seiner Replik interessiert sich Pohrt nicht für die niederschmetternde Realität in Vergewaltigungsprozessen. Indem er die scharfe Kritik an der männlichen Justiz als »der Tenor des Artikels (ist), mit Angeklagten ist kurzer Prozeß zu machen« interpretiert, blendet er aus, daß die formale Rechtsstaatlichkeit eines Verfahrens nichts über die tatsächliche Justizpraxis und ihre politische Zielsetzung aussagt. Daß die bürgerliche Justiz die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse sichert und die patriarchale Justiz die Unterdrückung der Frauen, daß die bundesdeutsche Justiz also vor allem die Aufgabe hat, bestimmte Verbrechen zu legitimieren und nicht die potentiellen Opfer zu schützen oder ihnen Genugtuung zu verschaffen, kommt ihm nicht in den Kopf. Nicht der Zorn über einen Vergewaltiger, der eine Frau zum Ding degradiert und sie entwürdigt hat, treibt ihn an den Schreibtisch, nicht diesem attestiert er die Mentalität, die der »von KZ-Aufseherinnen« gleiche – Pohrts Aggression richtet sich gegen die Kritikerin einer Justiz, die Vergewaltigern die Sicherheit gibt, daß sie wenig zu befürchten haben.

Daß Pohrt sich die Enttabuisierung von Rache nur als Entfesselung »gesunden Volksempfindens« vorstellen mag, daß er damit »Blutrache« assoziiert und Claudia Burgsmüller deswegen stellvertretend für »deutsche Weiber..., (die) massenhaft vor lauter Hitler-Begeisterung beim Sieg-Heil Rufen Wein- und Schreikrämpfe bekamen«, bestraft sehen will, mag ihm bei Bundesgerichtshof-Richtern, die in jungen Jahren NS-Verbrecher zu Tausenden freigesprochen haben, Applaus einbringen. Linke sollten sich dagegen der Auseinandersetzung um Rache erinnern, die nach der Niederwerfung des Nationalsozialismus z.B. Simone de Beauvoir in Gang gebracht hat. Rache wird von ihr (etwa in dem Aufsatz »Auge um Auge«) als durchaus problematische und gewiß nicht zu institutionalisierende Möglichkeit beschrieben, einen Schuldigen »in der Totalität seines Seins« kompromißlos zu verurteilen. Rache kann eine Möglichkeit sein, mit der eine Frau, die keinen anderen Weg sieht, versucht, auf ein Verbrechen gegen ihre Menschenwürde zu reagieren: »Die Rache aber wird suspekt, sobald der Rächer sich zum Richter aufschwingt. Sie ist eine zwischenmenschliche Beziehung, ebenso konkret wie der Kampf, die Liebe..., der Mord oder die Freundschaft, sie muß ihr wahres Wesen verantworten und nicht nach universellen Rechtfertigungen suchen« (de Beauvoir).

Rache setzt Schuld voraus, sie kann sicher auch nicht von irgendjemandem und schwer nur stellvertretend geübt werden. Claudia Burgsmüller hat in ihrem Text nicht gefordert, mit wegen Vergewaltigung Angeklagten kurzen Prozeß zu machen, ihr ging es darum, daß die gängigen Regeln des Prozesses, die Routine der Gerichte, die Gewichtung der Zeugenaussagen je nach Geschlecht strukturell dafür sorgen, daß die überwiegende Mehrheit der Täter freigesprochen wird und zusätzlich zur bösen Tat auch noch die Zufriedenheit, als unschuldig zu gelten, mit nach Hause nehmen kann: Die ohnehin schon gedemütigte Frau wird im Verlauf des Prozesses in der Regel ein zweites Mal tief gedemütigt, der Freispruch für den Täter verlängert diese Reihe von Entwürdigungen. »Wer die ohnehin schon Getretenen geistig demütigt, wird wahrscheinlich in der gleichen Weise reagieren, wenn eine Fremdgruppe 'liquidiert' wird« (Adorno, Studien zum autoritären Charakter).

Pohrt hat an den Anfang seiner Studie die Behauptung gestellt, »der Faschismus wird stark nicht aus eigener Kraft, sondern durch seine Widersacher«. Diese These ist nicht völlig aus der Luft gegriffen, wahr ist sie deswegen noch lange nicht. Kritik an Israel, eine Aversion gegen das ästhetische Diktat der Warengesellschaft, Solidarität mit Diskriminierten, Opposition gegen die patriarchale Justiz können zwar tatsächlich faschistoid sein oder faschistoide Elemente in sich bergen – müssen es aber nicht. Weil Pohrt jedoch Interessenlage, Unterdrückungsverhältnisse, gesellschaftliche Strukturen und wie eines aufs andere wirkt nicht analysiert, sondern nur seine Reflexe zu Papier bringt, kann er das nicht unterscheiden – und will es wohl auch nicht: Seine Auslassungen über das »Frankfurter Urteil« und seine maßlose Tirade gegen Claudia Burgsmüller zeigen ihn als jemand, dessen Analyse selber von Ressentiment geprägt ist.

Konkret 10/90, S. 64

Matthias Altenburg

Céline! - Céline? - Céline!

Muß einer, der ein guter Dichter gewesen ist, auch noch ein guter Mensch gewesen sein? Die Debatte über den französischen Schriftsteller Louis-Ferdinand Céline, die Matthias Altenburg mit seiner Empfehlung, dessen Romane zu lesen, in KONKRET 8/90 ausgelöst hat, weist auf die Frage nach den Kriterien, die unser Werturteil über Kunstwerke bestimmen: sind es ästhetische, moralische oder politische? Welche Rolle spielt dabei unser Wissen um das, was der Künstler sonst noch so alles trieb? In KONKRET9/90 reagierte Eva Groepler auf Altenburgs Empfehlung mit dem Hinweis auf den eifernden Antisemitismus Célines und darauf, daß sein Werk »heute wie damals ganz im Trend nationalistischer Erweckungen« liege. Darauf antworten Matthias Altenburg und Hermann Peter Piwitt

Louis-Ferdinand Céline war ein Apologet des Mordes, ein Judenhasser, ein Vampir. All das ist verbürgt und nicht zu bezweifeln. Habe ich das verschwiegen? Nein, ich habe es meiner kleinen Lobrede auf Célines Romane vorausgeschickt. Was also will Eva Groepler mit ihrer Replik auf meinen Text erreichen?

Will sie beweisen, daß Sie in der Lage ist, auf 180 Zeilen mehr altbekannte Details über Célines Antisemitismus aufzuzählen, als ich auf 55 Zeilen aufzählen wollte? Will sie nachweisen, daß ich einem nationalistischen Wüterich auf den Leim gekrochen bin, oder schlimmer, daß ich versucht habe, den ahnungslosen KONKRET-Lesern einen Faschisten als Revolutionär unterzujubeln? Oder was?

Eva Groepler zitiert Sartre und Ernst Jünger, Maurice Nadeau und den »Stürmer«. Aus den abgelegensten Texten Célines kann sie Passagen anführen, die belegen, was für ein rassistischer Rüpel der Autor gewesen ist. Man könnte Groepler für eine Céline-Spezialistin, mehr noch, für eine Kennerin der französischen Literatur des zwanzigsten Jahrhunderts halten. Doch dieser Eindruck trügt, und er kann nur entstehen, weil Eva Groepler zwar viele Namen nennt, den einen, auf den es ankäme, jedoch verschweigt: Es ist dies der Name des »Zeit«Mitarbeiters und WDR-Redakteurs Hanns Grössel. Der Artikel der Replikantin ist von der ersten bis zur letzten Zeile nichts anderes, als eine tendenziöse Zusammenfassung von Grössels kleiner aber materialreicher Céline-Studie, die 1981 unter dem Titel »Auf der richtigen Seite stehen« bei Qumran erschienen und heute noch über den Frankfurter Campus Verlag erhältlich ist.

Alles, was Groepler über Céline und dessen Rezeption weiß, bezieht sie – ohne freilich ihre Quelle anzugeben – aus Grössels Arbeit. Für jede (!) Information, die wir bei Groepler finden, gibt es eine – bloß besser formulierte – Entsprechung bei Grössel. Die Übereinstimmungen sind so frappierend, daß man vermuten muß, daß sie nicht nur die Texte der von ihr angeführten Gewährsmänner nicht gelesen hat, sondern auch, daß sie von Célines Werk nur jene Sätze kennt, die bei Grössel zitiert sind. Was bei Grössel nicht vorkommt, kommt auch bei Groepler nicht vor. Wenn Grössel eine Auslassung macht, kann Groepler nicht vollständig zitieren; sie kennt das Original nämlich nicht. Vollends peinlich wird es dann, wenn Eva Groepler auch noch die Fehler ihrer Vorlage abschreibt. Denn nicht Bardamu, der Protagonist von Célines erstem Roman *Reise ans Ende der Nacht,* hat die Schwarzen als »geil«, »hysterisch« und »verkommen« charakterisiert, wie Grössel und Groepler behaupten, sondern dies sind die – als direkte Rede gekennzeichneten – Worte einer anderen Figur, nämlich Robinsons, der zu dieser Zeit noch Angestellter der Handelsgesellschaft Pordurière im Dschungel der französischen Kolonie Bambola-Bragamance ist (vgl. S. 144 der Taschenbuchausgabe).

Eva Groepler, so müßte man annehmen, wenn man es nicht besser wüßte, hat kein einziges Buch von Louis-Ferdinand Céline gelesen. Sie blufft, tut dicke mit fremdem Wissen und hat KONKRET ein faules Ei ins Nest gelegt. Und sowas will mir in die Stube kritisieren...

Groepler führt Paul Nizan als Zeugen der Anklage gegen Céline an, sagt aber nur, der Kritiker habe dem Autor von *Reise ans Ende der Nacht* vorgehalten, daß ihm »der Begriff der Revolution fehle« (nebenbei: was für ein Vorwurf?!). Daß Nizan in der gleichen Rezension den Roman aber lobt als »ein bemerkenswertes Werk, von einer Kraft und Weite, die wir von den wohlfrisierten Zwergen der bürgerlichen Literatur her nicht gewohnt sind«, muß Frau Groepler verschweigen, weil sie es gar nicht weiß. Und sie weiß es nicht, weil auch Hanns Grössel diese Passage verschweigt.

Und Trotzki? Gehörte wenigstens er, wie Eva Groepler nahelegt, zu den Widersachern Célines? Das Gegenteil ist der Fall. Im mexikanischen Exil hat Trotzki eine der hellsichtigsten Analysen der *Reise...* geschrieben. Sie beginnt mit dem Satz: »Louis-Ferdinand Céline ist in die große Literatur eingetreten, wie andere in ihr eigenes Haus eintreten.« Und weiter unten: »Céline zeigt, was ist. (...) Er wurde ein Revolutionär des Romans. (...) Selbst wenn Céline persönlich der Ansicht ist, daß vom Menschen nichts Gutes kommen kann, birgt gerade die Heftigkeit seines Pessimismus sein eigenes Gegengift.«

Nicht nur Gide und Sartre, nicht nur Malraux und Genet, Miller und Kerouac haben ihn bewundert, auch unter den deutschsprachigen Autoren gibt es viele, die, wie Piwitt schreibt, noch heute »kleine, betroffene Stimmen« bekommen, wenn der Name Céline fällt. Wolfgang Koeppen, Günter Grass und Rolf Dieter Brinkmann haben bei ihm gelernt. Martin Walser nennt ihn den »Proust der kleinen Leute«, und Günter Herburger spricht von dem »vehementesten Haßdichter, den ich kenne und der mir genützt hat«.

Es hat in diesem Jahrhundert eine ganze Reihe wichtiger Romanciers gegeben, aber nur wenige Stilisten, die etwas beigetragen haben zur Weiterentwicklung der künstlerischen Prosa: Joyce gehörte dazu, Kafka, Babel, Beckett, Arno Schmidt und – wie oft wird man es noch sagen müssen? – Céline. Wirklich, man schluckt trocken, wenn man sieht, auf was eine Linke, die doch längst schon nicht mehr bei sich ist, auch noch meint verzichten zu können.

*

»Für die damaligen literarischen Verhältnisse mag ja stimmen, daß der Schriftsteller mit seinem Erstlingsroman *Reise ans Ende der Nacht (1932)* tatsächlich sprachlich innovierte...«, schreibt Eva Groepler. Das ist gut, das ist wirklich gut. Ich gäbe was drum, Célines Reaktion auf einen solchen Satz erleben zu können. Wahrscheinlich hätte er sich in die Hosen gepißt vor Lachen und hätte dann angefangen zu krakeelen, wie er es ein Leben lang, wie er es auch in seinen *Gesprächen mit Professor Y* getan hat. Schweigen wir also von der Blufferin und lassen wir den Dichter behaupten, »daß es sich bei mir um den einzigen Schriftsteller des Jahrhunderts handelt! ich! ... ich! ... ich hatt's ihm ja oft genug wiederholt! daß die ganze andere Bagage? zum Kotzen! zum Kotzen! wie sie ganze Seiten mit ganz bezahlten Kritiken füllten ... Konfusler und Schandkritzler! ... zum Kotzen nochmal! zum Kotzen! ... waren nicht ihre Kugelschreiber wert! nicht ihre Kugelschreibermine ! vorzeitig Verkalkte ! alle wie sie da sind!... abgehetzte Dummbeutel, keuchende Plagiatoren.« Undsoweiter. Undsoweiter.

In diesen paar Zeilen haben wir fast alles, wofür Céline bis heute gehaßt und geschätzt wird: die brachiale Selbstinszenierung, die Unbedingtheit, seine dröhnende Wut, seine Egomanie, die Wiederholungen, seine elliptischen Sätze, die Übertreibung, den gestalteten Argot, »die ganze Emotion des 'Gesprochenen' durch das Geschriebene«, wie der Autor selbst seine stilistische Erfindung nannte.

Was wir hier noch nicht haben, ist die rasende, die penetrierende Neugier, mit der Céline die ihn umgebende Welt in seinen Romanen erkundet. Er hat die Menschen – sich eingeschlossen – nicht gemocht, er hat sich oft vor ihnen gefürchtet und fast immer auf sie geschimpft, aber er hat sie niemals einfach abgetan. Lieber hat er hundert Mal das gleiche gesehen, als einmal wegzuschauen. Sein Blick war genauer, und damit menschlicher, als der der meisten – zumal der deutschen – sogenannten Humanisten. Daß es wenig Schönes war, was ihm vor die Augen kam, wird man ihm kaum vorwerfen können.

Céline schrieb, wie Goya malte: aus der Froschperspektive, mit dem Blick von 'ganz unten', aus den Bodenlöchern dieser maison des fou, die man sich angewöhnt hat das Leben zu nennen. Seine unheroischen Helden waren die versoffenen Handwerker der banlieus, die vom Ruin bedrohten Krämer der Pariser Passagen, die Arbeiter der Fordwerke, die Straßenhuren, die Kranken, die Getretenen, der »petit peuple« eben, aus dessen Stall er kam und dessen Geruch er niemals loswurde.

Céline hat nicht das getan, was linke Leser noch immer von ihren Autoren verlangen, er hat weder den Massen noch den Salonrevolutionären seine Stimme geliehen; er hat bloß seine kleine dreckige Welt zur Sprache gebracht.

Gerecht sein wollte er dabei nie und schaffte es doch nicht – ich rede von den Romanen – ungerecht zu sein, weil er sich immer wieder verriet, weil seine Bilder stärker waren als seine Begriffe, weil seine Vorurteile erdrückt wurden unter den Bergen aufgehäufter Details. Er wollte sich verstecken und hat sich entlarvt. Und seine Selbstentblößungen sind meist nichts anderes als ein Rollenspiel, daß ihm wieder die Möglichkeit bot, sich erneut zu verbergen. »Ich bin der Autor des ersten kommunistischen Romans, der jemals geschrieben wurde«, sagt Céline. Es lohnt sich, eine Weile über diese Bemerkung zu grübeln.

Man muß die Menschen nicht lieben, um sie treffend beschreiben zu können, aber dem Misanthropen und Krakeeler Céline sind doch auch Passagen gelungen, deren zärtliche Trauer und schöne Wehmut in hartem Kontrast stehen zu den Schimpfkanonaden und die diese womöglich neu beleuchten. Man lese nur Ferdinands Klage über den Tod der Concierge Bérenge auf den ersten Seiten von *Tod auf Kredit* oder die letzten Zeilen der *Reise:* »Von fern her tönt der Pfiff des Schleppdampfers. Sein Ruf hallt über die Brücke, den Bogen, die Schleuse, über die nächste Brücke und weiter noch in die Ferne ... er fordert alle Barken und Stadt, Himmel und Feld. Und er ruft uns und nimmt auch die Seine mit, alles ... damit niemand mehr davon berichten kann ...«

Es war Karl Krolow, der schon 1958 anläßlich der rowohltschen Neuauflage von *Reise ans Ende der Nacht* auf diesen anderen, weithin unbeachteten Ton hinwies: »Dieser, so oft auf die heftigste Weise zynisch wirkende Roman wird gleichwohl von einer fast verstummten Güte getragen. Es gibt ein paar Augenblicke im Buch, in denen man das spürt (...), und es gibt sehr stille, ja, überaus zarte Sätze in diesem rüden Buch tief getroffener Sensibilität.« Und über den Autor: »Jemand, der keine Schonung kennt, auch gegen sich selber nicht, der sich langsam hinrichtet, weil er eine überstarke Witterung für menschliche Schrecken hat.«

*

Im Streit darum, wie Célines antisemitische Pamphlete in das Gesamtwerk einzuordnen sind, gibt es zwei große, sich widersprechende Parteien, und beide liegen schief .

Die eine tut so, als gebe es zwei Célines, die man streng unterscheiden müsse: den guten Dichter und den verlumpten Politiker. Diese Partei versucht, die Pamphlete zu verschweigen oder sie doch als eine temporäre Verirrung, als einen Ausrutscher, oder gar, wie Gide es getan hat, als Satiren zu verniedlichen, um so, vermeintlich, die Romane in ihrer nicht vorhandenen Reinheit zu retten.

Die andere Partei, man könnte sie die ganzheitliche nennen, bemüht sich, den Schurken Céline auch in dem Dichter zu entdecken, um beide verdammen zu können. Der Mensch sei eine organische Einheit, sagen die Vertreter dieser Partei und vermuten, daß jemand, der die Juden an den Galgen gewünscht hat, nicht Romane geschrieben haben könne, die man auch als wütende Angriffe auf den Kolonialismus, den Krieg und die Armut lesen kann. Sie legen die Meßlatte ihres liberalen Moralismus an Célines Dichtungen an, um dann empört festzustellen, daß der Franzose nicht so geschrieben hat wie Thomas Mann. Die Pamphlete, so folgern sie, seien Ausgeburten der frühen Romane, und die späten Romane Spiegelungen der Pamphlete.

Eine dritte, bedächtigere Position, die leider bis heute nur wenige Anhänger gefunden hat, hat Wolfgang Koeppen schon 1960 eingenommen: »Céline war ein wortgewaltiger Streiter für die Freiheit des Einzelnen, er war ein radikaler Verfechter der Menschenrechte. Was er später tat, was er schrieb, was er brüllte, war Verrat. Verrat an der Freiheit, Verrat an den Menschenrechten, Verrat an sich und an seinem Wort. (...) Céline verstrickte sich, er wühlte in Schmutz, er verirrte sich in Wahnsinn. Der Wahnsinn fraß den Dichter auf und spuckte ihn als Monstrum aus. Ein noch immer wortgewaltiges Monstrum.« Und über den späten Roman *Von einem Schloß zum anderen:* »Es tut mir leid, es sagen zu müssen: Ich kenne keine bessere, keine eindringlichere, keine wahrere Beschreibung des (...) Zusammenbruchs. Wo Céline als Dichter spricht, ist er groß. Wo er, ich kann mir nicht helfen, als Irrer lamentiert, entsetzt er.«

An Célines antisemitischen Pamphleten gibt es nichts zu beschönigen. Ob er aber ein Faschist war? Zumindest halte ich es für genauso fraglich, wie ich es für fraglich halte, daß Peter Schütt je Kommunist gewesen ist. Und warum Célines Werk »heute wie damals ganz im Trend nationalistischer Erweckungen« liegen soll, wie Eva Groepler schreibt, mag ich schon gar nicht einsehen. Welche Nation sollte Staat machen können mit einem Dichter, der (fast) Zeit seines Lebens auf alle Nationen und Nationalitäten geschimpft hat, auf die Amerikaner so sehr wie auf die Engländer, die Franzosen und die boches. Wer weiß schon, warum der politische Wirrkopf Céline die folgenden Sätze gesagt hat, für eine Kumpanei mit den Schönhubers und Le Pens machen sie ihn jedenfalls untauglich: »Was die Juden angeht, sie sind mir sympathisch geworden, seit ich die Arier, Fritze und Franzen bei der Arbeit gesehen habe. Welche Diener-Seelen« (Vgl. »Spiegel« 30/1961).

Aber was Céline auch immer gewesen sein mag, Faschist oder Clown, Bettnässer oder Hundeficker, Samariter der Küchenschaben oder Kindermörder, ich will ihm nicht begegnen, will nicht mit ihm frühstücken, will ihn nicht einmal heiraten. Ich will bloß seine Romane lesen, ohne daß er oder eine andere Schwätzerin mich dabei mit Ideen stören.

Oder reicht es nicht, daß einer ein guter Dichter ist? Muß er immer auch noch ein guter Mensch sein? Wo es davon doch wahrhaftig mehr als genug gibt. Und wenn man sieht, was die so anrichten...

Ein Dichter muß schreiben können. Das ist viel, aber nicht zuviel verlangt. Wenn er darüber hinaus auch noch ein klar denkender Kopf ist, so ist das erfreulich. Wenn nicht, so tut das seinem Werk keinen Abbruch .

Es ist so, es bleibt so, und es wird nicht falsch, wenn man es zum hundertsten Mal sagt: Ein faschistischer Schuster kann ein Meister seines Fachs und sein kommunistischer Kollege kann ein arger Stümper sein. Wer würde nicht die Schuhe des Faschisten vorziehen? Und sei es bloß, um notfalls schnell genug vor ihm wegrennen zu können .

*

Bei Céline, so scheint es, hört noch immer der Spaß auf, obwohl er hier doch eigentlich beginnen könnte. Wenn es ein Stück Weltliteratur gibt, das ich gerne selbst geschrieben hätte, dann sind es jene drei wahrhaft degoutanten Seiten aus *Tod auf Kredit,* in denen Ferdinand von einer Schiffsfahrt über den Ärmelkanal berichtet, die er gemeinsam mit seinen Eltern unternimmt und bei der das Schiff förmlich in der Kotze seiner seekranken Passagiere ersäuft. Auch wenn das nichts beweist: Als ich die Passage dieses Jahr im Urlaub wiederlas, während um mich herum das Tiroler Schmirntal im Schlaf der Blöden versank, während sich die Abendwolken rot über den Olperer schoben und die Gemsen müde ins Tal herunterglotzten... hab ich gegluckst, gekichert, gelacht, geschrien hab ich, wie nie zuvor in meinem Leben. Frau Groepler, nehme ich an, geht zum Lachen in den Keller.

Konkret 10/90, S. 66

Hermann Peter Piwitt

Céline! - Céline? - Céline!

Muß einer, der ein guter Dichter gewesen ist, auch noch ein guter Mensch gewesen sein? Die Debatte über den französischen Schriftsteller Louis-Ferdinand Céline, die Matthias Altenburg mit seiner Empfehlung, dessen Romane zu lesen, in KONKRET 8/90 ausgelöst hat, weist auf die Frage nach den Kriterien, die unser Werturteil über Kunstwerke bestimmen: sind es ästhetische, moralische oder politische? Welche Rolle spielt dabei unser Wissen um das, was der Künstler sonst noch so alles trieb? In KONKRET9/90 reagierte Eva Groepler auf Altenburgs Empfehlung mit dem Hinweis auf den eifernden Antisemitismus Célines und darauf, daß sein Werk »heute wie damals ganz im Trend nationalistischer Erweckungen« liege. Darauf antworten Matthias Altenburg und Hermann Peter Piwitt

Es gibt große Kunst von schlechten Menschen. Und miserable von guten. Manche Leute meinen, ein Missetäter habe deshalb, kraft der Kunstwerke von seiner Hand, immer schon Generalpardon vor dem Strafgesetzbuch. Das ist barbarisch. Ebenso barbarisch ist es, Kunstwerken die menschlichen Fehler und Vergehen dessen anzukreiden, der sie geschaffen hat.

Es gibt einen anderen folgenschweren Irrtum: Danach ist ein Künstler eine integrierte Persönlichkeit, ein organisches Ganzes, das sein Leben 'in wachsenden Ringen lebt' und weder irren noch enden kann. Alles käme schließlich aus *einem* Kopf, heißt es. Und folglich aus einem einmal diskreditierten nichts Gutes, aus einem habilitierten nichts Schlechtes. Aber aus Strindbergs Kopf kamen das 'Plädoyer eines Irren' *und* 'Fräulein Julie' . Aus Beethovens 'Die Schlacht von Vitoria', der Türkenchor aus den 'Ruinen von Athen' *und,* fast gleichzeitig, das 'Erzherzog-Trio'. Und aus Louis-Ferdinand Célines 'Die Reise ans Ende der Nacht' ebenso wie die antisemitischen Pamphlete.

Die Liste ließe sich erweitern: Fontane hat mit militaristischen und nationalistischen Balladen in den Seelen von Gymnasiasten über Generationen weg, fürchte ich, mindestens soviel Bereitschaft zu triumphierendem Töten geweckt oder auf Dauer festgeschrieben wie der Céline der Pamphlete von '37 bis '41 bei seinen Zeitgenossen. Dessen große Romane von '28 und '36 sind aber nicht nur frei von Rassismus; sie sind auch – neben dem Werk Brechts – die konkreteste und unversöhnlichste, dabei kunstsinnigste literarische Abrechnung mit Nationalismus, Militarismus, Kolonialismus, Fordismus und Petitbourgeoisie, die mir aus der modernen Literatur bekannt ist. Wer diesen Meisterwerken die ekelhaften publizistischen Machwerke der Pamphlete als Malus aufhalst, muß gerechterweise auch 'Effi Briest' und die 'Wanderungen...' verwerfen angesichts blutdummer Verse Fontanes und seiner 'Geschichte der Kriege von 1866 und '70/71' .

Aber nicht einmal die wenigen dichterischen Kostbarkeiten bei Ernst Jünger in den Schmutz der Bücher zu ziehen, mit denen er berühmt wurde, haben wir das Recht.

Das literarästhetische Grundübel liegt in der von links bis rechts herrschenden Praxis, Biographie, Werk und Meinung eines Autors nicht voneinander zu trennen. Was, wenn sich heute herausstellte, daß Homer im bürgerlichen Leben ein berüchtigter Halsabschneider gewesen ist? Müßten wir 'Ilias' und 'Odyssee' mit anderen Augen sehen? Nein. Heute aber ist Brecht schon für manche nur noch der, der Stalins Moskauer Prozesse gerechtfertigt hat. Und von Marx glauben sie es auf einmal schon immer gewußt zu haben, nachdem frühe Verse von ihm bekannt wurden, Verse, wie sie damals jeder zweite gebildete Jüngling im 'satanischen' Geschmack der Zeit schrieb.

Von Byron sagte Goethe zu Eckermann: »Lord Byron ist nur groß, wenn er dichtet . Sobald er reflektiert, ist er ein Kind. « Damit mag er Recht gehabt haben. Um zu einem Werturteil über ein Werk der Kunst zu gelangen, hat uns aber nicht einmal zu interessieren, was sein Autor sonst so, und sei es in aller Öffentlichkeit, sich ergrübelt; sowenig wie, daß er Christ, Trinker, Couponschneider, schwul, respektive Kommunist gewesen ist oder nur ein Stubenhocker, der Zinnsoldaten sammelt. Ein Kunst-Stück – und ich wiederhole hier nur zum xtenmal im 30. Jahr, was ich bei meinen Lehrern Theodor W. Adorno und Walter Höllerer gelernt habe – ein Kunst-Stück spricht entweder für *sich* (bzw. gegen sich) – oder es spricht *nichts* dafür oder dagegen. Kurz, die Fragen: Was ist das für ein Mensch, der das geschrieben hat? und: Was treibt, redet, meint er, wenn er nicht dichtet? sind zwar gestattet, aber un-ästhetisch, vor-ästhetisch allenfalls .

Und doch haben wir alle, die wir Kunst machen oder uns mit Kunst befassen, schon mal mehr oder weniger diesem Satz zuwidergehandelt. Gang und gäbe war das in der DDR. Gang und gäbe ist es nach wie vor in den marktbeherrschenden bürgerlichen Feuilletons der Republik. Das dämmert hin und wieder wenigstens den lässigsten unter den Zynikern: »Wir alle, das heißt die westdeutsche Kritik, haben jahrelang auf DDR-Bücher einen Bonus angewandt«, bekannten vor kurzem »Spiegel«-Redakteure im Gespräch mit Günter Grass in Sachen Christa Wolf. Das heißt: 'Wir haben nur so getan, als ginge es uns um Kunst!'. Warum? »Weil wir den Autoren bei den Kulturfunktionären nicht schaden wollten.« Das wäre ehrenhaft. Und wenn sie jetzt noch eingeständen, daß, Kunsturteile vortäuschend, jahrelang genauso ein Malus gegeben wurde auf Bücher von West-Autoren unter Kommunismus-Verdacht, man könnte diese Nacht, 2 Uhr 28, geradezu noch einmal der humanistischen Illusion verfallen, daß der Mensch auf seinem wünschenswerten, evolutionären Weg in die Marktwirtschaft der Kakerlake (siehe »Natur« Nr. 7/89), gewisse eigene Werte doch noch könnte miteinbringen. . .

Aber auch auf Seiten der Linken im Westen ist man selten anders verfahren als nach dem Bonus-Malus-Prinzip. Was wurde da nicht alles Büchern gutgeschrieben! Der bloße Vorsatz eines sozialen Anliegens; und jede Tugendstümperei. Für den Frieden sein und gegen den Krieg. Und natürlich nichts gegen Arbeiter, Frauen und Kinder! Und so kursierte er, der gutgemeinte Dreck. Wenn denn überhaupt sowas wie Schönheitssinn vorhanden war. Und nicht immer schon der Goethe-Satz aus 'Maximen und Reflexionen' galt: »Den Stoff sieht jedermann vor sich; den Gehalt findet nur der, der etwas dazuzutun hat; und die Form ist ein Geheimnis den meisten.« Stellte sich dann aber heraus, daß die Tugend auch bloß auf den Strich der Treue gegangen war, die man verkommenen Parteien gehalten hatte, war der Jammer groß.

Eva Groepler ist es zu danken, daß sie die Leser von KONKRET über den Céline der Pamphlete aufgeklärt hat. Ihr Versuch, dabei zu differenzieren, ist aber ganz ungenügend. Und wie sie das Oeuvre dieses Dichters über den Kamm der schauerlichen Obsession seiner Lebensmitte schert, weckt in mir, ohne daß ich ihr daraus einen Vorwurf mache, schlechte Erinnerungen. Erinnerungen an eine Linke, die die 'Ästhetik des Widerstands' wie ein Lehrbuch studierte, aber den 'Marat/Sade' kaum kannte; und die großen frühen Romane von Peter Weiss waren schon mal überhaupt nicht 'gesellschaftlich relevant'. Diese Linke war immer schnell bei der Hand, die grenzenlos belastbare Rest-Konzilianz der wenigen ihr zugetanen Dichter bevormundend in Dienst zu nehmen, ohne von ihrem Werk etwas verstehen zu wollen. Nur deren Briefkästen mit Zahlkarten und Spendenaufrufen zu füllen, verstand sie immer. Als erschöpfte sich ihr Sinn für Literatur in der Gabe, prompt herauszufinden, wenn so ein Poet und Stinkstiefel trotz kommunistischen Verrufs einmal wieder Monatseinnahmen über den Sozialhilfesatz hinaus am Markt erzielt hatte...

Diese Linke, der das Ästhetische immer als bourgeoiser Greuel galt, dieser Haufen schwer deformierten Lebens in einer Gesellschaft triumphierender Zombies mit seinem Reinlichkeits- und Bereinigungswahn, seinen Begriffs- (siehe, leider, dazu auch KONKRET Nr. 9!) und Betroffenheitskrüppeleien, seinem käsigen Auchmalalbernseinkönnen, dem Sudelkitsch seiner Protestlieder und dem dumpfen Wunderkerzen-Entzücken über jeden bloß charismatischen Solidar-Schrott, – diese Linke: was mich betrifft – wenn sie denn glaubt, die Ungunst der Stunde nicht nutzen zu brauchen – dann kann sie mich jedenfalls mal, und zwar endgültig.

Ist einem Kollegen in sorgender Neugier, besessen, untröstlich und die Widersprüche 'sein' lassend ein genauer Zugriff auf die Welt gelungen, werde ich jedenfalls auch in Zukunft so ein Werk – selten wie ein Fischotter, wie es ist – zu schätzen und zu achten wissen. Mag er auch immer Babies am Spieß gebraten haben und dafür zur Hölle gefahren sein.

Kasten "Literaturhinweise" auf Seite 67

Von Céline: –

Leben und Werk des Philipp Ignaz Semmelweis, Verlag Age d'homme/Karolinger, 80 Seiten, 18,50 Mark –

Reise ans Ende der Nacht, Rowohlt Taschenbuch, 400 Seiten, 12,80 Mark –

Tod auf Kredit, Rowohlt Taschenbuch, 440 Seiten, 12,80 Mark –

Guignol's Band, Rowohlt, gebunden, 320 Seiten, 48 Mark –

Von einem Schloß zum anderen, Rowohlt Taschenbuch, 340 Seiten, 12,80 Mark –

Norden, Rowohlt Taschenbuch, 380 Seiten, 12,80 Mark –

Gespräche mit Professor Y, Edition Nautilus, Engl. Broschur, 122 Seiten, 25 Mark und als Taschenbuch (aber ohne Illustrationen) inb der Sammlung Luchterhand, 11,80 Mark. Die beiden Romane *Kanonenfutter* und *Rigodon* sind zur Zeit nicht lieferbar.

Über Céline: –

Eva Förster, Romanstruktur und Weltanschauung im Werk Louis-Ferdinand Célines, Julius Groos Verlag, 822 Seiten, 98 Mark –

Hanns Grössel, Auf der richtigen Seite stehen, Qumran/Campus Verlag, 64 Seiten, 14 Mark –

Hermann Peter Piwitt, Über Céline. In: Bausteine zu einer Poetik der Moderne, Herausgegeben von Norbert Miller, Volker Klotz, Michael Krüger für Walter Höllerer, Hanser Verlag, 452 Seiten, 58 Mark

Konkret 10/90, S. 68

Otto Köhler

Dienst am Redakteur

Daß ein Nachrichtendienst eine Einrichtung ist, die mit Nachrichten dient, also Journalismus (und Journalisten) macht, belegt auf eindrucksvolle und oft groteske Weise ein Buch über die Hitler-»Tagebücher« der Illustrierten »Stern«

Mitte Juli 1989 erhielten die Chefs von Bundesnachrichtendienst (BND) und Militärischem Abschirmdienst (MAD) einen schriftlichen Hilferuf des ehemaligen »Stern«-Ressortleiters Thomas Walde: »Betr.: Geplante Veröffentlichung meiner beim Amt für Sicherheit der Bundeswehr bzw. BND geführten Sicherheitsakte«.

Der Brief informierte die sehr geehrten Herren darüber, daß der Hamburger Verlag Facta Oblita – vergessene Tatsachen – die Veröffentlichung eines Buches über die Affäre der sogenannten Hitler-Tagebücher plane. Dagegen wollte Walde aus gutem Grund etwas unternommen wissen, denn: »Als damaliger Ressortleiter Zeitgeschichte beim Magazin 'Stern' war ich an dem Projekt 'Hitler-Tagebücher' beteiligt. Deshalb wird die jetzige Buchveröffentlichung auch mich betreffen, wie mir der Geschäftsführer des Verlages Facta Oblita, Peter-Ferdinand Koch, der zugleich auch der Buchautor ist, mitteilt. Ein Teil seiner geplanten Darstellung wird sich im wesentlichen auf umfangreiche Teile der beim Amt für Sicherheit der Bundeswehr, aber offenbar auch beim BND über mich geführten Sicherheitsakten stützen.«

Dabei handele es sich, erklärte Walde den Geheimdiensten, vor allem um »Akten des BND wie etwa:

- Unterlagen über eine angebliche Selbstbewerbung von mir beim BND,
- Aufzeichnungen über Anfragen und Kontakte, die ich als 'Stern'-Redakteur im Auftrage der Redaktion mit dem BND hatte,
- umfangreiche Befragungsprotokolle sowie deren Auswertung, die aufgrund meiner Sicherheitsüberprüfung bei der Bundeswehr sowohl vom MAD als auch in Amtshilfe vom Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz gefertigt wurden,
- Aufzeichnungen über mit mir verwandte oder bekannte Personen in der DDR, in der CSSR und in Ungarn.«

Der Hilferuf des einstigen »Stern«-Journalisten blieb allem Anschein nach unerhört. Auch eine Anrufung der Gerichte half Walde nicht. Das Buch ist, wenn auch verspätet, dafür aber mit erweitertem Umfang erschienen.

Waldes Kampf gegen den »Fund« aber ist verständlich. Schließlich hatte er als Ressortleiter des Tagebuch-Beschaffers Gerd Heidemann zunächst an der Chefredaktion vorbei und im Einvernehmen mit der Verlagsspitze die Beschaffungsaktion mit aller Energie vorangetrieben. Der Verlag hatte Walde zeitweise eine Beteiligung von mehr als einer Million Mark zugesagt, das machte Zweifel an der Echtheit der Tagebücher zum Verlustgeschäft .

Den beiden lange Zeit übergangenen und nach dem Skandal im April 1983 entlassenen Chefredakteuren wurde mit Millionensummen der Mund gestopft, Walde dagegen wechselte bloß innerhalb des Konzerns die Redaktion und ist heute stellvertretender Programmdirektor des von Bertelsmann mitbeherrschten Radio Hamburg, das mit dem kaum für einen Rundfunksender, sondern eher für einen Geheimdienst geeigneten Slogan »Das Ohr zur Welt« wirbt. Heidemann aber, der erst im September letzten Jahres aus dem Gefängnis kam, will nun nachweisen, daß er 1985 zu Unrecht als Betrüger verurteilt worden ist. Mindestens 2,1 von den 9,3 Millionen, die Gruner + Jahr für die Hitler-Falsifikate hinauswarf, soll Heidemann nach dem Urteil für sich abgezweigt haben. Doch gefunden wurde das Geld bislang nicht.

»Der Fund« ist eine Verteidigungsschrift für Heidemann, entstanden zu einem großem Teil aus Akten und Tonbandaufzeichnungen, die das Gericht bei seinem Urteilsspruch nicht berücksichtigt hat. Daß das Urteil gegen Heidemann teilweise auf falschen Ermittlungen beruht, weiß auch Walde. Um die Jahreswende 1986/1987 schrieb er seinem einstigen Tagebuchbeschaffer – das Urteil war allerdings inzwischen rechtskräftig – , er wünsche »...uns allen, daß noch so mancher Sachverhalt richtig geklärt wird, wie es eigentlich schon bei Gericht hätte passieren müssen. . . Vielleicht erfahren wir ja auch noch mal, welche gemeinsamen Interessen das bis heute verhindert haben. Aus der Urteilslektüre, aus vielen Diskussionen und Fragen, ist mir klar geworden, daß da ein erheblicher Nachholbedarf an Aufklärung besteht.«

Daran gibt es keinen Zweifel. In den Geheimdienst-Akten, deren Bekanntwerden der BND verhindern sollte, hat Peter-Ferdinand Koch allerlei Zwiespältiges entdeckt: Gleich nach dem Abitur zeigt Walde ein besonderes Interesse, indem er sich freiwillig zum Nachrichten- und Sicherheitsoffizier bei der Bundeswehr ausbilden läßt. Er wechselt von der CDU zur SPD, von der Jungen Union zum Sozialdemokratischen Hochschulbund. Am 24. Januar 1966 nimmt der BND Kontakt zu ihm auf. Im Oktober desselben Jahres leistet Walde seine Reservistenübung bei der sogenannten »Psychologischen Kampfführung der Bundeswehr«. Der Nachrichtenoffizier der Reserve und Politologiestudent an der Universität Hamburg zieht in das Studentenparlament ein, wird Pressereferent des Allgemeinen Studentenausschusses, redigiert das AStA-Info

und reiht sich in die Demonstrationen gegen den US-Krieg in Vietnam und gegen die Notstandsgesetze ein. Gleichwohl arbeitet er bei seiner Reserveübung 1968 wieder ganz offiziell für die Psychologische Kampfführung der Bundeswehr. Und erzählt mir heute, daß er dieses Nebeneinander für völlig normal halte.

Beim BND, damals noch uneingeschränkt die Alt-Nazi-Firma unter dem Hitler-General Reinhard Gehlen, gibt es seither, laut Koch, eine Akte Thomas Walde mit dem Eintrag »Selbstbewerbung«. Walde dagegen behauptet: »Der BND hat mich im Rahmen einer Werbeaktion ... um spätere hauptamtliche Mitarbeit gebeten.« Der BND allerdings verfügt, wie es heißt, über den folgenden Akteneintrag: »Auf Grund einer negativen Sicherheitsstellungnahme wurde die Übernahme des Walde in den BND als hauptberuflicher Mitarbeiter abgelehnt.«

Trotzdem rissen die Kontakte nicht ab. Walde schrieb eine Dissertation über die Rolle der Geheimen Nachrichtendienste im Regierungssystem der Bundesrepublik, was ihn – auf Empfehlung von in diesen Kreisen hochrenommierten Sozialdemokraten wie Jens Litten und Helmut Bärwald, der die SPD als »Sonderverbindung SV 55202« für Pullach ausspionierte – wieder mit dem BND zusammenbrachte, falls der Kontakt überhaupt je abgerissen war.

Seit Oktober 1971 ist Walde »Stern«-Redakteur. Bei seinen Verwandten-Besuchen in der DDR nehmen KGB und Stasi Kontakt mit ihm auf. Er erstattet, so heißt es, bei seiner Rückkehr dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz detailliert Bericht. Pullach notiert in seinen Akten auch dies: »Telefonisches Angebot des Walde an den BND, an Stelle eines ausgeschiedenen 'Stern'-Redakteurs Kontakte zu halten.«

Walde steigt in der »Stern«-Redaktion schnell auf und wird als Nicht-Historiker Ressortleiter für Zeitgeschichte – was sich später als ein Glücksfall für Kujau herausstellen sollte. Zeitgeschichtliches besorgt Walde auch vom Stasi in Ostberlin – etwa über die Sekretärin, die den CDU-Politiker Werner Marx ausspionierte. Und so kommt auch mit Hilfe des Stasi jene DDR-Exkursion nach Börnersdorf zustande, wo 1945 ein Flugzeug abgestürzt war, das angeblich Hitlers Tagebücher mit sich führte. Bei der Vorbereitung des Coups gab es mit zwei Stasi-Leuten ein, wie Heidemann dem Autor Koch erzählte, »gigantisches Besäufnis«.

Volltrunken also begann die Fund-Geschichte von Börnersdorf, wo Hitlers Tagebücher aus dem abgestürzten Flugzeug gerettet worden wären, wenn es sie gegeben hätte. Walde, der mir die Darstellung Heidemanns bestätigte, erinnert sich gern an dieses Unternehmen: »Ich habe auch meinen journalistischen Kitzel gehabt, mit Heidemann in die DDR nach Börnersdorf zu fahren und auch die Stasi-Leute zu sehen, das hat mir Spaß gemacht.«

Die westdeutschen Geheimdienste wußten von Anfang an darüber Bescheid, daß der »Stern« ein Projekt »Hitler« in Angriff genommen hatte. Denn Walde hatte bei seiner Rückkehr dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz Bericht erstattet, und das gab – was Walde wissen mußte – sein Wissen an die anderen Geheimdienste weiter. MAD-Brief an das Bundeskanzleramt vom Juli 1981: »Bei seinen . . . im Auftrag seines Arbeitgebers (und nach vorheriger Rücksprache mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg) durchgeführten Reisen habe er Einsicht in die Unterlagen über die Befragungen der ehemaligen Sekretärin des MdB Marx (Frau Goliath) erhalten; diese hätten als Grundlage für entsprechende Veröffentlichungen im 'Stern' gedient. Ferner sei ihm Zugang zu den Aufzeichnungen über die letzten Tage des 'Führers' in Aussicht gestellt worden, an denen im Hinblick auf eine in Vorbereitung befindliche zeitgeschichtliche Dokumentation des 'Stern' ein besonderes Interesse bestehe; wenn auf anderem Wege nicht an diese Aufzeichnungen zu gelangen sei, werde er die angebotene Hilfe des MfS in Anspruch nehmen.«

Als der MAD diesen Brief an das damals noch sozialliberale Bundeskanzleramt schrieb, wußte er mit Sicherheit schon, daß es nicht um Aufzeichnungen über den Führer, sondern um dessen Tagebücher ging. Das beweist ein weiterer Brief des MAD, der dokumentiert, daß bundesdeutsche Geheimdienste informiert waren, bevor noch die Verlagsspitze, geschweige denn die Chefredakteure von den Tagebüchern erfahren hatten. In dem streng geheimen MAD-Brief, der nach der Entlarvung der Fälschung im Mai 1983 geschrieben wurde, heißt es: »Über die Bemühungen des 'Stern', in den Besitz>der 'Hitler'-Tagebücher zu gelangen, ist das Bundesamt für Verfassungsschutz erstmals am 19.12.80 durch Übergabe der beim Landesamt für Verfassungsschutz verhandenen Unterlagen über die dort geführte Operation in Sachen Goliath / Dr. Marx informiert worden. Aus den Niederschriften des Landesamtes für Verfassungsschutz über die Treffs der 'Stern'-Redakteure Dr. Walde und Heidemann mit MfS-Angehörigen am 15.10.80 (Dr. Walde und Heidemann) und am 12.12.80 (Heidemann alleine) in Berlin (Ost) ergab sich lediglich, daß der 'Stern' – in erster Linie Heidemann – u.a. an dem Verbleib von angeblich auf dem Gebiet der DDR befindlichen Tagebuchaufzeichnungen von Hitler interessiert gewesen ist.«

Das bedeutet: Der Hamburger Verfassungsschutz – und von ihm ist der Weg nicht weit zu MAD und BND – erfuhr schon im Oktober 1980 von den angeblichen Tagebüchern; ob vor oder nach dem Tag, an dem Walde den stellvertretenden »Stern«-Verlagsleiter Wilfried Sorge ins Vertrauen zog, ist ungeklärt. Die eigentliche Verlagsspitze von Gruner + Jahr wurde erst am 27. Januar eingeweiht, die Chefredaktion gar erst im Februar 1981.

Ob Walde bei all dem eine Rolle spielte, die über die des zuerst eingeweihten Ressortleites hinausging, ist ebenfalls unklar. Dringend der Aufklärung bedarf es darüber hinaus, warum der gegenüber den Geheimdiensten so mitteilungsbedürftige Thomas Walde bis zur Rechtskräftigkeit des Urteils über entscheidende Punkte schwieg, die Heidemann hätten entlasten

können. Zur Verurteilung beigetragen hatte die Annahme der Richter, Heidemann habe NS-Akten ausgelagert, um Spuren zu verwischen. Nach dem Urteil bestätigte Walde, daß dies auf Anweisung von Verlags-Chef Schulte-Hillen geschehen sei. Ebenfalls erst nachdem das Urteil rechtskräftig war, widerlegte Walde die Annahme des Gerichts, Heidemann habe dem Verlag keine Gelegenheit gegeben, seinen Tagebuch-Lieferanten Fischer alias Kujau zu überprüfen: »Ich erkläre, der Name Fischer war mir bekannt, aber im Verlagshaus G&J nicht nur mir. Dieser Name wurde aus Sicherheitsgründen nur nicht benutzt. Mindestens alle Ende Januar 1981 in der Verlagsspitze Versammelten und Beteiligten zum Projekt Tagebuch haben diesen Namen von uns gehört.«

Bei Gruner + Jahr will man Kochs »Fund« – offiziell – nicht zur Kenntnis nehmen. Konzern-Sprecher Christoph Keese über das Buch: »Wir sehen überhaupt keinen Grund darauf einzugehen, da sind auch keine Sachen drin, die uns in irgendeiner Weise dazu veranlassen könnten. 'Der Fund' ist ein von Herrn Heidemann wenn nicht diktiertes, so doch stark beeinflußtes Buch. Herr Heidemann ist ein per Gericht verurteilter Betrüger.«

Es gibt in der Tagebuch-Affäre möglicherweise auch Betrüger, die man nicht so einfach »per Gericht« verurteilen lassen konnte. Immer noch ist ungeklärt, ob die Verlagsspitze aus Steuergründen Heidemann nahegelegt hat, eidesstattlich zu erklären, daß er auch Geld direkt in der DDR – an wen auch immer – übergeben habe. Walde bestätigt solche Diskussionen. Und Heidemann selbst sagt über seine Fahrten zu Kujau: »Obwohl alle Eingeweihten wußten, daß ich ... das Geld in Stuttgart übergeben hatte, sollte ich später eine eidesstattliche Erklärung abgeben, daß alles Geld in der DDR ausgegeben worden sei. Begründung: Die Steuerfahndung würde sonst keine Ruhe geben.«

Zu den eindrucksvollsten Passagen des Buches gehört die Beschreibung der internationalen Verkaufsgespräche, die Gruner + Jahr zwecks Verwertung der Hitler-Tagebücher führte. Heidemann selbst hatte noch am 17. März 1983 den Gruner+Jahr-Chef Schulte-Hillen gemahnt: »Bevor Sie Entscheidungen fällen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, möchte ich noch einmal meine Vorbehalte schriftlich fixieren. Ich kann nicht garantieren, daß die fehlenden Tagebücher bis Anfang Mai 83 in Hamburg sind. Keinesfalls sind sie bis Anfang April in unserer Hand. Wie soll aber die Verkaufsverhandlung vor sich gehen, wenn wir den Interessenten nicht einmal die kompletten Tagebücher anbieten können? Sollen wir auf Befragung zugeben, daß wir nicht mehr die Nerven besitzen, solange zu warten, bis auch das letzte Tagebuch in unserer Hand ist?«

Doch die Verkaufsgespräche hatten längst schon begonnen. »Stern«-Verlagsvize Wilfried Sorge reiste rund um die Welt, machte erste Abschlüsse, und wurde plötzlich nach Hamburg zurückgerufen. Er mußte seinen Verhandlungspartnern mitteilen, daß die ausgemachten Preise nicht mehr gelten. Schulte-Hillen widerrief die bisherige Verkaufstaktik. Alle Interessenten hatten sich am 7. April 1983 im feudalen Hotel Baur-au-Lac in Zürich einzufinden. Dort ging es zu wie unter Teppichhändlern. Ein Verhandlungsrausch, eine Verkaufsorgie, so Koch, wurde in Szene gesetzt. Der britische Verleger Murdoch, der die G+J-Leute für Ehrenmänner hielt, vertraute auf das Wort und den Handschlag des Vorstandsmitglieds Hensmann – das alles galt schon am nächsten Tag nicht mehr, andere hatten mehr für die gefälschten Tagebücher geboten, die ihnen mit der Lüge verkauft wurden, ein deutscher General habe »einen Koffer mit Dokumenten aus der Reichskanzlei gefunden und die ganzen Jahre wie einen Schatz gehütet ... Der Finder wollte ein unbekannter Soldat bleiben – nur unter dieser Bedingung überließ er das Material dem Stern zur Auswertung.«

Gegen das Buch, in dem dies und zahlreiche andere »Stern«-Skandale geschildert werden, will Gruner + Jahr keine rechtlichen Schritte unternehmen, man möchte sich überhaupt nicht dazu äußern. Eines allerdings wollte der Gruner + Jahr-Sprecher Keese zu meiner besseren Information noch gesagt haben, ohne es freilich gesagt haben zu wollen: »Das sage ich ihnen jetzt nicht als Zitat, sondern als Hintergrund: Wir haben es hier mit der Arbeit von zwei Leuten zu tun, die – wie man auf englisch sagen würde – einer obsession folgen...«

Auf deutsch: Die beiden Leute – Heidemann und Koch – sind verrückt, aber bitte, das nur als Hintergrundinformation, ganz inoffiziell. Keese weiter: »Wenn Sie Herrn Heidemann kennen – er ist immer noch der Meinung, daß Bormann am Leben und in Südamerika ist, der hat sich da reingesteigert, also ich sehe da keinen Anlaß, da Stellung zu nehmen.«

Dem Buch, das ja nun tatsächlich von Heidemann inspiriert ist, kann man entnehmen, daß Heidemann keineswegs an die Fortexistenz des Hitler-Intimus und Heß-Nachfolgers Martin Bormann glaubt. Dem »Stern«, der 1965 in einer Serie mit »lückenloser Beweisführung« den Tod Bormanns nachgewiesen hatte, wollte 1982 ein ehemaliger SS-Mann, BND-Mitarbeiter und Waffen-Lieferant namens Medardus Klapper einen lebenden Bormann aufschwatzen. Es gelang nicht nur bei Heidemann. Mit Martin Bormanns angeblichem Notar in Madrid unterzeichnete der »Stern« am 3. März 1982 – Faksimile im Buch – einen Vertrag über die Bormann-Aufzeichnungen bzw., wie es hieß, über die »Verwertung zeitgeschichtlicher Original-Dokumente und -Materialien«.

Punkt Vier des Vertrags sorgte dafür, daß Martin Bormanns Text auch nicht verfälscht würde: »Der Stern verpflichtet sich, den Sinn der zur Veröffentlichung ausgewählten Dokumente weder durch Hinzufügung noch durch Kürzung zu verändern. Die Stern-Veröffentlichung soll ausschließlich im Interesse der historischen Wahrheit erfolgen.« Unterschriften für den

»Stern«: Zeitgeschichtsressortleiter Walde, der stellvertretende »Stern«-Verlags-Chef Sorge und an letzter Stelle Heidemann, der durch den Vertrag bevollmächtigt wird, für den »Stern« strittige Punkte zu klären.

Als aus den Aufzeichnungen Martin Bormanns und aus ihrer historischen Wahrheit nichts wurde, eignete sich der Sekretär doch immer noch hervorragend dazu, die Bemühungen des Blattes um den Führer selbst zu decken. Der Hitler-Sonderauftrag für Walde und Heidemann lief unter dem Deckwort 'Bormann', und so erklärt sich auch der vielzitierte Heidemann-Satz am Telefon, er habe »zwölf Doppelseiten für Martin« reserviert. Für die Kollegen war das der Beweis für Heidemanns Bormann-Spinnerei.

Als der Schwindel um die Hitler-Tagebücher aufflog, meldete sich der Historiker Werner Maser, der selbst auch schon einen Hitler-Sohn in Frankreich entdeckt, sich für die Rückgabe des Berghofes auf den Obersalzberg an die verarmte Hitler-Familie eingesetzt hatte – und überhaupt den Nachlaß des Führers verwaltet. Ihm seien, sagte Maser im NDR, die – erst 1981 geschriebenen – Hitler-Tagebücher schon 1976 angeboten worden, er habe sie aber sofort als Fälschungen aus der DDR-Fälscherzentrale in Potsdam entlarvt. Nannen, hocherfreut, setzte eine sechsstellige Belohnung für den Nachweis aus, daß die Kommunisten Hitlers Tagebücher produziert hatten.

Dieser Nachweis läßt sich nach Kujaus Geständnissen nicht mehr erbringen. Gleichwohl gibt es jetzt sogar im »Fund«, der sich über Masers Erzählungen mokiert, ein ganzes Kapitel über eine Fälscherwerkstatt in der DDR. Im Quellennachweis gibt Koch an: »Dem Autor liegt eine umfangreiche Ausarbeitung über die Fälscherstrukturen der DDR vor; die 42 Seiten berücksichtigen etwa den Zeitraum bis 1982.«

Die »Ausarbeitung«, die Koch kritiklos in sein Buch übernommen hat, stammt, wie mir Walde gestand, vom BND, der nach Waldes Willen eigentlich gegen Koch hätte vorgehen sollen. Natürlich ist in dieser von Koch übernommenen BND-»Ausarbeitung« nicht die Rede von den Hitler-Tagebüchern. Wohl aber seien in der DDR-Fälscherwerkstatt, behauptet das BND-Werk, NS-Dokumente fabriziert worden, die Heinrich Lübke, Theodor Oberländer, Hans Globke und andere belasteten. Doch nur in einem einzigen Fall wird die Darstellung der »winzigen Kleinigkeiten, die die Fälschungsproduzenten demaskieren«, konkret: »Otto Ambros, ehedem bei der I.G. Farben, wurde mit einem gefälschten Briefkopf 'Dr. Otto Ambros' in die Nähe der SS gerückt: Er habe im Dritten Reich keine Einwände gehabt auf die Einschaltung des 'wirklich hervorragenden Betriebes des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke' zurückzugreifen. Der DDR kam es ausschließlich auf diesen einen Nebensatz an. Der Ambros-Briefkopf war auf Papier der enddreißiger Jahre nachgedruckt und mit Hilfe einer damals gebräuchlichen Schreibmaschine 'betextet' worden, Ambros' 'archivierte' Unterschrift im Nu kopiert. Immerhin hielt Ambros das Schreiben für möglich, obwohl er sich nicht daran erinnern konnte. Die Fälscher hatten perfekt gearbeitet – und trotzdem einen Fehler gemacht. Ambros erhielt, viel später, die Nachricht, seine Mitteilung aus dem Jahr 1941 habe sich als 'Totalfälschung' herausgestellt, denn ein Vergleich mit den Originalen zweier Ambros-Briefe aus jener Zeit hatte ergeben, daß das DDR-Schreiben einen banalen Fehler aufwies: die unter dem Namen stehende Zeile 'I . G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT' war auf dem Falsifikat um sechs Millimeter zum Namen hochgerutscht. Bei den echten Briefköpfen war der Abstand ein anderer. Da hatte der DDR-Metteur wohl nicht aufgepaßt.«

Der BND machte einen noch etwas banaleren Fehler. Gewiß, Briefpapier muß auch in einem gutgeführten Unternehmen zuweilen nachgedruckt werden – dabei können sich Änderungen ergeben

doch das ist es nicht: Der Ambros-Brief lag schon drei Jahre, bevor die DDR überhaupt gegründet wurde, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß vor. Ambros konnte sich damals noch besser erinnern und bestritt nicht, daß er den Brief geschrieben hatte, in dem nicht nur von dem »hervorragenden Betrieb des KZ-Lagers«, gemeint war Auschwitz, die Rede war. Es stand dort auch der Satz: »Außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus.«

Ambros, der noch als Flick-Berater im Bundestags-Untersuchungsausschuß von dem vorsitzenden CDU-Reserveoffizier Manfred Langner geschützt wurde, als der Abgeordnete Schily nach seiner Auschwitz-Vergangenheit fragen wollte, dieser gerade erst im Alter von 89 Jahren verstorbene IG-Auschwitz-Mitbegründer und Multi-Aufsichtsrat der bundesdeutschen Industrie durfte sich offensichtlich auch der Fürsorge des BND erfreuen.

Peter-Ferdinand Koch: Der Fund. Die Skandale des Stern. Gerd Heidemann und die Hitler-Tagebücher, Verlag Facta Oblita, Hamburg 1990, 831 Seiten, 56 Mark

Konkret 10/90, S. 72

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats: Monie Is In The Middle

Monie Lo□ e: Do□ n to Earth; Chr□ salis

HipHop mutet seinen linken, mitteleuropäischen Anhängern eine Fülle von neuen Widersprüchen zu. Es gibt kaum brilliantere politische Kunst als etwa die semi-dokumentarischen Videos von Public Enemy, wie sie fast ironisch eine Ikonographie der Militanz retten, dabei Reflektionen über ihre Form und Mittel einflechten, Medien und Parteilichkeit und deren Besetzbarkeit mit überraschendem Humor analysieren: wenn in »Night Of the Living Baseheads« MC Lyte als »Reporterin« behauptet, »ins Herz von Wall Street« eingedrungen zu sein und hinter einer Tür koksende Broker aufscheucht, oder in »Brothers Gonna Work It Out« echte Anwohner des Strandes, an dem es letztes Jahr zu rassistischen Polizeiübergriffen kam, zur vorübergehend runtergedrehten Musik ihre »Meinungen« sagen dürfen. Auf der anderen Seite begründet die Gruppe nach wie vor ihre Attacken mit Weisheiten der Black-Muslims-Kirche des Louis B. Farrakhan, und der Rausschmiß ihres »Ministers of Information«, Professor Griff, ein halbes Jahr nachdem dieser in einem Interview antisemitisches Zeug dahergeredet hat, konnte auch nicht als die beabsichtigte Distanzierung anerkannt werden, bei all den verborgenen und nicht ganz so verborgenen Farrakhan-Einflüssen auf ihrer letzten Platte. (Unnötig zu sagen, daß die liberale US-Presse, die sich normalerweise einen Dreck um die Ideologien von Pop-Musikern schert, in Wirklichkeit ein ganz anderes Hühnchen mit Public Enemy zu rupfen hatte: Radikalität, Effizienz, Popularität, Brillanz und die Kontrolle darüber, das ist eine Kombination, die man bei aller Postmodernität ungern einem Haufen irrer Neger durchgehen läßt.)

Ein anderer Widerspruch sind die zwischen archaisch-afrikanoider Verklärung und drastischem Sexismus schwankenden Frauenbilder, also ewige Black Woman, Mutter Afrika oder Bitch, Slut: »Suck dick!«

Dazu gibt es dann hier diese beiden Positionen: Das ist eben schwarze Kultur, das hat bestimmte Traditionen, das ist nicht wörtlich zu nehmen. Oder: Mir gefällt die Musik, aber die Texte sind eben Produkte armer Unterdrückter und ihres daher notwendig beschränkten Bewußtseins. Und so weiter. Egal wie schwach oder – im ersten Falle – teilweise berechtigt – diese Argumente sind: 1. Wir reden hier logischerweise – noch – nicht, über die Funktion von HipHop in der schwarzen Community, sondern über die eigenartige Faszination, die als bestimmte Beats und als bestimmter Tonfall codierte harte Marginalisiertheit (Lage der Schwarzen in den USA) auf weich marginalisierte westliche Bürgerkinder (Dissidenz aus freien Stücken, Jugendkultur, Boheme) ausübt, und wie die von ihren Vätern und Arbeitgebern gelenkte Kulturindustrie damit umgeht, und wie schließlich beide Seiten versuchen, auf ihre Art die Beats und den Rap zu decodieren. Unter diesen Umständen kann meine Analyse sich zunächst nur an die Gattungslogik halten: künstlerische Entwicklungen, Querverbindungen, Sichten der Symptome. Und 2. ist zu beobachten, daß nirgendwo so deutlich wie beim HipHop neben, jenseits und gegen die Diskriminierung und Verbrämung immer mehr neue Frauenrollen auftauchen, eingeübt oder gar reflektiert werden.

Waren die ersten Rapperinnen wie The Real Roxanne, Roxanne Shante oder Salt'n'Pepa vor allem nur »stark«, »frech«, also zwar ungewöhnlich selbstbewußt und selbstbestimmt, – Roxanne Shante z.B. betonte, wann immer sie konnte, die Vereinbarkeit ihrer Lage als alleinerziehende 19jährige Mutter mit den Heldentaten und dem Big Fun, von dem ihre Raps handelten – erfüllten sie dennoch die Kriterien von Pop-Stereotypen. Das heißt, sie brachten gesellschaftliches oder minderheitenbezogenes (imaginäres) Gemeingut zum Ausdruck, im Unterschied zum zweiten Stadium von Pop-Entwicklungen, wo aus Bewegungen herauswachsenden Künstlern eigene Macht (vorübergehend) zuteil wird, Autoeffekte genutzt werden können (wie beim HipHop seit ca. 86/87).

Danach folgte eine Generation von Rapperinnen, die die Afrocentricity-Mode, die Hinwendung zum Islam und politischen Aktivismus bei gleichzeitig zur Schau gestellter Spiritualität reflektierte, wie She Rockers, Queen Latifah oder Mc Lyte. Monie Love gehört zunächst auch in diese Generation. Sie ist Mitglied der »Native Tongues«, dem »Familie« genannten Zusammenschluß der musikalisch brillantesten und kühnsten HipHop-Künstler der Gegenwart, wie De La Soul, Jungle Brothers und A Tribe Called Quest, die in den letzten zwei Jahren HipHop entschieden für neue musikalische Welten, wie Jazz, klassischen Reggae und Soul öffneten.

Doch ihre besondere Lage als Engländerin zwischen London und ihrer Posse in New York – »Monie In The Middle« heißt das auf ihrer letzten Single – , und unorthodoxe Entscheidungen wie die, für ihre erste LP einige Passagen, die normalerweise gesamplet werden, »richtig« von Musikern einspielen zu lassen, ohne von der kollagenhaften Kompositionstechnik abzuweichen, die von der Sample-Technik geprägt wurde, setzt sie in einem Sinne um, der es ermöglicht, von ihrer LP als der ersten ganz von einer Frau kontrollierten HipHop-LP zu sprechen. Sie vereinigt einerseits die ganze Stilvielfalt, die neuere HipHop-Platten der Ostküste, von Pure Rightous Teachers (»Holy Intellect«) bis X Clan (»To The East Blackwards«), dieses Jahr im Überfluß anbieten, mit einem Beharren auf der klassischen Eindeutigkeit, Gradlinigkeit des Rap. Während gerade ihre abenteuerlustigen männlichen Kollegen immer mehr damit spielen, poetische, selbstironische und weiche Töne anzuschlagen, Distanz und Humor, bis zur Verspieltheit auszuleben, beharrt sie auf der

Seriousness ihrer Wörter. Dazu paßt, daß sie auch beim Rückgriff auf die Geschichte schwarzer Musik, von zitierten Disco-Klassikern (»Ring my Bell«, »Young, Free & Single«) bis zu gestrichenen Kontrabässen und vom Computer nachgespielten Hendrix-Riffs, zwar ebenso virtuos vielseitig ist wie diese Kollegen, die eindeutigen und deutlichen Spielarten aber denjenigen vorzieht, die als »künstlerisch« verschrien sind; daß House, Hi-Energy, reduzierter Funk, hohe Tempi ihr näher stehen als die Reggae-Renaissance, die heutzutage wieder obligatorischen Sprenksel vergangener Hippie-Musiken oder Jazz; daß sich für sie unter »Versatility«, wie das Zauberwort vor einem Jahr lautete, das HipHop nach der Gangster-mit-der-Goldketten-Periode beschreiben sollte, nicht nur eine zwar reizvolle, aber auch Positionen aufgebende, totale Öffnung verstehen läßt, sondern eben auch eine Vielfalt an klassischen, harten Straßenbeats.

Denn wenn die anderen in der Posse heute ihre erste entscheidende Message längst durch haben (»Hallo, mich gibt es! Ich bin groß und stark und werde die Scheiße wegballern!«), hat es für Rapperinnen bislang noch nicht mal die Voraussetzungen gegeben, die eine solche Rede möglich machen: keine Selbstverständlichkeiten. Und weil das natürlich auch allen klar ist, haben Rapperinnen in der Vergangenheit entweder versucht, den ästhetischen Standard ihrer Kollegen zu ignorieren und von vorne anzufangen, oder sich mehr oder minder einspannen lassen in eine entwickelte Form, an deren Entwicklung sie keinen Anteil hatten. Hier ist Monie eine Synthese gelungen

Ihre Sonderstellung besteht darin, daß sie den entweder als Fly-Girl oder African Woman, als street oder spiritual getypecasteten Rapperinnen eine neue Selbstverständlichkeit jenseits der Stereotypen eröffnet, in der all diese Aspekte einer durchaus nicht immer fremdbestimmten Geschichte schwarzer Musikerinnen zwar ihren Platz haben, aber der entscheidende Schritt zur »künstlerischen Autonomie« für Rapperinnen nachvollzogen wird, mindestens in dem Sinne, in dem das in den letzten Jahren die männlichen Kollegen der New School vollzogen haben. Daß dafür nicht die nötige, Eindeutigkeit ermöglichende, klassische Rap-Attitude – um die sich mittlerweile lustigerweise weiße und schwarze Europäer in allen Metropolen zu bemühen beginnen – aufgegeben werden muß für all das, was schwarze Frauen im Gegensatz zu den meisten East-Coast-Rappern immer noch mal ganz primär richtig- und klarstellen müssen, das zu zeigen ist die Errungenschaft dieser Platte.

Auf der anderen Seite haben Härte und Eindeutigkeit bei ihr nichts zu tun mit der schweren, aber aufgeregten Heavyness der West-Coast-Rapper, mit ihrem »Gangsta«- und »Bitch«-Vokabular. Monie in the middle ist eine zutreffende Standortbestimmung, die auch eine Notwendigkeit bezeichnet, einen anderen Ort der Rede zu finden. Sie bezieht, ähnlich dem an dieser Stelle schon vorgestellten »Philosopher« und »Edutainer« KRS One, eine pragmatische Position gegenüber den Ideologien ihrer Umgebung. Den schwarzen Islam, wie er in London praktiziert werde, so erklärte sie Jutta Koether in einem Interview für »Spex«, halte sie für eine nützliche, begrenzt einsetzbare Bildungs- und Erziehungstechnik (Ziel: »Knowledge«), ihr Feminismus sei aber nur auf die Probleme schwarzer Frauen bezogen, die Probleme weißer Frauen interessierten sie nicht, was wieder eher nach Farrakhan klingt. Entscheidend sei für sie aber ohnehin die Praxis, nur was verwirklicht und durchgesetzt werde, sei von Interesse, nur was unmittelbar und sofort die Lage der Sisters und Brothers bessere. Das Ziel bleibt: Knowledge.

Und ob wir uns darunter Erleuchtung, Aufklärung, Wissen oder Bewußtsein vorzustellen haben, spielt keine Rolle. Die erreichte (und als solche wahrgenommene und genossene) künstlerische Autonomie – als der Sound eines überwundenen, harten, materiellen, spürbar geformten Widerstandes, dessen Geformtheit das hier zu Überwindende nicht hat, was der Faszination an HipHop in Europa zugrundeliegt – verbietet auch Einmischungen in zentrale Fragen der Bewegung, sofern sie jedenfalls deren unmittelbare, taktische und pragmatische Belange (und ein solcher ist die Formulierung eines vagen utopischen Ziels wie Knowledge) betreffen, solange jedenfalls, bis der – ebenso vorübergehend als notwendig anzusehende – Separatismus dieser Bewegung überwunden werden kann. Deren Geografie, wie sie sich in ihrer Kunst wiederspiegelt, aber mittlerweile einen Raum umfaßt, der das sehr bald erwarten läßt. Monie is in the middle.

Konkret 10/90, S. 74

Roland Kaufhold; Werner Rügemer

»Wenn ich Oberhuber heißen würde«

Über einen Versuch der »Zeit«, die Akzeptanz der Psychoanalyse durch eine deutschnationale Einfärbung ihres Begründers zu erhöhen

Wer ist Bernd Nitzschke? Bernd Nitzschke ist ein gebildeter und kritischer Mann. Seit 1969 schreibt er im Zentralorgan der nun auch gesamtdeutsch gebildeten Stände, der »Zeit«, über Psychoanalyse. Er ist praktizierender Analytiker, der sich der kultur- und gesellschaftskritischen Tradition Sigmund Freuds durchaus verbunden fühlt. In dem gerade erschienenen Buch »Wer sich nicht bewegt, der spürt auch seine Fesseln nicht – Anmerkungen zur gegenwärtigen Lage der Psychoanalyse« hat er die Anpassung der im nationalsozialistischen Deutschland verbliebenen Analytiker kenntnisreich und kritisch aufs Korn genommen.

Nun hat er in der »Zeit« vom 20. Juli 1990 unter dem Motto »Ein Stück wiedergefundener Geistes-Geschichte« einen bisher unbekannten Vortrag Freuds aus dem Jahre 1915 vorgestellt. Er kommt zu dem überraschenden und scheinbar bahnbrechenden Ergebnis, daß der Jude Freud sich darin eindeutig »als deutscher Patriot« zu erkennen gegeben habe. »Wir und der Tod« ist dieser Vortrag betitelt, den Freud am 16. Februar 1915 vor seinen Bundesbrüdern des Israelitischen Humanitätsvereins »Wien« der Loge B'nai B'rith hielt. Die erstmalige Wiederveröffentlichung des Textes nach 75 Jahren in der »Zeit« soll nach Nitzschke dazu beitragen, »dem Werk des deutschen Juden Freud, nach Diffamierung, Exil und Vergessen, wieder etwas mehr Heimat in unserem Denken einzuräumen« .

Nitzschke glaubt, seine Interpretation aus folgendem Zitat ableiten zu können: »Nach glücklicher Beendigung des jetzt tobenden Weltkrieges«, erklärte Freud in seinem Vortrag, »werden die siegreichen deutschen Soldaten jeder in sein Heim, zu seinem Weib und seinen Kindern eilen...« Nitzschke zieht daraus den Schluß, daß Freuds Mitgliedschaft in der jüdischen Loge vor allem durch Sehnsucht nach Heimat in der deutschen Kultur gekennzeichnet sei.

Wer jedoch den in der »Zeit« abgedruckten Vortrag Freuds nachliest, dem wird auffallen, daß nach Nitzschkes Zitat Freuds Satz noch längst nicht zuende ist. Vollständig heißt er nämlich: »Nach glücklicher Beendigung des jetzt tobenden Weltkrieges werden die siegreichen deutschen Soldaten jeder in sein Heim, zu seinem Weib und seinen Kindern eilen, unverweilt und ungestört durch Gedanken an die Feinde, die sie getötet haben im Nahkampf oder durch fernwirkende Waffen.«

Der vollständige Satz weist also in eine ganz andere Richtung als jene, die Nitzschke eingeschlagen hat. Auch der Zusammenhang ist ein anderer, als die »Zeit« suggeriert. Ganz im Sinne seiner 1913 abgeschlossenen kulturkritischen Schrift »Totem und Tabu« insistiert Freud nämlich darauf, daß in Krisensituationen archaische Verhaltensweisen im Menschen jederzeit wieder hervorzubrechen drohen: »Unser Unbewußtes nimmt zum Tode genau die nämliche Stellung ein wie der Mensch der Vorzeit. In dieser wie in vielen anderen Hinsichten lebt der Urmensch ungeändert in uns fort... in unserem Unbewußten sind wir alle noch heute eine Rotte von Mördern. Wir beseitigen in unseren stillen Gedanken alle, die uns im Wege stehen, die uns beleidigen oder geschädigt haben, täglich und stündlich... Wir sind die Nachkommen einer unendlich langen Generationsreihe von Mördern. Die Mordlust steckt uns im Blute.«

Je weiter wir Freuds Ausführungen folgen, desto mehr erweist sich die Willkür und Fragwürdigkeit des Nitzschkeschen Versuchs, Freud vaterländisch zu vereinnahmen. Zitieren wir noch aus dem Resumée, in dem der Begründer der Psychoanalyse das Verhalten der deutschen Soldaten erklärt: »Und nun lassen Sie uns nochmals zusehen, was der Krieg mit uns macht. Er streift uns die späteren Kulturablagerungen ab und läßt den Urmenschen in uns wieder zum Vorschein kommen. Er zwingt uns wieder, Helden zu sein, die an den eigenen Tod nicht glauben wollen, er bezeichnet uns die Fremden als Feinde, deren Tod man herbeiführen oder herbeiwünschen soll, er rät uns, uns über den Tod geliebter Personen hinwegzusetzen.«

Diese Aussagen Freuds disqualifizieren die Nitzschkeschen Bemühungen, ihn als deutschen Patrioten neu zu entdecken. Auch erscheint Nitzschkes weitere Behauptung, Freud habe sich bis ins hohe Alter mehr als Deutscher denn als Jude gefühlt, für jeden, der Freuds Biographie kennt, zumindest irritierend. Bereits den 17jährigen Studenten traf, so schreibt er selbst, »die Zumutung, daß ich mich als minderwertig und nicht volkszugehörig fühlen sollte, weil ich Jude war... Ich habe nie begriffen, warum ich mich meiner Abkunft, oder wie man zu sagen begann: Rasse, schämen sollte. Auf die mir verweigerte Volksgemeinschaft verzichtete ich ohne viel Bedenken.« So wurde der Kultur- und Gesellschaftskritiker Freud nach eigener Aussage schon »frühzeitig mit dem Lose vertraut..., in der Opposition zu stehen und von der 'kompakten Majorität' in Bann getan zu werden«. Er wußte sehr genau, daß sein Status als Jude auch die Rezeption seiner wissenschaftlichen Arbeit maßgeblich beeinflussen würde: »Ich meine nur, wir müßten als Juden, wenn wir irgendwo mitthun wollen, ein Stück Masochismus entwickeln, bereit sein, uns etwas Unrecht thun zu lassen. Es geht sonst nicht zusammen. Sie können sicher sein, daß wenn ich Oberhuber heißen würde, meine neuen Ideen trotz aller anderen Faktoren weit weniger Widerstand antreffen würden.« (Ernest Jones: Sigmund Freud, Bd. 2, S. 69)

Indem der Analytiker Nitzschke Sigmund Freud das Gütesiegel des guten deutschen Patrioten verleiht, damit die Deutschen sich bereit finden mögen, ihm »wieder etwas mehr Heimat in unserem Denken einzuräumen«, beugt er sich einem Zeitgeist, der nationale Zuverlässigkeit zum Kriterium gesellschaftlicher Akzeptanz gemacht hat, und tauft den Juden Freud zum Deutschen Oberhuber um.

Wir würden jedoch im mühsamen Prozeß der Zivilisation in Deutschland besser mit unserer und der Geschichte der Psychoanalyse umgehen, wenn wir Freuds Unbehagen an der deutschen Kultur endlich akzeptierten. Wie schizoid muß ein Denken sein, das die Anpassung der Psychoanalyse im Nationalsozialismus als illusionäre Rettungs-Phantasi kenntnisreich kritisieren kann und das zugleich für die Gegenwart die Akzeptanz der Psychoanalyse durch eine deutschnationale Einfärbung ihres Begründers zu erhöhen hofft.

Roland Kaufhold ist Sonderschullehrer und lebt in Köln; Werner Rügemer schrieb in KONKRET 7/90 über die Finanzierung des ehemaligen Pahl-Rugenstein-Verlags durch die DDR

Konkret 10/90, S. 76

Ernst Kahl; Matthias Süßebecker

An English Man in Hamburg

Im August war Wild Billy Childish, englischer Underground-Maler, -Dichter und -Musiker auf St. Pauli, um dort zu arbeiten. Alle reden von van Gogh. Wer redet von den verlorenen Genies dieser Tage?

Schau ich aus dem Küchenfenster, fällt mein Blick auf ein von Kinderhänden angelegtes, liebevoll gepflegtes Friedhofsgärtlein. Mit Hilfe des Fernglases lassen sich die in schlichte Holzkreuze eingebrannten Namen der dort unten Ruhenden eins A lesen: Maulwurf Mick Jagger, Sperlingshenne Tina Turner, Maushengst David Bowie, Sting, die Fliege, um nur einige der prominentesten Toten zu nennen. Es läutet. Vor der Tür stehen die kleinen Undertaker, ob sie wohl mal wieder ihre Wild-Billy-Childish-Platten hören dürften. Weiß nicht. »Nachher hoppst ihr wieder so hemmungslos herum wie gestern, und das schöne Geschirr fällt entzwei!« Da sind sie auch schon drinnen. »Meine Mama«, schluchzt die zehnjährige Gwendolyn, »läßt mich 'I've got everything indeed' von Wild Billy Childish nicht auf ihren Plattenteller legen. Das Gerät verträgt diese Musik nicht, und der Saphir kriegt Kratzer«, sagt sie. »Und meine Eltern«, ruft ein sommersprossiger Pfiffikus, »meine Eltern haben keine Ohren. Es sind Schmalztöpfe, und sie schenken mir erst einen Plattenspieler, wenn mir auch Schmalztöpfe gewachsen sind! Wie aber soll ich dann 'Which Dead Donkey Daddy' von Billy Childish und Sexton Ming noch hören können?« »Überredet. Aber bevor ihr die Scheiben auflegt, beantwortet eurem alten Indoktrinator folgende Frage: Was ist Phantom der Oper hoch drei?« »Pinkfloyd in Venedig ist Phantom der Oper hoch drei! Und Prince in Purple Rain! Und Imagine von John Lennon! « kreischen sie wie aus einem Mund durcheinander und ballen die kleinen Fäuste.

Haben Sie Musikfreund, Musikfreundin, sich mal bewußt Musik angeschaut? Nicht die Bühnenshows mit den farbigen Dämpfen und den Laserstrahlen, nein, die Ihren Heimlautsprecherboxen entgleitenden Notenformationen – Notenflugtag in Ihrem Wohnzimmer, nie mitbekommen? Manche Noten schweben an Fallschirmen, sie halten einander bei den Händen und bilden Kreise, die Rap-Noten marschieren in Reih und Glied kopfunter an der Zimmerdecke, Heinz-Rudolf Kunzes Noten: Wildgänse durch die Nacht, bloß disziplinierter. Achtung: Box schießt eine versetzte Dreiklangstaffel Richtung Lampe. Die Noten scheren aus, um hinter dem Hindernis im Unisono-Unendlichlooping dem Nirwana entgegenzutrudeln. New Age. Perfekte Choreographie.

»I've got everything indeed« liegt auf dem Plattenteller, feierlich senkt sich der Arm mit dem Saphir in die Rille. Der Lautsprecher entlädt niesend. Wild Billy Childish kann keine Noten, keines der bunten Dinger gleicht dem anderen. Die Stiefschwestern versuchen zackig und hospitalistisch einen Gleichschritt, auf dem Boden landen torkelnde Sailors und spielen Fangen. Billy will nun mal partout seine Stimme nicht gradehalten, und die Guitarren der Band sind bundschmutzig. Übt dort ein Fähnlein exaktes Paradieren? Der Guitarrist scheint sich mausern zu wollen. Ohne Billy. Kaum ist das Stück zuende, wird er strafversetzt, an's Schlagzeug. Na, das klingt vielleicht! Herrlich !

Das Telefon. Wer ist gestorben? Sofort stürmen die Undertaker hinunter, um die Spitzmaus zu begraben. Ihr Name? Sinéad O'Connor, sie bleibt wie die anderen den Schmalztöpfen als singender Homunkulus erhalten. Konzert in München: Dem Püppchen Madonna hat man ein dickes Pflaster auf's Vokallöchlein geklebt, das Mikrophon. Musiksendung im TV: Fischköpfiger Jungmoderator preist neueingetroffene Clips mit Frischleichen. Konzertereignis des Jahres: Mumienshow im Formalinnebel. Augen tränen, Ohren schmilzen. Pause. Phil Collins schnarrt: »Redefreiheit ist ein Grundrecht für everybody, nur nicht in Südafrika! « Musik. Think about ist. 100tausende im Stadion und 500 Millionen vor den Empfangsgeräten daheim halten ihre flammenden Feuerzeuge: hoooch! Sting: »Wenn wir so weitermachen mit dem Regenwald, wissen unsere Schlagzeuger bald nicht mehr, woraus sie ihre Trommelstöcke schnitzen sollen.« Hoooch! Über 500 Millionen Feuerzeuge: hoooch! Peter Maffay: »Wenn wir noch länger so doll mit das Puder rumaasen, haben unsere Hunde bald keine Flöhe mehr!« Hooo... Moment mal...! Musik! Impresario: »Alle Mumien aufsitzen!« Und weiter rattert der gigantische Mähdrescher, neuen Konzertereignissen des Jahres entgegen. Musik kennt keine Grenzen.

Anfang der achtziger Jahre, dem Punk war längst eine Uniform verpaßt worden, der Kulturfolgerfänger aus Hameln blies grad die Neue-Deutschwelle-Flöte, hörte und sah ich Childish und seine Milkshakes im Chicago auf St. Pauli. Sie klangen ein bißchen wie die Four Cunts, vorletzte der ostholsteinischen Beatbandbattle von 1964, aber gingen doch, obschon allesamt gestandene Mittzwanziger, mit größerem Eifer zur Sache. Seit 1964 hatte ich keine Band mehr so gemeine Musik machen hören, und ein Blick in die ehrlichen Gesichter dieser Unbestechlichen genügte, um zu wissen: Auch wenn sie anders gekonnt hätten, sie hätten nie und nimmer gewollt. Die billigen Verstärker, die unperfekte Handhabung der kränkelnden Instrumente, hier saß nichts und paßte doch. An keinem Song baumelte überflüssiges Tüdelüd, die Melodie kratzte hart am unwirtlichen Textufer entlang, das einfache Solo auf ungefährer Streckenmitte wurde mit Signalschrei angekündigt, und Schluß war unvermittelt und ohne Bremboreum. Kein Saitengewichse, nicht die Spur von Angeberei. Die meisten der wenigen Besucher gingen bald, was die unprofessionelle Spielwut der Milkshakes nicht bremste, sie holten alles raus aus ihrem Repertoiresack, nicht das kleinste Stück wurde vergessen. Mit »Some other guy now«, einem Titel der verschollenen Big Three, war Feierabend. Danach in der Marktstube, Diedrich Diederichsen hielt wie üblich die Nase

deckenwärts und schnupperte Höhenluft, Zickzack-Labelchef Alfred Hilsberg unterhielt sich mit einem von mir spendierten Wodka über Deutschmusik, standen Wild Billy und ich noch lange beieinander, und ich erzählte ihm von einem halbblinden Pferd, auf dem ich mal geritten war, und er schwärmte von kommenden Plattenprojekten, und ich nickte und dachte, ja, ja, schnack du man.

Zehn Jahre vergingen, ohne daß mir etwas von diesem eigenwilligen Künstler zu Ohren gekommen wäre. Gute Musik wurde immer seltener. Wenn man sie hören wollte, beispielsweise in der Gaststätte bei einem Glas Wein, mußte man sie selber machen. Wer aber bat und bittet den Wirt schon gern um's Ausschalten des Rekorders? Eine gute Musik gab's im Fidibus, als der Dichter Tomayer dortselbst seinen Geburtstag feiern ließ. Das hin- und wegreißende »I did it my way« des Ausnahmesängers H.L. Gremliza kreiste noch lange über meinem Trommelfell, und manchmal kam mir dabei Wild Billy Childish in den Sinn, dessen Lieder ich keinen Sender je spielen gehört hatte. In allen Studios drehten sich nur noch Platten mit dem Gütesiegel des Dachverbandes der musikverarbeitenden Industrie, die zu neunzig Prozent aus synthetischer Hühnerkacke bestanden. (Heute sind es fünfundneunzig Prozent). In allen Studios?

Als mir der Gelegenheitsarbeiter in Holz, Matthias Süßebecker, erzählte, er bastele an einer Neunstundensendung für Radio Dreyeckland, war mein Interesse gleich null. Der Hamelner Kulturfolgerfänger zog grad als schwarzer Mittelklassewonneproppen durchs Land, Rap around the Depp war angesagt, worum also konnte es schon gehen? Süßebecker hatte eine Kassette dabei. Selten erlebte ich meinen Rekorder bejahender, nebukadnöser, um mal ein wirklich fremdes Fremdwort zu benutzen, erwachen. »Underneath the mango tree, rum 'n coca cola...« ungeschminkt der Sound, unverdroschene Stimmen, kraftvoll und schräge. Wer machte diese Musik? The Black Hands und – Wild Billy Childish! Süßebecker öffnete seinen Moderatorenkoffer und holte, was er aus England mitgebracht, tausend Gedichte, Holzschnitte, Ölbilder, Schallplatten an's Lampenlicht, genug Material für eine Monatssendung im Block. Ich wurde Fan von W.B.C. Ein Fan aber ohne Club ist wie, na, Sie wissen schon. Also öffnete ich eines warmen Frühlingstages das Fenster und fragte die Mitglieder des Petshopboys-Fanclubs im Hof, ob sie nicht heraufkommen wollten, mein Gubby hätte Junge gekriegt. Als sie im unmöbelierten Zimmer standen, ließ ich sie mit den beiden Lautsprechern allein, verriegelte die Tür und legte nebenan eine Childish-Platte nach der anderen auf. Zwei Stunden später öffnete ich. Die Kleinen schauten einander erstaunt in die Ohren. All der Petshopschleim war herausgeflossen und lag als gelber See auf dem Boden. Schon am nächsten Tag wurden zwei an Überfettung gestorbene Meerschweinchen als die Petshopboys begraben. Der Gründung eines W.B.C.-Fanclubs stand nichts mehr im Wege, und so schließt sich der Geschichte Kreis.

This is the real shit

Nein, dies ist nicht die langersehnte Huldigung an den Champion aller Benefiz- und Solidaritätsklassen, Billy Bragg. Hier geht´s um Wild Billy Childish. Nie gehört? Nicht so schlimm! Seien Sie nicht beunruhigt, wenn keine seiner 45 Schallplatten in Ihrem Regal steht. Sie sind kein Einzelfall, und Benefizveranstaltungen sind auch nicht unbedingt Billy's Ding. Natürlich ließ er sich 1984/85 nicht lumpen und unterstützte Scargill's streikende Bergarbeiter per Dichterlesung. Aber Bilder für hungernde Elefanten malt er nicht, dafür verbürge ich mich.

Stellen Sie sich einen schlaksigen, hohlwangigen Langzeitarbeitslosen vor, der gern große Schuhe und weite Hosen trägt, sein Haar regelmäßig kurz schert und seinem Stoppelkopf zuweilen einen Pork-Pie-Hut überstülpt, also fast aussehen könnte wie Buster Keaton, wenn er beim Grinsen nicht ständig sein verrottetes Gebiß entblößte.

Billy's Revier sind die sich endlos hinziehenden, ewig gleichen, von Terrassenhäusern gesäumten Straßen, die sich netzartig über die Hügel Chathams erstrecken. – You got the picture? – Unten im Tal die bleigraue Themse, deren Ufer von halbverfallenen, verlassenen Kai- und Werftanlagen eingefaßt sind. Nur ein paar rostige Kräne bäumen sich wie störrische Hengste gegen den Wolkenhimmel. Ab 9 Uhr abends sitzt Billy in seinem Stamm-Pub »The Bell«, dessen plüschiges Interieur sich von keinem anderen Pub in England wesentlich unterscheidet. Die Lounge ist erfüllt von einem besoffenen Sing-Sang. Um Satzfragmente oder gar Sinnzusammenhänge zu erahnen, muß man sich schon ordentlich anstrengen. Einzig Billys stimmliches Geboller ist deutlich wahrnehmbar. Natürlich geht es mal wieder um die ruhmreiche Vergangenheit Chathams. Seeleute aus der ganzen Welt kannten diesen Namen. Hier wurden die besten Schiffe gebaut, von hier aus hielt die Royal Navy die Weltmeere in Schach. Doch das ist noch lange nicht alles. Da gab's noch »The Brook«, eine der zwei Hauptstraßen Chatham's, deren übler Ruf sogar den der Reeperbahn in den Schatten stellte, »The Long Bar«, den längsten Tresen der Welt, und eine staatliche Anzahl victorianischer Puffs, die durch ein nie entschlüsseltes System von Geheimgängen miteinander verbunden waren. Mark, der ehemalige Docker und heutige Anstreicher mit der eingeschlagenen oberen Zahnreihe behauptet nuschelnd, er habe irgendwo gelesen, daß keine Stadt der Welt so viele Kneipen pro Quadratmeile gehabt habe wie Chatham. Das ist jetzt vorbei. »Aber«, so bemerkt ein Suffkopp mit glühend rotem Biergesicht, »bevor alles zu Ende ging, haben wir immerhin noch die Scheiße aus diesen fuckin' Nazis rausgeprügelt.« Quasi als Beleg wird ein dicker Schinken mit dem schlichten Titel »The Second World War« hinter dem Tresen hervorgeholt. Für einen Augenblick sieht es so aus, als wolle sich die Zecherrunde auf ihr Zweitlieblingsthema, die Luftschlacht um England, einstimmen, – Chatham lag schließlich in der Einflugschneise der deutschen Luftwaffe. Da

schleicht sich mit gesenktem Kopf ein neuer Gast an den Tresen. Die zu kleine Sonnenbrille betont seine beiden blaugeschlagenen Augen eher, als daß sie sie verbirgt. Alles lacht. »Wohl mal wieder auf die Fresse gekriegt, wa? Come on, cheer up, John!« Aber John behauptet steif und fest, er habe versucht. Eishockey zu spielen, nur so zum Spaß und eben Pech gehabt. Keiner glaubt ihm so recht, aber trotzdem findet sich jemand, der ihm ein Bier ausgibt.

Chatham, ein ganz spezieller Ort. Echte Chathamesen halten sich für was Besonderes. Sie sprechen kein Englisch, sondern Chathamesisch. Wer nicht selbst auf großer Fahrt war oder in den Docks und Werften geschuftet hat, verweist stolz auf Väter und Großväter mit maritimer Vergangenheit. Heute weiß hier keiner mehr so recht, was er machen soll. Es gibt nur noch die schlechte Reputation zu verteidigen. In der umliegenden Grafschaft Kent sind sie als üble Rabauken verschrieen. Mein im Kentischen aufgewachsener Gewährsmann versicherte mir glaubhaft, daß er nur ein einziges Mal in seinem Leben in Chatham gewesen sei, und zwar um irgendein wichtiges Papier von irgendeiner wichtigen Behörde abzuholen. Er kehrte nicht in sein Heimatdorf zurück, ohne vorher auf offener Straße nach Strich und Faden verprügelt worden zu sein. 23 Uhr. Last Order. Wer jetzt nichts bestellt, muß verdursten.

Billy stakst mit langen Schritten den Hügel hinauf. Mit einem heftigen Tritt öffnet er die Tür seiner Wohnung, und schon stolpert der angetrunkene Schlaks über die wahllos verstreuten Kartons, die überquellen mit Master-Tapes legendärer Aufnahmen und Schallplatten, die keiner kaufen wollte. Sein akurat gezogener Seitenscheitel schrammt haarscharf am selbstgemalten, großformatigen Portrait seiner Freundin Kyra vorbei. Die Wohnung ist vollgepropft mit verpackten und unverpackten Stapeln von Platten und Büchern. Hier ein Häuflein legasthenisch zusammengekritzelter Punk-Fanzines, dort eine Ansammlung von Singles der »Pop Rivets«, für die Billy kreischte, zeterte, krakeelte und fauchte, als ob es galt, den Pop-Abschaum von Bowie bis Genesis für immer von der Erdoberfläche zu pusten. Wo man hinguckt, Platten, Plakate und Covers von den »Milkshakes«, den »Mighty Caesars« und den »Delmonas«. Ruhmreiche Namen, die in jedem Art-Rock-Lexikon unbedingt fehlen sollten. Trotzig anachronistische Trash-Beat-Punk-Combos, völlig ungeeignet für die weltweisen Betrachtungen der Diederichsens dieses Planeten. Und Bücher, Bücher, Bücher! Schließlich hat Billy für seinen eigenen Verlag »Hangman-Books« schon über zwanzig Gedichtbände geschrieben. Worüber er schreibt, wollen Sie wissen? Über das, was er beobachtet und erlebt. Über Menschen, die sich aus Angst und Langeweile aneinanderketten, um sich dann gegenseitig fertigzumachen, über Kinder, die ihre Batman-Figuren mit glühenden Stecknadeln durchbohren, über seine ehemaligen Klassenkameraden, die regelmäßig hysterische Lachanfälle bekamen, wenn der Lehrer mal wieder feststellte, daß Billy selbst mit 14 Jahren noch nicht lesen und schreiben konnte, über Männer und Frauen, die nervtötende Arbeiten ausführen, um am Wochenende durch Popmusik-plärrende Supermärkte zu irren, über Frauen, die ihn lieben und Frauen, die ihn verlassen haben, und darüber, daß er zwar seinen Schwanz, aber nicht seine Eier hochkriegt. Alles geschmackssicher aufgemacht mit expressionistischen Holzschnittillustrationen auf ausgesuchtem Papier und natürlich auf chathamesisch.

Jemand klopft. Der Schlagzeuger der befreundeten »Primemovers« bittet um Einlaß. Man begibt sich in die Küche. Obwohl ausreichend Schnaps vorhanden ist, wird Tee gekocht und ausgiebig über Elvis Costello, Morrissey, die Stone Roses und die Beatles geflucht. Billy: »Das einzige Album der Beatles von Bedeutung ist doch das 'Live in the Star-Club'-Album. Da klingen sie noch wie 'ne vielversprechende Rock'n'Roll-Gruppe. Aber eingelöst haben sie das Versprechen nie!«

Von den Wänden starren Holzmasken, teils afrikanischen Ursprungs, teils aus eigener Herstellung, dazwischen Billys Gemälde und Photo-Porträts der großen Indianerhäuptlinge: Red Cloud, Sitting Bull, Jeromino... Und dort? Ein Totenschädel auf dem Harmonium ! Hier also wurden die exzessiven Hoodoo Parties der Blackhands abgehalten. Hier murmelte der Eremit Sexton Ming seine Gewaltphantasien, Anklagen gegen die Menschheit und Lieder für ungezogene Schulkinder in Billys original 60er Jahre Mono-Tonbandgerät.

Musik so unpoliert, nein, was sag ich, ungehobelt, also sägerauh, daß man sich fragt, wie sie in die engen Rillen einer Schallplatte gezwängt werden konnte. Folkmusik für die direkten Nachkommen der Jäger und Sammler. Scheiß auf die Klangteppiche distinguierter Soundingenieure!

Kaum ist der Tee ausgeschlürft, folgt der Rausschmiß, Billy will morgen ausnahmsweise mal früh aufstehen. Er hat sich vorgenommen, den Zug nach London zu nehmen, um dort zwei Tesco-Plastiktragetüten mit Gedichtbänden sympathisierenden Buchhändlern feilzubieten. Vielleicht bleibt sogar noch etwas Zeit, um einen Leadbelly/Hooker/ Reed-Abend im Hinterzimmer eines Pubs für den nächsten Monat zu arrangieren. Aber abends muß er pünktlich zurück sein, denn dann trifft sich seine neue Gruppe »Thee Headcoats« in einem abgetrennten Teil seines Badezimmers, um Stücke für ihre neue LP zu proben. Es wäre die fünfte innerhalb von 11 Monaten. Ein amerikanisches Indie-Label hat Interesse bekundet und will sogar echte Scheine für das Zeug hinblättern.

Jetzt ist August, und Billy hat sich auf St. Pauli einquartiert, um zu malen. Trotz sengender Hitze eröffnet er sein Büro ausgerechnet in der Kneipe mit dem steifsten Grog auf dem Kiez. Sein Schaffensdrang ist groß. Hin und her soll's gehen zwischen Millerntor und Pepermöhlenbek, Impressionen sollen gesammelt und mit Kohle im Skizzenblock festgehalten werden. Aber der arme Junge bringt es einfach nicht über sein großes Herz, nonchalant an den schnorrenden Punks und

Pennern vorbeizuschlendern. Und dann all die Zufallsbekanntschaften. Hier'n Drink, da'n Drink. Man muß ihm unbedingt einen ausgeben. Die ihn nach Hamburg eingeladen haben, seine Freunde und Gönner von Westwerk und Scumbox beginnen, sich Sorgen zu machen. Zwei Wochen sind vergangen, der Bursche hat gerade mal 5 Bilder gemacht, und es sind nur noch sechs Tage bis zur Ausstellungseröffnung. Billy sieht da keine Probleme. Vier Tage lang zieht er sich in sein Atelier zurück, und überpünktlich präsentiert er mit selbstbewußtem Grinsen 23 Ölgemälde und 5 Holzschnitte. Kaum ein St. Pauli-Klischee hat er ausgelassen. »Banal« ist für Billy kein Schimpfwort. – Szenen aus der Großen Freiheit, der Heißen Ecke, dem Goldenen Handschuh, dem Salambo, Harry's Hafenbazaar sind mit grobem Strich auf feiner Leinwand festgehalten, im Centrum fast immer die comicähnlichen Portraits von ihm und seiner Freundin.

Vernissage. Die Fachwelt räuspert sich verwirrt von einem Bild zum andern. Die Unkundigen haben es da schon leichter. Laie Albrecht: »Jeder Deutsche wäre mit diesem Zeug geohrfeigt nach Hause gejagt worden.« Aber gefallen täten sie ihm schon, die Bilder. Zufällig hereinschauende Seniorin aus Windhoek auf Deutschlandurlaub: »An den Holzschnitten sieht man, daß der Junge was kann. Aber die Ölbilder sind doch nur hingeschmiert.« Laie Kayser trifft mit seiner Frage, ob das noch Kunst sei, auf wenig Resonanz. Who gives a shit, anyway!

Sogar das Kabelfernsehen ist da und die »Morgenpost«. Man sieht es ihm an, Billy fühlt sich gebauchpinselt. Soviel Trara nur seinetwegen, das ist er nicht gewohnt. Bei der anschließenden Dichterlesung klingt seine Stimme dann auch trotz Mikro ungewohnt gedämpft. Und das Publikum? Statt näher zu kommen, treten alle schweigend zurück. Fünf Meter Abstand zwischen Dichter und Zuhörerschaft, dies sind untragbare Zustände! Ein Cognac muß her! Noch ein Gedicht. Zögernder Beifall. Geschafft!

Dann stöpselt Billy sein Gitarrenkabel an den Verstärker und beginnt mit den Stiefeln den Takt zu stampfen. *»Have you heard the news, there's good rockin' tonight!«* Endlich kommt Bewegung in die Leute. Füße wackeln, Finger wippen, Köpfe schnippen. Ein voller Erfolg, dieser Abend: Die Bar ist leergesoffen und ein Bild, mit 700 Märkern angesetzt, so gut wie verkauft.

Das war vor einem Monat, und Sie müssen zu Ihrer Schande gestehen, nicht dabeigewesen zu sein. Trösten Sie sich mit einem W.B.C.-Katalog, zu kriegen bei Hangman Hamburg, Methfesselstr. 2, 2 Hamburg 20. Und bestellen Sie, bestellen Sie! Denn was legte unser englisches Genie dem pfeifestopfenden Buddha von Chatham Hill in den Mund? »Der Mensch lebt nicht von der Sozialhilfe allein.«

Ernst Kahl macht in KONKRET Ernst auf Seite 3 – Matthias Süßebecker, Gelegenheitsarbeiter in Holz, lebt in Hamburg

Konkret 10/90, S. 80

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Bis vor ein paar windigen Jahren war Bert Brecht dem offiziellen Augsburg Sieh jene Kraniche in hohem Bogen hin 0 Himmel strahlender Azur her ein ganz gewöhnlicher Feind der freien Marktwirtschaft. Bemerkenswert wie entzückend die Eiertänze der Stadtväter, das Bild durch an den Sohn der Stadt Erinnerndes nicht verschandeln zu lassen. Bändefüllend die von ihnen abgeschmetterten Bitten der häufig in der Kommunistischen Partei eingeschriebenen Interventen um eine Andenkenbude für den Meister. Jetzt, wo die freie Marktwirtschaft den roten Osten geknackt hat, läßt Augsburg Gnade vor Brecht ergehen. Der Dichter darf, mit Genehmigung des Kulturreferenten K. wie Kotter »der Leuchtturm sein, der Augsburgs Bemühungen, als Literaturstadt wieder stärker ins Gespräch zu kommen, auch international aufscheinen lassen soll«. Sodaß also demnächst amerikanische Oberammergautouristen einen Sidestep nach Datschiburg machen und im Bertele-Stüble des Mahagonny-Hotels in Bilbao-Krüglein ihr Hasen-Bräu trinken. 1998, wenn der Dichter auf dem Papier hundert wird, wollen die Augsburger gar einen Internationalen Brecht-Preis ausloben. Alle drei Jahre lassen sie sich das sage und schreibe 25.000 Mark kosten, den Gegenwert von 0,4 Parkplatzpolitessen. Die Internationale der Brecht-Freunde tagt übrigens im nächsten Jahr in Augsburg »aufgrund der politischen Umwälzungen im Osten« über »Der andere Brecht«. Also nicht über den roten, mehr über den existentiell bitteren Brecht mit der erkalteten Virginia in der Hand. So ists recht.

Konkret 10/90, S. 82

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Reginald Rudorf, ein Redakteur der »Bild«-Zeitung, der seinen Unterhalt mit der Suche nach verkappten Kommunisten in Presse, Film, Funk und Fernsehen bestritten hat, muß seine Arbeitsplatzbeschreibung geringfügig ändern:

Meine Lehre aus der Begegnung mit dem Stasistaat und seinen ideologischen Helfern ist zu der Zeile geronnen: Nie wieder links.

Die Zeile bildet den Titel eines Buchs, das bei Ullstein erscheint. Es wird darin zu lesen sein, was aus einer Lehre wird, wenn sie gerinnt: dasselbe wie aus Milch.

Rudorfs Schwester Anna Jonas, die im Kampf gegen den Stalinismus als Dichterin durchging, wurde inzwischen zur Redakteurin der Kinder-«FAZ« abgerüstet, wo sie den alten Verdacht, daß gebrochene Zeilen fast jedem Legastheniker Asyl gewähren, in klinisch eindrucksvollen Leitartikeln bestätigt. Einer davon trägt den Titel »Die Stunde der Transmissions-Kommissare« und geht so:

Nein, das war keine Auflösung und schon gar kein Begräbnis. Und der sogenannte »Auflösungskongreß« des FDGB war auch kein Kongreß... Einige Delegierte reagierten mit umsichtigen Formen verdrückter Wut, andere mit schaukämpferischem Aufbegehren, wieder andere mit beleidigter Resignation. Selbstbewußte, frische oder gar neue Gewerkschaftstöne, wie sie auch die DGB-Gewerkschaften, mit denen sich die DDR-Einzelgewerkschaften nun jeweils vereinigen wollen, dringend zur Belebung ihrer teils angerosteten Strukturen und ihrer teils erstarrten Funktionärskörper ganz gut vertragen könnten, waren selbst mit ganz großen Ohren nicht recht zu hören.

Die teils angerosteten Strukturen konnten – wie gesagt – nicht belebt werden. Begraben aber auch nicht:

Der unheimliche Abgang des FDGB war – wie gesagt – kein Begräbnis: der Leichnam liegt nämlich, das ist überdeutlich, in zu vielen Kellern.

Erst Selbstmord begehen, sich dann in Stückchen hacken und auf viele, zu viele Keller verteilen, um nicht am eigenen Grab erscheinen und die Trauerrede der Frau Jonas anhören zu müssen – so gemein können Kommunisten sein.

Es kommt nicht oft vor, daß die »Frankfurter Allgemeine« eine ihrer Falschmeldungen richtigstellt, aber wenn sie es tut, tut sie es gründlich:

In unserer Besprechung der Dokumentation »Hermann Röchling oder Der Krieg als industrielle Herausforderung« wurde Otto Kranzbühler, der Rechtsanwalt des saarländischen Fabrikanten, bedauerlicherweise ungenau zitiert. Auf die in der »Aktion Röchling« aus Osteuropa herangeschafften Zwangsarbeiter angesprochen, sagte Kranzbühler im Film nicht: »Man müßte die Industrie schon aufgeben, wenn man nicht aus jedem Arbeiter Nutzen ziehen wollte«, sondern: »Eine Nutznießung zieht die Industrie aus jedem Einsatz von Arbeitern genauso wie aus dem Einsatz von Kapital, von Werkmitteln. Man müßte die Industrie schon aufgeben, wenn man nicht aus dem Einsatz von Mitteln einen Nutzen ziehen wollte. Das ist der wesentliche Kern des ganzen privatwirtschaftlichen Unternehmens. «

Selten war eine Berichtigung so notwendig. Hielt man den Rechtsanwalt des saarländischen Fabrikanten nach der Lektüre des ungenauen Zitats für einen Drecksack, so beweist das korrekte Zitat, auf dem er bestand, daß er in Wahrheit ein impertinenter Drecksack ist.

Die Gräfin Dönhoff ist nun in jenes würdige Alter gekommen, da man wieder zu kindischen Streichen neigt wie dem, die eigenen Schüler zu foppen, und ihr liebster heißt nun mal Theo. »Ganz Europa bedarf der Führung«, meint sie wie sonst nur er, und teilt mit ihm

das ungute Gefühl, alle, auch die Regierenden, stünden einfach am Ufer und verfolgten mit Spannung, welchen Lauf der reißende Strom der Geschichte wohl nehmen werde,

anstatt was zu tun? Deiche zu bauen? Kanäle zu ziehen? Reinzuspringen? Das hülfe freilich wenig, denn (errötend folgt sie seinen Spuren)

die Bausteine der alten Welt liegen in Trümmern am Boden und harren eines Baumeisters, der sie zu sinnvoller neuer Ordnung fügt,

also etwa wie Hans Albers, der

die wichtige strategische Aufgabe, die in Angriff genommen werden muß, wenn der Strom uns nicht ungesteuert ins Ungewisse reißen soll,

als Staudammbaumeister in »Wasser für Canitoga« beispielhaft gelöst zu haben schien. Doch Gräfin Dönhoff greift zu Theos Wechselrahmen, nimmt den Stier beim Ei des Columbus und erklärt kongenial:

Also: Nicht die Zügel schleifen lassen, sondern sie möglichst bald und fest in die Hand nehmen.

Ahoi! bzw. Ahü!

Augusto Pinochet hat über die Bundeswehr gesagt:

Sie ist eine Ansammlung von Marihuanarauchern, Drogensüchtigen, Langhaarigen, Homosexuellen und Gewerkschaftern.

Die Bundesregierung hat die Äußerung schärfstens zurückgewiesen, wenn auch nicht im Namen der verleumdeten Marihuanaraucher, Drogensüchtigen, Langhaarigen, Homosexuellen und Gewerkschafter, deren Mißbilligung durch Freund Pinochet die Regierung sich natürlich anschließt.

Raddatz, der Beobachtung von Pißbecken in Austernrestaurants müde, wendet seinen prüfenden Blick wieder den Benutzern zu:

Freunde, die ich ernst nehme, sorgen sich: »Fängst du nun an, deine linke Position aufzugeben?«

Hätten sie bloß *gefragt,* würde man die Freunde in der Redaktion des »Bayernkurier« vermuten, da sie sich aber *sorgen,* ob er nun, 1990 und also zwölf Jahre nach seiner vielbelachten Marx»Biografie«, seine linke Position aufgebe, weiß man, das es Freunde sind, die ihn weniger ernst nehmen als auf den Arm. Doch während sie sich noch zuzwinkern und das Lachen verbeißen, tut ihr Freund, was er muß, nämlich so, als wisse er von nichts, nimmt Lutherhaltung an und bekennt:

Ich aber weiß nicht (mehr), was das ist – eine »linke Position«.

Och! (Kleine Eselsbrücke, nur für ihn: Links ist da, wo der Reißverschluß scheuert.) Aber daß er etwas nicht (mehr) weiß, war ihm noch immer Ansporn, es andere zu lehren. So auch in diesem Fall:

Mir scheint, die linke Intelligenz hat sich seit Jahrzehnten aus der Negation heraus definiert. »Links ist ja kein Begriff in sich selber; man kann nur links von etwas sein. Sowenig wie »Loch« etwas per se ist; es kann nur ein Loch in etwas sein,

zum Beispiel ein Arschloch in einem Feuilleton; Raddatz per se gibt es nicht. Nachdem er schnell noch einen anderen Freund, den er ernst nimmt, nämlich den *Ernest Bornemann,* falsch geschrieben hat, und kurz bevor er das Wort *unsereins* falsch gebraucht, um es noch falscher zu deklinieren, findet er nach zwölf Jahren endlich Gelegenheit, sich für das Gelächter zu rächen, in dem seine Marx-«Biografie« untergegangen war, und speziell an Walter Boehlich, der ihn beim Abschreiben ertappt hatte:

Dann kam so eine Zeit der Marxismus-Kochkurse,

nicht zu verwechseln mit der späteren Zeit der Marxismus-Pinkelkurse im Austernkeller,

Drei- oder Viermonats-Schnellkurse, von windigen und schlüpfrigen Scharlatanen absolviert.

(Er meint natürlich nicht absolviert, sondern abgehalten, aber als Germanistikprofessor hat er auf Deutsch einen Bonus.)

Man kann das die Phase der Boehlichs nennen; also nicht ernst zu nehmen,

sondern bloß zwölf Jahre darunter zu leiden, von »den Boehlichs« als windiger Scharlatan überführt worden zu sein, und noch heute bei der Niederschrift des gefürchteten Namens so in Erregung zu geraten, daß man ihn wider alle Usance richtig schreibt.